



Verfassungsschutz in Hessen

Bericht 2003

Verfassungs- schutz in Hessen

Bericht 2003



AUFGABEN UND ORGANISATION DES LANDESAMTES
FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN 8-11

AUSLÄNDEREXTREMISMUS 12-59

RECHTSEXTREMISMUS 60-100

LINKSEXTREMISMUS 101-132

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT 133-134

SPIONAGEABWEHR 135-137

WIRTSCHAFTS- UND GEHEIMSCHUTZ 138-139

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT 140-141

GESETZ ÜBER DAS
LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ 142-155

INHALT

VORWORT – Zu dieser Broschüre.....	6
AUFGABEN UND ORGANISATION DES LANDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN.....	8
AUSLÄNDEREXTREMISMUS.....	12
Merkmale des Ausländerextremismus.....	12
Überblick.....	12
Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen.....	14
Mitgliedschaften in extremistischen Ausländerorganisationen.....	14
Was ist Islamismus?.....	15
MULTINATIONALE ISLAMISCHE GRUPPEN.....	18
Mujahidin/Al-Qaida.....	18
Hizb ut-Tahrir (HuT).....	27
ARABISCHE ISLAMISTISCHE GRUPPEN.....	29
Muslimbruderschaft (MB).....	29
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS).....	30
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) / Salafitische Gruppe für die Mission um den Kampf (GSPC) / Islamische Heilsfront (FIS).....	32
Hizb Allah (Partei Gottes).....	33
Indoktrination durch Medien.....	33
TÜRKEN.....	35
Islamisten.....	35
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG).....	35
Publikation Anadoluda Vakıt.....	39
Der Kalifatsstaat.....	41
Linksextremisten.....	43
KURDEN.....	35
Volkskongress Kurdistan (KONGRA-GEL).....	42
IRANER.....	54
Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)/ Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI).....	54
Arbeiterkommunistische Partei Irans (API).....	56
TAMILEN.....	56
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE).....	56
SIKHS.....	56
Reaktionen auf den Krieg im Irak	57
Straf- und Gewalttaten.....	58
RECHTSEXTREMISMUS.....	60
Was wollen Rechtsextremisten?.....	60
Überblick.....	60
Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen.....	62
Rechtsextremistisches Personenpotenzial.....	63
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	64
Die Republikaner (REP).....	69
Deutsche Volksunion (DVU).....	73
Deutsche Partei - Die Freiheitlichen (DP).....	75

Skinheads.....	77
Neonazis.....	83
Anschlagsplanungen in München - Reaktionen des rechtsextremistischen Lagers.....	90
Reaktionen auf den Krieg im Irak.....	91
Andere rechtsextremistische Organisationen und Publikationen.....	94
Rechtsextremisten und Kommunikationsmittel.....	96
Straf- und Gewalttaten.....	98
Rechtsextremistische Straftaten.....	100
LINKSEXTREMISMUS.....	101
Was wollen Linksextremisten?.....	101
Überblick.....	102
Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen.....	104
Linksextremistisches Personenpotenzial.....	105
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS).....	106
Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	111
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ).....	113
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	115
Trotzkistische Gruppen.....	116
Linksextremistische Einflussnahme auf die Friedensbewegung.....	117
Autonome.....	121
Antifaschismus.....	123
Antirassismus.....	126
Globalisierungsgegner und Verfassungsschutz.....	127
Linksextremisten in der Globalisierungsbewegung.....	128
Linksextremisten in der Anti-Atom-Bewegung.....	129
Anarchismus.....	130
Linksextremistische Straftaten.....	132
ORGANISIERTE KRIMINALITÄT.....	133
SPIONAGEABWEHR.....	135
Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas.....	135
Nachrichtendienste der Russischen Föderation.....	136
Proliferation.....	137
WIRTSCHAFTS- UND GEHEIMSCHUTZ.....	138
Geheimschutz.....	138
Wirtschaftsschutz.....	139
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT.....	140
GESETZ ÜBER DAS LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ.....	142
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	156
REGISTER.....	159
IMPRESSUM.....	164

Zu dieser Broschüre



Der vorliegende Verfassungsschutzbericht 2003 zeigt: Der islamistische Extremismus und Terrorismus sind die zentrale Herausforderung für unseren Staat und unsere Gesellschaft. Die Gefahren, die von diesem unter dem Deckmantel eines angeblich „Heiligen Krieges“ geführten Terrorismus ausgehen, sind seit September 2001 unverändert hoch. Die schrecklichen Bombenanschläge von Istanbul und Madrid haben auf grausame Art deutlich gemacht, dass die Attentäter auch in Europa zu jeder Zeit und an jedem Ort zuzuschlagen bereit sind.

Die islamistischen Extremisten bedürfen deshalb der allergrößten Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden. Dem Verfassungsschutz kommt hierbei eine zentrale Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für Hessen mit seinem Finanz- und Wirtschaftszentrum Rhein-Main sowie dem Verkehrsknotenpunkt Frankfurt am Main mitsamt seinen logistischen Möglichkeiten.

Besonderes Augenmerk, das macht der Verfassungsschutzbericht ebenfalls deutlich, muss zudem dem Problem der Parallelgesellschaften in Deutschland gelten. Diese abgeschotteten Gesellschaften, die von nicht-militanten Islamisten teilweise unter Ausnutzung des Staatsbürgerschaftsrechtes angestrebt werden, widersprechen völlig dem Gedanken der Integration. Sie sind auf Dauer gesehen eine ebenso große Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Die Ermittlungen der Sicherheitsbehörden in Madrid zeigen noch ein weiteres: Die abgeschotteten Gesellschaften sind darüber hinaus sowohl für die Rekrutierung islamistischer Attentäter von besonderer Bedeutung als auch ein ideales Umfeld zur Vorbereitung von Anschlägen.

Natürlich stellen gewaltbereite und extremistische Islamisten nur einen sehr geringen Teil der in Hessen lebenden Muslime dar, und es darf keinesfalls pauschaliert werden. Allerdings wäre es auch und gerade mit Blick auf ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen überaus wünschenswert, dass seitens der hier lebenden friedlichen Muslime eine deutliche Abgrenzung zu extremistischen oder gar gewaltbereiten Islamisten erfolgt.

Die Bürgerinnen und Bürger erheben mit Recht den Anspruch, das Hessen nicht ungestört beziehungsweise unbeobachtet Schauplatz oder Hinterland für Terroristen und Extremisten werden darf. Mit Blick auf das Jahr 2003 und den vorliegenden Verfassungsschutzbericht kann festgestellt werden, dass die Sicherheitsbehörden diesem Auftrag nachgekommen sind. Es wurde darüber hinaus ein weites Feld der Beobachtung abgedeckt: Ausländerextremismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Spionage/Wirtschaftsschutz sowie seit dem Jahr 2002 Organisierte Kriminalität.

Das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz hat im vergangenen Jahr eine gute Arbeit geleistet. Mein besonderer Dank gilt dabei insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es ist ihre Arbeit, die es der Landesregierung ermöglicht, zum Schutze unserer gesellschaftlichen Ordnung, vor allem aber für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Der Verfassungsschutzbericht 2003 zeigt deutlich, dass auch künftig alle Wachsamkeit geboten ist.

Wiesbaden, im Mai 2004



Volker Bouffier
Hessischer Minister des Innern und für Sport

AUFGABEN UND ORGANISATION DES LANDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN

Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Das Bundesverfassungsschutzgesetz sieht die Einrichtung besonderer Behörden für Zwecke des Verfassungsschutzes im Bund und in den Ländern vor. Neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz gibt es in jedem Land eine Verfassungsschutzbehörde, in Hessen das **Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen**.

Das **LfV** hat nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz vom 19. Dezember 1990 (GVBl.I.S. 753) in der Fassung von 2002 – siehe Seite 142 bis 155 – den Auftrag, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über Bestrebungen oder Tätigkeiten zu sammeln und auszuwerten, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht sind oder
- die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder
- von der organisierten Kriminalität ausgehen.

Ferner wirkt das **LfV**, auf Ersuchen der zuständigen öffentlichen Stellen, bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen sowie bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von geheimhaltungsbedürftigen Unterlagen mit.

Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen die in § 2 Abs. 4 des Gesetzes über das **LfV** (LfVG) aufgeführten Prinzipien:

- Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,



- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz und in der Verfassung des Landes Hessen konkretisierten Menschenrechte.

Liegen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen vor, die gegen diesen Kernbestand der Verfassung gerichtet sind, werden sie vom **LfV** beobachtet. Diese Bestrebungen werden als extremistisch oder verfassungsfeindlich bezeichnet.

Aktivitäten, die zwar grundsätzliche Kritik an der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung äußern, aber nicht gegen die oben beschriebene freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, werden als radikal bezeichnet. Sie werden vom **LfV** nicht beobachtet.

Bestrebungen sind Aktivitäten, die sich durch Handlungen wie Agitation, Zusammenschluss zu Organisationen oder Straftaten ausdrücken. Die Gesinnung einer Person wird nicht beobachtet.

Ziel der Arbeit des Verfassungsschutzes ist es, den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu treffen.

Ziel der Verfassungsschutzarbeit

Dies kann in erster Linie durch politisch geistige Auseinandersetzung mit den Zielen oder dem Verhalten extremistischer Bestrebungen geschehen. Gegebenenfalls kann aber auch ein Verbot eines Vereins durch das zuständige Innenministerium oder einer Partei durch das Bundesverfassungsgericht in Betracht kommen.

Das **LfV** ist nur beobachtend und unterrichtend tätig. Ihm stehen polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse nicht zu. Es darf mit Polizeidienststellen organisatorisch nicht verbunden werden und darf Polizeibehörden auch im Wege der Amtshilfe nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

Den überwiegenden Teil seiner Erkenntnisse gewinnt das LfV aus offenen Quellen, das heißt aus Informationen, die jedermann zur Verfügung stehen. Dazu zählen Publikationen, öffentliche Veranstaltungen oder sonstige Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

Offene Quellen

Die Sammlung offenen Materials reicht aber oft nicht aus, um ein vollständiges und sachgerechtes Bild von extremistischen Bestrebungen zu erhalten. Gerade Verfassungsfeinde arbeiten konspirativ, versuchen ihre wahren Ziele und Aktivitäten zu verschleiern oder geheim zu halten. Ihre Bekenntnisse zum Grundgesetz sind Lippenbekenntnisse.

Geheime Informationsbeschaffung

Um den wahren Sachverhalt festzustellen, darf das **LfV** in solchen Fällen auch nachrichtendienstliche Mittel einsetzen.

Solche nachrichtendienstlichen Mittel sind z. B.

- die Observation,
- das Einschleusen oder Anwerben und Führen von Vertrauensleuten („Quellen“) in extremistischen Organisationen,
- das geheime Fotografieren oder Tonaufzeichnungen,
- die Nutzung nachrichtendienstlicher Hilfsmittel wie Tarnausweise oder -kennzeichen.

Die Voraussetzungen für den Einsatz dieser Mittel sind in § 5 LfVG näher geregelt.

Ein besonderes nachrichtendienstliches Mittel ist die Überwachung des Brief-, Post- oder Fernmeldeverkehrs. Wegen der besonderen Bedeutung dieses Eingriffs in das Grundrecht des Art. 10 Abs. 1 GG (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis), ist ein solcher Eingriff nur unter den engen Voraussetzungen des G 10-Gesetz zulässig. Voraussetzung für ihn ist eine Anordnung durch den Hessischen Minister des Innern und die vorherige Zustimmung der G 10-Kommission des Hessischen Landtags.

Auf nachrichtendienstlichem Weg gewonnene Informationen können im allgemeinen nicht öffentlich verwendet werden. Sie ermöglichen aber eine sachgerechte und qualifizierte Bewertung der öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind daher für das Lagebild verfassungsfeindlicher Bestrebungen notwendig und unverzichtbar.

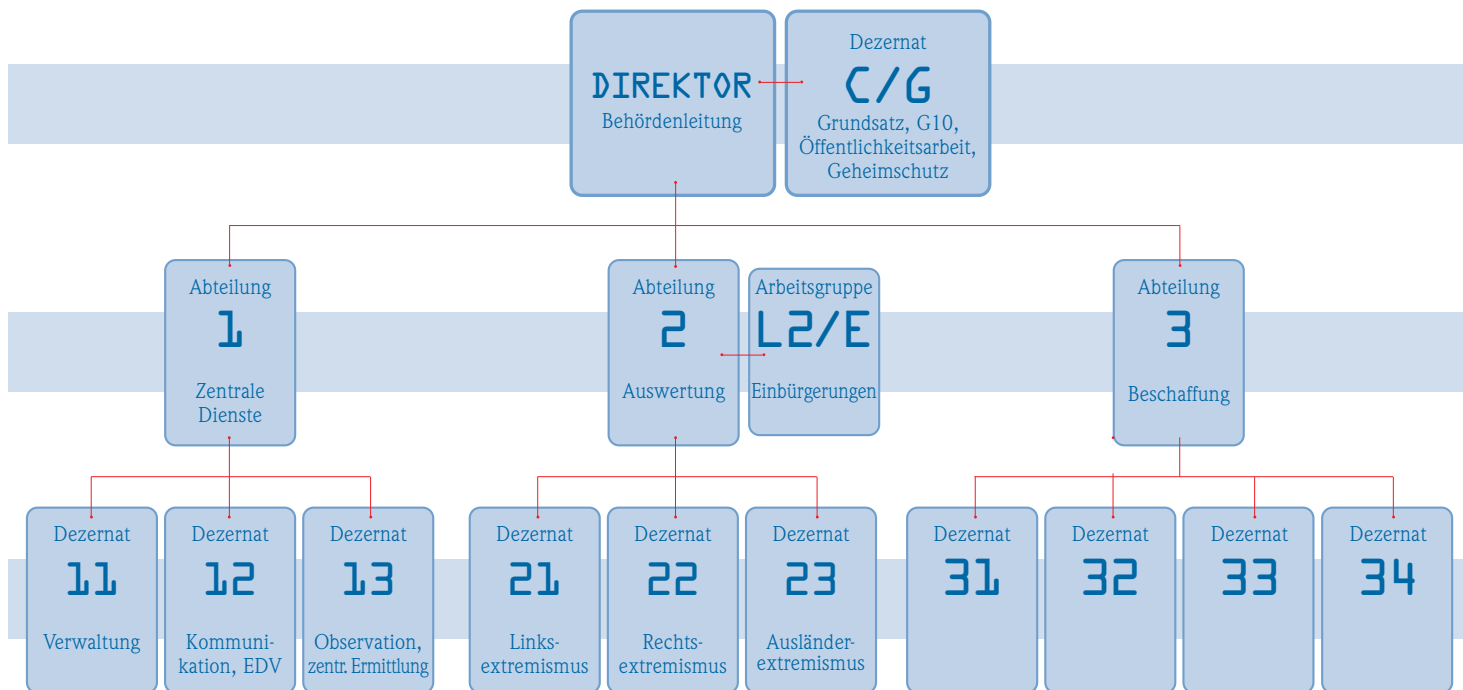
Berichterstattung

Das **LfV** informiert regelmäßig die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz und die obersten Landesbehörden über seine Erkenntnisse. Im Einzelfall dürfen auch andere Behörden, z. B. die der Strafverfolgung, zur Erfüllung ihres Auftrages durch das LfV über einschlägige Erkenntnisse unterrichtet werden.

Struktur des Verfassungsschutzes

Das **LfV** ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport. Es nahm seine Tätigkeit aufgrund des Gesetzes vom 19. Juli 1951 auf.





Zur Erfüllung seiner Aufgaben standen dem **LfV** 200 Planstellen zur Verfügung.
Der sächliche Haushalt betrug etwa 2,4 Millionen €.

Das **LfV** ist zu erreichen unter der Adresse

Konrad-Adenauer-Ring 41-43, 65187 Wiesbaden

oder dem Postfach 3905, 65029 Wiesbaden

sowie per Telefon: 0611/720-0, E-Mail: poststelle@lfv.hessen.de

und über das Internet: <http://www.verfassungsschutz-hessen.de>

Kontrolliert wird das **LfV**

- vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht,
- durch die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz und die G 10-Kommission des Hessischen Landtages,
- vom Hessischen Datenschutzbeauftragten,
- durch den Hessischen Rechnungshof und nicht zuletzt
- durch die öffentliche Medienberichterstattung.

Kontrolle

AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Merkmale des Ausländerextremismus

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten Organisationen, wenn von ihnen Bestrebungen ausgehen, durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen die politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern umzustürzen. Dadurch können auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder auch die Innere Sicherheit gefährdet werden. Darüber hinaus werden Bestrebungen gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker beobachtet. Der Gedanke der Völkerverständigung beinhaltet u.a. die Erhaltung des Friedens, die Achtung der politischen Unabhängigkeit der Staaten und ihr Recht auf Selbsterhaltung, Gleichheit, Ehre und Teilnahme am völkerrechtlichen Verkehr. Er umfasst auch das Verbot, konfessionelle, rassische oder ethnische Gruppen im Ausland zu vernichten oder sie physisch oder psychisch zu beeinträchtigen, was als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzusehen ist.

Zunehmend richten sich solche Organisationen auch gegen Grundwerte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, da ihre Anhänger langfristig in der Bundesrepublik Deutschland leben wollen. Das System der westlich geprägten, rechtsstaatlichen Demokratie entspricht nicht ihren Vorstellungen.

Das Spektrum umfasst linksextremistische wie nationalistische Ideologien; besondere Aufmerksamkeit ist auf den Islamismus zu richten.

Die Aktivitäten der Organisationen werden maßgeblich von politischen Entwicklungen und aktuellen Ereignissen in den Herkunftsländern mitbestimmt.

Überblick

Erneut wurde in Hessen eine Zunahme von Mitgliedschaften in extremistischen Organisationen festgestellt; es gibt damit abermals mehr ausländische Extremisten als deutsche Rechts- und Linksextremisten zusammen. Die ermittelte Zunahme im Ausländerextremismus dürfte wie in den Vorjahren mit den verstärkten Aufklärungsbemühungen der Sicherheitsbehörden zusammenhängen und nicht durch eine tatsächlich größer gewordene Anhängerzahl verursacht sein.

Die Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus hält an. Die **Al-Qaida** ist aufgrund des Verlustes Afghanistans als zentralem Ort für Ausbildungslager und als Planungsraum sowie zahlreicher Tötungen und Festnahmen auch wichtiger Führer geschwächt worden. Gleichwohl gewinnt das **Al-Qaida**-Netzwerk trotz des Fahndungsdrucks zunehmend wieder an Boden. Die fortbestehende Aktions- und Funktionsfähigkeit hat das Terrornetz erneut mit schweren Anschlägen deutlich gezeigt. Im Berichtszeitraum wählte die **Al-Qaida** Ziele, bei denen sie mit geringem Risiko insbesondere zivile Einrichtungen und Personen treffen konnte. Es geht den Terroristen um spektakuläre Attentate mit einer großen Zahl von Opfern und größtmöglichen Sachschäden. Die Bedeutung von lokalen bzw.

Umfassender
Beobachtungs-
auftrag

Mehr
ausländische
Extremisten als
deutsche Rechts-
und Linksextre-
misten zusammen

Gefährdung
durch islamis-
tischen Terror
hält an

regionalen Gruppen, die mit **Al-Qaida** assoziiert sind und zu denen immer wieder eine Beziehung auch durch in Afghanistan ausgebildete **Mudjahedin** besteht, ist weiter gestiegen.

Die Qualifizierung der Bundesrepublik nur als Ruhe- oder Rückzugsraum für islamistische Terroristen gehört seit längerem der Vergangenheit an. Deutschland ist Planungs- und Vorbereitungsraum für terroristische Anschläge und kann auch zum Anschlagort werden. Neben anderen weist das **Al-Tawhid**-Verfahren darauf hin, dass von einer anhaltenden Bedrohung durch militante Islamisten ausgegangen werden muss, die beabsichtigen, Anschläge in Deutschland durchzuführen. Hinweise auf eine Abschwächung der Gefährdungslage liegen nicht vor, auch wenn andere Staaten stärker bedroht sind.

Deutschland
ist Planungs-
und Vorberei-
tungsraum

Die türkische **Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)** blieb unverändert die mit Abstand mitgliederstärkste islamistische Organisation in Deutschland. Sie verfolgt eine politische Doppelstrategie. Nach außen spricht sie von Integration, Religionsfreiheit, stellt sich dialogbereit dar und gibt verbale Bekenntnisse zum Grundgesetz ab. Intern wird gegen die westlich-demokratischen Werte agitiert. Auch wenn die Innere Sicherheit stark durch den islamistischen Terrorismus bedroht wird, stellt die Strategie des nicht-militanten Islamismus, insbesondere die der **IGMG**, langfristig eine größere Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar.

Die **IGMG** zielt bewusst darauf ab, Kinder zu indoktrinieren. Muslime sollten unbedingt in der Nähe von Moscheen wohnen und sich in einem islamischen Umfeld aufhalten. Das Tragen des Kopftuchs sei für muslimische Mädchen ein Muss. Massiv wurde dazu aufgefordert, die Kinder in die **IGMG**-Sommerschulen zu schicken, an denen nach **IGMG**-Angaben europaweit über 22.000 Schülerinnen und Schüler, in Hessen über 500, teilgenommen hätten. Weiter wurde der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft propagiert, um mehr Einfluss auf die deutsche Politik zu gewinnen. Auf Ablehnung der Einbürgerungsanträge wurde mit einheitlichen Klagen reagiert.

Indoktrination
der Kinder

Am Jahreskongress der dem arabischen Islamismus zuzurechnenden **Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)**, der - neben München und Berlin - auch in Hanau stattfand, nahmen mehr als 10.000 Personen teil, darunter viele Frauen und junge Menschen. Die Hanauer Veranstaltung besuchten rund 4.500 Teilnehmer, davon zwei Drittel aus Hessen. Die Teilnehmerzahlen zeigen das Ausmaß der Mobilisierungsfähigkeit der in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannten Organisation.

Gegen mehrere verbotene Gruppierungen wurde auch in Hessen exekutiv vorgegangen: So wurden Durchsuchungen durchgeführt bei der islamistischen **Hizb ut-Tahrir (HuT)**, die mit Betätigungsverbot belegt wurde, und bei zwei bereits verbotenen Organisationen, dem islamistischen **Kalifatsstaat** und der linksextremistischen **Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)**.

Durchsuchungen
in Hessen

Der in **KONGRA-GEL** umbenannte **KADEK**, ehemals **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**, versuchte weiterhin, sich als demokratische politische Kraft darzustellen. Unabhängig davon drohte er insbesondere in der Türkei weiterhin mit Gewalttaten, falls ihre Forderungen nicht erfüllt würden.

Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen:

Multinationale islamistische Gruppen

- **Mudjahedin/Al-Qaida**
- **Taliban, Al-Tawhid**
- **Hizb ut-Tahrir**

Arabische islamistische Gruppen

- **Muslimbruderschaft**
- **Bewaffnete Islamische Gruppe**
- **Salafitische Gruppe für die Mission und den Kampf**
- **Islamische Heilsfront**
- **HAMAS - Islamische Widerstandsbewegung,**
- **Palästinensischer Islamischer Jihad**
- **Al-Gama'a al-Islamiyya**
- **En Nahda**
- **Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.**
- **Islamische Avantgarden**
- **Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V.**
- **Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V.**
- **Hizb Allah**

Türken

- **Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.**
- **Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V.**
- **Der Kalifatsstaat**
- **Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front**
- **Türkische Volksbefreiungspartei/-front, Revolutionäre Linke**
- **Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)**
- **Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei**

- **Föderation der demokratischen Arbeitervereine e.V.**
- **Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei**
- **Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten, Partizan**, Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa, Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V., Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee
- **Maoistische Kommunistische Partei (ehem. Öst-anatolisches Gebietskomitee)**, Konföderation für demokratische Rechte in Europa, Föderation für demokratische Rechte in Deutschland, Volksbefreiungsarmee

Kurden

- **Volkskongress Kurdistans KONGRA-GEL (ehem. PKK)**, Partei der freien Frauen, Bewegung der freien Jugend Kurdistans (ehem. Union der Jugendlichen aus Kurdistan), Union der StudentInnen aus Kurdistan, Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V. , Konföderation kurdischer Vereine in Europa, Kurdischer Nationalkongress, Kurdischer Arbeitgeberverband e.V.

Iraner

- **Volksmodjahedin Iran-Organisation**, Nationaler Widerstandsrat Iran, Nationale Befreiungsarmee Iran
- **Arbeiterkommunistische Partei Iran**, Internationale Föderation der iranischen Flüchtlings- und Immigrantenräte e. V.

Tamilen

- **Liberation Tigers of Tamil Eelam**

Sikhs

- **International Sikh Youth Federation**
- **Babbar Khalsa International**

Mitgliedschaften in extremistischen Ausländerorganisationen*

	2003	2002	2001
Araber und andere**			
Hessen	1.100	850	650
Bund	6.800	6.550	6.150
Islamistische Türken			
Hessen	3.800	3.800	3.800
Bund	27.300	27.300	28.650
Linksextremistische Türken			
Hessen	350	400	400
Bund	3.350	3.650	3.950
Nationalistische Türken			
Hessen	1.200	1.200	1.200
Bund	8.000	8.000	8.000
Kurden			
Hessen	1.300	1.300	1.300
Bund	11.850	11.850	12.350
Summe			
Hessen	7.750	7.550	7.350
Bund	57.300	57.350	59.100

* Die Zahlenangaben sind zum Teil gerundet und geschätzt.

** Der beachtliche Zuwachs von Mitgliedern in extremistischen arabischen Gruppierungen beruht im Wesentlichen auf der gegenüber den Vorjahren verbesserten Zugangslage.

Was ist Islamismus?

Der Verfassungsschutz beobachtet nicht den Islam als Religion. Muslime genießen selbstverständlich, wie Anhänger anderer Religionen auch, den Grundrechtsschutz der Religionsfreiheit. Dieser deckt aber nicht verfassungsfeindliche Erscheinungsformen des Islam.

Islamismus (= Islamischer Extremismus) ist eine politische Ideologie mit Universal- und Absolutheitsanspruch, in der auch jedes staatliche Handeln dem islamischen Gesetz unterworfen ist. Islamisten, die nur einen Teil der Muslime darstellen, glauben sich im Besitz einer alleinigen, allumfassenden Wahrheit. Mit ihrem doktrinären Anspruch auf Unveränderbarkeit des Islam treten sie für die Errichtung eines weltweiten „Gottesstaates“ ein und lehnen die Rechtsordnung in der westlichen Welt ab. Die politischen Vorstellungen von Islamisten, wonach ihre Interpretation von Koran und Scharia (islamische Rechtsordnung) allein wahr und verbindlich ist, alle Lebensbereiche umfasst und als von Allah gegebene und damit von Menschen nicht abänderbare Ordnung der staatlichen Verfassung übergeordnet ist, sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar. Eine islamistische Ordnung mit ihrem Absolutheitsanspruch, in der staatliches Handeln und Gesetzgebung allein von Allah hergeleitet und legitimiert werden, widerspricht fundamental tragenden Prinzipien des Grundgesetzes wie Volkssouveränität, Mehrheitsprinzip, Gewaltenteilung und Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

Kampf
gegen die
„Ungläubigen“

Die unser Rechtssystem prägenden Menschenrechte haben in dem totalitären Herrschaftssystem des Islamismus den islamischen Gesetzen zu weichen. Das Menschenrechtsverständnis des Grundgesetzes mit dem zentralen Wert der allen Menschen gegebenen gleichen Würde und Gleichheit, der den Ausgangspunkt der anderen Grundrechte darstellt, steht im Gegensatz zum Islamismus. Entscheidend ist für diesen allein die Zugehörigkeit zur islamischen Glaubengemeinschaft, die auch über den rechtlichen Status des Einzelnen entscheidet. Islamistische Bewegungen versuchen heute mit dem Begriff Djihad (Heiliger Krieg), der wörtlich als „Anstrengung auf dem Weg Gottes“ verstanden wurde, die Muslime weltweit zum aktiven Kampf zu mobilisieren. Dabei werden auch Selbstmordattentate als Taten von „Märtyrern“ im Kampf gegen die „Ungläubigen“ gerechtfertigt.

Mit der Durchsetzung islamistischer Positionen in Deutschland wird versucht, Grundrechte von Muslimen gezielt einzuschränken. Die fundamentale Einstellung zeigt sich u.a. auch in der aktuellen Diskussion über das „Kopftuch“, wo muslimische Frauen trotz drohender beruflicher Nachteile auf das Kopftuch nicht verzichten. Es existieren bereits islamistische Parallelgesellschaften. Ziel von Islamisten ist es, hier die politische und gesellschaftliche Ordnung zu verändern.

MULTINATIONALE ISLAMISTISCHE GRUPPEN

Mudjahedin/Al-Qaida

Während der sowjetischen Besetzung Afghanistans von 1979 bis 1989 waren dort viele Widerstandsgruppen entstanden, die einen Guerillakrieg gegen die Besatzungstruppen führten. An diesem Kampf beteiligten sich zahlreiche islamistische Freiwillige aus vorwiegend arabischen Ländern, die darin einen Kampf gegen die „Gottlosen“ sahen. Mehrere zehntausend Personen durchliefen Lager in Afghanistan und Pakistan, in denen sie eine terroristische Ausbildung und islamistische Schulungen erhielten. Diese multinationalen, fanatischen Kämpfer für den Sieg des Islams (Mudjahedin) sind bereit, als „Märtyrer“ zu sterben. Sie kamen später auch in Krisengebieten wie Bosnien-Herzegowina und Tschechien zum Einsatz, wo aus Sicht von Islamisten der Jihad gegen „Ungläubige“ zu führen war.

Internationale Mudjahedin- Netzwerke

Drahtzieher des Terrors: Usama Bin Laden



Diese **Mudjahedin**, oftmals persönlich verbunden durch ihre gemeinsame Zeit in den Ausbildungslagern bzw. durch Kampfeinsätze, bilden als Kleingruppen und Einzelpersonen ein globales Netzwerk in den bekannten islamistisch-terroristischen Gruppierungen, z.B. der **Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA)**, oder finden sich in voneinander unabhängig operierenden Zellen, die keiner bestimmten Organisation zuzurechnen sind (**non-aligned Mudjahedin**). Diese hochkonspirativ vorgehenden Gruppen mit Kontakten in das internationale **Mudjahedin**-Netzwerk sammeln sich um eine Führungsperson und planen und handeln relativ selbstständig. Auch in Hessen konnten Bezüge dieses Netzwerkes aufgedeckt werden. So wurde der Fall eines zum Islam konvertierten jungen Deutschen bekannt, der 2001 auf dem Weg in ein afghanisches Ausbildungslager an der pakistanischen Grenze festgenommen und anschließend nach Deutschland ausgewiesen wurde. Aufgrund seines späteren Verhaltens wurde er als wichtige Kontaktperson eingestuft.

Kader- organisation Al-Qaida

Zu diesem Netzwerk des internationalen islamistischen Terrors gehört die 1988 von Usama Bin Laden gegründete Terrororganisation **Al-Qaida (Die Basis)**, deren uneingeschränkter Führer er ist. Bin Laden, der aus einer reichen saudi-arabischen Unternehmerfamilie stammt, unterstützte während der Zeit der sowjetischen Besetzung Afghanistans den Widerstandskampf. Das danach herrschende islamistische **Taliban**-Regime schützte ihn bis zur Befreiung Afghanistans durch den Militäreinsatz der internationalen Anti-Terror-Koalition. Bin Ladens genauer Verbleib ist zur Zeit nicht bekannt. **Mudjahedin** aus den von ihm finanzierten Ausbildungslagern gehören zu seiner ihm mit unbedingtem Gehorsam ergebenden Terrororganisation. **Al-Qaida** ist keine Massen-, sondern eine Kaderorganisation, die sich aus ihren Ursprüngen heraus als „auserwählte“ Elite versteht. Auch sie stellt ein internationales Netzwerk mit weltweiten konspirativen Verbindungen dar.

Erklärte Hauptfeinde von Bin Laden sind die USA und Israel. Bekämpft werden sollen neben westlichen Staaten auch westlich orientierte Regierungen islamischer Staaten. Insbesondere gilt sein Hass seit der Stationierung amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien

dem dort herrschenden Königshaus, das er als nicht islamtreu ansieht. 1998 gab Bin Laden öffentlich die Gründung der **Internationalen Islamischen Kampffront gegen Juden und Kreuzritter** bekannt, eines Zusammenschlusses mehrerer militant-islamistischer Organisationen. In der Gründungserklärung wurde die Tötung von Amerikanern verpflichtend festgeschrieben:

„Seit über sieben Jahren besetzen sie islamischen Boden, die heiligsten aller Stätten auf der Arabischen Halbinsel [...]. Die Entscheidung, Amerikaner und ihre Verbündeten zu töten - zivile oder militärische - ist eine persönliche Pflicht für jeden Moslem, der dies tun kann, in welchem Land auch immer dies möglich ist, um die Al-Aqsa Moschee [Jerusalem] [...] aus ihrem Würgegriff zu befreien, damit ihre Armeen von islamischem Boden abziehen, geschlagen und unfähig, irgendeinen Moslem zu bedrohen. Dies ist in Übereinstimmung mit den Worten des Allmächtigen Gottes [...]. Wir rufen - mit Gottes Hilfe - jeden Moslem, der an Gott glaubt und von ihm für die Ausführung seiner Befehle belohnt werden will, dazu auf, die Amerikaner zu töten und auszuplündern, wo immer.“ (Frankfurter Neue Presse, 14. September 2001)

Al-Qaida und den mit ihr verbundenen Terrorzellen sind schwere Terroranschläge der letzten Jahre zuzurechnen:

Weltweiter Terror

- Parallel durchgeführte Sprengstoffanschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) mit 224 Toten und mehreren tausend Verletzten im August 1998.
- Selbstmordanschlag auf das amerikanische Kriegsschiff „USS Cole“ vor Aden (Jemen) mit 17 Toten im Oktober 2000.
- Am 11. September 2001 Selbstmordanschläge mit entführten Passagierflugzeugen auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington D.C. mit 3.000 Toten.
- Selbstmordanschlag auf die jüdische Al-Ghriba-Synagoge auf der Insel Djerba (Tunesien) mit 21 Toten, darunter 14 deutsche Touristen, im April 2002.
- Angriff mit einem mit Sprengstoff beladenen Boot auf den französischen Öltanker „Limburg“ vor der jemenitischen Küste im Oktober 2002.
- Sprengstoffattentate auf Bali (Indonesien) und einer benachbarten Touristeninsel mit über 200 Toten, darunter sechs Deutsche, und über 300 Verletzten im Oktober 2002.
- Selbstmordanschlag mit einer Autobombe auf ein von Israelis besuchtes Hotel bei Mombasa (Kenia) mit 16 Toten und zahlreichen Verletzten am 28. November 2002. Beinahe zeitgleich wurde in Mombasa ein israelisches Passagierflugzeug mit rund 260 Passagieren durch Boden-Luft-Raketen beschossen, die nur knapp ihr Ziel verfehlten.

Selbstmord- anschläge

Im Berichtsjahr werden **Al-Qaida** und seinem Netzwerk folgende schwere Terrorakte zugerechnet:

- Bei einer Anschlagsserie in Riad (Saudi-Arabien) wurden am 12. Mai mehrere Autobomben gezündet. Ziele waren von Ausländern, vorwiegend von Amerikanern, bewohnte Siedlungen sowie eine amerikanisch-saudische Firma. Dabei kamen 35 Menschen ums Leben, rund 200 wurden teils schwer verletzt. Die elf Selbstmordattentäter drangen innerhalb von wenigen Minuten mit PKW in die bewachten Wohnanlagen ein und sprengten sich in die Luft. Der festgenommene mutmaßliche Drahtzieher der Terrorakte soll Ende der 90er Jahre eine mehrmonatige Ausbildung bei **Al-Qaida** in Afghanistan erhalten haben.
Der arabische Fernsehsender Al-Djazira hatte einen Tag vor den Anschlägen in Riad auf seiner Internetseite berichtet, dass eine saudische Organisation namens „Die Mudjahedin auf der Arabischen Halbinsel“ ihre Anhänger dazu aufgerufen habe, amerikanische Einrichtungen weltweit anzugreifen. Dieses sei eine Reaktion auf die Vereitelung eines Terroranschlages in Riad, bei der große Mengen Waffen und Sprengsätze sichergestellt wurden. Die Organisation erklärte weiter, dass diese Waffen gesammelt worden seien, um die „kreuzzüglerischen Christen“, die die Länder der Muslime - den Irak, Palästina und Afghanistan - bombardierten, zu töten.
- Nur vier Tage später wurden bei Selbstmordanschlägen in Casablanca (Marokko) 43 Personen, darunter acht Europäer, getötet, über 100 wurden schwer verletzt. Die fünf gleichzeitig ausgeführten Anschläge mit Autobomben, Granaten und anderen Sprengsätzen richteten sich gezielt gegen Einrichtungen mit westlichem bzw. jüdischem Symbolcharakter; betroffen waren u.a. das jüdische Gemeindezentrum, der jüdische Friedhof, ein spanisch-jüdisches Restaurant und das spanische Kulturinstitut.
Den marokkanischen Behörden gelang es, einen Teil der Attentäter, die aus einer islamistischen Hochburg in Casablanca stammten, zu identifizieren. Die Täter sollen Verbindungen zu einer islamistischen Gruppierung haben, die als lokaler Zweig der **Al-Qaida** angesehen wird. Einer der überlebenden Attentäter nannte als Motive den Kampf gegen Juden und den Alkoholausschank.
- Am 7. Juni verübte ein Selbstmordattentäter in Kabul (Afghanistan) einen Sprengstoffanschlag auf einen mit 33 Soldaten der Bundeswehr besetzten Personenbus der internationalen Schutztruppe ISAF. Bei dem Anschlag wurden vier Soldaten getötet und 28 verletzt. Die Soldaten befanden sich auf dem Weg zum Flughafen zur Abreise nach Deutschland. Der Täter wird mit **Al-Qaida** in Verbindung gebracht.
- Bei nahezu gleichzeitigen Selbstmordanschlägen mit großen Mengen sprengstoffbeladener Fahrzeuge auf die beiden bedeutendsten jüdischen Synagogen in Istanbul (Türkei) wurden am 15. November 25 Personen getötet und mehr als 300 verletzt. Tatverdächtige, bei denen es Verbindungen zu türkischen islamistischen Terror-

gruppen gibt, sollen u.a. in Tschetschenien und Bosnien im Kampfeinsatz gewesen sein.

Nur fünf Tage später wurden erneut in Istanbul Sprengstoffanschläge auf das britische Generalkonsulat und eine britische Investmentbank verübt. 27 Menschen wurden getötet, darunter der britische Generalkonsul, und mehr als 400 verletzt. Die türkischen Sicherheitskräfte gehen davon aus, dass die **Al-Qaida** für die Anschläge verantwortlich zeichnet. Darauf weisen auch die Tatmodalitäten hin. Das sind der Einsatz großer Sprengstoffmengen durch Selbstmordattentäter, die Symbolhaftigkeit der Ziele („verhasste“ Juden beim ersten und Großbritannien, der engste Verbündete der USA, der auch im Irak engagiert ist, beim zweiten Anschlag), das Anschlagsland Türkei, ein Staat mit überwiegend muslimischer Bevölkerung, pro-westlich und demokratisch, Bündnispartner der USA und befreundet mit Israel, sowie der Aufenthalt eingebundener lokaler islamistischer Kräfte in den bekannten Kampf- und Ausbildungsländern der **Al-Qaida**.

Hauptfeinde der USA und Israel

Wie in der Vergangenheit wurden auch im Berichtsjahr wieder Erklärungen und Botschaften der **Al-Qaida**, insbesondere von Usama Bin Laden, veröffentlicht, denen eine wichtige Mobilisierungs- und Motivationsfunktion zukommt.

In einer am 11. Februar von dem arabischen Sender Al-Djazira ausgestrahlten Tonbandaufzeichnung Bin Ladens richtete er sich an alle Muslime und forderte sie zum Dschihad gegen den „Kreuzzug“ der USA auf. Das Baath-Regime im Irak und Saddam Hussein wurden als Ungläubige titulierte und verurteilt, dennoch rief er zur Unterstützung der Iraker auf, da diese Muslime seien. Die Motivation eines Krieges gegen den Irak liege letztendlich in der Schaffung eines Groß-Israel. Bin Laden glorifizierte vergangene Terroranschläge, darunter den 11. September 2001. In einem Schlussappell rief er die islamische Jugend zum Töten von Amerikanern und Juden „in jeder Ecke der Welt“ auf, da dies die größte religiöse Pflicht sei.

Am 21. Mai sendete Al-Djazira eine Tonbandbotschaft Ayman Al-Zawahiris, eines engen Vertrauten Bin Ladens. Der Irakkonflikt wurde darin umfangreich thematisiert, inhaltlich richtete sich die Botschaft unmittelbar an alle Muslime. Diese wurden aufgefordert, westliche (amerikanische, britische, australische und norwegische) Botschaften, Einrichtungen, Firmen und ihre Mitarbeiter anzugreifen und diese „Verbrecher“ zu vertreiben. Grundlage für diese Aufforderung war die Einschätzung Al-Zawahiris, das amerikanische Eingreifen im Irak diene lediglich dem Ziel, Splitterstaaten um Israel zu bilden. Al-Zawahiri zählte detailliert die aus seiner Sicht verwerfliche Zusammenarbeit der Regierungen muslimischer Staaten der Region mit den USA („Truppen der Kreuzzügler“) und deren Unterstützung für den Irakkrieg auf. Proteste, Demonstrationen und Konferenzen seien sinnlos, da die „Juden und Kreuzzügler“ nur die Sprache des Tötens, die Sprache der zusammengebrochenen Wirtschaft und der verbrannten Hochhäuser verstünden. Die Muslime wurden aufgerufen, sich an den Anschlägen des 11. Septembers ein Beispiel zu nehmen.

Botschaften Usama Bin Ladens

Al-Zawahiri richtete sich in einer Sequenz unmittelbar an das irakische Volk und wies darauf hin, dass die Muslime bereits mehrmals die „Kreuzzügler“ besiegt und aus ihren Gebieten vertrieben hätten. Alle **Mudjahedin** würden ihre Feinde verfolgen und auf der Lauer liegen. Auf zahlreichen Schauplätzen des Djihads, auch im Herzen Amerikas und des Westens, brächten sie den „Kreuzzüglern“ den Tod.

Am 10. September strahlte Al-Djazira eine **Al-Qaida**-Botschaft zum Jahrestag des 11. September 2001 aus. Es handelte sich dabei um eine Videoaufzeichnung, die mit Tonaufnahmen von Bin Laden und Al-Zawahiri unterlegt war. Die im Inhalt und Duktus für sich sprechenden Reden sind in Auszügen im folgenden dokumentiert:

Bin Laden ging auf die Anschläge von New York und Washington ein und pries die Attentäter. Er erklärte:

„Ich hatte die Ehre, jene Männer kennen zu lernen. Derartige Männer sind wahrlich eine Ehre für die Menschen. Wie sollte es auch anders sein, da Gott sie geehrt und ihnen zum Sieg des Islams verholfen hat. [...]

Denn diese lernten aus dem Leben und den Taten des Propheten Mohamed. [...]

Hier sage ich zu denjenigen unter den Djihad-Gegnern und -verhinderern [...]: Wer vom Töten nicht überzeugt ist, der soll zur Seite treten und soll den Überzeugten nicht daran hindern. Ich sage ihnen: Wer Angst davor hat, Berge zu besteigen, wird sein Leben lang in Löchern leben.

Kampfaufruf durch Ayman Al- Zawahiri

Jener gläubige junge Mann und dessen Brüder waren zwar noch im zarten Alter und doch von großer Einsicht und von hohen Bestrebungen erfüllt. Ihr Verstand hat sie vor Verachtung oder Verblendung durch die Täuschungen der Marionettenregime und deren Institutionen bewahrt, die Verwerfliches für Gutes und Gutes für Verwerfliches, Unrecht für Recht und Feinde für Freunde halten. Denn jene jungen Männer waren echte Gläubige gewesen, und ‚ein Gläubiger lässt sich aus einer Tierhöhle nicht zweimal beißen‘, wie der Prophet sagte, Gott segne ihn und schenke ihm Heil.



Jene Jungs waren sich im Klaren darüber, dass der Irrweg darin besteht, die Scharia, selbst wenige Scharia-Gesetze, außer Kraft zu setzen. Sie weigerten sich, dabei zu heucheln, nicht einmal für Herrscher und Gelehrte. [...]

Jene Jungs haben begriffen, was es heißt, ‚es gibt keinen Gott außer Allah‘. [...]

Sie haben die Ungläubigen bekämpft“.

Nach der Lobrede Bin Ladens auf die Attentäter des 11. September rief Al-Zawahiri zum Kampf auf:

„Wir sind keine Anstifter zum Mord und zur Zerstörung. Dennoch werden wir jede

Hand abhacken, die sich an uns vergreift. Genug mit dem Glaubensabfall, genug mit dem Moralverfall und genug mit der Aggression gegen die Unterdrückten und mit der Ausplünderung ihrer Ressourcen! Genug mit dem Verstecken hinter Parolen der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte!

Wir rufen euch zum Islam auf, der Religion des Glaubens an die Einheit Gottes, der Gerechtigkeit, der Sittsamkeit, der Rechtschaffenheit und des Edelmut. Falls ihr den Islam ablehnt, dann sollt ihr wenigstens mit eurer Aggression gegen unser Volk aufhören. Denn seit Jahrzehnten tötet ihr unsere Frauen und Kinder, plündert unsere Ressourcen und unterstützt die Aggressoren und Unterdrücker unseres Volkes. [...]

Ihr sollt wissen, dass ein Volk, welches den Tod auf dem Weg Gottes dem Leben unter Erniedrigung vorzieht, niemals besiegt wird, so Gott will. [...]

Wisst ihr, was Al-Qaida ist? Sie ist die Avantgarde einer islamischen Gemeinschaft, die sich fest vorgenommen hat, euch bis zum letzten Atemzug zu bekämpfen, und welche sich geweigert hat, vor euren Verbrechen und Abscheulichkeiten zu kapitulieren. Seid ihr in der Lage, diese islamische Gemeinschaft zu vernichten?

Hierbei ist es uns von Bedeutung, euch darauf hinzuweisen, dass das, was ihr bislang erlebt habt, nur erste Scharmützel und Beginn eines Gefechts waren. Die wahre Schlacht hat jedoch noch nicht begonnen. Bereitet euch also auf Vergeltung für eure Verbrechen vor! [...]

Wir rufen sie [die Palästinenser] dazu auf, am Dihad festzuhalten und sich auf die Täuschungsmanöver Amerikas und dessen Handlanger, die den Fahrplan zur Hölle absegnen, nicht hereinzufallen. Palästina wird ohne Dihad nie befreit werden. Hütet euch davor, nochmals und abermals, hütet euch davor, eure Waffen niederzulegen! Ihr sollt den Gläubigen die Treue halten und den Ungläubigen die Feindschaft schwören! Nur so kann die Einigkeit bestehen. Ihr sollt euch ferner davor hüten, euch mit denjenigen zu verbünden, die Israel anerkennen und sich mit Krümel davon zufrieden geben.

Wir grüßen unsere kämpferischen Brüder im Irak, drücken ihnen die Daumen und beten zu Gott, auf dass er ihre Aufopferung und ihren Mut beim Kampf gegen die Kreuzzügler segnet und wir sagen ihnen: ‚Gott steht euch bei und das gesamte islamische Volk unterstützt euch. Also verlasst euch auf Gott und verschlingt die Amerikaner, wie die Löwen ihre Beute verschlingen und begrabt sie im irakischen Friedhof, denn der Sieg wird nicht mehr lange auf sich warten lassen!‘ [...]

Politische Lösungen nutzen nicht und Demonstrationen besiegen keinen Feind, also hebt eure Waffen und verteidigt euren Glauben und eure Ehre! Die Interessen eurer Feinde sind überall verteilt, also beraubt ihnen die Sicherheit überall, insbesondere auf ihrem ureigenen Boden! [...]

Die islamische Gemeinschaft ist dabei, sich mit Gottes Segen, unter dem Banner des Dihad gegen ihre Feinde unter den Kreuzzählern und Juden zusammenzuschließen.

Es bricht eine neue Zeit an, voll erleuchtet mit Würde und Ehre in allen islamischen Gebieten. Die islamische Gemeinschaft hat den Weg zum Sieg, Märtyrertum und zur Aufopferung auf dem Weg Gottes gefunden.

Oh unsere islamische Gemeinschaft, das ist eine Ära des Djihad, die wir nun erleben, nachdem die Regierungen und die Institutionen versagt haben. Habt Vertrauen zum Sieg Gottes und stürmt auf die Felder des Djihad!“

Festnahmen in Deutschland

Im Berichtsjahr gelang es, in Deutschland und im Ausland Festnahmen gegen islamistische Terroristen durchzuführen. Exekutivmaßnahmen gegen das islamistische Terrornetzwerk konnten erreicht werden.

In Frankfurt am Main wurden auf Grund eines internationalen Haftbefehls eines amerikanischen Obergerichts am 10. Januar in einem Hotel am Flughafen ein jemenitischer Scheich und sein Begleiter festgenommen. Ihnen wird von amerikanischer Seite Unterstützung der **Al-Qaida** und der **HAMAS** vorgeworfen. Beide wurden am 16. November auf Grund eines Auslieferungsersuchens an die US-Behörden übergeben, nachdem das Bundesverfassungsgericht dessen Rechtmäßigkeit bestätigt hatte.

Einer der international meistgesuchten **Al-Qaida**-Funktionäre, Khaled Scheich Mohammed, konnte am 1. März in Pakistan verhaftet werden. Er gilt als einer der wichtigsten Planer der Terrororganisation und gehörte seit mehreren Jahren zu deren engsten Führungskreis. Er wird mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten und dem Anschlag auf die jüdische Synagoge auf Djerba (Tunesien) in Verbindung gebracht. Der Djerba-Attentäter soll kurz vor dem Anschlag mit Scheich Mohammed Kontakt aufgenommen haben.

Durchsuchungen in den Bundesländern

Im Rahmen eines Strafverfahrens der Staatsanwaltschaft Stuttgart durchsuchte die Polizei am 23. April in vier Bundesländern insgesamt 26 Objekte. Das im Oktober 2002 eröffnete Ermittlungsverfahren war wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung eingeleitet worden. Hintergrund hierfür war die Nachricht über zwei deutsche Staatsangehörige tunesischer und türkischer Abstammung, die in Tschetschenien bei Kampfhandlungen islamistischer „Glaubenskämpfer“ durch russische Einsatzkräfte erschossen worden waren. Dies bestätigte die bisherigen Erkenntnisse, wonach auch in der Bundesrepublik Deutschland Personen für den weltweiten Djihad begeistert, rekrutiert und auch in Krisenregionen zum Einsatz gebracht werden. Ferner besteht der Verdacht, dass die Beschuldigten die Djihad-Kämpfer in diesen Regionen durch die Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen, Spendensammlungen, Verteilung von Propagandamaterial sowie Vermittlungen von Scheinehen zur Erlangung von Aufenthaltserlaubnissen unterstützt hatten.

Am 3. Juni nahm die französische Polizei einen 36-jährigen Konvertiten aus Deutschland am Pariser Flughafen fest. Er wird in Frankreich verdächtigt, an Anschlägsplanungen einer Zelle des **Al-Qaida**-Netzwerkes auf der französischen Insel La Réunion beteiligt gewesen zu sein. Weiter soll er Kontakte zu hohen **Al-Qaida**-Funktionären unterhalten und Aktivisten für das Terrornetzwerk rekrutiert haben. Der Islamist hatte zugegeben, sich

mehrfach in afghanischen Ausbildungslagern aufgehalten zu haben, wo er „Ibrahim der Deutsche“ genannt wurde. Dort soll er den späteren Djerba-Attentäter kennengelernt haben, der ihn kurz vor dem Anschlag noch angerufen hatte.

Darüber hinaus mussten sich militante Islamisten vor deutschen Gerichten verantworten.

Im weltweit ersten Prozess wegen der Anschläge des 11. Septembers 2001 wurde der marokkanische Staatsangehörige Mounir El-Motassadeq am 19. Februar wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit Beihilfe zum Mord in über 3.000 Fällen vom Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg zunächst zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt. Das Gericht entsprach damit dem Antrag der Bundesanwaltschaft. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass der Angeklagte von Anfang an der Hamburger Terrorzelle um Mohammed Atta angehört hatte. Motassadeq sei zwar nie für die direkte Ausführung der Tat vorgesehen gewesen; er habe aber die Aufgabe gehabt, den Hamburger Gruppenmitgliedern den Rücken freizuhalten und ihren Aufenthaltsort zu verschleiern. Motassadeq sei ein enger Freund Attas gewesen, dessen Testament er 1996 unterschrieben habe. Mit einer jeden „vernünftigen Zweifel ausschließenden Sicherheit“ sei Motassadeq in die Pläne eingeweiht gewesen. Die wesentlichen Umstände der Attentatsvorbereitungen seien ihm bekannt gewesen, er habe sie gebilligt und die Opfer in Kauf genommen. Am 4. März 2004 gab der Bundesgerichtshof (BGH) dem Revisionsantrag Motassadeqs statt und hob das Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichtes wieder auf. Der BGH begründete seine Entscheidung damit, dass dem Hamburger Gericht eine fehlerhafte Beweisführung unterlaufen sei. Der Prozess muss neu aufgerollt werden. Im April 2004 wurde der Haftbefehl ausser Vollzug gesetzt und Motassadeq unter Auflagen aus der Untersuchungshaft entlassen.

Höchststrafe für Terroristen

Das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main verurteilte am 10. März drei Algerier und einen französischen Staatsbürger algerischer Abstammung u.a. wegen Verabredung zum Mord und Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens zu hohen Freiheitsstrafen von zehn bis zwölf Jahren. Die Angeklagten wurden für schuldig befunden, an einem der letzten Tage des Jahres 2000 auf dem belebten Straßburger Weihnachtsmarkt vor dem Münster eine Splitterbombe zünden zu wollen. Die Richter urteilten, dass die Angeklagten damit ein „an Schwere und Brutalität kaum überbietbares Verbrechen“ begehen wollten, bei dem die Täter, die in afghanischen Ausbildungslagern zu „Gotteskriegern“ für den „Heiligen Krieg“ ausgebildet worden waren, den Tod von vielen Menschen in Kauf genommen hätten. Ziel sei gewesen, Angst und Schrecken zu verbreiten, die westlich-zivilisierte Welt zu treffen, „Ungläubige“ zu töten und christliche Symbole anzugreifen.

Urteil des Ober- landesgerichtes Frankfurt

Um das Anschlagsziel auszukundschaften, war eine Fahrt von Frankfurt am Main nach Straßburg unternommen worden, bei der Videoaufnahmen von der Fahrtstrecke und von Straßburg gemacht wurden. Auf der Aufnahme, die mit islamistischen Kampfliedern und Kommentaren unterlegt ist, wurden die Besucher des Weihnachtsmarktes als „Feinde Gottes“ beschimpft, die „in der Hölle schmoren“ sollen. Das Urteil ist rechtskräftig, die Revision eines Angeklagten wurde vom BGH verworfen.

Jüdische
Einrichtungen
gefährdet

Ein weiterer vor dem OLG Frankfurt am Main angeklagter Algerier, der ursprünglich beschuldigt worden war, zu dieser Gruppe gehört zu haben, wurde am 11. Dezember vom Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung freigesprochen. Es ließ sich nicht mit der erforderlichen Sicherheit nachweisen, dass der in Afghanistan ausgebildete Algerier von der Terrorvereinigung wusste oder sie unterstützte. Das Urteil ist rechtskräftig.

Der zweite Prozess wegen der Anschläge des 11. September wurde gegen den im Oktober 2002 in Hamburg festgenommenen Marokkaner Mzoudi am 14. August vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht eröffnet. Er wurde wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit Beihilfe zum Mord in über 3.000 Fällen angeklagt. Wie Motassadeq sollte auch der Angeklagte ein „Statthalter“ der Gruppe in Hamburg gewesen sein. Mzoudi wurde vorgeworfen, sich 1999 in Hamburg mit den späteren Attentätern zu einer Terrorgruppe zusammengeschlossen zu haben. Später soll er die Gruppe von Hamburg aus logistisch und finanziell unterstützt haben. Er habe den späteren Attentätern Anfang 2000 seine Wohnung in Hamburg als Tarnadresse zur Verfügung gestellt, als diese auf dem Weg zur Flugausbildung in die USA waren; er sei jahrelang intensiv in die Gruppe um Atta eingebunden gewesen und habe Kenntnis von den Attentatsplänen gehabt. Im Februar 2004 wurde Mzoudi freigesprochen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Wegen Vorbereitung von Anschlägen auf jüdische Einrichtungen in Berlin und Düsseldorf verurteilte das OLG Düsseldorf am 26. November ein Mitglied der islamistischen Gruppierung **Al-Tawhid (Die Einheit Gottes)**. Bei **Al-Tawhid** handelt es sich um arabische **Mudjahedin**, die eng mit **Al-Qaida** verbunden sind. Die militanten Kämpfer unterstützen den weltweiten Dihad, vor allem gegen jüdische und israelische Ziele. Der in Afghanistan ausgebildete Palästinenser wurde der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit der bandenmäßigen Fälschung von Ausweispapieren für schuldig befunden. Der Angeklagte gestand in dem bislang ersten Prozess gegen ein Mitglied der **Al-Tawhid** die Beteiligung an Anschlagplanungen und -vorbereitungen gegen zwei von Juden häufig frequentierte bzw. betriebene Gaststätten in Düsseldorf und ein jüdisches Gemeindezentrum in Berlin. Diese Anschläge konnten durch Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden im April 2002 verhindert werden. Gegen vier weitere aus Jordanien, Algerien und Palästina stammende Mitglieder der **Al-Tawhid**-Zelle hat der Generalbundesanwalt Anklage erhoben.

Weltweit hält die Gefährdung durch den islamistischen Terror an. Zweifellos hat der internationale Fahndungsdruck und die damit einhergehende Tötung und Festnahme vieler auch bedeutender Führer die **Al-Qaida** geschwächt. Dennoch gewinnt das **Al-Qaida**-Netzwerk zunehmend wieder an Bedeutung. Mit schweren Anschlägen hat das Terrornetz seine nach wie vor existierende Aktions- und Funktionsfähigkeit bewiesen. Im Berichtszeitraum griff die **Al-Qaida** Ziele an, bei denen sie mit geringem Risiko insbesondere auf zivile Einrichtungen spektakuläre Attentate mit vielen Opfern und größtmöglichen Sachschaden verübte.

Die Bundesrepublik gilt nicht mehr nur als Ruhe- bzw. Rückzugsraum für islamistische Terroristen, sondern muss als Planungs- und Vorbereitungsraum für terroristische

Anschläge eingestuft werden. Deutschland kann auch zum Anschlagort werden. Das **Al-Tawhid**-Verfahren hat bewiesen und bestätigt, dass von einer anhaltenden Bedrohung durch militante Islamisten ausgegangen werden muss, die Anschläge auf deutschem Territorium beabsichtigen. Hinweise auf eine Abschwächung der Gefährdungslage liegen nicht vor, auch wenn andere Staaten stärker bedroht sind.

Hizb ut-Tahrir (HuT)

Die 1953 gegründete multinationale islamistische **HuT (Partei der Befreiung)** lehnt jede Staatsgewalt, die sich aus säkularen Ursprüngen und Verfahren herleitet, gänzlich ab. Diese pan-islamische Bewegung strebt die Einigung der islamischen Umma (Gemeinschaft aller Muslime) in einer weltweiten „islamischen Ordnung“ unter Herrschaft eines Kalifen und der Scharia (islamisches Rechtssystem) an. Dabei ist für die **HuT** der militärische Kampf gegen die „Ungläubigen“ im Sinne eines „aktiven Dihad“ für jeden Muslim verpflichtend.

Ziel:
weltweites
Kalifat

Im Internet stellte die **HuT** im Berichtszeitraum umfangreich ihre Ideologie und Weltansicht vor. Sie lehnte jegliche Form der „ungläubigen“ Gesellschaftssysteme und Staatsformen, wie z.B. Demokratie und Kommunismus, ab. Demnach existieren für die **HuT** weltweit drei Ideologien: Der Islam, die kapitalistische Demokratie und der Kommunismus.

„Die kapitalistische Demokratie ist die Ideologie der westlichen Staaten und der USA, die Ideologie der Trennung von Religion und Staat und der Religion vom Leben. [...] Diese Ideologie ist eine Ideologie des Unglaubens [Kufr], die diametral dem Islam widerspricht, da im Islam Allah der Gesetzgeber ist und er allein das System für die Menschen festlegt. Er machte es zur Pflicht, alle Angelegenheiten des Lebens nach den von ihm herabgesandten islamischen Rechtssprüchen zu lösen. Daher ist es den Muslimen verboten, die kapitalistische Ideologie zu übernehmen und deren Gesetze und Systeme anzuwenden, da es sich um eine Ideologie des Kufr handelt und ihre Ideen und Systeme ebenfalls Kufr sind, die im völligen Widerspruch zum Islam stehen.“



Symbol der HuT:
Fahne mit
islamischem
Glaubens-
bekenntnis

Dieses demokratische System ist ein System des Unglaubens, welches aus der Feder des Menschen stammt und nicht den islamischen Rechtssprüchen entsprungen ist. Deswegen ist das Regieren nach dem demokratischen System ein Regieren nach dem System des Kufr [Unglaubens] und der Aufruf zu diesem System ein Aufruf zu einem Kufr-System. Aus diesem Grund ist es unter allen Umständen unzulässig, zur Demokratie aufzurufen oder danach zu regieren.

In weiteren Ausführungen äußerte sich die **HuT** zu ihrer „Ansicht des Islam zu den Freiheiten“ und sprach hierbei Muslimen die wichtigsten fundamentalen Grundrechte unserer Verfassung ab bzw. verbot sie.

„Zu den hervorstechendsten Ideen der kapitalistischen Ideologie gehört das Gebot der Wahrung der Freiheiten des Menschen. Zu diesen Freiheiten gehört die Glaubensfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Eigentumsfreiheit und die persönliche Freiheit. [...] Diese vier allgemeinen Freiheiten stehen im Widerspruch zu den Gesetzen des Islam. So ist der Muslim nicht frei in seinem Glauben, denn, wenn er vom Glauben abfällt, wird er zur Rückkehr aufgefordert. Kommt er dem nicht nach, wird er getötet. Der Gesandte sprach: ‚Wer seinen Glauben wechselt, den tötet ihr‘. Der Muslim ist auch in seiner Meinungsäußerung nicht frei, denn was der Islam als Ansicht vertritt, muss auch seine Ansicht sein und dem Muslim ist es nicht gestattet, eine andere Meinung zu vertreten als die des Islam. Des Weiteren besitzt der Muslim bzgl. des Eigentums keine Freiheit“.

„Die persönliche Freiheit existiert im Islam nicht. Der Muslim ist persönlich nicht frei, sondern an den Standpunkt des islamischen Rechts gebunden. Sollte er bspw. dem Gebet oder dem Fasten nicht nachkommen, so wird er bestraft. Sollte er betrunken sein oder Unzucht begehen, wird er ebenfalls bestraft. Ebenso verhält es sich, wenn eine Frau unvollständig bekleidet oder ohne ihre Reize zu verdecken in die Öffentlichkeit tritt. Deswegen haben die Freiheiten im westlich-kapitalistischen System keinen Platz im Islam und stehen im diametralen Gegensatz zu ihm“.

Der Staat Israel und Menschen jüdischen Glaubens werden von der **HuT** als eines der zu bekämpfenden Grundübel auf dem Weg zur Verwirklichung der islamischen Gesellschaft angesehen. In ihren Schriften rief die **HuT** immer wieder aggressiv und offen zur Gewalt gegen Juden sowie zur Vernichtung Israels auf.

Aggressiver Antisemitismus

Die Flugblätter, Broschüren und Publikationen, die u.a. in arabischer, türkischer und deutscher Sprache verfasst sind, wurden von Anhängern der **HuT** vor allem an muslimische Studenten an Universitäten sowie im Umfeld von Moscheen verteilt, so auch die deutschsprachige Publikation **Explizit**.

Mit Wirkung vom 15. Januar wurde der **HuT**, die als eine nach außen abgeschottete und konspirativ arbeitende Kaderorganisation einzustufen ist, die Tätigkeit in Deutschland verboten. Das Bundesministerium des Innern (BMI) stellte fest, dass die **HuT** sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, antisemitische Propaganda verbreitet, ihre Ziele in aggressiv-kämpferischer Weise verfolgt und Gewaltanwendung befürwortet.

Betätigungs- verbot

In Vollzug des Betätigungsverbotes wurden in fünf Bundesländern 30 Wohnungen von **HuT**-Mitgliedern durchsucht und große Mengen Propagandamaterial sowie Vereinsunterlagen beschlagnahmt. In Hessen konnten aufgrund von früheren Ermittlungen der Frankfurter Polizei aus Anlass einer Flugblatt-Aktion der **HuT** 13 Objekte identifiziert und durchsucht werden. Zugleich wurde ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren mit dem Ziel eines Organisationsverbots eingeleitet, da konkrete Organisationsstrukturen dieser Vereinigung in Deutschland nicht bekannt waren, die Zahl der aktiven Anhänger jedoch den Verdacht einer solchen existierenden Vereinsstruktur nahe legte. Im Rahmen dieses Ermittlungsverfahrens fanden am 10. April in elf Bundesländern erneut Durchsuchungen bei mut-

maßlichen Mitgliedern der **HuT** statt. In Hessen wurden elf weitere Wohnungen mit Schwerpunkt Frankfurt am Main sowie in Wiesbaden, Kassel, Gießen, Dietzenbach (Landkreis Offenbach) und Rüsselsheim (Landkreis Groß-Gerau) durchsucht. Auch hierbei konnten u.a. umfangreiche schriftliche Unterlagen, Zeitschriften, Flugblätter sowie Broschüren der **HuT**, Bücher, Ton- und Videokassetten sichergestellt werden. Die **HuT** hat gegen das Betätigungsverbot Klage erhoben. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat die Klage zugelassen.

ARABISCHE ISLAMISTISCHE GRUPPEN

Muslimbruderschaft (MB)

Die 1928 von Hassan Al-Banna in Ägypten gegründete **MB** ist die älteste und größte arabische islamistische Gruppierung. Sie entwickelte sich von einer regionalen ägyptischen Wohlfahrtsorganisation islamischer Prägung zu einer Bewegung, die sich in arabischen, vor allem nordafrikanischen, aber auch westeuropäischen Ländern unter verschiedenen Bezeichnungen ausgebreitet hat. Die **MB** ist Mutterorganisation der extremistischen **Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA)**, der **Salafitischen Gruppe für die Mission und den Kampf (GSPC)** und der **Islamischen Heilsfront (FIS)** aus Algerien, der palästinensischen **Islamischen Widerstandsbewegung (HAMAS)** und des palästinensischen **Islamischen Jihad (PIJ)**, der ägyptischen **Al-Gama'a al-Islamiyya (GI)** sowie der tunesischen **En Nahda**.

Größte
islamistische
Gruppierung

Die Ideologie der **MB** ist bis heute zentrales Gedankengut im Islamismus. Die **MB** strebt die Beseitigung der herrschenden arabischen Regime an, die sie als unislamisch ansieht. Sie fordert eine Beseitigung westlicher Einflüsse in der islamischen Welt, die Rückkehr zur „reinen Lehre“ des Propheten und wendet sich gegen eine Lockerung islamischer Traditionen und Sitten. Fernziel der **MB** ist die globale Verwirklichung einer islamistischen Herrschaftsordnung.

MB-Emblem



Islamische Ge-
meinschaft in
Deutschland e.V.

In Deutschland gilt die bereits 1960 gegründete, sich nach außen gemäßigt gebende **Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)** als Vertretung des ägyptischen Zweiges der **MB**. Die **IGD**, deren Hauptsitz im **Islamischen Zentrum München** ist, verfügt über mehrere Zweigniederlassungen in Deutschland (**Islamische Zentren**); in Hessen befinden sich diese in Frankfurt am Main, Darmstadt und Marburg. Erster Vorsitzender der **IGD** ist der Multifunktionär Ibrahim El Zayat, der u.a. auch die **Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG)** vertritt, die den Immobilienbesitz der **Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)** verwaltet.

Dem syrischen Zweig der **MB**, den vom früheren Leiter des **Islamischen Zentrums Aachen** gegründeten **Islamischen Avantgarden**, gehören als Unterorganisationen die **Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO)** sowie die **Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM)** an.

Im September fand der 25. Jahreskongress der **IGD** statt, der erstmalig an drei Orten, am 19. in München, am 20. in Hanau und am 21. in Berlin, durchgeführt wurde. Auch dadurch konnte die **IGD** im Vergleich zu den zentralen Treffen der Vorjahre eine wesentlich



**IGD-Groß-
veranstaltung
in Hanau**

größere Teilnehmerzahl erreichen. An den Veranstaltungen unter dem Motto „Integration statt Ghetto?!“ nahmen in München rund 1.400, in Berlin rund 4.000 und in Hanau rund 4.500 Personen teil. Unter den zahlreichen Rednern war u.a. der Ägypter Amr Khaled, der als Fernsehprediger eines saudi-arabischen Senders (der auch in Deutschland über Satellit zu empfangen ist) im arabischen Raum große Popularität genießt. Khaled ist auf Grund seiner islamistischen Haltung im Herkunftsland die öffentliche Stellungnahme zu religiösen Fragen untersagt. Bei der Berliner **IGD**-Veranstaltung trat auch der ebenfalls bekannte ägyptische Prediger Dr. Omar Abdel Kafi auf. Er hatte in den 90er

Jahren in seinen Predigten gegen die ägyptischen Christen gehetzt und war wegen seiner extremistischen Ansichten vom ägyptischen Innenministerium sowohl mit einem Predigt- als auch einem Reiseverbot belegt worden. Kafi soll prominente Schauspielerinnen und Sängerinnen dazu gebracht haben, ihre Berufe aufzugeben und sich gemäß den Vorschriften der Islamisten zu kleiden; die Künstlerinnen tragen jetzt Kopftuch und werben dafür. In seiner Rede erklärte der Prediger: „Integration darf nicht zu weit gehen. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, den Islam zu verbreiten. Wir müssen die ganze Welt besiedeln und zum Islam bekehren. Die Zukunft gehört der Religion Allahs.“

Unter den Gastrednern in Berlin befand sich auch Dr. Nadeem Elyas, der Vorsitzende des „Zentralrats der Muslime in Deutschland“ (ZMD) (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden). Elyas, dessen Organisation entgegen ihrem Namen nur eine kleine Minderheit der Muslime in Deutschland vertritt, scheut nicht davor zurück, die drakonischen Strafen der Scharia, des islamischen Rechts, zu verteidigen; so rechtfertigt er grundsätzlich auch die Steinigung der Frau bei Ehebruch (Süddeutsche Zeitung vom 11. 12. 2001).

Die bei dem **IGD**-Jahreskongress insgesamt erreichte Teilnehmerzahl von rund 10.000 Personen, darunter viele Frauen und junge Menschen, zeigt das Ausmaß der Mobilisierungsfähigkeit der in der Öffentlichkeit kaum bekannten **IGD**.

Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)

Ziele der militanten **HAMAS**, des palästinensischen Zweiges der **MB**, sind die Vernichtung des Staates Israel und die Errichtung eines islamistischen Staates Palästina. Die Anschläge der Terrororganisation, die zugleich zahlreiche karitative Einrichtungen wie z. B.



Kindergärten und Krankenstationen unterhält, um u.a. die Bevölkerung an sich zu binden, richten sich gegen alle Juden, wie ihr geistlicher Führer Scheich Ahmad Yassin bereits z. Zt. der **HAMAS**-Gründung 1987 ausführte: „Tötet sie alle, lasst nicht einen einzigen von ihnen übrig“.

Ziel ist die Vernichtung Israels

In ihrer Charta spricht sich die **HAMAS** ausdrücklich für die Zerstörung des Staates Israel aus. Einleitend heißt es dort: „Israel wird bestehen und solange weiterbestehen, bis der Islam es zunichte macht.“ Unmissverständlich ist festgelegt, dass die **HAMAS** „dafür kämpft, dass das Banner Allahs über jeden Zentimeter von Palästina aufgepflanzt wird“ (Art. 6). **HAMAS** - so die Charta weiter - führt den Dihad, den „Heiligen Krieg“, gegen Israel: „Die Bewegung des Islamischen Widerstandes ist ein Glied in der Kette des heiligen Krieges gegen die israelische Invasion“. (Art. 7)

„Die Initiativen, die sog. friedlichen Lösungen und die internationalen Gipfelkonferenzen zur Lösung der palästinensischen Angelegenheiten, stehen im Widerspruch zur Doktrin der Bewegung des Islamischen Widerstands. Der Verzicht auf irgendeinen Teil von Palästina ist ein Verzicht auf einen Teil der Religion [...]. Es gibt keine Lösung für die palästinensische Angelegenheit außer durch den Dihad“. (Art. 13)

Die **HAMAS**-Charta mit dem in ihr tief verankerten Judenhass beruft sich auch ausdrücklich auf eine der Grundlagentexten des modernen Antisemitismus: die „Protokolle der Weisen von Zion“. Bei dieser antisemitischen Fälschung der zaristischen Geheimpolizei handelt es sich um angebliche Gespräche auf einer fiktiven jüdischen Geheimkonferenz und deren angeblichen Beschluss, eine jüdische Weltherrschaft durch Gewalt und Betrug zu erringen. Unter ausdrücklicher Zustimmung zu dieser Fälschung, der auch für den Nationalsozialismus eine wichtige Rolle zukam, heißt es in Art. 32 der **HAMAS**-Charta: „Ihr Komplott wurde in den Protokollen der Weisen von Zion niedergelegt: Ihr derzeitiges Verhalten ist der beste Beweis für das, was dort gesagt wurde.“ Das Denken in Verschwörungskategorien ist dabei konstitutiv. Angebliche „Geheimorganisationen“, wie z.B. Freimaurer, Rotary Club und Lions Club, arbeiteten für die Interessen des Zionismus und wollten unter dessen Anleitung die Gesellschaften zerstören (Art. 28).

„Protokolle der Weisen von Zion“

HAMAS-Attentäter verüben seit Jahren in der Nahost-Region Selbstmordanschläge mit vielen Opfern. Beispielhaft für die Terroraktionen der **HAMAS** ist folgendes Attentat: Am 11. Juni verübte ein 18-jähriger Palästinenser, der sich als ultraorthodoxer Jude verkleidet hatte, einen Selbstmordanschlag auf einen Linienbus vor einem Einkaufszentrum in Jerusalem, bei dem 17 Menschen getötet wurden. **HAMAS** bezichtigte sich der Terroraktion. Der Anschlag sollte demonstrieren, dass palästinensische Gruppen zuschlagen könnten, wann und wo sie wollten. Ein **HAMAS**-Führer erklärte „alle Israelis und vor allem [Ministerpräsident] Scharon“ zu Zielen von Anschlägen. **HAMAS** kündigte weitere Anschläge an und forderte alle Ausländer zum sofortigen Verlassen Israels auf: „Wir rufen alle internationalen Bürger auf, sofort das zionistische Gebilde zu verlassen, um ihr Leben zu retten.“

Eine dreimonatige einseitige Waffenruhe, die **HAMAS** im Juni erklärt hatte, wurde im August wieder aufgekündigt. **HAMAS** rief im September zum dritten Jahrestag der sog. „Al-



Propaganda für HAMAS-Terror

Kampf gegen Israel

Aqsa-Intifada“ alle Araber und Muslime weltweit zum Kampf gegen Israel auf, Jerusalem solle befreit werden. **HAMAS** werde so lange weitere Anschläge verüben, bis Israel die Besetzung beende. Im November bekräftigte Scheich Yassin erneut, von einer Einstellung des Kampfes könne ohne israelischen Rückzug keine Rede sein.

Die EU-Außenminister beschlossen im September, auch den politischen Arm der **HAMAS** auf die vom Rat der Europäischen Union im Mai 2002 beschlossene Liste terroristischer Personen und Organisationen zu setzen. Der bewaffnete Flügel der Bewegung steht bereits auf der EU-Terrorliste. Des weiteren sollen durch die EU-Reisebeschränkungen für Funktionäre der Organisation verhängt werden.

In Deutschland und auch in Hessen lebende **HAMAS**-Anhänger haben hier keine terroristischen Anschläge verübt, sie beteiligten sich aber u.a. an antiisraelischen Demonstrationen.

Auf Antrag von **Al Aqsa e.V.**, ein der **HAMAS** nahestehender in Aachen (Nordrhein-Westfalen) ansässiger Verein zum Sammeln von Spenden, hat das Bundesverwaltungsgericht am 16. Juli die aufschiebende Wirkung der Klage gegen eine Verbotsverfügung des BMI vom August 2002 wiederhergestellt.

Der Verein war verboten worden, weil er u.a. Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer und religiöser Belange unterstützte und sich mit seinen Zielen gegen die Völkerverständigung richte. So nenne er z.B. in seinen Spendenaufrufen als Empfänger finanzieller Leistungen die „Märtyrerfamilien“ in Palästina.

Nach Auffassung des Gerichtes bestünden zwar deutliche Hinweise auf Einbindung von **Al Aqsa e.V.** in das Netzwerk von **HAMAS**. Es müsse aber noch geklärt werden, inwieweit die Zuwendungen als Unterstützung von Gruppen anzusehen seien, die Gewalttaten begingen.

Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA), Salafitische Gruppe für die Mission und den Kampf (GSPC), Islamische Heilsfront (FIS)

Bedenkenlose Gewalt- bereitschaft

Die 1992 in Algerien gegründete sunnitisch-extremistische **GIA** ist durch ein hohes Maß an Militanz gekennzeichnet. Die **GIA** ist für brutale Morde auch an Zivilisten und Ausländern in Algerien verantwortlich. Zu der gewaltsamen Durchsetzung ihres Zieles, der Errichtung eines islamischen Gottesstaates erst in Algerien und dann weltweit, verübte sie im Heimatland zahlreiche Massaker an „Ungläubigen“. In Europa unterstützten konspirativ agierende **GIA**-Anhänger die Organisation logistisch. Gefährlich ist die Mischung aus hochgradiger Kriminalität und bedenkenloser Gewaltbereitschaft. So hatte 1999 ein mutmaßlicher **GIA**-Anhänger in Frankfurt am Main anlässlich einer Fahrzeugkontrolle auf Polizeibeamte geschossen und dabei vier Polizisten verletzt.

Eine **GIA**-Abspaltung ist die 1997 gegründete, ebenfalls islamistisch-terroristische **GSPC**. Sie ist heute die gefährlichste Terrororganisation in Algerien, wo zahlreiche An-

schläge verübt wurden. Die Geiselnahme von 32 europäischen Touristen, darunter ein Motorradfahrer aus Hessen, in der algerischen Sahara im Februar und März wurde ebenfalls der **GSPC** zugerechnet. In Westeuropa lebende Anhänger unterstützen die Gruppe im Herkunftsland.

Die islamistische **FIS** ist der algerische Zweig der **MB**. Nachdem sie nach dem Verbot 1992 in Algerien zahlreiche Terroranschläge verübt hatte, stellte ihr militärischer Arm 1997 den bewaffneten Kampf ein.

Hizb Allah (Partei Gottes)

Die libanesisch-iranische **Hizb Allah**, die vom Regime im Iran unterstützt wird, verübt in der Heimatregion Terroranschläge gegen Israel. Ziel der von Fanatismus geprägten schiitischen Terrororganisation unter ihrem Generalsekretär Scheich Hassan Nasrallah ist die Vernichtung des jüdischen Staates. Bereits Kleinkinder werden mit Parolen aufgehetzt und mit Hass auf Israel indoktriniert. Selbstmordanschläge des militärischen Arms werden als „Märtyrertaten“ offen propagiert. Im Fernsehsender der **Hizb Allah**, der seine Prinzipien und Gesetze nach eigenen Angaben aus der „großmütigen Scharia“ ableitet und der auch in Deutschland via Satellit zu empfangen ist, werden laufend Attentate und „Märtyrer“ sowie deren Angehörige glorifiziert. Ausdrücklich wird dabei betont, dass die Familien der toten Selbstmordattentäter mit Geldern großzügig unterstützt werden.



Aufruf zum
Kampf

Terroranschläge
in Israel

Indoktrination durch Medien

Eine beachtliche Zahl (mehr als 50) von Fernseh- und Radioprogrammen aus der islamischen Welt können über Satellit in Deutschland empfangen werden. Etliche dieser Programme, wie der bereits erwähnte **Hizb Allah**-Fernsehsender, werden direkt von Islamisten betrieben. Zu beobachten ist, dass selbst Medien, die eher als unabhängig bzw. staatlich gelenkt einzustufen sind, den in der islamischen Welt bestehenden latenten Antisemitismus u. a. in Fernsehfilmen und -serien zum Ausdruck bringen. Ein Beispiel hierfür bietet eine auch in Deutschland zu empfangende syrische Fernsehserie, in der die Juden für fast alle Übel der Welt verantwortlich gemacht werden. Kinder wachsen in ihren Familien auch in Deutschland mit diesem Gedankengut auf.

Ein eigenes „Märtyrer“-Institut der **Hizb Allah**, die öffentlich sowohl Aufmärsche ihrer bewaffneten Kämpfer organisiert als auch verschiedene Wohlfahrtsorganisationen und soziale Hilfseinrichtungen zugleich betreibt, unterstützt in starkem Maß die Hinterbliebenen, die finanziell und ideologisch betreut werden.

„Jetzt kann ich meine Heimat selbst befreien“

Dass die **Hizb Allah** keineswegs eine menschenfreundliche sozial-karitative Einrichtung ist, illustriert auch ein neues Computerspiel. Das Kriegsspiel „Special Force“

wird vom „Hizbullah Central Internet Bureau“ im Internet vertrieben und einer der „Macher“ konnte im **Hizb Allah**-Fernsehsender sein Produkt den Zuschauern ausführlich darstellen.

Ziel des Spiels ist die „Zerstörung des zionistischen Feindes“ und die Befreiung der arabischen Großregion von israelischem Einfluss. Der PC-Spieler ist „Märtyrer“ in spe und kann sich aussuchen, mit welchen Waffen er den Feind besiegen will. Ihm stehen für einen Häuserkampf Handgranaten, ein Sturmgewehr und Messer zur Verfügung. Als Zielscheiben fungieren verhasste israelische Politiker, darunter an erster Stelle Ministerpräsident Ariel Scharon. Aufgabe des Spieles ist es, z.B. israelische Armeeposten zu stürmen und israelische Soldaten zu töten. Gegen Panzer mit aufgemaltem Davidstern gilt es nicht nur mit Steinwürfen anzugehen, sie werden gleich in die Luft gesprengt.



Einleitend wird das „arabische Großreich“, das es zu verteidigen gilt, mittels Flaggen und Landkarte abgesteckt. Außerdem findet sich zu Beginn des Spiels eine Einführung in die Historie des militärischen Arms der **Hizb Allah**, des **Islamischen Widerstandes**. Martialische Musik begleitet diesen Vorspann („O du Märtyrer, du bist die Sonne am Firmament...“). **Hizb Allah**-Führer Nasrallah zeichnet den zukünftigen Kämpfer nach den Übungsmissionen aus. Nachdem der Spieler mehrere Level durchlaufen hat, erreicht er am Ende die Halle der „Märtyrer“, wo ihn Visionen vom Paradies erwarten und eine Ahnengalerie sämtlicher „Märtyrer“, die im Kampf gegen Israel ums Leben gekommen sind. Diese Ahnengalerie ist dem Bildarchiv des **Islamischen Widerstandes** entnommen. „Der Garten der Märtyrer“, so einer der Spielmacher in der Sendung, „ist ein Garten der Gärten des Paradieses“. Es gebe zwei wichtige Aspekte des Spiels: „Das sind der Sieg und das Märtyrertum.“ Nach seinen Worten gehe es nicht darum, Kindern und Jugendlichen tatsächlich das Töten beizubringen, schließlich bestünde der Zweck des Spiels nur in der Verteidigung und dem Dihad. Vorstellbar sei allerdings, dass es bei der avisierten Hauptklientel des Spiels – den Kindern – den Wunsch erzeuge, auch zu den „Märtyrern“ im Garten dazu zu gehören. Die Erlöse aus dem Verkauf würden den Familien der „Märtyrer“ und dem **Islamischen Widerstand** zugute kommen.

Das Spiel ist speziell auf die arabische Gemeinschaft abgestimmt. Das Feindbild ist klar, und der Wunschtraum ebenso, nämlich die „Befreiung Palästinas“. Als Symbol für die besetzten Gebiete wird immer wieder die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem eingeblendet. Ebenso häufig blinkt und rotiert die **Hizb Allah**-Flagge über den Bildschirm.

In der **Hizb Allah**-Fernsehsendung freute sich ein kleiner palästinensischer Junge: „Jetzt kann ich meine Heimat selbst befreien.“

In Deutschland beteiligten sich **Hizb Allah**-Anhänger wie in der Vergangenheit an der seit 1996 jährlich in Berlin stattfindenden bundesweiten Demonstration zum Al-Quds-Tag (Jerusalem-Tag), der 1979 von dem iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini begründet worden war und mit dem zur Eroberung Jerusalems und zum Kampf gegen den „Zionismus“ aufgerufen wird. An der diesjährigen Veranstaltung am 22. November nahmen rund 700 Personen teil, die nach vorangegangener öffentlicher Kritik wegen des offenen Antisemitismus diesmal einen Schweigemarsch durchführten.

TÜRKEN

Islamisten

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)

Gründung:	1985
Hess. Landesvorsitzender:	Mehmet Ates
Bundvorsitzender:	Osman Döring (führt den Namen Yavuz Celik Karahan)
Mitglieder:	In Hessen 3.500, bundesweit 26.500
Publikationen (Auswahl):	Milli Görüs & Perspektive (Erscheinungsweise unregelmäßig)



**Einflussreichste
islamistische
Organisation
Deutschlands**

Die **IGMG** ist mit Abstand die mitgliederstärkste, einflussreichste und finanzkräftigste islamistische Organisation in Deutschland. Als **Vereinigung der neuen Welt-sicht in Europa e.V. (AMGT)** gegründet, teilte sie sich 1995 in die **IGMG** und die **Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG)**, die den sehr großen Immobilienbesitz verwaltet. Die **IGMG**, die in vielen europäischen Ländern vertreten ist, hat ihren Schwerpunkt in Deutschland als dem Land mit den meisten Auslandstürken. Dabei steht sie in enger ideologischer und personeller Verbindung mit den in der Türkei von dem Islamisten und kurzzeitigen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan, der verehrten Führerfigur, gesteuerten islamistischen Parteien. Hierzu zählen u.a. die 1998 verbotene „Wohlfahrtspartei“ (RP), deren 2001 verbotenen Nachfolgeorganisation „Tugendpartei“ (FP) und deren Nachfolgerin „Glückseligkeitspartei“ (SP). Das SP-Verbot wurde vom EuGH MR bestätigt.

Bereits vor dem FP-Verbot hatten sich zwei Flügel in der Partei gebildet: Einerseits die sog. „Traditionalisten“ um Erbakan, andererseits die sog. „Erneuerer“ um den ehemaligen Istanbul Oberbürgermeister Recep Tayyip Erdogan, jetziger Ministerpräsident der Türkei. Beide Flügel gründeten nach dem FP-Verbot eigene Parteien. Die „Traditionalisten“ organisierten sich in der „Glückseligkeitspartei“ (SP), dessen Vorsitz Erbakan nach Beendigung seines fünfjährigen politischen Betätigungsverbots übernahm, und die „Erneuerer“ in der „Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei“ (AKP), die seit 2002 die Regierung in der Türkei stellt. Die AKP will nach eigener Darstellung keine islamistische, sondern eine konservativ-demokratische Partei mit einer religiösen Orientierung sein.

Die schwere Wahlniederlage der in enger Verbundenheit mit der **IGMG** stehenden „Traditionalisten“ der SP bei den Parlamentswahlen in der Türkei stellte die **IGMG** vor erhebliche Probleme. Die weitere Entwicklung bleibt nach wie vor abzuwarten. Für die **IGMG** war es auf jeden Fall ein wichtiger Erfolg, dass die türkische Regierung im April in einem Runderlass ihre Auslandsvertretungen aufforderte, die Organisation zu unterstützen. Der türkische Außenminister rief dazu auf, die Botschafter sollten an **IGMG**-Veranstaltungen teilnehmen und Vertreter der Organisation bei Botschaftsempfängen eingeladen werden.

EXTREMISMUS

Doppelstrategie

Auch der türkische Ministerpräsident Erdogan empfing bei seinem Deutschland-Besuch im September hochrangige **IGMG**-Funktionäre, darunter den Vorsitzenden.

Als mitgliederstärkste islamistische Kraft will die **IGMG** Einfluss und Macht in Deutschland nicht mit gewaltsam-revolutionären Mitteln, sondern auf politischem Wege erringen. Sie verfolgt dabei eine Doppelstrategie. Nach außen spricht sie von Integration, Religionsfreiheit, stellt sich gemäßigt sowie dialogbereit dar und gibt verbale Bekenntnisse zum Grundgesetz ab. Sie verschleiert ihre verfassungsfeindlichen Ziele. Aus taktischen Erwägungen vermeidet sie in der Öffentlichkeit extremistische Aussagen, nicht zuletzt auch, um den Verfassungsschutzbehörden keine Angriffsflächen zu bieten. Intern wird – basierend auf einer islamistischen Interpretation von Koran und Scharia – gegen die westlich-demokratischen Werte agitiert. Auch wenn die Innere Sicherheit stark durch den islamistischen Terrorismus bedroht wird, stellt die Strategie des nicht-militanten Islamismus, insbesondere der **IGMG**, langfristig eine größere Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar.

Die **IGMG**, die nur eine Minderheit der Muslime in Deutschland vertritt, agiert im politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Raum, wobei sie sich als seriöse Ansprechpartnerin präsentiert und versucht, sich durch ihre Gesprächspartner aufzuwerten. In islamischen Dachverbänden bemüht sie sich um Einfluss. Durch ihre Rolle im „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) muss sie selbst nicht direkt in Erscheinung treten. Dabei ist der Vorsitzende des Islamrates der frühere Generalsekretär der **IGMG**, auch der frühere mehrjährige Leiter war ebenfalls ein hoher ehemaliger **IGMG**-Funktionär. Über Ibrahim El Zayat, der die **EMUG** vertritt und der zugleich Vorsitzender der **Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)** ist, besteht eine Verbindung auch zum „Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.“.

Werbung für deutsche Staatsbürgerschaft

Die **IGMG** propagiert bei ihren Mitgliedern weiter den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Dadurch wird der rechtliche Status verbessert, es kann größerer politischer Einfluss ausgeübt werden; für islamistische Positionen können so bessere Durchsetzungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Organisation unterstützt ihre Mitglieder bei Einbürgerungsverfahren. Auf Ablehnungen der Einbürgerungsanträge wird bundesweit mit einheitlich und koordiniert ausgearbeiteten umfangreichen Klagen reagiert.

Eine wichtige Plattformfunktion für die **IGMG** übt die türkischsprachige Tageszeitung

Milli Gazete aus, die zahlreiche Anzeigen der Organisation enthält, in denen für deren Veranstaltungen geworben wird. Die formal von der **IGMG** unabhängige Abonnementzeitung berichtet ausführlich und ohne Distanz über die Organisation und deren lokale, regionale und bundesweite Veranstaltungen. Die **IGMG** fordert ihre Mitglieder immer wieder dazu auf, das Blatt zu abonnieren. Der frühere Geschäftsführer der **Milli Gazete** (Europa-Ausgabe) war von 1999 bis 2001 kommissarischer Vorsitzender der **IGMG**. Der Verlag der Europa-Ausgabe hat seinen Sitz in Mörfelden-Walldorf (Kreis Groß-Gerau).



AUSLÄNDER -

Gänzlich unberührt von den „Dialog“-Bekundungen für die deutsche Öffentlichkeit sind die eindeutigen internen Aussagen für die eigene Anhängerschaft. Während es in der deutschen **IGMG**-Selbstdarstellung heißt: „Der Dialog der Religionen ist uns ein besonderes Anliegen“ und Vertreter der Organisation, die an „Dialog“-Veranstaltungen teilnehmen, von einem „einigenden Band zwischen Judentum, Christentum und Islam“ sprechen, werden für die Anhänger in der Milli Gazete deutliche Worte gefunden: „Ein Mann, der nicht das Bedürfnis hat, die Faust gegen den Nichtmuslim zu erheben und ihn aufs Auge zu treffen, kann weder im religiösen noch im terminologischen Sinne als Mann bezeichnet werden“. (Milli Gazete, 22. Juli)

Erneut wurden antijüdische Verschwörungstheorien propagiert. Ziel der „Zionisten“, die die USA in der Hand hätten, sei „die Beherrschung der Welt“. „Wenn wir diesen weltweiten Terror mit einer Krake vergleichen, so bilden den Kopf dieses Terrors die Zionisten, den Körper die USA und die Arme die weltweit verbreiteten Organisationen der Freimaurer. [...] Die Menschheit muss von dieser Gefahr [...] befreit werden.“ (Milli Gazete, 10. Dezember)

Antijüdische Verschwörungstheorien

Dass Aussagen zur Integration - „Die **IGMG** leistet ihren Beitrag für eine erfolgreiche Integration der Muslime“ (IGMG-Selbstdarstellung) – reine Lippenbekenntnisse sind und lediglich der Täuschung dienen, wird auch deutlich an einem kaum verhüllten Aufruf zu einer islamistischen Parallelgesellschaft. Unter der Überschrift „Entfernt Euch nicht aus der Umgebung der Moscheen“ wird in der **Milli Gazete** beklagt, dass einige „Brüder“ Häuser kaufen würden, die weit von den Moscheen angesiedelt sind. „Töchter“ und „Söhne“ müssten somit das muslimische Umfeld und muslimische Freunde entbehren. So entstehe die Zwangslage, Freundschaften mit Personen zu führen, die nicht die gleiche Meinung und den gleichen Glauben haben. Der Autor des Berichtes bittet ausdrücklich, „dass die Muslime in der Nähe der Moscheen wohnen, sich in der islamischen Umgebung aufhalten und sich von der Moschee und der Gemeinde nicht entfernen sollen.“ (Milli Gazete, 27. Dezember 2002)

Die hessische Jugendorganisation der **IGMG** veranstaltete am 24. Mai in der Kongresshalle in Gießen eine Feier zum „Tag der Eroberung und Tag der Jugend“ mit rund 600 Personen. An der „Eroberungsfeier“, so **Milli Gazete**, nahmen auch der **IGMG**-Generalvorsitzende und ein hochrangiger SP-Funktionär aus der Türkei teil.

Plakat zum „Tag der Eroberung und der Jugend“

Die geistig-politische Bedeutung einer derartigen Fatih-Veranstaltung, dem Symbol der gewaltsamen Eroberung für den Islam, ist keineswegs zu unterschätzen. Mit Feiern zu Fatih betreibt die **IGMG**, die sich staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen gegenüber als integrationsfördernd geriert, eine neo-osmanische Nostalgie, die zumindest geeignet ist, Zivilisationskonflikte herbeizuführen und junge Menschen türkischer Herkunft Europa zu entfremden.



Gezielte Indoktrination von Kindern

Als Fatih, d.h. Eroberer, wird Sultan Mehmet II. bezeichnet. Am 29. Mai 1453 kam es durch den Mauersturm der Janitscharen zum Fall Konstantinopels, des heutigen Istanbul, und zum Untergang des christlichen Byzantinischen Reiches.

Für einzelne Zielgruppen unterhält die **IGMG** eigene Organisationen, wobei sie einen besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Einflussnahme auf türkischstämmige Kinder und Jugendliche setzt, die sie auch mit zahlreichen Freizeitangeboten und Aktivitäten an sich zu binden versucht. Sie bietet in den Schulferien Korankurse, die sowohl als Tageskurse sowie auch als Internatskurse durchgeführt werden, und während des Schuljahres Hausaufgaben- und Nachhilfekurse an. Die **IGMG** will so die Heranwachsenden von der von ihr verachteten Gesellschaft möglichst fernhalten.

Massiv wurde dazu aufgefordert, die Kinder in die **IGMG**-Sommerschulen zu schicken. Wie alljährlich erschienen auch im Berichtsjahr zu Beginn der Sommerferien zahlreiche Aufrufe in der Milli Gazete, Termine und Veranstalter wurden bekannt gegeben.

Das Ziel der Kindererziehung nennt die **IGMG**, die nach außen permanent von Integration spricht, intern klar und unverholen aggressiv beim Namen: „Dass die schmutzigen Burgen des Westens vor unseren Kindern nicht mehr standhalten und nach und nach zusammenbrechen werden“ (Milli Gazete 6./7. September). Den Koran zu lernen und zu lehren sei das größte Glück für einen Menschen. Der Koran sei die Quelle des Glücks auf der Welt und im Jenseits. Eine Reihe von „abgeirrten“ Vereinigungen, „vor allem die jüdischen und christlichen Komitees“, würden nur auf eine Gelegenheit warten, „um uns unsere Kinder wegzunehmen. Wir sollten nicht dulden, dass unsere Kinder diesen verrückten wilden Tieren zum Fraß werden.“ (Milli Gazete, 5./6. Juli). Der Vorsitzende einer von der **IGMG** erheblich beeinflussten Organisation erklärte nach Abschluss der Sommerkurse: „Das wichtigste Ereignis für mich ist, dass meine Tochter nach dem Besuch dieses Kurses freiwillig ein Kopftuch tragen will. Das ist das größte Geschenk, das mir gemacht wird.“ (Milli Gazete, 4. September)

IGM-Kinderclub



Tragen des Kopftuches – ein „Befehl Gottes“

Das Tragen des Kopftuchs sei für muslimische Mädchen ein Befehl Gottes, dekretierte die **IGMG** in der **Milli Gazete** (27. Dezember 2002). Die Mädchen würden es „ehrentvoll wie eine Fahne“ tragen. Dabei gehen die Bekleidungsvorschriften der **IGMG** noch viel weiter: Mädchen, die eine Hose tragen, seien in Wirklichkeit nicht bedeckt. Kopftuchtragende Mädchen mit Hosenanzügen würden ihre Körperkonturen nicht vorschriftsgemäß verdecken. Sie müssten zusätzlich darüber „unbedingt“ einen weiten Mantel tragen.

Das Kopftuch als politisches Symbol

Das Kopftuch wird von Islamisten instrumentalisiert, um religiöse und politische Aussagen zu demonstrieren, die im krassen Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Es steht u. a. für zentrale Bestandteile der islamistischen Ideologie, die z. B. der im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigung von Mann und Frau wider-

sprechen. Die Debatte über das Verbot des Tragens von Kopftüchern im öffentlichen Dienst wurde durch den Fall einer Pädagogin aus Baden-Württemberg öffentlichkeitswirksam.

Europaweit hätten insgesamt über 22.000 Schülerinnen und Schüler die Sommerkurse besucht. Als sehr erfreulich wurde ein Anstieg der Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr gewertet, wo „nur“ rund 19.000 Kinder und Jugendliche die Kurse besucht hätten. Die Sommerkurse in Hessen wurden als sehr produktiv bezeichnet. In 23 Gemeinden des Gebietes Hessen hätten insgesamt 516 Schüler teilgenommen. (Milli Gazete, 22. August)

Hochrangige **IGMG**-Funktionäre erklärten, Islamunterricht an den regulären deutschen Schulen könnte dazu führen, „unsere Kinder bewusst zu verwirren“ (Milli Gazete, 11. September). Öffentlich wurde jedoch anlässlich eines Schulversuchs zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in Niedersachsen durch einen dortigen **IGMG**-Funktionär erklärt, man unterstütze dies „außerordentlich“ und zugleich gefordert: „Wir wollen bestimmen, welche Lehrer unterrichten“. (DIE WELT, 21. August)

Der neue Vorsitzende der **IGMG** Hessen wurde im Mai bekannt gegeben. Ibrahim Gümüşoglu, der seit 1994 Vorsitzender der **IGMG** in Hessen war, wurde durch den bisherigen Gebietsvorsitzenden von Nordbayern, Mehmet Ates, ersetzt, so **Milli Gazete** am 27. Mai. Von einer „Neuwahl“ des Vorsitzenden wurde nicht berichtet. Die Bekanntgabe, so **Milli Gazete**, dass Ates der neue Landesvorsitzende ist, geschah durch ein Mitglied der **IGMG**-Zentrale in Kerpen (Nordrhein-Westfalen).



Milli Görüş
und Perspektive

Publikation Anadoluda Vakit

Der Verlag der türkischsprachigen Tageszeitung **Anadoluda Vakit** hat seinen Sitz in Mörfelden-Walldorf (Kreis Groß-Gerau). Das Blatt mit einer Auflage von über 10.000 Exemplaren (Eigenangabe) agitiert offen islamistisch. Häufig sind Anzeigen für **IGMG**-Veranstaltungen und Werbung dieser Organisation zu finden.



Offene
islamistische
Agitation

Eine partiell ideologische Übereinstimmung von Islamisten und Rechtsextremisten zeigt sich in dem ihnen gemeinsamen Antisemitismus. Unter der Überschrift „Hitler hatte Recht“ auf der Titelseite wurde am 5. April ein antisemitischer Brief mit den Sätzen zitiert „Ihr Juden seid tatsächlich die Schmarotzer der Welt. Hitler hatte Recht!“

In der Ausgabe vom 16. April fand sich unter der Überschrift „Der Kopf der Schlange ist Israel“ der Glaube an eine jüdische Verschwörung und Steuerung. „Die USA, Großbritannien und Israel arbeiten wie eine Terrororganisation. Während Israel das Gehirn des Trios darstellt, übernehmen die USA und Großbritannien die Aufgabe des Schützen“. Das propagierte Feindbild spiegelte sich in folgender Überschrift: „Die USA werden von israelischen

Zionisten regiert!“ (Ausgabe vom 18. Oktober). Der Staat Israel wurde als „der Kopf vom eigentlichen Geschwür“ diffamiert. Der nationalsozialistischen Hasspropaganda vergleichbar hieß es: „Solange dieses Geschwür nicht zum Platzen gebracht wird, werden die Schmerzen auf der Welt nicht aufhören“. (Ausgabe vom 16. April).

Die gegen die Menschenwürde gerichtete Agitation von **Anadoluda Vakit** gipfelte im Aufruf zur Vernichtung, nachdem das Blatt die angebliche nichttürkische und nichtislamische Herkunft mehrerer prominenter Personen in der Türkei „enthüllt“ hatte:

Antisemitische
Karikatur aus
der **Anadoluda
Vakit**



„Ich weiß, dass in deinem Ausweis als Staatsangehöriger die türkische Republik eingetragen ist. Aber du bist eine Toilette in diesem Land, die voll mit dem Erbrochenen und Scheiße ist. Folgendes solltest du gut wissen: In meinen Augen hast du überhaupt keinen Wert. Glaube bloss nicht, dass du etwas Seltenes bist. Du, weißt du, du bist ein Stück Scheiße, das in dem Moment in der Kanalisation landet, wenn ich die Abspülung betätige.“ (Ausgabe vom 2. Oktober)

AUSLÄNDER-
EXTREMISMUS

Der Kalifatsstaat

Gründung:	1984
Vorsitzender:	Metin Kaplan
Mitglieder:	In Hessen 200, bundesweit 800
Publikationen:	Beklenen Asr-i Saadet (Das erwartete Jahrhundert der Glückseligkeit) D.I.A. (Der Islam als Alternative)
Verbot:	12. Dezember 2001, Verbot weiterer Teilorganisationen am 19. September 2002

Offen erklärte Ziele des **Kalifatsstaates** sind der Sturz des laizistischen Staatsgefüges in der Türkei und die Errichtung einer weltweiten islamistischen Ordnung sowie die Weltherrschaft des Islam unter der Führung eines Kalifen, eines weltlich-religiösen Herrschers. Einziges Mittel hierzu ist für den strikt und unverhüllt antidemokratischen **Kalifatsstaat** der „Djihad“, erforderlichenfalls unter Einsatz des „Schwertes“ und unter Inkaufnahme des Todes. Die Teilnahme am „Heiligen Krieg“ wird als eine für jeden Muslim verbindliche Pflicht dargestellt. Eine diffamierende Agitation wird gegen Juden sowie die USA, Großbritannien und Israel betrieben.

Im Dezember 2001 wurde der **Kalifatsstaat** durch das BMI verboten, weil sich seine Aktivitäten gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richten. Außerdem gefährde er die Innere Sicherheit sowie erhebliche – insbesondere außenpolitische – Belange der Bundesrepublik Deutschland. Zahlreiche dem **Kalifatsstaat** zugeordnete Teilorganisationen waren ebenfalls von dem Verbot betroffen. In Zusammenhang mit dem Verbot wurden in mehreren Bundesländern Durchsuchungen durchgeführt, darunter auch in Hessen. Auf Grund der Auswertung des sichergestellten Beweismaterials wurde im September 2002 nach einer weiteren Verfügung des Bundesministers des Innern das Verbot von weiteren 16 Teilorganisationen in mehreren Bundesländern vollzogen. In Hessen wurden Vereine in Dillenburg (Lahn-Dill-Kreis), Wiesbaden und Hanau (Main-Kinzig-Kreis) verboten, in Rüsselsheim (Kreis Groß-Gerau) wurde ein Verein durchsucht, der zwischenzeitlich aufgelöst ist.

Das Verbot des **Kalifatsstaates** wurde vom Bundesverwaltungsgericht im November 2002 bestätigt, die Entscheidung ist rechtskräftig. Eine Verfassungsbeschwerde des **Kalifatsstaates** wurde vom Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 2. Oktober nicht zur Entscheidung angenommen. Es gebe keine klärungsbedürftigen und entscheidungserheblichen verfassungsrechtlichen Fragen, der Verfassungsbeschwerde fehle es zudem an der Aussicht auf Erfolg.



Weltweites Kalifat:
„Unsere Armee wird Sieger sein“

Durchsuchungen auch in Hessen

Die verbotene Organisation setzt ihre Aktivitäten vom Ausland aus fort. Als Nachfolgepublikation des verbotenen Verbandsorgans **Ümmet-i Muhammed** erscheint (seit Anfang 2002) wöchentlich ohne Impressum die von den Niederlanden aus vertriebene tür-



kischsprachige Zeitung **Beklenen Asr-i Saadet**, die sich weder inhaltlich noch äußerlich von ihrer Vorgängerin unterscheidet und die die Ideologie des **Kalifatsstaates** weiter verbreitet. **Beklenen Asr-i Saadet** propagiert den Umsturz in der Türkei, diffamiert immer wieder Juden, hetzt gegen die USA, Großbritannien

Anti-demokratische Agitation

und Israel und agitiert antidemokratisch: „Die Demokratie und der Kapitalismus sind die Seuchen des Zeitalters. [...] Das Ende der Demokratie ist das Ende des Kapitalismus! [...] Das Ende des Kapitalismus ist gekommen. Es ist das Zeitalter des Islam! Alles andere ist nur dummes Gerede!“ (Beklenen Asr-i Saadet Nr. 71, 7. Mai).

Koran und Scharia (islamische Rechtssprechung) werden über Demokratie und Menschenrechte gesetzt:

*„Gestern, heute und morgen
Unsere Bestrebung ist der islamische Staat!
Unsere Verfassung ist der Koran, unser Gesetz ist die Scharia!“
(Beklenen Asr-i Saadet Nr. 59, 12. Februar)*

Agitation gegen Juden

Hervorstechend ist die Agitation gegen Juden. Die „Welt werde von den Zionisten regiert“, (Beklenen Asr-i Saadet Nr. 72, 14. Mai), der amerikanische Präsident werde „von der jüdischen Junta gelenkt“ (Nr. 65, 26. März) und der Irak-Krieg diene für eine „zionistische Herrschaft von Nil bis Euphrat“. (Nr. 60, 19. Februar)

Im Rahmen einer Exekutivmaßnahme gegen Bezieher der Publikation wurden am 11. Dezember bundesweit fast 1.200 Objekte in 13 Bundesländern, davon 98 Objekte in Hessen, durchsucht, um Nachfolgeaktivitäten des **Kalifatsstaates** zu unterbinden.



Seit 2002 erscheint monatlich das Hochglanzheft **Der Islam als Alternative (D.I.A.)** als neue Publikation in deutscher

Sprache, die über den Kreis der **Kalifatsstaats**-Anhänger hinaus wirken will. Das Blatt wird ebenfalls in den Niederlanden hergestellt. Auch der organisationseigene Fernsehsender **HAKK-TV** sendet weiter.

Die 1984 von dem inzwischen verstorbenen Cemaleddin Kaplan gegründete Organisation wird seit 1995 von seinem Sohn Metin Kaplan geführt, der sich im gleichen Jahr zum „Kalifen“ (Vertreter des Propheten, weltlich-religiöser Herrscher) ausgerufen hatte. Kaplan verbüßte bis März eine vierjährige Freiheitsstrafe wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, nachdem er zur Tötung eines Konkurrenten aufgerufen hatte, der dann auch durch bislang unbekannt gebliebene Täter ermordet wurde.

Kaplan-Verfahren

Auf Grund eines Auslieferungshaftbefehls des OLG Düsseldorf vom Januar verblieb Kaplan nach Ablauf seiner Freiheitsstrafe weiter in Haft. Grundlage der Entscheidung waren zwei türkische Haftbefehle, in denen Kaplan die Planung von Anschlägen und der Aufruf zum Umsturz in der Türkei vorgeworfen werden. Kaplan soll u.a. seinen Anhängern den Befehl erteilt haben, 1998 anlässlich des türkischen Nationalfeiertages ein sprengstoffbeladenes Flugzeug über dem Atatürk-Mausoleum in Ankara zum Absturz zu bringen sowie am selben Tag die Fatih-Moschee in Istanbul zu besetzen und mit Waffengewalt zu verteidigen. Ein Auslieferungsersuchen wurde von der Türkei gestellt.

Mit unanfechtbarem Beschluss vom 27. Mai erklärte das OLG Düsseldorf die Auslieferung Kaplans an die türkischen Justizbehörden für unzulässig, hob den Auslieferungshaftbefehl auf und ordnete die Freilassung an. Das Gericht sah „ernstliche Gründe für die Annahme, dass der Verfolgte einem Verfahren ausgesetzt sein wird, das dem völkerrechtlichen Verbot einer Verwertung polizeilich erpresster Aussagen widerspricht“ und „den Charakter politischer Verfolgung“ trägt.

Das OLG unterstellte Kaplan gerichtlicher Führungsaufsicht, er darf den Bereich der Stadt Köln nicht ohne Erlaubnis verlassen.

Auch Ausweisungsverfügungen der Stadt Köln, gegen die Kaplan Rechtsmittel eingelegt hatte, wurden vom zuständigen Verwaltungsgericht aufgehoben, da Kaplan nach Auffassung des Gerichts in der Türkei ein Strafverfahren drohe, das mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht zu vereinbaren sei. Die Entscheidung des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zum Widerruf der Anerkennung Kaplans als Asylberechtigter wurde dagegen vom Verwaltungsgericht Köln am 27. August bestätigt. Der Entzug der Asylberechtigung sei rechtmäßig, da Kaplan wegen einer erheblichen Straftat zu vier Jahren Haft verurteilt worden sei und zum anderen die Gefahr bestehe, dass er wieder straffällig werden könnte.



Kalifatsstaat:
„Armee Allahs“

In Hessen kam es nach Schließung (Nutzungsverbot) einer von **Kalifatsstaats**-Anhängern in Hanau (Main-Kinzig-Kreis) als Moschee genutzten Lagerhalle wegen fehlender Rettungswege durch das Bauamt der Stadt am 22. und 29. August zu einem „demonstrativen Freitagsgebet“ auf dem Marktplatz. Es beteiligten sich bis zu 40 Personen, ausschließlich Männer.

Linksextremisten

Die untereinander verfeindeten marxistisch-leninistischen Organisationen **Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)** und **Türkische Volksbefreiungspartei/-front - Revolutionäre Linke (THKP/-C-Devrimci Sol)**, deren Ziel die gewaltsame Zerschlagung des türkischen Staates ist, sind aus der bereits 1983 verbotenen **Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)** hervorgegangen. Der Bundesminister des Innern verbot 1998 die

AUSLÄNDER



Flagge der DHKP-C

wesentlich mitgliederstärkere **DHKP-C** als Ersatzorganisation der **Dev-rimci Sol** und erließ gegen die **THKP/-C-Devrimci Sol** ein Betätigungsverbot; eine Anfechtungsklage der **DHKP-C** gegen das Vereinsverbot wurde vom Bundesverwaltungsgericht 2000 letztinstanzlich abgewiesen.

Seit Jahren verübt die **DHKP-C** in der Türkei immer wieder schwere Anschläge. Auch im Berichtsjahr war sie für mehrere Terroraktionen verantwortlich. In einer im Internet veröffentlichten Presseerklärung bezichtigte sich die Revolutionäre Volksbefreiungsfront (**DHKP-C**), der militärische Arm der **DHKP-C**, am 15. April in Istanbul Sprengstoffanschläge auf Mc Donald's-Restaurants sowie auf Wohnbezirke von Richtern verübt zu haben. Die **DHKP-C** begründete die Taten damit, dass die USA und die mit ihr „kollaborierende“ türkische Regierung für die „Massaker“ im Irak und in den türkischen Gefängnissen (Hungerstreikaktionen inhaftierter **DHKP-C**-Anhänger) verantwortlich seien. Das Land sei eine „Neokolonie Amerikas“, die Kollaboration mit dem Imperialismus müsse beendet werden und die Amerikaner das Land verlassen.

Terroranschläge in der Türkei

Einen weiteren Sprengstoffanschlag verübte die **DHKC** am 20. Mai in Ankara. Durch den offenbar zu früh explodierten Sprengkörper wurden die Attentäterin, eine **DHKC**-Aktivistin, getötet, eine weitere Person verletzt und ein Café im Zentrum der türkischen Hauptstadt verwüstet. In einer Presseerklärung der **DHKC** hieß es, die Attentäterin habe sich für die „gefallenen Märtyrer“ im Todesfasten in den türkischen Haftanstalten rächen und gegen die Politik der USA und die angebliche Isolationshaft in den Gefängnissen protestieren wollen. Die **DHKP-C** ist auch in der EU-Terrorliste aufgeführt.

Durchsuchungen

Auch im Berichtsjahr wurden erneut Funktionäre der konspirativ arbeitenden Kaderorganisation in Deutschland festgenommen bzw. u.a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu Freiheitsstrafen verurteilt. Am 9. und 15. Juli sowie am 18. November wurden umfangreiche Exekutivmaßnahmen gegen die **DHKP-C** durchgeführt. Im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Koblenz wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz, der Sammlung von Spenden, dem Vertrieb von Propagandamaterial sowie der Ausrichtung von Propagandaveranstaltungen für die verbotene Organisation durchsuchte die Polizei in sieben Bundesländern (Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Thüringen) insgesamt 51 Wohnungen und Büros, davon 18 Objekte in Hessen. Es wurden große Mengen Beweismaterial über die Betätigung für die **DHKP-C** sichergestellt, insbesondere Propagandamaterial und umfangreiche schriftliche Unterlagen wie Spendenlisten/-quittungen. Aufgefunden wurden sowohl im Juli als auch im November eine funktionsfähige Schusswaffe und Munition. Durchsucht wurden auch die Verlagsräume der **DHKP-C**-Veröffentlichung **Ekmek ve Adalet (Brot und Gerechtigkeit)** in Köln, wobei auch eine komplette Ausgabe beschlagnahmt werden konnte.

Darüber hinaus konnte ein Tatverdächtiger aus dem Großraum Darmstadt auf Grund eines Haftbefehls festgenommen werden. Ihm wird neben der Zuwiderhandlung gegen das

EXTREMISMUS

Vereinsgesetz u.a. eine schwere räuberische Erpressung und eine versuchte räuberische Erpressung angelastet. Er soll bereits Ende 2001 in einem Fall mit einer Waffe die Zahlung eines Geldbetrages an die **DHKP-C** erreicht und in einem weiteren Fall eine solche Zahlung unter Androhung von körperlicher Gewalt erstrebt haben. Dieser **DHKP-C**-Aktivist war bereits am 14. Februar vom Landgericht Frankfurt am Main wegen besonders schwerem Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in einem besonders schweren Fall sowie des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wurde, verurteilt worden. Der türkische Staatsbürger hatte sich an gewalttätigen Ausschreitungen von linksextremistischen Türken am 1. Mai 2001 in Frankfurt am Main beteiligt. Eine mit Steinen, Dachlatten und Gymnastikkeulen bewaffnete Gruppe um den Angeklagten wollte dabei eine Polizeikette durchbrechen. Darüber hinaus vertrieb er in großer Stückzahl Propagandamaterial der **DHKP-C**. Das Urteil ist rechtskräftig.

Die **DHKP-C** agitierte in ihrem Publikationsorgan **Ekmek ve Adalet** gegen die Durchsuchungen. Die von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Maßnahmen bezeichnete sie als rechtswidrig und rief zur Solidarität und Unterstützung ihrer Zeitung auf. In der Ausgabe vom 27. Juli wurde behauptet, die Razzia gegen die Zeitschrift mache die deutsche Unterstützung des türkischen Faschismus deutlich. Der deutsche Staat zeige Ausländern gegenüber „mit Druck, Willkür und Verboten ... zügellos sein Gesicht der Unterdrückung“. Der **DHKP-C**-nahe **Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei (TAYAD)** titelte auf seiner Internet-Homepage: „Deutsche Polizei verbreitet Terror“. Nach Auffassung des **TAYAD** praktiziere Deutschland „im Namen der USA und des türkischen Faschismus eine Repressions- und Einschüchterungspolitik gegen revolutionäre, demokratische und antifaschistische Menschen“.

Seit ihrem Verbot führt die **DHKP-C** ihre Großveranstaltungen im benachbarten Ausland, bevorzugt in Belgien oder in den Niederlanden, durch. Am 26. April fand in Rotterdam (Niederlande) anlässlich des 9. Jahrestages der Parteigründung und zum Gedenken an die „Gefallenen der Revolution“ ihr jährliches Parteifest mit rund 3.500 (Vorjahr: 2.500) Teilnehmern statt.

Beherrschender Agitationsschwerpunkt der **DHKP-C** blieb die Gefängnisreform in der Türkei, mit der statt der bisher üblichen, den Zusammenhalt von extremistischen und

kriminellen Gruppen begünstigenden, Großraumzellen kleinere Zellen nach europäischem Standard eingeführt wurden. Die Linksextremisten sprechen hier von „Isolationzellen“, in denen „Isolutionsfolter“ drohe. Dagegen wurde bereits im Oktober 2000 von den linksextremistischen Organisationen in der Türkei ein Hungerstreik begonnen (sog. „Todesfasten“), der inzwi-

Hungerstreik-Aktionen



ISOLATION TÖTET!

DER WIDERSTAND GEGEN DIE ISOLATION GEHT WEITER!

schen über 60 Tote forderte (sowie 40 Tote bei der Niederschlagung eines Häftlingsaufstandes). Nachdem im Mai 2002 die anderen beteiligten linksextremistischen Organisationen das „Todesfasten“ beendet hatten, wurden die Aktionen nur noch von der **DHKP-C** und der ihr nahestehenden Vereinigung **TAYAD** fortgeführt. Die Zahl der Veranstaltungen und die Teilnahme daran waren weiter rückläufig.

Anlässlich des tausendsten Tages des Hungerstreiks in den türkischen Haftanstalten führte die **DHKP-C** am 15. Juli in Brüssel eine Demonstration zum Thema „Todesfasten“ durch, an der sich rund 250 Anhänger, auch aus dem benachbarten Ausland, beteiligten. Aus dem selben Anlass führte das in Hamburg ansässige **TAYAD**-Komitee im selben Zeitraum in mehreren deutschen Großstädten (Frankfurt am Main, Köln, Berlin, Dortmund) einen mehrtägigen Hungerstreik durch. In Frankfurt am Main war vom 15. bis 20. Juli an der Hauptwache ein Zelt aufgestellt. Agitiert wurde mit Plakaten und Flugblättern „Isolation tötet! Der Widerstand gegen die Isolation geht weiter“. An der Aktion beteiligten sich bis zu 30 Personen, die Resonanz war äußerst gering.

Die **Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)** ist eine revolutionär-marxistische Organisation, deren Ziel die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft ist und die Terrorakte in der Türkei verübt. Seit Jahren ist die **TKP/ML** in zwei voneinander unabhängige Flügel gespalten: den dominierenden **Partizan**-Flügel und die **Maoistische Kommunistische Partei (MKP)**.



Zum **Partizan**-Flügel gehören:

- die **Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)**,
- die **Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)** und
- der militärische Arm, die **Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)**.

Zur **MKP** gehören:

- die **Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK)**,
- die **Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF)** und
- der militärische Arm, die **Volksbefreiungsarmee (HKO)**.

Das **Ostanatolische Gebietskomitee (DABK)** war 2002 auf einem Kongress in der Türkei in **MKP** umbenannt worden. Zu ihren Zielen erklärte die Organisation:

„Wir wollen mit einem Volkskampf gegen den Imperialismus und seine Handlanger und Diktatoren vorgehen und diese nach und nach zerstören und allen imperialistischen Systemen auf dieser Welt ein Ende bereiten. Wir wollen auch mit einer proletarischen Weltrevolution eine kommunistische Gesellschaft aufbauen, in der es keine Klassen und keinen Privatbesitz gibt. Für eine kommunistische Welt wollen wir mit Beharren Krieg führen und die rote Fahne des Fortschritts und die Fahne des Mao hissen.“

„Der Kommunismus ist unser endgültiges Ziel.“

„Der Staat wird mit Gewalt zerstört werden. Dies ist das universelle Gesetz der Revolution.“ (Sinif Teorisi, Klassentheorie, April/Mai)

**Ziel:
Kommunistische
Volksherrschaft**

Rund 250 Anhänger trafen sich am 11. Januar in Eltville (Rheingau-Taunus-Kreis), wo die Umbenennung bekannt gegeben wurde.

Wie alljährlich führten beide Flügel Veranstaltungen zum Gedenken an den Gründer der **TKP/ML**, Ibrahim Kaypakkaya, durch. An der Versammlung der ADHF, der Basisorganisation der **MKP**, die erneut in Frankfurt am Main stattfand, beteiligten sich am 17. Mai rund 4.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland. Der Partizan-Flügel der **TKP/ML** mobilisierte für seine Veranstaltung am 24. Mai in Wuppertal (Nordrhein-Westfalen) ebenfalls rund 4.000 Teilnehmer.

Die revolutionär-marxistische **Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)** strebt einen revolutionären Umsturz in der Türkei und die Errichtung einer kommunistischen Volksherrschaft an. Die Organisation ist in der Türkei auch terroristisch aktiv. Basisorganisation in der Bundesrepublik Deutschland ist die **Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF)**.



AUSLÄNDER-
EXTREMISMUS

KURDEN

Volkskongress Kurdistan (KONGRA-GEL) früher Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK) [ehemals Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)]

Gründung:	PKK 1978, Umbenennung in KADEK 2002 und in KONGRA-GEL November 2003
Vorsitzender:	Zübeyir Aydar
Publikation:	Serxwebun (Erscheinungsweise monatlich), Sprachrohr sind die türkischsprachige Tageszeitung özgür Politika und der deutschsprachige Kurdistan-Report (Erscheinungsweise zweimonatlich)

Die Fahne des
KONGRA-GEL



Umbenennung
der Organisation

Nachdem es der **PKK** auch durch eine Umbenennung in **KADEK** im Jahr 2002 nicht gelungen war den Makel des Terrorismus abzustreifen und als politische Gesprächspartnerin akzeptiert zu werden, hat sie im November erneut den Namen gewechselt und firmiert jetzt unter **Volkskongress Kurdistan (KONGRA-GEL)**. (Da die Organisation im überwiegenden Teil des Berichtszeitraums den Namen **KADEK** trug, wird diese Bezeichnung im folgenden für sie verwendet.)

Hervorstechende Merkmale dieser Organisation sind der um den Generalvorsitzenden Abdullah Öcalan betriebene Führerkult und die hohe Mobilisierungsfähigkeit zu Großveranstaltungen. A. Öcalan, seit 1999 in türkischer Haft, bestimmt nach wie vor die politische Ausrichtung. Obwohl nur eine Minderheit der rund 500.000 in Deutschland lebenden Kurden dem **KADEK** zuzurechnen ist, tritt die Organisation mit einem Alleinvertretungsanspruch für alle Kurden auf. Sie versucht sich nach außen als demokratische politische Kraft darzustellen. Dabei ist sie eine unverändert straff geführte und strikt hierarchisch strukturierte Kaderorganisation, für die Deutschland eindeutig der Schwerpunkt in Europa ist. In Hessen bestehen die Gebiete Kassel, Gießen, Frankfurt am Main und Darmstadt. Der Parteiapparat arbeitet konspirativ. Ab der Gebietsebene aufwärts operieren hauptamtliche Funktionäre mit Decknamen, die häufig ausgetauscht werden.

Die von A. Öcalan als marxistisch-leninistische Organisation mitbegründete **PKK** kämpfte ursprünglich für die Errichtung eines unabhängigen Staates „Kurdistan“. Dazu führte sie seit 1984 im Südosten der Türkei einen blutigen Guerillakrieg, in dem über 30.000 Menschen getötet wurden. Nachdem in Deutschland **PKK**-Anhänger massive Gewalttaten verübt hatten, verhängte 1993 der Bundesminister des Innern ein Betätigungsverbot über

Blutiger
Guerillakrieg

die **PKK** und ihre Teilorganisationen. Trotz der 1999 erklärten Einstellung des bewaffneten Kampfes bestehen Kampfeinheiten im Südosten der Türkei und im Nord-Irak weiter fort. Auf die Forderung nach einem autonomen Staat „Kurdistan“ wurde verzichtet, statt dessen wird eine kulturelle Autonomie angestrebt, ohne die bestehenden Grenzen in Frage zu stellen.

Im April 2002 wurde auf einem Parteikongress beschlossen, die Aktivitäten unter dem Namen **PKK** einzustellen. Gleichzeitig wurde die Gründung des **Freiheits- und Demokratiekongresses Kurdistans (KADEK)** bekannt gegeben und als „legitimer und einziger Nachfolger“ der **PKK** bezeichnet. Die Satzung, Struktur, Zielsetzung, Ideologie und personelle Zusammensetzung des **KADEK** wiesen gegenüber der **PKK** keine signifikanten Abweichungen auf. Der die Organisation gänzlich beherrschende bisherige Vorsitzende der **PKK**, A. Öcalan, war auch ihr Vorsitzender.



Nach einer Bewertung durch das BMI erstreckt sich das 1993 erlassene Betätigungsverbot für die **PKK** auch auf den **KADEK**, da zwischen beiden Organisationen Identität besteht und die Umwandlung der **PKK** zum **KADEK** als Umfirmierung zu bewerten war. Darüber hinaus war weiterhin davon auszugehen, dass der von der **PKK** bereits vor der Umwandlung zum **KADEK** eingeschlagene sog. „Friedenskurs“ jederzeit umkehrbar ist. Die Trennung von dem für ihre terroristische Vergangenheit stehenden Namen **PKK** sollte lediglich die politische Arbeit der Organisation erleichtern. In Deutschland hatte es die **PKK** auch bisher schon vermieden, unter ihrer originären Bezeichnung aufzutreten. Der **KADEK** hoffte, mit einer scheinbar neuen Organisation als Gesprächspartner akzeptiert zu werden und so das **PKK**-Verbot umgehen zu können. Im Mai 2002 war die **PKK** vom Rat der Europäischen Union in die EU-Liste der terroristischen Organisationen aufgenommen worden.

Die Aktivitäten werden in Deutschland von zahlreichen Nebenorganisationen getragen. Hierzu zählen u.a. die Frauenorganisation **Partei der freien Frauen (PJA)**, die **Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)**, die im August in **Bewegung der freien Jugend Kurdistans (TECAK)** umbenannt wurde, und die **Studentenorganisation Union der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)**.

Eine der wichtigsten dem **KADEK** zuzurechnenden Organisationen ist der Dachverband **Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)**, der nach dem Verbot des früheren **PKK**-Dachverbandes **FEYKA-Kurdistan** gegründet worden war. Mitglieder sind **KADEK**-nahe Vereine, die sich nach außen als unabhängige kurdische Interessenvertretungen darstellen. Die **YEK-KOM** tritt als Anmelderin von **KADEK**-Veranstaltungen auf und ist propagandistisch für ihn tätig. Sie ist Mitglied im europäischen Dachverband **Konföderation kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD)**, auf deren Jahreskongress am 25. Januar in Duisburg Osman Öcalan, Bruder von Abdullah Öcalan und Mitglied des **KADEK**-Generalpräsidialrates, telefonisch zugeschaltet war. Auf dem 10. **YEK-KOM**-Jahreskongress am 19. und 20. Juli in

**Zahlreiche
Unter-
organisationen**

Troisdorf (Nordrhein-Westfalen) sprachen u.a. ein Mitglied der Frauenorganisation **PJA** und des **KADEK**-dominierten **Kurdischen Nationalkongresses (KNK)**, dessen einstimmig gewählter Ehrenvorsitzender A. Öcalan ist. An dem nach einem im Hungerstreik gestorbenen **PKK**-Funktionär benannten, von der **YEK-KOM** jährlich veranstalteten „Mazlum-Dogan-Jugend-, Kultur- und Sportfestival“, das Jugendliche an die Organisation heranführen soll, beteiligten sich am 25. und 26. Juli im Kölner Südstadion mehrere tausend Personen. Die einmarschierenden Jugendlichen trugen Bilder von A. Öcalan.

Der im Jahr 2001 gegründete **Kurdische Arbeitgeberverband e.V. (KARSAZ)** mit Sitz in Frankfurt am Main soll die Interessen kurdischer Geschäftsleute zusammenfassen. Laut Satzung will er u.a. in den Bereichen Lebensmittelproduktion, Telekommunikation, Immobilien sowie Versicherungs-, Bank- und Kreditwesen aktiv sein. Vom

31. Januar bis 2. Februar führte er in Raunheim (Kreis Groß-Gerau) seinen 3. Ordentlichen Kongress durch, an dem 165 Delegierte teilnahmen. In einer Erklärung wurde die „Isolationshaft“ von A. Öcalan kritisiert und die Kampagne für dessen Freilassung unterstützt.



Für seine Propaganda nutzt der **KADEK** vor allem den über Satellit auch in Deutschland zu empfangenden Fernsehsender **MEDYA-TV** und die Tageszeitung **özgür Politika**. Die türkischsprachige Zeitung, die an zahlreichen Verkaufsstellen erhältlich ist, erscheint in Neu-Isenburg (Kreis Offenbach). Hinweise und Aufrufe zu Veranstaltungen, Erklärungen der Führungsebene und von Funktionären werden distanz- und kritiklos veröffentlicht. Als Sprachrohr der Organisation vermittelt die Zeitung den Lesern die Parteilinie.

Zur Finanzierung der Propaganda, des Parteiapparates sowie der Aufrechterhaltung der Guerillaeinheiten benötigt der **KADEK** erhebliche Geldsummen. Diese werden durch Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Veranstaltungen und den Verkauf von Publikationen erbracht, vor allem aber durch die jährliche sog. „Spendenkampagne“, die mehrere Millionen Euro erbringt. Erwartet wird hier von den „Spendern“ ungefähr die Abgabe eines Monatseinkommens. Darüber hinaus ist bekannt, dass auch bei kriminellen Kurden, wie z.B. bei Drogenhändlern, höhere Geldsummen abgeschöpft werden. Den einzelnen Parteigliederungen werden hohe Beträge vorgegeben. Es wurden Gelder auch mit Drohungen oder brutaler Gewalt eingetrieben. Insgesamt war das Spendenaufkommen rückläufig.

Die bereits 2002 begonnene europaweite Kampagne für bessere Haftbedingungen von A. Öcalan wurde, wie angekündigt, bis zum 15. Februar fortgesetzt. Dieses der türkischen Regierung gesetzte Ultimatum verstrich, ohne dass es zu den angedrohten kriegerischen Auseinandersetzungen kam. In einem Bericht der **özgür Politika** vom 17. Februar über ein Interview mit O. Öcalan in **MEDYA-TV** hieß es, die Führung blaffe nicht, wenn sie von einem „flächendeckenden Kampf“ spreche.

„Geplant ist eine Ausbreitung des Aktionsrahmens, angefangen von den Guerilla-Aktivitäten bis hin zu Aktionen, die das öffentliche Leben ins Chaos stürzen. Dieser Kampf

Jedes Mitglied
soll bis zu
einem
Monatsein-
kommen spenden

soll nicht allein auf die Türkei begrenzt sein, sondern geographisch weit ausgedehnt werden.“

Es fanden im Verlauf der Kampagne zahlreiche Protestaktionen wie Kundgebungen, Demonstrationen und Mahnwachen statt. Die Veranstaltungen und Aktionen verliefen weitgehend friedlich, jedoch entzündeten in Berlin am 9. Januar Anhänger auf einer öffentlichen Straße Autoreifen und in Hamburg kam es am 11. Januar bei einer Demonstration zu einer Auseinandersetzung mit türkischen Nationalisten. In Hessen wurden Aktionen in Kassel, Gießen, Frankfurt am Main, Rüsselsheim (Kreis Groß-Gerau) und Darmstadt durchgeführt. Besonders erwähnenswert sind dabei ein Protestmarsch von rund 80 Kurden vom 10. bis 13. Januar von Frankfurt am Main über Darmstadt nach Mannheim (Baden-Württemberg) und die kurzfristige Blockade einer Straßenkreuzung von rund 50 **KADEK**-Anhängern in Kassel am 29. Januar. Zum Abschluss der Kampagne wurde am 15. Februar (Jahrestag der Festnahme A. Öcalans) in Straßburg (Frankreich) eine Großdemonstration mit mehr als 10.000 Teilnehmern veranstaltet. Der Generalpräsidialrat sandte eine Grußbotschaft und **MEDYA-TV** übertrug die Veranstaltung live.

Anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes (Newroz) führte die **YEK-KOM** am 22. März in Frankfurt am Main eine zentrale Veranstaltung mit europaweiter Beteiligung durch. In zwei Blöcken marschierten die Teilnehmer zum Rebstockgelände, wo mit rund 27.000 Personen die Abschlusskundgebung durchgeführt wurde. Die Veranstaltung richtete sich gegen den Krieg im Irak und gegen einen möglichen Einmarsch türkischer Truppen in den Nord-Irak. Wie bei **KADEK**-Veranstaltungen üblich, wurden zahlreiche Öcalan-Bilder und -Fahnen gezeigt und immer wieder Öcalan-Parolen skandiert. Außerdem wurde die Freilassung von A. Öcalan gefordert. Das Ordnungsamt der Stadt Frankfurt am Main hatte am 17. März die Durchführung der Veranstaltung untersagt. Als Begründung wurde angeführt, dass die von der **YEK-KOM** angemeldete Veranstaltung von dem mit Betätigungsverbot belegten **KADEK** gesteuert werde. Während das Verwaltungsgericht in Frankfurt am Main das Verbot bestätigte, entschied der Hessische Verwaltungsgerichtshof am 20. März zu Gunsten der **YEK-KOM**. Trotz des zeitweise bestehenden Verbots war in ganz Deutschland und benachbarten Ländern weiter durch den **KADEK** massiv mobilisiert worden.

Vom 31. Mai bis 14. Juli führte der **KADEK** die Kampagne „Generalamnestie für gesellschaftlichen Frieden und demokratische Teilnahme“ durch. Anlass war ein von der türkischen Regierung geplantes, inzwischen verabschiedetes „Gesetz für die Rückgewinnung für die Gesellschaft“, sog. Reue- oder Resozialisierungsgesetz, welches auch für **KADEK**-Mitglieder und Aktivisten Strafmilderung bis hin zu einem Straferlass vorsieht, falls sich diese von der Organisation abwenden und Aussagebereitschaft bekunden. Ausgenommen von dieser Regelung sind Aktivisten, die schwere Straftaten begangen haben, und Führungsfunktionäre. Der Generalpräsidialrat ließ in einer Erklärung, die am 16. Mai in **özgür Politika** veröffentlicht wurde, verlauten, dass er jedwede Initiative, die auf Reue abziele, als ehrlos betrachte und sich aus diesem Grund gegen das Gesetz stelle. Der Weg zu einer

Aktionen gegen Haftbedingungen A. Öcalans



Großveranstaltung in Frankfurt am Main

Lösung der Kurdenfrage sei nur über eine Generalamnestie möglich, müsse also umfassend für alle **KADEK**-Anhänger und die Guerilla einschließlich des inhaftierten A. Öcalan sein.

In zahlreichen Städten Europas, in Hessen u.a. in Darmstadt, Frankfurt am Main, Marburg und Kassel, fanden zur Unterstützung der Forderung nach einer „Generalamnestie“ Versammlungen, Demonstrationen, Kundgebungen und Flugblattaktionen statt, außerdem wurden Informationsstände errichtet. An einer Demonstration in Brüssel (Belgien) am 11. Juni beteiligten sich rund 3.000 Anhänger, an drei überregionalen Demonstrationen am 12. Juli in Stuttgart, Köln und Hannover jeweils bis zu 4.000 Anhänger. In Hessen war die größte Veranstaltung ein Aufzug in Frankfurt am Main am 3. Juni mit rund 350 Teilnehmern.

Die Bereitschaft des **KADEK**, Gewalt anzuwenden, zeigt sich auch am Verhalten gegenüber politisch Abtrünnigen. Dies zeigen die folgenden Beispiele:

Gewalt- bereitschaft

→ Am 7. Juli wurde in Darmstadt ein Kurde, der sich kritisch über den **KADEK** geäußert hatte und Kontakt zu Personen unterhielt, die aus der Organisation ausgetreten waren, von mehreren Personen tödlich angegriffen und so schwer verletzt, dass er längere Zeit im Krankenhaus stationär behandelt werden musste. Die Täter gehören vermutlich dem **KADEK** an. Schon in früheren Jahren war es auf Grund des Anspruchs der **PKK** auf eine eigene Disziplin- und Strafgewalt der Organisation auch gegenüber Anhängern und Abtrünnigen häufig zu „Bestrafungsaktionen“ gekommen.

→ Laut Berichten der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“ wurde am 15. August der führende Funktionär Engin Sincer im Nordost-Irak liquidiert, weil er das Reuegesetz befürwortet haben soll. Der **KADEK** bestritt heftig die Hinrichtung und bezeichnete den Tod Sincers als „Unfall“. Am 6. September warfen Unbekannte mit Steinen an dem Verlags- und Druckereigebäude der „Hürriyet“ in Mörfelden-Walldorf (Kreis Groß-Gerau) mehrere Scheiben ein. Neben den aufgefundenen Steinen befand sich auch ein Artikel der „Hürriyet“ über die Erschießung Sincers durch den **KADEK**.

Fast unmittelbar nach Beendigung der „Generalamnestie“-Kampagne begann der **KADEK** mit einer neuen Kampagne unter dem Motto „Die Gesundheit unseres Vorsitzenden APO ist unsere Gesundheit“. Ungeachtet der Tatsache, dass bereits zweimal Delegierte des Europarates feststellten, dass die Haftbedingungen angemessen waren, wurde in **özgür Politika** mit einer angeblichen Verschlechterung seines Gesundheitszustandes agitiert. In einem Artikel vom 23. August („Aufruf an das Volk“) äußerte sich A. Öcalan selbst zu seinem angeblich schlechten Gesundheitszustand und forderte „das kurdische Volk zu Aktionen und Kundgebungen jeder Art“ auf. Wenn darüber hinaus der Weg zum Frieden nicht frei gemacht werde, werde ein legaler Verteidigungskrieg entstehen. In einem Artikel vom 24. August drohte O. Öcalan mit einem dritten Weltkrieg. Es werde täglich versucht, seinen Bruder umzubringen. Der Tod des Führers sei „ein starkes Motiv für einen Krieg“.

An dem von der **YEK-KOM** angemeldeten „11. Internationalen Kurdistan-Kultur-festival“ am 13. September in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen), das unter dem Motto „Für einen demokratischen Mittleren Osten und ein freies Kurdistan!“ durchgeführt wurde, beteiligten sich rund 40.000 Personen. Neben folkloristischen Darbietungen wurde in der üblichen Weise für die Ziele des **KADEK** geworben. U.a. wurden Fahnen, vereinzelt auch die der verbotenen **PKK**, gezeigt. **MEDYA-TV** übertrug die Veranstaltung live. Demonstrativ war die Veranstaltung im übrigen Engin Sincer gewidmet worden.

Bevor ein wegen des Reuegesetzes zum 1. September an die türkische Regierung gesetztes Ultimatum verstrich, verkündete der **KADEK** einen dreistufigen „Fahrplan für einen demokratischen Wandel“ (sog. roadmap):

- Zunächst soll der bisher „einseitige“ Waffenstillstand in einen „zweiseitigen“ umgewandelt werden. Der **KADEK** fordert von der türkischen Regierung einen Verzicht auf sämtliche Kampfhandlungen.
- Dann soll der türkische Staat u.a. Hindernisse für die Meinungs- und Organisationsfreiheit der Kurden beseitigen.
- Schließlich soll der türkische Staat die kurdische Identität und Sprache sowie die kulturellen Rechte der Kurden verfassungsmäßig anerkennen und gesetzlich garantieren. Der inhaftierte **KADEK**-Generalvorsitzende A. Öcalan soll freigelassen werden.

Fahrplan für demokratischen Wandel



Für die Verwirklichung wurde ein Zeitraum bis September 2004 eingeräumt. Zur propagandistischen Verstärkung der „roadmap“ wurde erneut eine Aktionsoffensive gestartet. Im Rahmen einer seit dem 20. September unter dem Motto „Demokratische Lösung für den Frieden“ europaweit durchgeführten Kampagne, bei der laut Anweisung der Führung „der Jugend“ eine Vorreiterrolle zukam, wurden in zahlreichen deutschen Städten Aktionen wie Hungerstreiks, Mahnwachen, Demonstrationen und Flugblattaktionen durchgeführt, so in Hessen in Darmstadt, Kassel, Hanau, Marburg, Gießen, Frankfurt am Main, Rüsselsheim, Offenbach am Main, Friedberg, Limburg und Fulda. In Frankfurt am Main versammelten sich am 9. Oktober rund 100 Unterstützer vor dem türkischen Generalkonsulat.

An den in Hessen friedlich verlaufenden Kundgebungen nahmen deutlich weniger Anhänger teil als erwartet. So z.B. in Marburg lediglich rund 30 Personen. In Gießen und Darmstadt wurden Fahrraddemonstrationen mit geringer Beteiligung durchgeführt. Unbekannte Anhänger der **TECAK** setzten am 26. September parallel in Berlin, Bremen, Hamburg, Köln und Dortmund auf Straßen Autoreifen in Brand. Die Täter zeigten **PKK**-Symbole sowie Portraits von A. Öcalan und hinterließen an zwei Tatorten mit **TECAK** unterzeichnete Flugblätter. A. Öcalan selber trug zur Eskalation bei, indem er sich seit September weigerte, seine Anwälte und seine Familienangehörigen zu empfangen.

Demonstrationen in Hessen

Am 26. Oktober beschloss der **KADEK** auf einem Kongress im Nordirak einstimmig seine Auflösung. Unmittelbar danach, vom 27. Oktober bis 6. November, fand der Gründungskongress des **Volkskongresses Kurdistans (Kongra Gele Kurdistan)**, abgekürzt **KONGRA-GEL**, statt. Die Eröffnungsrede hielt ein Mitglied des Generalpräsidialrates des **KADEK**. **PKK** und **KADEK** hätten sich in vielen Punkten nicht unterschieden. Deshalb sei eine umfangreiche und „demokratische“ Neustrukturierung erforderlich. Zum Vorsitzenden wurde Zübeyir Aydar gewählt, Funktionär des **KNK**, zu stellvertretenden Vorsitzenden u.a. O. Öcalan und Riza Altun, beide Mitglied im Generalpräsidialrat des **KADEK**. A. Öcalan wurde zum „Führer des kurdischen Volkes“ ernannt.

Die weitgehende Identität der Führungsmitglieder des **KADEK** bzw. **KNK** mit **KONGRA-GEL**, die Übernahme der Ziele und Forderungen des **KADEK**, die Option des bewaffneten Kampfes sowie die Forderung nach Aufhebung der „Isolationshaft“ von A. Öcalan lassen den Schluss zu, dass es sich bei **KONGRA-GEL** lediglich um eine Umbenennung handelt. Ein wirklicher Neuanfang ist nicht erkennbar.

IRANER

Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Der weltweit agierende **NWRI** ist der politische Arm der militanten **Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)**, einer von Massoud Radjavi und seiner Ehefrau Maryam, die von den Anhängern kultartig verehrt werden, streng hierarchisch geführten Kaderorganisation. Die **MEK** unterhielt im Irak bis zur Entwaffnung durch US-Streitkräfte im Zuge des Irak-Krieges eine mehrere tausend Kämpfer umfassende Guerillaarmee unter Protektion von Saddam Hussein zur Bekämpfung des iranischen Regimes und verübte im Iran terroristische Anschläge. Obwohl die Organisation kaum Rückhalt in der iranischen Bevölkerung besitzt, tritt sie in ihrer Propaganda als „einzige demokratische Alternative“

zum derzeitigen iranischen Herrschaftssystem auf. Zur Finanzierung der Aktivitäten sammelten Tarnorganisationen des **NWRI** Gelder für angeblich humanitäre Zwecke. Dabei wurden z.B. durch geschickt herbeigeführte Übernahmen von angeblichen Kinderpatenschaften hohe Geldbeträge erzielt. Die **MEK** wurde 2002 in die Liste terroristischer Organisationen der EU aufgenommen.

Einer Gruppe von elf Iranerinnen, die bei der Einreise aus Bagdad (Irak) am Frankfurter Flughafen festgestellt und bei denen umfangreiche Unterlagen der **MEK** aufgefunden wurden, musste auf Beschluss des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Main im März die sofortige Einreise in die Bundesrepublik Deutschland gestattet werden.

An einer Demonstration des **MEK** am 19. April in Köln, für die bundesweit mobilisiert worden war, beteiligten sich rund 1.200 Anhänger der Organisation. Die Versammlung war

Straff geführte
Kader-
organisation



NWRI-Führer
Massoud und
Maryam Radjavi

eine von 14 Veranstaltungen, die zeitgleich in verschiedenen Ländern stattfanden, darunter auch in Kanada und in den USA. Das offizielle Motto der Demonstration lautete: „Menschenrechte im Iran – gegen den Terror“; tatsächlich standen Angriffe während des Irak-Krieges auf die Lager der **Nationalen Befreiungsarmee Iran (NLA)**, den militärischen Arm der Organisation, im Mittelpunkt. Bei der Veranstaltung, an der hochrangige Kader teilnahmen, wurden über eine Großleinwand Propagandavideos über die **NLA** abgespielt.

Am 17. Juni wurden bei Paris (Frankreich) die Europazentrale sowie weitere zwölf Objekte der **MEK** durchsucht. Dabei wurden 165 Personen vorläufig festgenommen, darunter Maryam Radjavi. Bei den Durchsuchungen sollen u.a. mehrere Millionen US-Dollar in bar, Unterlagen über mehr als 100 Konten in Frankreich, Computer, Festplatten, Disketten, Kommunikationsgeräte und Sendeanlagen mit hoher Reichweite sichergestellt worden sein. Hintergrund der Polizeiaktion war ein seit rund zwei Jahren laufendes Ermittlungsverfahren gegen die **MEK** wegen des Verdachts krimineller Geldbeschaffungsmethoden, der Gründung einer terroristischen Vereinigung und weiterer Delikte. Gegen elf Funktionäre, unter ihnen Maryam Radjavi, wurde Untersuchungshaft wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Finanzierung terroristischer Handlungen angeordnet. Radjavi wurde am 3. Juli gegen eine Kautionshöhe von 80.000 € aus der Haft entlassen. Fast zeitgleich zu diesem empfindlichen Schlag wurden am 18. Juni zwei in Großbritannien lebende **MEK**-Funktionäre aus Syrien an den Iran ausgeliefert.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der französischen Exekutivmaßnahme rief die **MEK**-Führung ihre Anhänger europaweit zu Demonstrationen auf. Der Fanatismus der Anhänger spiegelte sich in mehreren versuchten Selbstverbrennungen in Paris, London (Großbritannien), Rom (Italien) und Bern (Schweiz) wider, bei denen es zu zwei Toten und mehreren Schwerverletzten kam. Auch in Deutschland fanden mehrere **NWRI**-Demonstrationen, darunter vor französischen Vertretungen in Berlin und Düsseldorf, britischen Vertretungen in Berlin, Dortmund und Düsseldorf und dem syrischen Generalkonsulat in Hamburg statt. In Frankfurt am Main versuchte am 18. Juni ein bekannter **NWRI**-Aktivist mit einer Kleingruppe vergeblich, vor dem französischen Generalkonsulat eine Resolution zu übergeben. Bei einer „Mahnwache“ mit Transparenten und Sprechchören vor dem französischen Generalkonsulat am 23. Juni beteiligten sich ebenfalls nur wenige Anhänger, ebenso bei einer Aktion am 30. Juni.

Fanatismus

In der Dortmunder Westfalenhalle nahmen unter dem Motto „Solidarität mit iranischen Flüchtlingen“ an einer zentralen Konzertveranstaltung am 18. Oktober rund 4.000 bis 5.000 Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus dem Ausland teil. Die Veranstaltung wurde durch die **NWRI**-Deutschlandsprecherin, Dr. Massoumeh Bolurchi, eröffnet. Unter anderem wurde eine Grußbotschaft von Maryam Radjavi verlesen.



Aus Protest gegen die Aufforderung der irakischen Übergangsregierung an die MEK-Angehörigen, das Land bis Jahresende zu verlassen, demonstrierten Anhänger im Dezember in mehreren deutschen Städten vor amerikanischen Vertretungen, darunter mehrmals in Frankfurt am Main. An den Kundgebungen beteiligten sich lediglich zwischen 10 und 50 Personen.

Arbeiterkommunistische Partei Iran (API)

Die 1991 gegründete marxistisch-leninistische API will im Iran mittels eines revolutionären Umsturzes eine kommunistische Gesellschaft errichten. Die Gruppe bejaht die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele. In Deutschland sind Anhänger der Organisation für Ausschreitungen, Besetzungen und Störaktionen verantwortlich. Der API zuzurechnen ist die Internationale Föderation der iranischen Flüchtlings- und Immigrantenräte e.V. (IFIR), die bspw. Kundgebungen anmeldet.

Aus Anlass von Demonstrationen oppositioneller Kräfte im Iran kam es zu Kundgebungen vor dem iranischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main. Es beteiligten sich am 24. Mai rund 30, am 9. Juli rund 150 und am 30. August rund 80 Personen.

TAMILLEN

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Die Liberation Tigers of Tamil Eelam führten auf Sri Lanka zur Errichtung eines eigenen Tamilenstaates einen Guerillakrieg. Dabei verübte die Organisation, die auch Minderjährige zum Kampfeinsatz rekrutierte, Bombenanschläge und Selbstmordattentate mit zahlreichen zivilen Opfern.

Nachdem im Februar 2002 die Liberation Tigers of Tamil Eelam und die Regierung von Sri Lanka einen Waffenstillstand vereinbart und sich beide Seiten später grundsätzlich auf ein friedliches Zusammenleben in einer Föderation mit weitgehenden Autonomieregelungen geeinigt hatten, wurden die Friedensgespräche im April von der Liberation Tigers of Tamil Eelam ausgesetzt. Im November legte die Organisation einen Forderungskatalog für eine eigene Interimsverwaltung mit weitreichenden Vollmachten wie eigener Rechtsprechung, Kontrolle über Polizei, Steuern und Außenhandel vor. Eine Entwaffnung der Liberation Tigers of Tamil Eelam hat nicht stattgefunden.

In Deutschland arbeiten die Liberation Tigers of Tamil Eelam konspirativ und mittels Hilfs- und Tarnorganisationen, wobei vor allem Geldmittel beschafft werden sollen. Dazu dienen auch tamilische Kulturveranstaltungen, bei denen Spendensammlungen zur Finanzierung der Aktivitäten im Heimatland durchgeführt werden. An dem jährlich begangenen „Heldengedenktag“ zu Ehren der gefallenen Liberation Tigers of Tamil Eelam-Kämpfer beteiligten sich in Dortmund bis zu 10.000 Tamilen.

SIKHS

Ziel der Sikh-Organisationen International Sikh Youth Federation (ISYF) und Babbar Khalsa International (BK) ist die Errichtung eines

Ziel ist die kommunistische Gesellschaft

Terrororganisation

unabhängigen Staates „Khalistan“ auf dem Gebiet des indischen Bundesstaates Punjab. In Deutschland unterstützen diese Sikh-Gruppierungen den terroristisch geführten Kampf im Heimatland vor allem durch das Sammeln von Spendengeldern. Eines der wichtigen Versammlungszentren in Deutschland befindet sich in Frankfurt am Main.

Die Organisationen führten verschiedene Protestmärsche und Aufzüge in Frankfurt am Main vor dem indischen Generalkonsulat durch:

- am 27. Januar mit rund 120 Personen,
- am 7. Juni mit rund 100 Personen,
- am 15. August mit rund 40 Personen.

Protestmärsche in Frankfurt am Main

Reaktionen auf den Krieg im Irak

Die extremistischen Ausländerorganisationen haben im Zusammenhang mit den Ereignissen des Irak-Krieges Positionen bezogen, die sich in aller Regel gegen den Krieg richteten. In der Öffentlichkeit haben diese Äusserungen keine große Resonanz gefunden, zumal sich die Gruppen mit Aktionen in Deutschland zurückgehalten haben.

Usama Bin Laden wandte sich am 11. Februar in einer Audiobotschaft an die „muslimischen Brüder im Irak“. Seine Aufforderung richtete sich an das irakische Volk und ausdrücklich nicht an Saddam Hussein, den er für einen „Ungläubigen“ hält. Bin Laden teilte mit, dass die Kriegsvorbereitungen der „Kreuzzügler“ mit großer Sorge betrachtet würden. Ein solcher Krieg ziele darauf ab, die ehemalige Hauptstadt des Islam zu besetzen, die Ressourcen der Muslime zu plündern und ein „Marionettenregime“ zu installieren, das den Interessen der USA und Israels folge. Letztliches Ziel sei die Schaffung eines „Großisraels“. Er führte weiter an, dass

„jeder, der die USA unterstützt, irakische Heuchler oder arabische Herrscher, jeder, der die Taten billigt oder ihnen bei diesem Kreuzzug durch Beteiligung am Kampf, durch das Angebot von Stützpunkten, durch logistische Unterstützung oder jegliche sonstige Hilfe folgt, als Abtrünniger und von der islamischen Gemeinde Ausgestoßener anzusehen sei“,

Massive Kritik an den USA

dessen Tötung und Einziehung des Vermögens gestattet sei. Die **MB** lehnte den Krieg als „Hegemoniestreben der USA über die Welt“ ab. Gewarnt wurde vor der Schaffung einer Demokratie nach westlichem Muster. Letztlich diene der Krieg allein der Stärkung Israels.

Anhänger der **Hizb Allah** vertraten die Position, dass das despotische Regime Saddam Husseins abgelöst werden müsse. Dies sei jedoch alleinige Sache der irakischen Bevölkerung. Das Verhalten der USA sei Einmischung, die in Wahrheit wirtschaftliche Gründe habe.

Die **HAMAS** bezeichnete die Militärintervention als „brutale Kreuzritter-Aggression“, die eine neue Form des Kolonialismus darstelle.

Auf ihrer Homepage rief die **IGMG** zur Beteiligung an einem europaweiten Aktionstag in Berlin gegen den Irak-Krieg auf. In diesem Zusammenhang verurteilte die **IGMG** den Angriff der USA. Der Irak wurde als „Bruder“ bezeichnet, gegen den man keinen Krieg

führen dürfe. In der **Milli Gazete** vom 18. März wurde gegen die USA agitiert: „Du hörst auf die Befehle einer Handvoll Juden, die dir befehlen, Hunderttausende von Muslimen zu ermorden“.

Der **Kalifatsstaat** bezichtigte die USA der „Kriegstreiberei“. Die USA wollten einen „Kreuzzug“ gegen die Muslime führen und sich als Supermacht aufspielen.

Der **KADEK** verfolgte vor dem Hintergrund der militärischen Ereignisse im Irak insbesondere das Verhalten der türkischen Regierung mit großer Aufmerksamkeit. Es bestanden Überlegungen, im Fall einer militärischen Intervention türkischer oder US-amerikanischer Streitkräfte gegen die **KADEK**-Guerilla im Nordirak mit militärischer Verteidigung vor Ort und Protestaktionen in Europa zu reagieren.

Alle türkischen linksextremistischen Gruppen agitierten gegen das amerikanisch-britische Vorgehen im Irak-Konflikt. Die **DHKP-C** rief in ihrer Publikation **Ekmek ve Adalet** (17. März) dazu auf, sich in einer Volksfront zu vereinen und den Kampf gegen den „Imperialismus“ und „Faschismus“ im Heimatland Türkei zu verstärken. Die **DHKC**, der militärische Arm der **DHKP-C**, behauptete, die derzeitige türkische Regierung habe das Land zum 53. Bundesstaat der USA gemacht.

Für die **ATIK**, die Basisorganisation der **TKP/ML**, war der Kriegsgrund nur Profitgier auf Grund der Bodenschätze und die Gewinnung der Region als Absatzmarkt für die Waffen-exportfirmen der USA. Neben den „Angriffsbanditen USA und dem verbündeten britischen Imperialismus als Mitplaner des Angriffs“ wurden auch die „Vasallen und Knechte der imperialistischen Bourgeoisie“, namentlich die Türkei, als „Handlanger“ des „US-Imperialismus“ angeprangert.

Die **MLKP** erklärte im Internet, der „US-Imperialismus“ führe den Krieg, um den Mittleren Osten zu versklaven.

Straf- und Gewalttaten

In Hessen wurden im Jahr 2003 insgesamt 1.061 Straftaten aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität verzeichnet. Dem extremistischen Bereich wurden hiervon 693 Delikte (2002: 601) zugeordnet. Auf den Bereich des Ausländerextremismus entfielen 22 Straftaten (2002: 44).

In einem Fall erlitten in Frankfurt am Main drei US-Amerikaner im Streit mit einer Gruppe Iraner Körperverletzungen. Die Iraner hatten die Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte in Frankfurt zunächst mit den Worten „Fuck Americans, go out of Irak“ beschimpft und anschließend mit Messern und Schlagstöcken angegriffen.

Bei den 15 festgestellten sonstigen Straftaten handelte sich um unterschiedliche Delikte aus dem Bereich des Ausländerextremismus, dazu zählen Sachbeschädigung oder anonyme Bombendrohungen.

Straftaten im Bereich Ausländerextremismus *

Straf- und Gewalttaten	2003	2002**	2001**
Gewalttaten			
Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	0	0
Versuchte Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	4	0
Körperverletzungen			
Hessen	3	1	0
Bund	32	20	30
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte			
Hessen	0	0	0
Bund	5	2	4
Landfriedensbruch			
Hessen	0	0	1
Bund	9	7	14
Raub, Erpressung und Freiheitsberaubung			
Hessen	4	2	4
Bund	26	26	23
Widerstandsdelikte und andere Gewalttaten			
Hessen	0	0	1
Bund	16	2	13
Sonstige Straftaten			
Sachbeschädigungen			
Hessen	1	2	1
Bund	28	22	40
Nötigung/Bedrohung			
Hessen	2	1	0
Bund	17	23	34
Andere Straftaten (Verbreitung von Propagandamitteln u.a.)			
Hessen	12	38	17
Bund	1.340	467	353
Summe			
Hessen	22	44	24
Bund	1.473	573	511

* Alle Angaben entstammen der Statistik Politisch motivierte Kriminalität (PMK) des Hessischen Landeskriminalamtes bzw. des Bundeskriminalamtes. Anzumerken ist, dass dort nicht jede politisch motivierte Straftat als extremistisch bewertet wird.

** Auf Grund von Nachmeldungen oder später erfolgter Zuordnungen kann es Abweichungen gegenüber früheren Angaben geben.

RECHTSEXTREMISMUS

Was wollen Rechtsextremisten?

„Biologische,
genetisch
bedingte
Ungleichheit“

Rechtsextremisten lehnen tragende Prinzipien des Grundgesetzes ab: Die Würde und die individuelle Freiheit des Menschen und die politische Gleichheit aller Menschen. Statt dessen verweisen Rechtsextremisten immer wieder auf die „biologische, genetisch bedingte Ungleichheit“. Die eigene weiße „Rasse“ wird verherrlicht und die von ihr erbrachten „Fortschritte“ werden als die größten menschlichen Leistungen angesehen. Besonders alles Deutsche müsse daher vor der „Rassenvermischung“ mit „fremden Elementen“ geschützt werden. Rechtsextremisten sind nationalistisch, ausländischer- und minderheitenfeindlich sowie oft antisemitisch eingestellt. Einige pflegen heidnisch-germanisches und in der „Natur“ verwurzeltes Brauchtum und lehnen das Christentum mit dem damit verbundenen Wertekanon strikt ab. Aus diesen Gründen zeigen Rechtsextremisten meistens keine Toleranz und keinen Respekt gegenüber „andersrassigen“ Individuen und Völkern sowie Andersdenkenden und Minderheiten.

Parlamentaris-
muskritik

Orientiert an autoritären bzw. diktatorischen Herrschaftsvorstellungen wollen Rechtsextremisten die angeblich alles vereinheitlichende „liberalistische Demokratie“ abschaffen. In einer von ihnen bestimmten politisch-gesellschaftlichen Ordnung besäße die blutsmäßig definierte deutsche „Volksgemeinschaft“ absoluten Vorrang vor dem einzelnen Menschen. Die parlamentarische Demokratie sehen Rechtsextremisten in einer ständigen Krise. Vertreter dieses „Systems“ werden von ihnen regelmäßig beschimpft, als unfähig und verlogen dargestellt. Ihnen wird vorgeworfen, keine deutschen, sondern ausländische bzw. jüdische Interessen zu vertreten. Rechtsextremisten lehnen Pluralismus und Mehrparteienprinzip ab, sie wollen einen autoritären Staat.

Verharmlosung
des National-
sozialismus

Das nationalsozialistische Unrechtsregime wird unkritisch gesehen und in Teilen positiv bewertet. So genannte „Revisionisten“ verharmlosen die Untaten des Nationalsozialismus; manche leugnen die Ermordung der Juden und versuchen, dies pseudowissenschaftlich zu belegen.

Überblick

Mitglieder-
schwund
bei Parteien

Ebenso wie in den Vorjahren ging das rechtsextremistische Personenpotenzial bundesweit und in Hessen zurück. Grund war vor allem der kontinuierliche Mitgliederschwund bei den Parteien **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**, **Die Republikaner (REP)** und **Deutsche Volksunion (DVU)**. Erstmals seit Jahren verringerte sich in Deutschland die Zahl der **Skinheads** und der sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten. Dies dürfte auf besondere länderspezifische Entwicklungen und auf die zunehmende Integration von **Skinheads**/gewaltbereiten Rechtsextremisten in die **Neonazi**-Szene, die sich vor allem in Kameradschaften organisiert, zurückzuführen sein. In Hessen blieb die Zahl der **Skinheads** konstant, wobei aber auch hier ein Trend zur Organisierung und teilweisen Verschmelzung mit der **Neonazi**-Szene zu beobachten war. Stieg bundesweit die Zahl der **Neonazis** an, blieb sie in Hessen in etwa gleich.

Der 2001 von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gestellte Antrag auf Verbot der **NPD** scheiterte im März aus prozessrechtlichen Gründen. Der Prozessvertreter der **NPD**, Horst Mahler, trat nach der Entscheidung des Gerichts mit der Begründung aus der Partei aus, dass sie sich zu stark am Parlamentarismus orientiere und deshalb - wie dieser selbst - untergehen werde. Nach Abschluss des Verfahrens distanzierte sich die **NPD** von einem Teil ihrer „Drei-Säulen-Strategie“, dem „Kampf um die Straße“, und richtete sich verstärkt am „Kampf um die Parlamente“ aus. Dies geschah besonders im Hinblick auf die 2004 anstehenden Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen. In Hessen sollte diese Konzeption im „Projekt 2004“ realisiert werden. Der hierfür zuständige Landesvorstand trat jedoch im Herbst, ebenso wie die Führungsriege der **Jungen Nationaldemokraten (JN)**, wegen personeller und ideologischer Differenzen zurück. Insgesamt führte die **NPD** in Hessen weniger öffentlichkeitswirksame Aktionen als im Vorjahr durch.

NPD-Verbotsverfahren gescheitert

Nach wie vor gab es bei den **REP** vereinzelt Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen. Bei der Landtagswahl im Februar in Hessen erzielten die **REP** ein deutlich schlechteres Ergebnis als vier Jahre zuvor. **NPD** und **DVU** waren nicht zur Landtagswahl angetreten.

Zwischen **Neonazis** und **Skinheads** intensivierte sich die Zusammenarbeit. Vermehrt strebten **Skinheads** die Mitgliedschaft in neonazistischen Kameradschaften an, fanden sich aber auch in eigenen Kameradschaften zusammen. Die Zahl der hessischen **Skinhead**-Bands erhöhte sich von zwei auf drei; in Hessen fanden zwei Konzerte (2002: vier) statt, zwei weitere verhinderte die Polizei.

Intensivierte Zusammenarbeit zwischen Skinheads und Neonazis

Der **Neonazi**-Szene gelang mit ihren Demonstrationen anlässlich des 1. Mai in Halle (Sachsen-Anhalt) und des Todestages von Rudolf Heß in Wunsiedel (Bayern) wiederum „Erfolge“, was sich sichtbar in der Anzahl (1.200 bzw. 2.600) der teilnehmenden Personen niederschlug. In Hessen folgten **Neonazis** dem bundesweiten Trend der intensivierten Organisierung, indem sie neue Aktionsbündnisse bzw. Kameradschaften gründeten. Den von einer Münchener **Neonazi**-Gruppe geplanten Sprengstoffanschlag während der Grundsteinlegung eines jüdischen Gemeindezentrums lehnte die Szene dagegen zum größten Teil ab. Terroristische Strukturen, an dem „Vorbild“ der **Roten Armee Fraktion** der siebziger und achtziger Jahre orientiert, sind zur Zeit im Bereich des Rechtsextremismus nicht zu erkennen. Im Rahmen des Krieges im Irak wurden im rechtsextremistischen Lager amerika- und israelfeindliche, aber auch antisemitische Äußerungen laut. Insbesondere nutzten Rechtsextremisten den Konflikt im Irak dazu, die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg zu relativieren. Darüber hinaus versuchten Rechtsextremisten, die einem eher „intellektuellen“ Spektrum zuzurechnen sind, scheinbar sachlich, auf wissenschaftliche Erkenntnisse gestützt, in Publikationen einem subtilen Antisemitismus Vorschub zu leisten.

Neue neonazistische Aktionsbündnisse

Irakkrieg als Nährboden für Revisionismus

Das Internet ist mittlerweile zum wichtigsten Kommunikationsmittel der Rechtsextremisten, besonders unter **Skinheads** und **Neonazis**, geworden. Was das reine Informationsangebot anbelangt, betrieben in Hessen vor allem die rechtsextremistischen Parteien Internet-Seiten. Die Zahl der deutschsprachigen rechtsextremistischen Homepages

Internet als wichtigstes Kommunikationsmittel

Zunahme der Straftaten

blieb mit etwa 950 gegenüber dem Vorjahr (940) nahezu gleich. Viele Homepage-Betreiber weichen zunehmend auf Provider im Ausland aus und erschweren hierdurch die Arbeit der Sicherheitsbehörden.

Im Bereich der rechtsextremistischen Straftaten war mit 563 Delikten (2002: 514) gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um etwa zehn Prozent zu verzeichnen. Dieser resultierte vor allem aus einer Zunahme der Straftaten in den Bereichen Volksverhetzung und Propagandadelikte. Die Zahl der politisch motivierten **Gewaltdelikte** erhöhte sich von 24 im Jahre 2002 auf 30 (darunter 25 Körperverletzungen).

Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen:

Parteien und ihre Nebenorganisationen:

- **Nationaldemokratische Partei Deutschlands**, Junge Nationaldemokraten, Nationaldemokratischer Hochschulbund
- **Die Republikaner**, Republikanische Jugend
- **Deutsche Volksunion**
- **Deutsche Partei - Die Freiheitlichen**, Deutsche Jugend

Skinheads und Skinhead-Bands:

- **Großoffensive Südhessen**
- **Nationale Kameradschaft Frankfurt**
- **Berserker Kirtorf**
- **Hauptkampflinie**
- **Gegenschlag**
- **Rachezug**

Neonazis:

- **Kameradschaft Bergstraße**
- **Schwarze Division Germania**
- **Freie Nationalisten Rhein-Main**
- **Aktionsbüro Rhein-Neckar**
- **Aktionsbüro Mittelhessen**
- **Volkstreues Komitee für gute Ratschläge**
- **Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.**
- **Deutsche Bürgerinitiative**
- **Kampfbund Deutscher Sozialisten**

Sonstige Organisationen:

- Gesellschaft für Freie Publizistik e. V.
- Aktion Freies Deutschland

Rechtsextremistisches Personenpotenzial *

	2003	2002	2001
NPD			
Hessen	300	350	400
Bund	5.000	6.100	6.500
REP			
Hessen	1.300	1.600	1.800
Bund	8.000	9.000	11.500
DVU			
Hessen	800	900	1.000
Bund	11.500	13.000	15.000
Gewaltbereite/Skinheads			
Hessen	600	600	600
Bund	10.000	10.700	10.400
Neonazis			
Hessen	200	200	200
Bund	3.000	2.600	2.800
Sonstige			
Hessen	150	150	150
Bund	4.600	4.400	4.300
Summe**			
Hessen	3.250	3.700	4.100
Bund	41.500	45.000	49.700

* Die Zahlen sind zum Teil gerundet und geschätzt.

** Wegen der Mehrfachmitgliedschaften ergibt sich die Gesamtsumme nicht aus der Addition.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Gründung:	1964
Hess. Landesvorsitzender:	Ulrich Eigenfeld (kommissarisch seit Oktober/November), Hans Schmidt seit Anfang 2004
Bundesvorsitzender:	Udo Voigt
Mitglieder:	In Hessen 300, bundesweit 5.000
Jugendorganisation:	Junge Nationaldemokraten (JN)
Nebenorganisation:	Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)
Publikationen (Auswahl):	Deutsche Stimme (DS) (Aufl. 10.000, Erscheinungsweise monatlich), Hessen Stimme (ohne Ang.), Klartext (ohne Ang.), Revolte (ohne Ang.)

NPD-Verbot
gescheitert

Der im Januar 2001 gemeinsam von der Bundesregierung, dem Bundestag und dem Bundesrat gestellte Antrag auf Verbot der NPD scheiterte im März aus prozessrechtlichen Gründen. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelung, dass Entscheidungen, wenn sie einer Partei zum Nachteil gereichen können, mit Zweidrittelmehrheit gefällt werden müssen, stellte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) das Verfahren ein. Eine Sperrminorität von drei Richtern (von insgesamt sieben) sah es als Verfahrenshindernis an, dass NPD-Vorstandsmitglieder Informanten der Verfassungsschutzämter gewesen seien. Der Beschluss enthielt keine Aussage zur Verfassungsmäßigkeit der NPD.

Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt zeigte sich in seiner Stellungnahme zwar „erleichtert darüber, daß die Ungewißheit vorbei und die Verbotsträume der Herren Schily und Beckstein erledigt seien“, bezeichnete die Entscheidung jedoch als einen „faulen Kompromiß“. Dem System sei es gelungen, die Notbremse zu ziehen und sich um eine klare Entscheidung „herumzumogeln“. Der Parteiführung wäre es lieber gewesen, sich vor dem höchsten deutschen Gericht mit den Verbotsanträgen auseinanderzusetzen. Am Ende, so sei er sicher, wäre von den Vorwürfen nichts übrig geblieben und die Verbotsantragsteller hätten „auf der moralischen Anklagebank“ gesessen. Auch die hessische NPD nahm die Einstellung des Verbotsverfahrens mit großer Genugtuung auf und wollte ihre Aktivitäten nun verstärkt fortsetzen.



Der Prozessvertreter der **NPD**, Horst Mahler, gab nach Verkündung der Entscheidung seinen Austritt aus der Partei bekannt. Seiner Meinung nach sei die **NPD** dem Parlamentarismus verhaftet und werde – wie dieser selbst – untergehen. Im Jahre 2000 sei er aus Solidarität in die Partei eingetreten. Mahler erklärte: „Das Deutsche Reich lebt! Die Judäo-Amerikanische Despotie und ihre globalen Kapos werden zugrunde gehen“ (Persönliche Erklärung vom 18. März). In einem Interview mit dem Parteiorgan **DS** (Nr. 4) interpretierte Mahler – unter Berufung auf den renommierten Juristen Carlo Schmid – die Verfahrenseinstellung als Versuch des Gerichts, der **NPD** die „Möglichkeit abzuschneiden, in einer mündlichen Verhandlung darzustellen, daß die BRD ‚im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft‘“.

Horst Mahler verlässt NPD

Den Bundesinnenminister bezeichnete Mahler als „Minister‘ eines Kollaborationskabinetts“, der den „Feinden des Reiches zu Diensten“ sei. Mahler kündigte an, das Ziel der Befreiung des Denkens der Deutschen „aus den Kerkern der ‚Umerziehung‘“ auf einem anderen Weg erreichen zu wollen:

„Die Befreiung des Denkens ist nicht mehr aufzuhalten. Der Atlantische Block ist zerfallen. Die USA werden sich in dem jetzt begonnenen Amoklauf [d. h. im Irak-Krieg] materiell und moralisch erschöpfen und zerfallen. Am Horizont taucht der Eurasische Block mit Deutschland und Rußland als Kernmächten auf. Dieses neue Stadium der geschichtlichen Entwicklung erzwingt die Auferstehung des Deutschen Reiches, das der Lagerleitung von US-Israels Gnaden heimleuchten wird“.



Kritik an der NPD

Obwohl das Verfahren für die **NPD** positiv ausgegangen war, gab es in der rechtsextremistischen Szene Kritik. Das neonazistische Info-Telefon **Bündnis Rechts** rief die Partei, der das Verfahren einen „gewaltigen Bekanntheitsgrad“ verschafft habe, „zu Zurückhaltung und Bescheidenheit“ auf. Es dürfe bezweifelt werden, ob eine „dermaßen von Geheimdiensten unterwanderte Organisation“ wirklich so attraktiv für „nationale Aktivisten“ und „Patrioten“ sein könne (Infotelefon Bündnis Rechts vom 19. März).

Politischer Richtungswechsel: „Kampf um die Parlamente“

Hatte sich die **NPD** vor den Verbotsanträgen im Rahmen ihrer „Drei-Säulen-Strategie“ (Kampf um Straße, Köpfe und Parlamente) vor allem in Form der Zusammenarbeit mit **Neonazis** und **Skinheads** auf den „Kampf um die Straße“ konzentriert, leitete sie nun eine politische Schwerpunktverlagerung ein. Während der „Amtsträgertagung“ für die west- und süddeutschen Landesverbände im April in Ortenberg (Wetteraukreis) verkündete der stellvertretende Parteivorsitzende Ulrich Eigenfeld, zugleich Generalsekretär und Landesvorsitzender von Niedersachsen, einen neuen Kurs. Er wies die Funktionäre darauf hin, dass sich die **NPD** zum Jahresende „in der bestmöglichen Verfassung befinden“ müsse, um die kommenden Herausforderungen zu bestehen. Vor dem Hintergrund der anstehenden Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen werde es auf der Grundlage der „Drei-Säulen-Strategie“ vor allem um den „Kampf um die Parlamente“ gehen. Gute Wahlergebnisse brächten Geld in die leeren Kassen, welches dringend benötigt werde, um die Partei wieder

„Mit einer
starken NPD
gemeinsam für
Hessen“

zu alter Stärke und Schlagkraft zurückzuführen. Der Parteivorsitzende Voigt konstatierte, dass die Partei „schon jetzt wieder spürbar Luft“ bekäme: „Die Verdrossenheit vieler Deutscher an Parteien [...] sei kaum noch zu überbieten und in vielen Gesprächen normal-anständiger Bürger würden Ansichten der NPD geäußert, ohne dass dies den Menschen bewußt sei“. Statt sich zu wehren, müsse die Partei „selbst den politischen, geistigen Angriff wagen“ (Deutsche Stimme Nr. 5). In ihrem „Projekt 2004 – Mit einer starken NPD gemeinsam für Hessen“ schloss sich der hessische NPD-Landesvorstand während einer Klausurtagung in Wölfersheim (Wetteraukreis) dieser Konzeption an. Im Internet verkündete er, dass man sich „intensiv mit der Vorbereitung auf die Wahlen zum Europaparlament 2004 befassen“ werde. Um Kräfte für die kommende Europawahl zu sammeln, nahm die NPD nicht an den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Bayern teil.

Zum Pressefest des **Deutsche Stimme Verlags** der NPD im August in Meerane (Sachsen) kamen mit rund 2.500 Besuchern deutlich mehr als im Vorjahr (1.500 Personen). Die NPD bezeichnete die Veranstaltung als einen „Tag der gelebten Gemeinschaft“ im Unterschied zur „individualistischen BRD-Gesellschaft“. Neben Vertretern des übrigen rechtsextremistischen Parteienspektrums waren kleinere Gruppierungen und Neonazis anwesend. Das Programm umfasste Vorträge, Buchlesungen, politisches Kabarett und eine Podiumsdiskussion, an der auch der Parteivorsitzende und der ehemalige Rechtsterrorist Peter Naumann (Frielendorf, Schwalm-Eder-Kreis) teilnahmen. Die

Skinhead-Bands **Nordfront** (Niedersachsen), **Saga** (Schweden), **Sturm & Drang** (jetzt **Confident of Victory**, Brandenburg) und verschiedene Liedermacher gestalteten ein breit gefächertes Musikprogramm, offenbar von den Organisatoren gezielt eingesetzt, um ein möglichst großes und wohl auch jüngeres Publikum zu der Veranstaltung zu locken.

Anscheinend als Ausfluss der neuen Strategie „Kampf um die Parlamente“ gründete sich Ende Juni in Wölfersheim (Wetteraukreis) eine kommunalpolitische Vereinigung der NPD als bundesweite „Dachorganisation für ihre Abgeordneten in Städten, Gemeinden und Kreistagen“: „Man wolle über Stadtparlamente und Kreistage in die Landtage und den Bundestag“ einziehen. Vom fünfköpfigen Vorstand stammen drei Mitglieder aus Hessen.

Auch der außerordentliche Bundesparteitag der NPD Anfang Oktober in Saarbrücken (Saarland) stand unter dem Leitmotiv „Kampf um die Parlamente“. Die Delegierten wählten die Kandidaten für die Europawahl und verabschiedeten ein entsprechendes Wahlprogramm.

Der Parteivorsitzende bekannte sich zu seinem „Vaterland Deutschland“ und zu einem Europa, in dem die Völker frei seien und nicht weiter von den „Herrschercliquen der USA bevormundet“ würden. Die Bundesregierung bezeichnete er als „Erfüllungsgehilfin der amerikanischen Ostküste“ (Deutsche Stimme Nr. 11), wobei Rechtsextremisten mit dem



Begriff „Ostküste“ in der Regel große jüdische Bankhäuser assoziieren. Außerdem informierte Voigt die Delegierten über ein Schreiben, das er im Auftrag des Parteivorstandes im September an die Vorsitzenden von REP, DVU und Deutsche Partei (DP) gerichtet habe („Leipziger Appell“), um „zu verhindern, daß auch im kommenden Jahr wieder drei oder gar vier Parteien des nationalen Lagers an der Europawahl gegeneinander antreten“ (Schreiben Voigts an Dr. Frey, Dr. Kappel und Dr. Schlierer vom 29. September). Während des Parteitages forderte Voigt die Vorsitzenden dieser Parteien nochmals auf, „gemeinsam mit der NPD zur Europawahl eine Wahlplattform zu bilden, damit Deutschland 2004 endlich über eine nationale Stimme im Europaparlament“ verfüge (Deutsche Stimme Nr. 11). Während DVU und DP – laut der DS (Nr. 11) – ihre „prinzipielle Gesprächsbereitschaft“ bekundeten, reagierte der Bundesvorsitzende der REP, Dr. Rolf Schlierer, nicht auf den Appell der NPD. Voigt forderte daher die Mitglieder und Funktionsträger der REP auf, „endlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen“ und ihre Partei zu verlassen: „Die NPD kann so in Position gebracht werden, endlich die Vertretung all der Deutschen zu sein, die noch Deutsche sein wollen. Die Überfremdung schreitet unaufhaltsam fort, zögert nicht länger, kommt in die NPD!“ Mit diesen Aussagen im Internet machte Voigt unmissverständlich deutlich, dass der „Kampf um die Straße“ für den Bundesvorstand an Bedeutung verloren hatte.

Europawahl 2004:
Aufruf der NPD
zur Geschlossen-
heit der rechts-
extremistischen
Parteien

Das neonazistische Störtebeker-Netz kommentierte den Bundesparteitag der NPD, indem es darauf verwies, es sei recht unwahrscheinlich, dass sich die nichtpartei-gebundene nationale Szene bei den kommenden Wahlen – wie noch vor Jahren – geschlossen hinter die NPD stellen werde. Zwar arbeite man hie und da noch punktuell zusammen, doch geschehe dies weniger aus innerer Überzeugung, sondern mehr aus dem Grund, sonst in der Öffentlichkeit überhaupt nicht mehr wahrgenommen zu werden.

In Hessen ging die Zahl der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der NPD und ihrer Jugendorganisation JN im Vergleich zu den Vorjahren stark zurück:

- Mitglieder der JN demonstrierten Ende März anlässlich des Krieges im Irak mit Unterstützung von Neonazis in Hanau (Main-Kinzig-Kreis) „gegen US-Tyrannie – für die Freiheit der Völker“ (Deutsche Stimme Nr. 5) (siehe Kap. „Neonazis“).
- Die dem Bundesparteivorstand angehörende Funktionärin Doris Zutt aus Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis) kandidierte im Juni bei der Oberbürgermeisterwahl in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) und im Oktober für das Bürgermeisteramt in Ehringshausen. Bei beiden Wahlen kam Zutt auf den letzten Platz. Ebenso scheiterte die Kandidatur des saarländischen NPD-Landesvorsitzenden Peter Marx im September im Wetteraukreis zur Wahl des Landrats.
- Im September sprach in Ehringshausen Horst Mahler über den 11. September 2001 und behauptete, dass die Angaben der amerikanischen Regierung und der Medien über die Ereignisse nicht den Tatsachen entsprächen.

NPD-Aktivitäten
rückläufig

Vorstände in Hessen zurück- getreten



→ Die **JN** Hessen veröffentlichten eine neue Publikation namens **Revolte**. Der Rundbrief sollte den Zusammenhalt und den Informationsfluss zwischen den Mitgliedern in veranstaltungsfreien Zeiten stärken. Mit der ersten Ausgabe der **Revolte**, so Stefan Rochow (Gießen), sowohl hessischer **JN**-Landes- als auch Bundesvorsitzender, halte man mehr als bedrucktes Papier in der Hand. Denn hinter diesem Informationsblatt stünden junge Menschen, welche die Zukunft gestalten wollten. Unter dem Titel „Jetzt reicht's - Jugend will eine Zukunft“ führte Rochow, zugleich einer der Redakteure, aus, dass Bildungsmisere, Drogen, Gewalt, Arbeitslosenrekorde und Firmenpleiten keine Zufälle, sondern die Ergebnisse einer völlig aus den Fugen geratenen „liberal-kapitalistischen ‚One-World-Ideologie‘“ seien. Durch Deutschland und Europa müsse endlich ein Ruck gehen: „Wir als die junge Generation müssen die Initialzündung dazu sein. Die Jungen Nationaldemokraten wollen der Motor der revoltierenden Jugend sein“. Junge Menschen sollten wieder den Wert einer Gemeinschaft, die sich ihrer Aufgabe und Schöpfungskraft bewusst sei, begreifen lernen. Sie sollten lernen, dass „nationale Identität und nationale Solidarität“ der Grundpfeiler eines erneuerten deutschen Volkes sein müssten. „Wir wollen nicht länger der Spielball internationalistischer, profitgieriger und damit völkerfeindlicher Politik sein, sondern die Vernunft über die Versklavung unseres Geistes siegen lassen“.

Der Landesvorstand der **JN** trat - bis auf seinen Vorsitzenden Rochow – im Oktober zurück. Zahlreiche interne Streitigkeiten über sachliche und personelle Fragen sowie die „finanzielle Handlungsunfähigkeit“ waren hierfür die Ursache. Darüber hinaus machte eine im Internet veröffentlichte Pressemitteilung deutlich, dass die hessischen **JN** nicht mehr bereit waren, den neuen Vorgaben des **NPD- / JN**-Bundesvorstandes zu folgen:

„Aber nicht nur diese Dinge sind es, die uns die Galle hochkommen lassen, sondern auch der nunmehr gänzlich reaktionäre Kurs des Parteivorstandes, in dem nun auf den Kampf um die Parlamente geblasen wird. Für uns steht aber schon immer fest, daß wir keinen Kampf um, sondern gegen die Parlamente führen. Auch solche Eigentümlichkeiten, daß man jetzt um die Gunst von Alt-Republikanern buhlt, [...] anstatt in die Zukunft unseres Volkes und damit in die Jugend zu investieren, läßt uns die Zornesröte ins Gesicht steigen.“

Weiterhin bemängelte der Landesvorstand, dass die anfänglich positiven Aktivitäten des **JN**-Bundesvorstandes nach dessen Neuwahl im Oktober 2002 nun gänzlich zum Erliegen gekommen seien, während man selbst verschiedene Aktivitäten an den Tag gelegt habe. Aus diesen Gründen verließen die Verantwortlichen die Partei.

Hatte der hessische Landesvorstand der **NPD** noch im Frühjahr das „Projekt 2004 – Mit einer starken **NPD** gemeinsam für Hessen“ beschlossen, trat auch er im Oktober komplett zurück. Offenbar gab es schon seit längerer Zeit interne Querelen, die auch zu einem Zerwürfnis mit dem Bundesvorstand führten. Kommissarisch übernahm der stellvertretende Parteivorsitzende Ulrich Eigenfeld aus Niedersachsen den Landesvorsitz. Ein neuer Landesvorstand konstituierte sich Anfang 2004.

Die Republikaner (REP)

Gründung:	1983 (Hessen 1987)
Hess. Landesvorsitzender:	Haymo Hoch
Bundesvorsitzender:	Dr. Rolf Schlierer
Mitglieder:	In Hessen 1.300, bundesweit 8.000
Jugendorganisation:	Republikanische Jugend (RJ)
Publikationen (Auswahl):	Der Republikaner (Aufl. 20.000, Erscheinungsweise monatlich)

Bei Teilen der REP sind nach wie vor rechtsextremistische Tendenzen zu beobachten. Die rechtsextremistischen Agitationen und Aktivitäten der Partei gingen im Vergleich zu den Vorjahren aber weiterhin zurück.

Einzelne Publikationen der REP enthalten Äußerungen, die geeignet sind, in der Bevölkerung Fremdenfeindlichkeit zu erwecken bzw. zu schüren. So forderten die REP in ihrer bundesweiten Zeitung **Der Republikaner** (Nr. 7-8) unter der Überschrift „Macht die Grenzen wieder dicht“: „Europa ist ein Magnet für Einwanderer, und in Europa ist Deutschland am attraktivsten für alle, die lieber die Hand aufhalten möchten. Wenn Deutschland nicht selbst handelt, begeht es Selbstmord“. Im **Groß-Gerauer Kreis-Report** (Nr. 1), dem Mitteilungsblatt der REP-Kreistagsfraktion, war unter der Rubrik „Das Letzte“ ein Artikel abgedruckt („Flörsheim feiert Geburt Mohammeds“), der sich mit der Ankunft des ersten Kindes in Flörsheim im neuen Jahr befasste. In diesem Zusammenhang wurde die Frage gestellt: „Wieviele Mohammeds, Alis und Mustafas werden in diesem Jahr wohl noch in unserem Lande geboren?“ Gleichzeitig „gratulier[t]en“ die REP den „stolzen Eltern und wünsch[t]en ihnen und Mohammed eine möglichst baldige angenehme Rückreise ins Morgenland und ein glückliches Leben im Land ihrer Väter“. Am Ende des Artikels stand: „Soziale Gerechtigkeit nur durch Stop der Masseneinwanderung!“ In einem anderen Beitrag („Wie der Bund so der Kreis“) über die „desaströse Finanzlage des Kreises Groß-Gerau“ hieß es im **Groß-Gerauer Kreis-Report** (Nr. 1) in typisch rechtsextremistischer Argumentationsweise:

„Schuld daran ist eine abgehobene Kaste von Politikern, die von sich selbst behauptet, Volksvertreter zu sein, die sich in Wahrheit aber ihrem eigenen Wohl, dem Wohl ihrer Partei und dem Wohl fremder Völker mehr verpflichtet fühlen, als dem Wohl ihres eigenen Volkes“.



Mit vereinzelten Angriffen auf politische Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland versuchten die REP das Vertrauen der Bürger in die Funktionstüchtigkeit des parlamentarischen Systems zu erschüttern. In einer Infopost des Bundesvorsitzenden Dr. Schlierer vom Mai war zu lesen:

„Vasallen und Stiefellecker“

„Vasallen und Stiefellecker in der CDU [...]. Die Unionsparteien haben die Nation längst abgeschrieben und an Europa verkauft. Wer wie W. Schäuble von Dankbarkeit gegenüber unseren sog. Befreiern spricht, ist ein geistiger Vasall und Stiefellecker. [...] Die Republikaner treten für die deutsche Nation und für die Wahrnehmung nationaler Interessen ein, die Unionsparteien dagegen würden Deutschland am liebsten zum 53. Staat der USA machen. [...] Barrikaden-Fischer hat sich längst zum mentalen Laufburschen der USA gemausert.“

Kontakte zu anderen Rechtsextremisten

Vereinzelt unterhielten Angehörige der REP landes- und bundesweit Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Organisationen und Personen:

- Im Juni nahm ein Beisitzer des hessischen Landesvorstands an einer von NPD/JN organisierten Sommersonnwendfeier in Wiesbaden teil.
- Der Vorsitzende der REP-Fraktion im Kreistag von Waldeck-Frankenberg war Autor in dem rechtsextremistischen Strategie- und Theorieorgan **Nation & Europa**.
- Eine NPD-Demonstration im Juni in Dresden (Sachsen) wurde von einem parteilosen Abgeordneten, der im März 2001 für die REP in den Kreistag Hersfeld-Rotenburg gewählt wurde, musikalisch umrahmt.
- In Meerane (Sachsen) war im August ein Informationsstand der REP bei dem Pressefest des NPD-Verlages **Deutsche Stimme** aufgebaut. Laut einer „Sonderbeilage zum DS-Pressefest 2003“ kamen „über alle Parteigrenzen hinweg [...] Aktivisten der NPD, der DVU, der Republikaner und freier Kameradschaften [...] zusammen, um ihren Willen zu unterstreichen, bisher Trennendes zu überwinden und gemeinsam den Schulterschluss aller zukunftsorientierten Nationalisten und Patrioten zu suchen“.
- Wie **Der Republikaner** (Nr. 7-8) berichtete, erörterte der REP-Bundesvorstand auf seiner Sitzung Ende Juni in Kassel die Frage der Zusammenarbeit einzelner Mitglieder und Parteigliederungen mit dem **Nationalen Bündnis Dresden** (ein Wahlbündnis aus Mitgliedern von NPD, DVU und REP). Entgegen den Auffassungen an der Basis beschloss der Bundesvorstand u. a., dass eine weitere Zusammenarbeit mit dem **Nationalen Bündnis Dresden** als parteischädigendes Verhalten zu werten sei und zum Parteiausschluss führen solle.

Niederlage bei hessischer Landtagswahl

Eine deutliche Niederlage mussten die REP bei der Landtagswahl in Hessen Anfang Februar hinnehmen. Sie scheiterten mit 34.563 Zweitstimmen (= 1,3%) erneut an der Fünf-Prozent-Hürde (1999: 75.114 Zweitstimmen = 2,7%). Sie errangen 7.025 Erststimmen (= 0,3%), 1999 hatten sie noch 79.273 Erststimmen (= 2,8%) erhalten. In Niedersachsen,

wo auch im Februar gewählt worden war, kamen die REP auf 0,4% der Zweitstimmen. Bei der bayerischen Landtagswahl im September erhielten die REP 2,2% der Zweitstimmen.

Ihre besten Wahlergebnisse erreichten die REP (jeweils bezogen auf die Zweitstimmen) in den Wahlkreisen Main-Kinzig III mit 2,3% sowie in Groß-Gerau I und Main-Kinzig II mit jeweils 2,1%. Die schlechtesten Wahlergebnisse erhielten sie in den Wahlkreisen Kassel-Stadt I und Darmstadt-Stadt I mit jeweils 0,6% sowie in Frankfurt am Main V und Darmstadt II mit 0,7%. Deutliche Verluste musste die Partei in den Wahlkreisen Main-Kinzig

II (minus 2,5 Prozentpunkte) sowie in Wiesbaden II und Odenwald (jeweils minus 2,4 Prozentpunkte) hinnehmen.



Anders als in den Vorjahren unterstützten nur wenige Spitzenfunktionäre der Bundespartei den Wahlkampf. In Hessen führte die Partei einige wenige öffentliche Veranstaltungen durch, u. a. in Stadtallendorf (Kreis Marburg-Biedenkopf), wo der Spitzenkandidat Haymo Hoch auftrat. Im Internet präsentierte der REP-Landesverband neben dem Kurzprogramm zur Landtagswahl Links zu den hessischen Kandidaten sowie zu den im Wahlkampf eingesetzten Plakaten „Wahltag ist Zahltag“, „Keine Gnade für Kinderschänder“, „Europa ohne Türkei“ sowie „Krieg ohne uns“.

Das Wahlergebnis zeigt, dass die REP den Wahlverzicht von NPD und DVU nicht zu ihren Gunsten nutzen konnten. Die seit Jahren anhaltenden Wahlniederlagen, programmatische Indifferenz und personelle Krisen auf Bundes- und Landesebene dürften dafür verantwortlich sein, dass die Partei in der Öffentlichkeit bei Wahlen kaum mehr wahrgenommen wurde.

Im März veranstaltete der REP-Landesverband in Bad Homburg v. d. H. (Hochtaunuskreis) seinen Parteitag. Wichtigster Tagesordnungspunkt der Veranstaltung war die Wahl eines neuen Vorstandes. Der Landesvorsitzende Hoch wurde – bei einem Gegenkandidaten – mit nahezu 55% der Stimmen in seiner Funktion bestätigt. Dieses knappe Ergebnis spiegelte offenbar die Unzufriedenheit der Delegierten mit der anhaltenden Erfolglosigkeit der Partei auf Landesebene wider.

Unter dem Motto „frei – stark – selbstbewußt“ fand im November in Münster (Nordrhein-Westfalen) der Europaparteitag der REP statt. Im Mittelpunkt der Bundesvertreterversammlung standen die Wahl der Kandidaten für die Europawahl 2004 und die Verabschiedung des Europawahlprogrammes. Als Spitzenkandidatin wählten die Delegierten die Landesvorsitzende der REP in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Dr. Schlierer. Der hessische Landesvorsitzende, der maßgeblich an der Erstellung des Wahlprogramms beteiligt war, wurde als einer der 15 Kandidaten nominiert. Das insgesamt aus fünf Punkten bestehende Wahlprogramm der Partei befasst sich u. a. mit der Rolle Deutschlands in Europa und der Ausländer- und Asylpolitik.

Europaparteitag



REP-Mitglied von Reservistenübung ausgeschlossen

Im Berichtszeitraum ergingen in Bezug auf die REP in Hessen einige Gerichtsurteile:

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof wies am 24. Januar die Beschwerde der REP gegen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Wiesbaden vom 26. Juni 2002 zurück. Der Verwaltungsgerichtshof bestätigte die Auffassung des Verwaltungsgerichts, dass die REP keinen Anspruch auf Gewährung rechtlichen Gehörs vor der Veröffentlichung des hessischen Verfassungsschutzberichtes haben.

Im September entschied das Bundesverwaltungsgericht, dass die Bundeswehr ein ehemaliges Parteimitglied der REP aus Hessen an der Teilnahme an Wehrübungen ausschließen dürfe. Es bestätigte damit eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gießen vom Oktober 2002. Als sicherheitssensible Institution sei die Bundeswehr auf zuverlässiges Führungspersonal angewiesen. Mit Blick auf die Beobachtung durch den Verfassungsschutz bestünden berechnete Zweifel, ob der im Verfahren betroffene Oberleutnant der Reserve den Anforderungen an militärische Führungskräfte genüge.

RECHTS-
EXTREMISMUS

Deutsche Volksunion (DVU)

Gründung:	1987
Hess. Landesvorsitzende:	Gertrud Bartz
Bundesvorsitzender:	Dr. Gerhard Frey
Mitglieder:	In Hessen 800, bundesweit 11.500
Publikationen (Auswahl):	National Zeitung - Deutsche Wochenzeitung (NZ) (gesch. Aufl. 41.000, Erscheinungsweise wöchentlich)

Die mitgliederstärkste Partei im rechtsextremistischen Parteienspektrum wird von ihrem Bundesvorsitzenden autokratisch geleitet und weitestgehend finanziert. Die von ihm herausgegebene **NZ** zählt zu den auflagenstärksten rechtsextremistischen Publikationen. Dr. Frey ist auch Inhaber der **DSZ-Druckschriften-und Zeitungsverlag GmbH**, in der die **NZ** erscheint. Sie gilt als Sprachrohr der **DVU**. In der Regel verzichtete die Partei auf öffentliche Veranstaltungen.

Vor dem Hintergrund andauernder Wahlniederlagen von **REP** und **NPD** erregte der Erfolg der **DVU** bei der Kommunalwahl in Bremerhaven im September mit 8,1% der Zweitstimmen Aufsehen in der Öffentlichkeit. Hatte die **DVU** bei der Landtagswahl in Hessen auf eine Kandidatur verzichtet, gelang es ihr, im - von sozialen Problemen und Arbeitslosigkeit gekennzeichneten - Bremerhaven Protestwähler für sich zu mobilisieren. Gegenüber der Wahl 1999 verbesserte die **DVU** ihr Ergebnis um 2,9 Prozentpunkte und steigerte die Zahl ihrer Sitze in der Bürgerschaft von bisher drei auf vier. Bereits bei der Bürgerschaftswahl in Bremen im Mai hatte die **DVU** im Wahlbereich Bremerhaven 7,1% erreicht, im Wahlbereich Bremen dagegen nur 1,4% der Zweitstimmen. Bei den Kommunalwahlen im Oktober in Brandenburg errang die **DVU** fünf Mandate.

Wahlerfolge

In Hessen entwickelte der im Vorjahr neu gewählte **DVU**-Landesvorstand - mit der Vorsitzenden Gertrud Bartz aus Niedersachsen – entgegen seiner Ankündigung, neue Kreisverbände aufzubauen, keine nennenswerten Anstrengungen. Die Parteiaktivitäten erschöpften sich in gelegentlichen Stammtischrunden.

Die Wirkung der **DVU** in der Öffentlichkeit ging im Wesentlichen von den Beiträgen in der **NZ** aus. Mittels einer neuen Strategie versuchte die Zeitung, sich einen seriösen Anstrich zu geben. Es gelang ihr, international bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur für Interviews zu gewinnen. Die Gesprächspartner der **NZ** stammten mehrheitlich aus dem demokratischen Spektrum, stimmten aber in einzelnen

Fragen vordergründig mit Positionen des DVU-Sprachrohrs überein. Meistens nahmen diese Personen kritisch Stellung zu der Politik Israels oder der der USA.

Wiederholt versuchte die NZ ausländerfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung hervorzurufen, indem sie beharrlich die Zuwanderung von „Ausländern“, neuerdings auch von „Zigeunern“, thematisierte und darstellte, wie angeblich „Ausländer bevorzugt

werden“. In plakativen Großbuchstaben fragte die NZ: „Wird Deutschland türkisch?“ oder „Wie viel Macht hat die Israel-Lobby? Hintergründe und Hintermänner in Deutschland“ (Nrn. 38, 37 u. 42).



RECHTS-
EXTREMISMUS

Deutsche Partei - Die Freiheitlichen (DP)

Gründung:	1993
Hess. Landesvorsitzender:	Helmut Kirchner
Bundvorsitzender:	Dr. Heiner Kappel
Mitglieder:	In Hessen unbekannt, bundesweit 500
Jugendorganisation:	Deutsche Jugend (DJu)
Publikationen (Auswahl):	Deutschland Post (Auflage 10.000, Erscheinungsweise monatlich)

Ursprünglich im 19. Jahrhundert als „Deutsch-Hannoversche Partei“ gegründet, von den Nationalsozialisten aufgelöst, wurde die **DP** 1947 reaktiviert und bildete von 1949 bis 1961 eine der Regierungsparteien auf Bundesebene. Dann bedeutungslos geworden und nur noch als Verein existent, wurde sie 1993 neu ins Leben gerufen. Seit Sommer 2001 führt der frühere hessische Landtagsabgeordnete der FDP, Dr. Heiner Kappel, die Partei. Insbesondere seit 2002 verfolgt die **DP** das Ziel, auch Angehörigen des rechtsextremistischen Spektrums eine Heimat zu bieten. Die **DP** hat ihren Bundessitz in Bad Soden (Main-Taunus-Kreis) und verfügt über elf Landesverbände. Mit ihrem vorgeblich „wertkonservativen“ und „freiheitlichen“ Grundsatzprogramm zielt sie auf „alle Menschen, die ihr Herz noch für Deutschland offen haben, die keine globalisierte Multi-Kulti-Eine-Welt-Gesellschaft“ wollen (Flugblatt „Deutsche Partei[:] Wahrheit Freiheit Recht).

**DP als Sammel-
becken für
Rechtsextremis-
ten**

Unter der Überschrift „Als Politiker auch über seinen Schatten springen“ veröffentlichte das **NPD**-Organ **Deutsche Stimme** (Nr. 5) ein mit Dr. Kappel geführtes Interview. Gesprächsthemen waren vor allem die Haltung der Partei gegenüber dem Grundgesetz sowie ihr Verhältnis zur **NPD**. Das Grundgesetz stelle weiterhin keine eigene Verfassung dar, sondern sei Ausdruck der unverändert andauernden „Teil-Souveränität“ Deutschlands. Was die jeweiligen Regierungen - eventuell unter dem Einfluss der ehemaligen Siegermächte - am Grundgesetz im Laufe der Jahre verändert hätten, bedürfe „detaillierter, kritischer Erörterungen“. Er, Dr. Kappel, lasse sich von niemandem vorschreiben, mit wem er zusammensitzen und mit wem er reden dürfe. Auf seine Gespräche u. a. mit der **DVU**, „um das jetzt eingetretene Gegeneinander zu vermeiden“, im Vorfeld zur Wahl der Bremer Bürgerschaft angesprochen, erklärte Dr. Kappel, ihm seien die „Schritte auf die anderen“ zu nicht leicht gefallen: „Wer das Wohl Deutschlands tatsächlich ernstnimmt und politische Korrekturen zugunsten unseres Volkes anstrebt, muß aber über seinen Schatten springen können“.

**DP-Parteivor-
sitzender
gibt NPD-Organ
Interview**

Mit seinem Interview in der **NPD**-Zeitung bezweckte Dr. Kappel offensichtlich, innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums den Bekanntheitsgrad seiner Partei und seiner

Schulterschluss aller nationalen Deutschen

Person zu erhöhen. Das Gespräch ist als ein Indiz für die Bereitschaft Dr. Kappels zu werten, tatsächlich mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen kooperieren zu wollen. So hieß es auf der **DP**-Internetseite unter der Überschrift „Ausgrenzen“ über einen Beschluss des Bundesvorstandes Ende August: „Die Deutsche Partei bewertet jedwede politische Ausgrenzung und Abwertung als inhuman, intolerant und undemokratisch. [...] Deshalb ist die Deutsche Partei gegenüber jeder politischen Gruppierung – von der PDS bis zur NPD – gesprächs- und diskussionsbereit“. Das gleiche Ziel verfolgte Dr. Kappel offenbar, indem er auf dem Pressefest der **NPD**-Publikation **Deutsche Stimme** in Meerane (Sachsen) durch den bayerischen Landesvorsitzenden der **DP** ein Grußwort an alle Besucher übermitteln ließ. Dieser mahnte den „stärkeren Schulterschluss aller nationalen Deutschen“ an (*Deutsche Stimme*, Sonderbeilage zum DS-Pressefest 2003). In der im rechtsextremistischen Lager viel gelesenen Zeitschrift **Nation & Europa** (Nr. 10) versuchte Dr. Kappel sich Gehör zu verschaffen, indem er in „16 patriotische[n] Grundforderungen“ erläuterte, „was in Deutschland geändert werden muß“.

Unter dem Motto „Signal aus Bremen“ hielt die **DP** im April einen Bundesparteitag ab. Nach Ansicht der Partei war dies ein „grandioser“ Wahlkampfauftritt zur Bürgerschaftswahl im Mai in Bremen. Mit der im Internet veröffentlichten Forderung, das „Thema Ausländerrückführung“ nicht zum Tabu zu erklären und sich zur „deutschen Leitkultur“ zu bekennen, gelang es der **DP** jedoch nicht, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen und in die Bremer Bürgerschaft einzuziehen. Sie gewann lediglich 0,5% der Wählerstimmen. Eine Kandidatur im Wahlbereich Bremerhaven war wegen fehlender Unterstützungsunterschriften gescheitert.

Auf dem Bundesparteitag im Oktober in Fulda wurde der Zusammenschluss von der **DP** mit der **Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (FDVP)** verkündet. Der Name **DP** wurde um den Zusatz „Die Freiheitlichen“ ergänzt und die nahezu bedeutungslose **FDVP** aufgelöst. Die Partei war Anfang 2000 in Sachsen-Anhalt von ehemaligen Landtagsabgeordneten der **DVU** gegründet worden.

In einer Pressemitteilung der **DP** wurde die Fusion beider Parteien als „Wendepunkt in der Talfahrt patriotisch-konservativer Kräfte“ bezeichnet. Das Zusammengehen sollte Signalwirkung entfalten: „Alle waren sich einig, dass die Botschaft weiterer Zusammenschlüsse jetzt verbreitet werden müsse“. Im Mittelpunkt des Bundesparteitages stand die Wahl des neuen Bundesvorstandes. Dr. Kappel wurde als Bundesvorsitzender bestätigt. Als eine seiner drei Stellvertreter wurde die bisherige **FDVP**-Bundesvorsitzende gewählt, aber auch ehemalige **REP**-Mitglieder wurden in den Bundesvorstand aufgenommen, darunter der frühere

Generalsekretär des hessischen Landesverbandes Gottfried Burschek. Der hessische **DP**-Landesvorsitzende Kirchner wurde ebenfalls in den Bundesvorstand gewählt.



Skinheads

Szeneangehörige:	In Hessen etwa 600, bundesweit rund 10.000
Regionale Schwerpunkte:	Vogelsbergkreis, Hochtaunuskreis, Wetteraukreis, Rhein-Main-Gebiet
Organisierte Gruppierungen:	Großoffensive Südhessen, Nationale Kameradschaft Frankfurt
Skinhead-Bands in Hessen:	Hauptkampflinie, Gegenschlag, Rachezug

Immer wieder sind **Skinheads** in Gewalttaten, d. h. vor allem Körperverletzungen, verwickelt. Im Juni beleidigte in Lampertheim (Landkreis Bergstraße) ein **Skinhead** eine Schülerin mit den Worten „ausländische Schlampe“ und „wir wollen keine Ausländer in Deutschland“. Er schlug dem Mädchen mehrfach ins Gesicht und würgte es mit einem Paketband. In Kassel stach im August ein **Skinhead** einen asiatisch aussehenden Besucher eines Volksfestes mit einem Messer nieder und verletzte ihn schwer. Derlei Taten begehen **Skinheads** aus diffusen nationalistischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen heraus, wobei oft auch Alkohol im Spiel ist. Wenn im Jahresbericht von **Skinheads** die Rede ist, sind ausdrücklich nur **rechtsextremistische Skinheads** gemeint.

**Gewalt-
bereitschaft**

Während **Neonazi**- und **Skinhead**-Szene früher leicht voneinander zu unterscheiden waren, ist seit einigen Jahren ein Trend zur Verflechtung beider Lager zu beobachten. **Neonazis** grenzten sich in der Vergangenheit von **Skinheads** u. a. durch folgende Merkmale ab: Eine geistige Grundhaltung in der Tradition des Nationalsozialismus, die Organisation in vereinsähnlichen Kameradschaften mit dem Bestreben, einen rassistisch-antisemitischen, an dem Führerprinzip orientierten und von einer Einheitspartei regierten, totalitären Staat zu errichten. Diese Differenzierungsmerkmale haben sich mittlerweile verwischt: Die Konsistenz der neonationalsozialistischen Ideologie verliert an Festigkeit, sie wird mehr und mehr von subkulturellen Elementen und vordergründiger Symbolik durchsetzt, so dass **Skinheads** vermehrt in neonazistische Kameradschaften eintreten oder eigene Kameradschaften gründen. **Neonazis** wiederum versuchen Trennendes zu überwinden, indem sie das hohe Mobilisierungspotenzial der **Skinheads** für ihre eigenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen nutzen. So nahmen **Skinheads** an verschiedenen überregionalen **Neonazi**-Demonstrationen, wie am 1. Mai in Halle (Sachsen-Anhalt) oder den Veranstaltungen gegen die so genannte „Wehrmachtsausstellung“, teil.

**Verflechtung der
Neonazi- und
Skinhead-Szene**

In Hessen gehören etwa 600 Personen der **Skinhead**-Szene an, bundesweit sind es etwa 10.000. In den letzten Jahren lagen die Schwerpunkte in den Bereichen Nordhessen, Vogelsbergkreis und im Rhein-Main-Gebiet. Konnten in den Regionen Hochtaunus- und

**Regionale Szene-
schwerpunkte**

Wetteraukreis in der Vergangenheit nur vereinzelte Aktivitäten festgestellt werden, entwickelten sich im Berichtszeitraum jedoch auch hier eigenständige Szenen. Hessenweit unterschieden sich die einzelnen Personenzusammenschlüsse jeweils erheblich in ihrer Größe.

Feste Organisationsstrukturen gab es – mit drei Ausnahmen – unter hessischen **Skinheads** bislang nicht. Lediglich im Rhein-Main-Gebiet und im Vogelsbergkreis existieren Gruppierungen, die sich selbst als „Kameradschaft“ bezeichnen. Bei ihnen handelt es sich um eher szeneuntypische Cliques, da hier **Neonazis** und **Skinheads** gemeinsam in einer Art Vereinsstruktur agieren.

Großoffensive Süd Hessen

Für die Öffentlichkeit bemerkbar betätigte sich die **Großoffensive Süd-hessen** lediglich mit ihrer Homepage im Internet. In einer Selbstdarstellung hieß es, das „Projekt ‚Großoffensive Süd Hessen‘“ sei als Versuch entstanden, die Bewegung in Südhessen unter einer Kameradschaft zu vereinigen. In Deutschland existierten unzählige Kameradschaften, deren Zweck es sei, regional zu agieren. Bisher sei es aber noch keinem gelungen, diese einzelnen Kameradschaften zu vereinigen. Das sollte mit diesem „Projekt“ geändert werden:

„So traf man sich regelmäßiger und diskutierte darüber, wie man der ‚Kleinstaaterei‘ in der Region ein Ende setzen könnte. Das Ergebnis: Ein Bund verschiedener regionaler Einzelkameraden und Kameradschaften, die sich untereinander absprechen in Bezug auf anstehende Aktionen, wie z. B. gemeinsame Fahrten zu Demos oder gemeinsame Feiern oder sonstiges. Warum kommt es immer wieder vor, dass es keinerlei Koordination untereinander gibt? Dieses Problem sollte so gelöst werden.“



Auch die **Nationale Kameradschaft Frankfurt** betrieb seit Ende 2002 zunächst eine eigene Homepage. Neben Hinweisen und Berichten zu aktuellen Veranstaltungen befanden sich auf der Internet-Seite Links zu Homepages des gesamten rechtsextremistischen Spektrums. So verfassten die Betreiber im Juli einen Internet-Aufruf zur Unterstützung einer **Neonazi**-Demonstration in Schwäbisch Hall (Baden-Württemberg) gegen die „Wehrmachtausstellung“. Im Mai sprach der Bundesleiter der **Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft** (Baden-Württemberg) vor über 70 Teilnehmern auf einer Versammlung der **Nationalen Kameradschaft Frankfurt**. Er nahm in seiner Rede mit dem Thema „Kampf einer Idee – Sieg der Nation!“ Stellung zur angeblichen außen- und innenpolitischen Unfreiheit der Bundesrepublik, die das deutsche Volk seit der Kapitulation 1945 durch die Nachkriegsordnung der USA knebele. Des Weiteren trug er sein Konzept zu „notwendigen Strategien einer nationalen Bewegung, die durch die Heranbildung von Kadern den Aufstieg hin zu einer wirklichen Volksbewegung schaffen kann“, vor. Die Zuhörer feierten den Vortrag mit stehenden Ovationen und riefen „Hoch die nationale Solidarität“.

Im Juli nahmen Mitglieder der **Nationalen Kameradschaft Frankfurt** am ersten überregionalen Sommerfest der neonazistischen Organisation **Schwarze**

Division Germania in Dolgesheim (Rheinland-Pfalz) teil (siehe Kap. „Neonazis“). Im September stellte die Polizei im Raum Aschaffenburg (Bayern) neben weiteren Personen auch Angehörige der **Nationalen Kameradschaft Frankfurt** beim Abhalten einer wehrsportähnlichen Übung fest. Nahezu alle Teilnehmer trugen Einsatzkleidung aus Militärbeständen. Die Polizei zog u. a. eine Mütze mit SS-Totenkopf-Abzeichen, eine Gotcha-Pistole, eine Präzisionsschleuder sowie einen Rauchkörper ein. Gegen vier Personen leitete die Polizei ein Ermittlungsverfahren ein.

Beteiligung an
Wehrsportübung

Die **Kameradschaft Berserker Kirtorf**, deren Anhänger seit den 90er Jahren zu der **Skinhead**-Szene des Vogelsbergkreises zählen, rief seit dem Sommer über die Homepage des **Aktionsbündnisses Mittelhessen** (siehe Kap. „Neonazis“) zu regelmäßigen Treffen auf. An diesen Zusammenkünften nahmen auch Personen teil, die sich bisher im rechtsextremistischen Parteienspektrum und in neonazistischen Zusammenhängen betätigt hatten. Anfang Dezember lud die Kameradschaft zu einer Feier auf dem Anwesen eines bekannten Rechtsextremisten in Kirtorf ein. Nach eigenen Angaben handelte es sich hierbei um eine „Nikolausfeier“. An der Veranstaltung nahmen etwa 90 Personen der **Skinhead**-Szene teil. Die Polizei überwachte das Treffen.

Die Zahl der bundesweit aktiven rechtsextremistischen **Skinhead**-Bands, die im Berichtszeitraum bei Konzerten auftraten oder ihre Musik auf Tonträgern veröffentlichten, blieb gegenüber dem Vorjahr in etwa gleich und lag bei 92 (2002: 90). Einige Gruppen bestanden nicht lange, spielten nur für kurze Zeit zusammen, lösten sich rasch auf und fanden in anderer Besetzung wieder zusammen. In Hessen gab es drei **Skinhead**-Bands: **Gegenschlag**, **Hauptkampflinie** und **Rachezug**.

Hessische
Skinhead-Bands

- Die Kirtorfer **Skinhead**-Band **Gegenschlag** existiert seit 2002 und trat seitdem regelmäßig (inner- und außerhalb Hessens) auf Konzerten auf. Im Januar spielte sie – neben weiteren Bands – in Schmallenberg-Gleidorf (Nordrhein-Westfalen) vor etwa 350 Personen. Weiterhin hatte **Gegenschlag** – zusammen mit anderen Gruppen – Auftritte in den rheinland-pfälzischen Orten Bingen (im März) und Mörsfeld (im Juni).
- **Hauptkampflinie** ist seit 1997 als **Skinhead**-Band aktiv. Bisher veröffentlichte die Gruppe 17 Tonträger (davon sind vier indiziert), zuletzt die CD „Bärenwut“. Bislang spielte **Hauptkampflinie** jährlich mehrfach auf Konzerten, im Berichtszeitraum wurde kein Auftritt bekannt.
- Die Gruppe **Rachezug** trat im September erstmals im Rahmen eines Konzertes in Kirtorf in Erscheinung.



Die oft als überregionale Treffen organisierten Konzerte dienen den **Skinheads** als Forum, um Kontakte zu pflegen, Informationen auszutauschen und die Vernetzung der Szene voranzubringen. Am Rande der Konzerte werden häufig szenetypische Artikel wie Bekleidung oder rechtsextremistisches Propagandamaterial verkauft. Die Modalitäten bei

Konspirative Vorbereitungen



Konzerte in Hessen

der Organisation von Konzerten haben sich in den letzten Jahren nicht verändert. Nahezu ausschließlich übernehmen einige ortsansässige Szeneangehörige die Anmietung geeigneter Räumlichkeiten. Die Veranstaltungen werden weitgehend konspirativ geplant und durchgeführt. Die Einladung geschieht kurzfristig – meist am Tage des Konzertes selbst – über SMS, Telefonkette, abgeschottete Internet-Foren und über Mund-zu-Mund-Propaganda. Die Teilnehmer werden hierüber zu Vorabtreffpunkten geleitet und von dort aus zum eigentlichen Veranstaltungsort gelotst. Häufig werden als „offizielle“ Gründe für die Anmietung der Örtlichkeiten private Anlässe wie Verlobungs- und Hochzeitsfeiern, Geburtstage usw. vorgeschoben, um ein mögliches Verbot durch die zuständigen Ordnungs- bzw. Sicherheitsbehörden zu umgehen. Mitunter nutzen **Skinheads** hierfür auch ihre Verbindungen zur Rocker-Szene.

In Hessen fanden zwei **Skinhead**-Konzerte statt (2002: vier), zwei wurden unter Beteiligung von Ordnungs- bzw. Sicherheitsbehörden verhindert:

- In einem rechtsextremistischen Internet-Forum wurde für ein **Skinhead**-Konzert im Juni im Großraum Frankfurt am Main geworben. Die Veranstaltung war zunächst auf einem privaten Grundstück der Rocker-Gruppe „Hells Angels“ in Rodgau-Dudenhofen (Landkreis Offenbach) geplant. Nachdem die Polizei den Eigentümer darauf ansprach, sagte dieser die Veranstaltung ab, so dass die **Skinheads** das Konzert nach Mömlingen (Bayern) verlegten (in Dudenhofen hatte bereits im August 2002 ein **Skinhead**-Konzert mit etwa 200 Teilnehmern stattgefunden). Dort trat vor etwa 250 Besuchern auf einem privaten Wiesengrundstück – neben den **Skinhead**-Bands **Propaganda** (Baden-Württemberg) und **Oidoxie** (Nordrhein-Westfalen) – auch die bisher unbekannte Band **Blauer Max** (Bayern) auf.
- Ein Angehöriger der **Skinhead**-Szene Hochtaunus mietete für den 6. September eine Hütte in Rotenburg-Mündershausen (Kreis Hersfeld-Rotenburg) an. Er gab vor, die Hütte für eine Privatfeier zu benötigen. Nachdem bekannt wurde, dass dort ein **Skinhead**-Konzert stattfinden sollte, wurde die Zusage widerrufen. Ein Rechtsextremist aus Kirtorf stellte daraufhin sein Anwesen, auf dem schon mehrfach **Skinhead**-Konzerte stattfanden, zur Verfügung. Vor etwa 200 aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten **Skinheads** traten **Gegenschlag**, **Rachezug** und **Rassenhass** auf.
- Für den 1. November luden **Skinheads** aus dem Bereich Büdingen (Wetteraukreis) zu einer Geburtstagsfeier mit Livemusik ein. Wiederum sollte die Gruppe **Rachezug** spielen. Nachdem die Veranstaltung der Polizei bekannt geworden war, sprach die zuständige Ordnungsbehörde ein Nutzungsverbot für die Hütte aus, da sie unter Vorspiegelung falscher Tatsachen angemietet worden sei. Die Polizei löste die Veranstaltung (etwa 60 Teilnehmer) auf und überprüfte alle anwesenden Personen.



→ In einem Gebäude in Kelkheim (Main-Taunus-Kreis) stellte die Polizei Ende November etwa 100 alkoholisierte **Skinheads** fest, kurz nachdem eine Musikgruppe ihren Auftritt beendet hatte.

In ihren Liedtexten verbreiten **Skinhead**-Bands oft neonazistische Ideologiefragmente und wollen zum Hass auf Ausländer, „Linke“ und Juden anstacheln. Gleichzeitig propagieren sie Nationalismus, diffuse Versatzstücke einer arisch-nordischen Rassenideologie und verklären die Wehrmacht und die Waffen-SS. Derlei einfache Parolen, die als Erkennungszeichen und Zugehörigkeitsmarken der Szene fungieren, prägen sich in Denken und Fühlen vor allem jugendlicher Zuhörer ein und bestimmen – desto nachhaltiger sie konsumiert werden – das Verhalten.

Mit der CD „Die deutsche Jugend schlägt zurück“ und aufgrund ihrer bundesweiten Konzertauftritte machte sich die Gruppe **Gegenschlag** in der Szene einen „Namen“. Ein **Skinhead** schrieb im Internet:

„Diese Kombo war mir bis dahin nur vom Hörensagen bekannt. Sie konnten die Menge und mich begeistern, woraufhin ich mir direkt ihre Debut-CD [...] gekauft habe. Mit den Liedern ‚Berserker‘, ‚Nationaler Widerstand‘ und ‚Rock für’s Vaterland‘ sowie einigen guten Cover[-]Stücken brachten sie die Masse zum Kochen“.

„Die deutsche Jugend schlägt zurück“

Auszug aus dem Lied „Nationaler Widerstand“:

„Widerstand, Widerstand, Widerstand für Deutschland, hörst du auf der Straße die Stiefel marschier’n voran gegen die, die unser Land regieren, gegen den linken Terror und Väterverrat, im Kampf gegen die Knechtschaft der roten Saat. Steht auf im Kampf um unser Vaterland, marschier im Nationalen Widerstand! [Refrain:] Lasst uns schallen durch jede Stadt, lasst uns hören im ganzen Land ‚Nationaler Widerstand‘. [...] Radikal, stolz, frei, national – gegen ein System der fremden Folgen fatal, gegen die Willkür dieser Scheindemokraten, diese Ehrlichkeiten unser Land verraten. [...] Kameraden aus dem ganzen Land, die Reihen fest geschlossen, die Fahne in der Hand. In Nord und Süd, in Ost und West für den Untergang dieser roten Pest. Keine Argumente bleiben diesen Nietern – Widerstand läßt sich nicht verbieten“.

Auszug aus dem Lied „Voll wie ein Schwein“:

„Ja, Prost Kameraden. Voll, voll wie ein Schwein, voll, so will ich sein. Voll, voll wie ein Schwein, voll, so will ich sein. In Hessen, da sind wir geboren, Hessen, Hessen-Skins, tätowiert und kahlgeschoren, Hessen, Hessen-Skins, die Kraft, die Kraft, die Kraft. [...] Skinheads unterm Keltenkreuz, Hessen, Hessen-Skins, Blut und Ehre, Macht und Stolz, Hessen, Hessen-Skins, die Kraft, die Kraft, die Kraft. Wir werden täglich observiert, Hessen, Hessen-Skins, darum ist dieses Lied zensiert, Hessen, Hessen-Skins, die Kraft, die Kraft, die Kraft“.



Seit dem Frühjahr war in der **Skinhead**-Szene die CD „Lasst sie ruhig kommen“ der Band **Rassenhass**, die im September in Kirtorf (Vogelsbergkreis) spielte, verbreitet

worden. Mehrere der zwölf Lieder enthalten antisemitische, fremdenfeindliche und volksverhetzende Texte. Darüber hinaus ruft die Band auf der CD zum Aufstand gegen das bestehende System mit dem Ziel der Errichtung eines „Vierten Reiches“ auf. Das Cover zeigt die jüdische Synagoge in Berlin-Mitte im Visier einer Waffe, Booklet und CD sind mit Hakenkreuzen versehen. Auf dem Backcover befindet sich - wie bei derartigen Tonträgern inzwischen üblich - der Zusatz, dass die CD nur für den Vertrieb im Ausland, nicht aber für den in Deutschland bestimmt sei. In dem Lied „Volk steh auf“ heißt es:

„Jeder Neger ist dann zu Haus in Afrika oder hängt an einem Baum, und Europa ist dann wieder weiss, denn für Affen ist hier kein Raum. [...] Wir brennen alle Judaskirchen ab, denn wir brauchen hier kein Christentum. Jedes Krummnasengrab wird exhumiert, denn mit Antimenschen ham wir nix zu tun. [...] Schwarz-rot-Gold wird abgeschafft und das Hakenkreuz wird wieder wehen. Die Bundesregierung stürzen wir und das Kanzleramt wird in Flammen stehen“.

Herstellung und Vertrieb über das Ausland

Tonträger wie diese werden äußerst konspirativ hergestellt, gegebenenfalls aus dem Ausland eingeschleust und an Zwischenhändler verteilt. Beispielsweise beschlagnahmten im Februar die Zollbehörden am Frankfurter Flughafen eine Paketsendung mit 5.000 volksverhetzenden Tonträgern. Die CDs enthielten bereits veröffentlichte Lieder der Band **Landser**. Auftraggeber der in Thailand produzierten Lieferung war der **Neonazi** Thorsten Heise.

Seit März wurde der CD-Sampler „Blood & Honour Deutschland - Trotz Verbot nicht tot“ durch den rechtsextremistischen Vertrieb **Celtic Moon** (Dänemark) in der deutschen **Skinhead**-Szene angeboten. Er enthielt neben **Skinhead**-auch Black Metal-Musik. Weiterhin befinden sich auf der CD Reden Adolf Hitlers. Die CD selbst trägt den Aufdruck: „Produziert in Skandinavien für den dortigen Vertrieb. Die Bands auf diesem Sampler kommen nur aus einem bestimmten Teil des besetzten Reiches“. Die Kataloge von **Celtic Moon**, die überwiegend strafrechtlich relevante Tonträger in deutscher und englischer Sprache enthalten, richten sich insbesondere an den Kundenkreis in Deutschland. CDs deutscher Bands stellen ein Drittel bis die Hälfte des Angebotes dar.



Skinhead-Artikel wie Tonträger, Textilien und sonstige Szeneutensilien sind nur in entsprechenden Geschäften erhältlich. Der Vertrieb geht vor allem über speziell auf den entsprechenden Käuferkreis ausgerichtete Händler vorstatten, die ihre Ware im Internet oder in per Post verbreiteten Versandkatalogen (Angebotslisten) in Szeneläden sowie bei Veranstaltungen der Szene anbieten.

Vertrieb von Skinhead-Artikeln

In Hessen existieren derzeit drei Versandläden, die mit **Skinhead**-Artikeln handeln. Davon sind zwei reine Internet-Online-Shops. Die Zahl der aktiven rechtsextremistischen **Skinhead**-Vertriebe bzw. -versände beläuft sich bundesweit, wie im vergangenen Jahr, auf etwa 50.

Neonazis

Szeneangehörige:	In Hessen 200, bundesweit 3.000
Hauptorganisationen:	Kameradschaft Bergstraße, Schwarze Division Germania, Freie Nationalisten Rhein-Main, Aktionsbüro Rhein-Neckar, Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG), Deutsche Bürgerinitiative (DBI), Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)

Der Trend der vergangenen zwei Jahre, weitgehend auf regionale Kleinveranstaltungen zu verzichten und sich statt dessen mehr auf einige wenige Großveranstaltungen zu konzentrieren, setzte sich in der **Neonazi**-Szene fort. Damit versuchten die Organisatoren, der um sich greifenden Demonstrationsmüdigkeit zu begegnen und einer Zersplitterung des Personenpotenzials bei Veranstaltungen vorzubeugen. Schwerpunkte bildeten insbesondere die Veranstaltungen zum 1. Mai und zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß (17. August). Die Zahl der **Neonazis** blieb in Hessen mit etwa 200 Personen konstant, bundesweit erhöhte sie sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 400 auf etwa 3.000 Personen.

Zahl der Neonazis konstant

Für den 1. Mai hatten **Neonazis** und **NPD** Veranstaltungen in Berlin, Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt) und Frankfurt am Main angemeldet. Während sich die **NPD** früh auf Berlin festlegte, kristallisierte sich bei den **Neonazis** Halle an der Saale als zentraler Demonstrationort heraus. Die beiden für Frankfurt am Main angemeldeten Demonstrationen von Steffen Hupka (Sachsen-Anhalt) – und Hartmut Wostupatsch (Bayern) wurden trotz der Genehmigung der Stadt Frankfurt am Main kurzfristig abgesagt. Die Rücknahme der Anmeldungen bewertete die rechtsextremistische Szene als Erfolg und schwere Niederlage für die „Antifa“. Die **Nationale Kameradschaft Frankfurt**, die der **Skinhead**-Szene zuzurechnen ist, schrieb im Internet:

„Ha ha ha Antifa! Die Demonstration in Frankfurt am 1. Mai 2003 fällt definitiv aus. Es ist schon seit über 3 Monaten geplant, dass diese nicht stattfinden wird. 15 Minuten vor dem Beginn der Demonstration wird der Veranstalter die Anmeldung zurückziehen. Durch das Plakatieren von alten 1. Mai[-]Plakaten und das Propagieren im Internet ist die Antifa treu doof auf unseren Trick hereingefallen und hat ganz nach unserem Wunsch keine Kosten und Mühen gescheut[,] um die Bevölkerung vor uns ‚bösen Nazis‘ zu warnen. Unser Ziel, dass die Antifa viel Geld und Zeit investiert, i[st] voll und ganz erreicht worden. Wir können uns weiterhin einen schönen 1. Mai machen, während sich die Antifa in Frankfurts Straßen die Beine in den Bauch steckt und auf uns wartet“ (www.freier-widerstand.net).



RECHTSEXTREMIS

1.200 Demonstranten in Halle an der Saale

Nach München (18. Januar) und Homberg/Efze (Schwalm-Eder-Kreis) am 25. Januar war Frankfurt am Main die dritte Demonstration, die Hupka kurzfristig absagte bzw. zu der er ohne vorherige Ankündigung nicht erschien. In allen drei Fällen war die Polizei mit einem Großaufgebot an Kräften vor Ort. Hupkas Verhalten lässt den Schluss zu, dass nicht nur die „Antifa“ genarrt, sondern auch „der Staat“ – unter möglichst hohem Kostenaufwand – durchgeführt werden sollte.

Blieb die Veranstaltung der **NPD** in Berlin mit rund 1.300 Teilnehmern hinter den Erwartungen der Partei zurück, konnten die konkurrierenden **Neonazis** in Halle an der Saale etwa 1.200 Personen mobilisieren (im Vorjahr waren es in Frankfurt am Main lediglich 350 Teilnehmer gewesen). Während der Kundgebung (Motto: „Arbeitsplätze statt Kriegsplätze“) sprachen u. a. die **Neonazis** Christian Worch und Gerd Ittner sowie ein Teilnehmer aus den Niederlanden. Die **Neonazis**, vor allem Worch, feierten die Demonstration als großen Erfolg. Im Internet hieß es, man habe am 1. Mai gegen „Massenarbeitslosigkeit, steigende Kriminalität, Steuererhöhungen, Korruption, Verausländerung, Bildungsmisere, wachsendes Elend“, Globalisierung und „deutsche Kriegseinsätze“ demonstriert.

Höhepunkt für die **Neonazis** war der Heß-„Gedenkmarsch“ im August. Zum dritten Male hintereinander versammelten sich **Neonazis** aus ganz Europa in Wunsiedel (Bayern), um des 1987 verstorbenen Hitler-Stellvertreters zu gedenken. Die Teilnehmerzahl erreichte mit 2.600 Personen einen neuen Höchststand (2001: 900, 2002: 2.500 Personen). Vor Beginn des Demonstrationzugs spielten die **Skinhead**-Band **Sleipnir** (Nordrhein-Westfalen) sowie zwei rechtsextremistische Liedermacher. Als Redner trat neben dem Anmelder Jürgen Rieger u. a. der stellvertretende **NPD**-Vorsitzende Holger Apfel auf. Hatten sich am 1. Mai **Neonazis** und **NPD** noch in Konkurrenz zueinander befunden, betonte Apfel dieses Mal die Verbundenheit seiner Partei mit den Anwesenden: Die **NPD** stehe „stets an der Seite derer [...], die für Wahrheit und Gerechtigkeit kämpfen“. Apfel behauptete, das „alljährliche Gedenken in Wunsiedel“ sei ein „eindrucksvolles Manifest“, dass sich die „deutsche Jugend ihrer Verantwortung vor der gesamten deutschen Geschichte bewußt“ sei, „allen Kriminalisierungsversuchen zum Trotz die Fackel der Freiheit“ trage und nicht eher ruhen werde, bis die „Herrschaft der Minderwertigen überwunden und Deutschland vom Joch der alliierten Fremdherrschaft befreit“ sei.



Während der „Gedenkmarsch“ ohne Zwischenfälle verlief, nahm die Polizei im Vorfeld der Veranstaltung 67 Rechtsextremisten – zumeist wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen – vorübergehend fest.

Nach dem Verbot der Kundgebung durch das Landratsamt Wunsiedel war die Durchführung des Heß-„Gedenkmarsches“ bis zuletzt fraglich. Während die Mobilisierung trotz des Verbots weiterlief, meldeten in Jena (Thüringen) die **NPD** und in Bad Hersfeld (Landkreis Bad Hersfeld) der **Neonazi** Christian Worch mögliche Ersatzveranstaltungen an. Nach der letztinstanzlichen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zugunsten der **Neonazis** wurden die

Anmeldungen für Jena und Bad Hersfeld zurückgezogen. Die Rechtsextremisten werteten die Entscheidung der Karlsruher Richter und den Verlauf der Demonstration in Wunsiedel als Erfolg. Sie sprachen von einem „beeindruckenden Trauermarsch“:

„Nachdem das ritualisierte juristische Tauziehen mit den Verwaltungsbehörden inzwischen stets zugunsten des nationalen Widerstandes entschieden wird und somit dem Gedenken an den ermordeten Friedensflieger Rudolf Heß für die Zukunft keine nennenswerten Hürden mehr im Weg stehen dürften, wird die Teilnehmer-Mobilisierung von Jahr zu Jahr beeindruckender. [...] Einmal mehr dürften Riegers bereits im Jahr 2001 verkündeten Schlußworte den politischen Verantwortlichen dieser Republik schlaflose Nächte bescheren: ‚Wir haben vor 10 Jahren gesagt, daß wir wieder nach Wunsiedel kommen werden. Wir sind wiedergekommen. Wir werden wiederkommen!‘“
(www.deutsche-stimme.de)

„Wir werden
wiederkommen“

In Hessen kam es zwischen dem 5. und 17. August (Heß' Todestag) zu insgesamt 13 Plakatierungsaktionen (2002: acht). Plakate wurden in Bensheim (Landkreis Bergstraße), Bad Hersfeld (Landkreis Hersfeld-Rotenburg), Langenselbold, Ronneburg, Rodenbach (Main-Kinzig-Kreis) und Neu-Anspach (Hochtaunuskreis) geklebt. In Hofheim, Eppstein (Main-Taunus-Kreis) und Kronberg (Hochtaunuskreis) wurden Bettlaken mit Aufschriften wie „Mord nach 46 Jahren Haft Rudolf Heß“, „Rudolf Heß Held für Deutschland“, „Rudolf Heß was geschah wirklich“ und „Rudolf Heß 46 Jahre Haft und anschließend ermordet“ an Fußgängerbrücken angebracht.

In einem „Leitfaden für Freie Nationalisten“, herausgegeben von der Hamburger **Arbeitsgemeinschaft der Aktionsbüros der Freien Nationalisten**, wurde im Sommer der Zustand der **Neonazi**-Szene kritisch beleuchtet. Persönliche Rivalitäten und Geltungssucht seien an der Tagesordnung. Es herrsche eine „undisziplinierte Freizeitmentalität“ vor, die die politische Außenwirkung negiere. Fehlentwicklungen in den eigenen Reihen müssten daher „radikal und kompromißlos“ entfernt werden. „Freier Nationalismus“ als revolutionäre Idee sei dagegen der Ausdruck einer Geisteshaltung, die „grundsätzlich über allen persönlichen Animositäten“ stehe. Es gelte durch einen hohen Vernetzungsgrad die „politische Schlagkraft“ zu erhöhen und „nationale Politik“ wieder sichtbar zu machen: „Dies kann durch vielfache Aktivitäten wie Schulungen, Medienprojekte, gemeinsam ausgearbeitete bundesweite Kampagnen, regionale Basisarbeit, Koordinierungstreffen, Zeitungsprojekte usw. gelingen“.

Leitfaden
für „Freie
Nationalisten“



Neonazis und **Skinheads** in Hessen beurteilten ihre Lage anscheinend ähnlich wie die Hamburger **Arbeitsgemeinschaft der Aktionsbüros der Freien Nationalisten**. In Hessen wie auch im übrigen Bundesgebiet schlossen sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Rechtsextremisten in Kameradschaften und Aktionsbündnissen zusammen, neue neonazistische Kameradschaften entstanden in dem Dreiländereck Hessen/Rheinland-Pfalz/Baden-Württemberg. Allen gemeinsam war das Ziel, ver-

Deutlich mehr
Kameradschaften
und Aktions-
bündnisse

mehrt junge Rechtsextremisten, vor allem **Skinheads**, in feste Organisationsstrukturen einzubinden, um damit die Mobilisierungsfähigkeit und die politische Wirkung in der Öffentlichkeit zu steigern. Den Kameradschaften gehörten in der Regel etwa fünf bis 20 feste Mitglieder an.

In Anlehnung an die bundesweit aktive Gruppe der so genannten **Freien Nationalisten** um die Hamburger **Neonazis** Christian Worch und Thomas Wulff traten in Hessen im Jahre 2001 die **Freien Nationalisten Rhein-Main** zum ersten Mal in der Öffentlichkeit auf. Sie unterhalten Kontakte zur **NPD** in Frankfurt am Main und zu **Skinheads**. Im Berichtszeitraum nahmen die im Großraum Frankfurt am Main agierenden **Freien Nationalisten Rhein-Main** an rechtsextremistischen Demonstrationen teil und gaben sich durch entsprechende Transparente zu erkennen, so auch im Juli bei einer Kundgebung in Saarlouis (Saarland) und im November anlässlich einer Demonstration des **Nationalen Widerstandes** in Marienfels (Rheinland-Pfalz).

2002 war erstmals die **Kameradschaft Bergstraße**, die sich um einen Rechtsextremisten aus Viernheim (Landkreis Bergstraße) gruppiert, in Erscheinung getreten, indem sie Beiträge im Internet veröffentlichte und zur Teilnahme an regionalen und bundesweiten Demonstrationen aufrief. Seit der Jahreswende intensivierte die Kameradschaft ihre Aktivitäten. Sie nahm an verschiedenen größeren Veranstaltungen teil und organisierte entsprechende Busfahrten. Im März war die **Kameradschaft Bergstraße** Mitorganisatorin einer Solidaritätsdemonstration für Friedhelm Busse, einen ehemaligen Funktionär der 1995 verbotenen **Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)**, der in der Justizvollzugsanstalt Bernau (Bayern) inhaftiert ist. Als Redner sprachen u. a. die Neonazis Christian Worch und Hartmut Wostupatsch sowie der bayerische Vorsitzende der **JN**. Den Schwerpunkt ihrer sonstigen Aktivitäten legte die Kameradschaft auf den Bereich Bergstraße/Odenwald bzw. auf den Rhein-Neckar-Raum.

Die **Kameradschaft Bergstraße** engagierte sich auch im neonazistischen **Aktionsbüro Rhein-Neckar**, das im August in Mannheim (Baden-Württemberg) gegründet worden war. Neben der **Kameradschaft Bergstraße** gehören ihm fünf weitere Gruppierungen aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg an. Im Internet rief die **Kameradschaft Bergstraße** das „nationale Spektrum“ der Rhein-Neckar-Region dazu auf, mit dem **Aktionsbüro Rhein-Neckar** die „Schlagkräftigkeit und die Effektivität“ von Aktionen zu erhöhen, den Informationsaustausch zu gewährleisten und eine flächendeckende Propaganda zu erreichen. Ziel sei eine „starke verschworene nationalgesinnte Gemeinschaft in unserer Heimatregion“, die, „durch den Befehl des Gewissens geleitet“, sich vom „Glauben an Deutschland“ vorantreiben lasse. Als „freidenkende und außerparlamentarische Opposition“ kämpfe man unter dem Motto „Frei-Sozial-National“ für einen sozialen deutschen Staat, für die „Brechung der Zinsknechtschaft“ und für den „Anti-imperialismus“.

Anscheinend versuchten die **Neonazis** im Dreiländereck Hessen/Baden-Württemberg/Rheinland-Pfalz mit der Gründung des **Aktionsbüros Rhein-Neckar** eine

Kameradschaft
Bergstraße

Aktionsbüro
Rhein-Neckar

süddeutsche Variante des **Aktionsbüros Norddeutschland** zu etablieren und diesem nachzueifern. Nach eigener Aussage war das **Aktionsbüro Rhein-Neckar** „erfolgreich“ tätig: „Durch gute Zusammenarbeit der einzelnen Kameradschaften aus Südhessen, Kurpfalz und Rhein[-]Neckar nahm dieses Jahr eine beachtliche Anzahl an Aktivisten am Rudolf Hess[-]Gedenkmarsch in Wunsiedel teil“ (www.ab-rhein-neckar.de).

Die 2001 in Mainz (Rheinland-Pfalz) gegründete **Schwarze Division Germania** bezeichnet sich als „nationale Kameradschaft“, die aus **NPD-Mitgliedern** und **Freien Kräften** besteht. Ihr Ziel ist es, „zur Einigkeit im Nationalen Widerstand beizutragen und diesen durch Disziplin und Geschlossenheit zu stärken“. Sie besteht aus den Sektionen Taunus, Rheinhessen und Nordpfalz, eine Kontaktadresse existiert in Wiesbaden. Ihre Aktivitäten konzentrierten sich vornehmlich auf Rheinland-Pfalz und Hessen. An einer Veranstaltung der Kameradschaft im Juli in Dolgesheim (Rheinland-Pfalz) nahmen rund 100 Rechtsextremisten, darunter auch Vertreter der **Nationalen Kameradschaft Frankfurt**, die sich vornehmlich aus **Skinheads** zusammensetzt, und die **Kameradschaft Westerwald** (Rheinland-Pfalz) teil. Neben anderen rechtsextremistischen Organisationen trat die **Schwarze Division Germania** als Unterstützerin der Demonstration der **Bewegung deutsche Volksgemeinschaft** gegen die „Wehrmachtsausstellung“ im Juni in Schwäbisch-Hall (Baden-Württemberg) auf.



Im August gründete ein Rechtsextremist aus dem Raum Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) das **Aktionsbüro Mittelhessen**, das über das Internet als Kommunikationsplattform für **Freie Nationalisten** und freie Aktionsgruppen wirken will. Quasi als Ein-Mann-Organisation betreibt dieser Rechtsextremist auch das **Volks-treue Komitee für gute Ratschläge**. In dessen Namen demonstrierten Ende August in Marburg elf Rechtsextremisten mit der Parole „Gegen Gewalt und linke Freiräume! Stoppt die Gewalt gegen Nationalisten!“ Im Oktober organisierte das **Aktionsbüro Mittelhessen** ein Kooperationstreffen in Weimar-Wenkbach (Landkreis Marburg-Biedenkopf). Die rund 35 Besucher der Veranstaltung, darunter auch **NPD-Mitglieder**, kamen aus dem Bereich Mittel- und Osthessen. Das Treffen wurde von der Polizei überwacht.

Aktionsbüro Mittelhessen

Die **Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)** war auch mehr als zwanzig Jahre nach ihrer Gründung (1979) die größte **Neonazi-**Organisation in Deutschland. Bundesweit gehören der **HNG** 600, in Hessen rund 70 Mitglieder, an. Das dem Verein zuzurechnende Personenpotenzial blieb gegenüber dem Vorjahr konstant. Kontinuität herrschte auch im Vorstand: Seit 1991 leitet Ursula Müller die **HNG**. Ziel der Arbeit ist es – auch durch ihr Organ **Nachrichten der HNG** (Auflage bundesweit rund 600 Exemplare) –, Häft-



linge im In- und Ausland ideologisch zu betreuen bzw. zu schulen, um diese in der Szene zu halten oder in rechtsextremistische Kreise einzuführen. Gleichzeitig bietet die **HNG** den Inhaftierten die Gelegenheit, über Briefkontakte mit „Gleichgesinnten“ die Verbindung nach „draußen“ nicht abreißen zu lassen. Auf der monatlich aktualisierten „Gefangenenliste“ stand im August erstmals auch der seit Juli 2002 inhaftierte hessische **Neonazi** Manfred Roeder. An der **HNG**-Jahreshauptversammlung in Alzenau-Wasserlos (Bayern) nahmen mit rund 280 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet deutlich mehr Personen teil als im vergangenen Jahr (2002: 200). Der Trend zu einem höheren Anteil an jüngerem Publikum – vorwiegend **Skinheads** – erfuhr in Alzenau-Wasserlos eine neuerliche Steigerung. Etwa 80% der Teilnehmer waren zwischen 20 und 35 Jahre alt.



Der **Kampfband Deutscher Sozialisten (KDS)** mit seinen bundesweit rund 50 Anhängern gliedert sich in drei Gaue mit insgesamt sechs Stützpunkten. Dem „Gau Hessen“ steht der **Neonazi** Thomas Brehl (Langen, Landkreis Offenbach), zugleich Mitglied der „Organisationsleitung“, vor. Der **KDS** definiert sich als „Diskussions- und Kampfforum auf der Basis eines gemeinsamen Bekenntnisses zu Volk und Nation“ („Langener Erklärung“ vom 14. Februar 1999). Dabei versucht der **KDS** in einer Art „Querfront“ Linksextremisten und **Neonazis** dafür zu gewinnen, sich gemeinsam für eine nationalistische Variante des Sozialismus einzusetzen:

„Wir bekämpfen eine Gesellschaft[,] die blind, taub und stumm ihrem vom liberal-kapitalistischen System auf dem Reißbrett entworfenen Schicksal entgegen eilt. Unser Volk muß zu einer Gemeinschaft zusammengeführt werden, in der jeder erst an seine Mitmenschen, das allgemeine Wohl, die ehernen Gesetze der Natur und dann erst an sich denkt!“ (Der Gegenangriff Nr. 7)

Auch andere **Neonazis** suchen Kontakte zu Linksextremisten. **Neonazis** in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) riefen im Oktober im Internet zur Unterstützung einer Solidaritätsdemonstration von inhaftierten Linksextremisten auf. Horst Mahler, führender Kopf des **Deutschen Kollegs**, platzierte im Forum einer „linken“ Homepage einen Text über den „20. Juli als Tag des Gedenkens“. Die Internet-Seite des **KDS** selbst enthielt einen Link zu dieser Homepage. Auch Franz Schönhuber, ehemaliger Vorsitzender der **REP** forderte in der Zeitschrift **Nation & Europa** (Nr. 6), das Lagerdenken zu überwinden. Es gelte das Vorurteil zu beseitigen, „daß Patriot nur sein kann, wer rechts steht. Patrioten gibt es sogar in der PDS“.

**„Unser ist das
Recht, das Reich
und die Zukunft“**

Erreichen will der **KDS** seine Ziele vor allem durch die Verbreitung seiner Publikationen wie **Wetterleuchten**, **Die Wahrheit** oder **Der Gegenangriff**. Dazu kommen zahlreiche Veröffentlichungen und Erklärungen Brehls, der als „geistiger Kopf“ des **KDS** gilt. Als ehemaliger **FAP**-Funktionär und Weggefährte des verstorbenen **Neonazis** Michael Kühnen versucht er seit Jahren, den **KDS** aus seiner Isolation innerhalb der Szene zu lösen. Gleichwohl lehnte er es im Berichtszeitraum ab, mit den bestehenden rechtsextremistischen Parteien zu kooperieren. In dem Beitrag „Unser ist das Recht, das Reich und die

Zukunft!“ (Der Gegenangriff Nr. 7) äußerte Brehl, dass es gegenwärtig sinnlos sei, eine „nationale Partei“ zu wählen. Schuld daran seien „über 50 Jahre Umerziehung. Dagegen ist kein Kraut gewachsen“:

„Erst in Zeiten allgemeiner Not, staatlichen Zerfalls und anarchistischer Zustände, also wenn die Etablierten alles an Vertrauen verspielt haben werden, was sie sich unverdienterweise heute noch zurechnen lassen, wird fundamentaloppositionell gewählt werden. Dann kommt es zu jenem politischen Erdbeben, in dessen Folge die extreme Rechte und die extreme Linke nahezu ungebremsten Zulauf erhalten werden. Die sogenannten ‚enttäuschten Massen‘ werden erst zur Rebellion, dann zur Revolution schreiten.“

Die wenigen „wahren nationalen Revolutionäre mit Mut und Tatkraft“ vereinigten sich in Kaderbewegungen wie dem **KDS**, um am „Tag X“ als „Speerspitze des Nationalen Widerstandes“ Schlüsselpositionen der „dann heraufdreuenden Volksbewegung“ einzunehmen. Jetzt eine Partei zu gründen sei dagegen sinnlos, die Parlamentsarbeit zermürbe deren Vertreter nur: „Die breite Masse schert sich den Teufel um Ideologie, 90% der Wähler sind dumm wie ein Brot, schon deshalb kann Demokratie nicht funktionieren“ (Der Gegenangriff Nr. 7).



Die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten des **KDS** erschöpften sich in der Teilnahme am Heß-„Gedenkmarsch“ in Wunsiedel, einer Kranzniederlegung in Köln (Nordrhein-Westfalen) zum Andenken an zwei SA-Männer, der Teilnahme an einer Demonstration des **Nationalen Widerstandes** in Marienfels (Rheinland-Pfalz) und dem Anbringen einer größeren Anzahl von Aufklebern in Fulda-Gläserzell (Landkreis Rotenburg). Auf diesen stand „Kampfbund Deutscher Sozialisten. Gläserzell bleibt deutsch!“

Der wegen Beleidigung und Volksverhetzung im Juli 2002 verurteilte hessische **Neonazi** Manfred Roeder befand sich weiterhin in Haft. Ein kleiner Kreis von Rechtsextremisten versuchte, die Aktivitäten Roeders auf dessen Anwesen in Schwarzenborn/Knüll (Schwalm-Eder-Kreis) fortzusetzen. Während die so genannten „Heimabende“ auf mäßige Resonanz stießen, versammelten sich anlässlich der Sommersonnwend im Juni rund 100 Personen auf Roeders Grundstück. Die Polizei überwachte die Veranstaltung.

Kameradschaft Süd

In seiner Publikation **Deutsche Bürgerinitiative** (Nr. 5) rief Roeder zum Durchhalten und Weitermachen auf. Er bat um Spenden, damit die Arbeit in Schwarzenborn aufrecht erhalten werden könne. Unter der Überschrift „Durch ‚politische Justiz‘ eingesperrte Wahrheitsverteidiger, die sich lediglich für das Wohl ihrer Völker einsetzen“ nannte sich Roeder in einem Atemzug mit Mahatma Gandhi und schrieb:

„Ich bin im Gefängnis, weil ich Deutschland von korrupten Nutznießern befreien will, eingesperrt, weil ich Gutes getan habe. Wo sind Männer und Frauen, die sich an meine Seite stellen und der verbrecherischen Meinungsunterdrückung die Stirn bieten? Schluß mit jeder ‚politischen Justiz‘!“



Anschlagsplanungen in München - Reaktionen des rechtsextremistischen Lagers

Im September durchsuchte die Polizei die Wohnungen von **Neonazis** im Raum München sowie in der Folge die weiterer Rechtsextremisten in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Diese Personen gehören der **Kameradschaft Süd** (Bayern) bzw. deren Umfeld an oder verkauften ihr Waffen. Bei dem **Neonazi** Martin Wiese und anderen Personen wurden u. a. Sprengstoff (TNT), mehrere Schuss- und Stichwaffen, eine Streitaxt und Sturmhauben sichergestellt. Bislang wurden 13 Haftbefehle erlassen, davon mittlerweile zwei außer Vollzug gesetzt. Vorausgegangen waren zwei Hausdurchsuchungen im August bei einem Münchener **Neonazi**, der sich wegen eines versuchten Tötungsdelikts seit Juli in Untersuchungshaft befand. Bezüge nach Hessen hatte die **Kameradschaft Süd** nicht.

Bildung einer terroristischen Vereinigung

Nach Angaben mehrerer Beschuldigter war u. a. anlässlich der Grundsteinlegung für das jüdische Gemeindezentrum in München im November ein Sprengstoffanschlag geplant. Im September übernahm der Generalbundesanwalt die Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung.

Negative Konsequenzen in der Szene befürchtet

Im Internet und in einschlägigen Zeitungen diskutierten Rechtsextremisten verschiedenster Lager über die polizeilichen Maßnahmen. Im Vordergrund stand die Furcht vor möglichen negativen Auswirkungen der Geschehnisse auf die Szene. Einhellig wurde die Ansicht vertreten, dass das Ganze von Staat und Verfassungsschutz inszeniert worden sei, um künftig restriktiver gegen Aktivitäten von **Neonazis** und rechtsextremistischen Parteien vorgehen zu können. Doch auch selbstkritische Töne wurden laut. Das neonazistische **Störtebeker-Netz** ließ im Internet verlauten, der „Fall Wiese“ mache deutlich, dass die deutsche „Rechte“ weder Juden noch „Antifa“ benötige, um sich fertig zu machen. Dazu wäre sie gut alleine imstande.

Der **KDS**, vertreten durch Thomas Brehl, distanzierte sich in einer „Presseerklärung“ von Gewalt und jeder Art von Terror. In der Erklärung hieß es:

„Die hochkriminellen Machenschaften eines Herrn Wiese repräsentieren nur einen verschwindend geringen Teil des Nationalen Widerstandes, der in seiner Gesamtheit die argumentative Auseinandersetzung mit dem herrschenden System und seinen Vertretern sucht, auch und gerade wenn sie ihm vielfach verweigert wird. [...] Sollte es sich bei Herrn Wiese um einen Agenten interessierter Kreise handeln, würde uns das nicht wundern. Selbst wenn er das nicht ist, spielt er den Gegnern des Nationalen Widerstandes in die Hände und hat somit der sozialrevolutionären Sache mehr geschadet, als er ihr je hätte nutzen können. Schon werden Rufe laut, das Demonstrationsrecht zu beschneiden und juristisch noch härter gegen ‚rechts‘ vorzugehen.“

Das Beispiel der **Roten Armee Fraktion (RAF)** habe gezeigt, dass man den Staat – „trotz eines erheblichen Aufwandes an Intelligenz, Geld und Logistik“ – nicht wegbomben könne.

Stellungnahmen
der Parteien

Auch das rechtsextremistische Parteienspektrum von **NPD**, **REP** und **DVU** räumte den Vorfällen in München breiten Raum in seinen Veröffentlichungen ein. In der **NZ** (Nr. 39), dem Sprachrohr der **DVU** hieß es, der Fall stinke meilenweit gegen den Wind nach Verwicklung von Geheimdienstagenten und Irren. Hinter solchen Plänen müsse ein verbrecherisches, teuflisch raffiniertes Gehirn stecken, das allen Nationalen ein Maximum an Schaden zuzufügen beabsichtige.

Die **NPD** prangerte an, dass in schöner Regelmäßigkeit den Bundesbürgern die „Schreckgespenster rechter Terroristen“ vorgeführt würden. Indem man **NPD**, **Skin-heads** und **Neonazis** in das direkte Umfeld solcher Personen rücke, wolle man jeden zum Terroristen machen, der andere politische Ansichten als die der Etablierten vertrete. Wiese sei entweder ein „Spinner“, der zur Hebung seines Selbstwertgefühles mit Bomben hantiere und dies als politisch einordne, oder aber er sei ein „Mann des Staates für besondere Fälle“, den man brauche, damit die „geschürte Hysterie auch glaubwürdig“ werde (Erklärung des NPD-Bundesgeschäftsführers Frank Schwerdt mit dem Titel „Martin Wiese und die Braune Armee-Fraktion“).

NPD

Ein Bundesvorstandsmitglied der **REP** schrieb im Internet, es sei verdächtig, dass pünktlich, kurz vor der bayerischen Landtagswahl, Wohnungen von Rechtsextremisten durchsucht und gewisse Mengen an Sprengstoff und eine Liste geplanter Attentate gefunden worden seien. Es wurde gemutmaßt, dass die **REP** in den Umfragen zur Landtagswahl vielleicht nicht schlecht lägen und man ihnen auf diese Weise Wähler abspenstig machen wolle.

REP

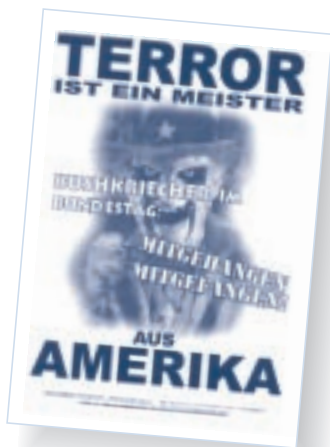
Die in München aufgedeckten Anschlagplanungen passen nicht in das Bild, das die rechtsextremistische Szene derzeit bietet. **Neonazis** und rechtsextremistische Parteien sind seit Jahren darum bemüht, durch in der Regel friedlich verlaufene Demonstrationen und ein kooperatives Verhalten im Vorfeld solcher Veranstaltungen ihr Image in der Öffentlichkeit zu verbessern und als Diskussionspartner in der Bundesrepublik Deutschland salonfähig zu werden.

Reaktionen auf den Krieg im Irak

Anlässlich des so genannten „Tag X“, des Angriffdatums auf den Irak, waren innerhalb der rechtsextremistischen Szene bundesweit Aktionen geplant. Im Internet riefen **Neonazis**, besonders das **Aktionsbüro Norddeutschland**, und die **JN** dazu auf, eine „bundesweite Anti-Kriegs-Demonstration“ durchzuführen. Dies könne in Form von Demonstrationen oder Mahnwachen vor amerikanischen Einrichtungen, aber auch vor pro-amerikanischen deutschen Institutionen geschehen. Als der Krieg ausbrach, war – trotz der massiven Aufrufe – die Resonanz im rechtsextremistischen Spektrum, was konkrete Aktionen betraf, gering.

USA - „Gefahr
für den
Weltfrieden?“

In der Kritik der Rechtsextremisten kam ihre Fundamentalopposition gegen die USA und die von ihnen repräsentierte demokratische Werteordnung zum Vorschein. Die USA, nicht der Irak oder terroristische Islamisten, erschienen als Gefahr für den Weltfrieden. In



diesem Zusammenhang bezichtigten Rechtsextremisten deutsche Politiker der absoluten Unterwürfigkeit gegenüber den USA. Das neonazistische **Aktionsbüro Norddeutschland** verbreitete ein Plakat, auf dem stand: „Terror ist ein Meister aus Amerika. Bushkriecher im Bundestag: Mitgefangen – Mitgehungen!“ Gleichzeitig instrumentalisieren Rechtsextremisten den Konflikt im Irak, um ihren revisionistischen, vergangenheitsorientierten Geschichtsverfälschungen Vorschub zu leisten.

Ende März demonstrierten in Hanau (Main-Kinzig-Kreis) rund 150 Rechtsextremisten (erwartet hatten die Veranstalter 600) gegen den Irak-Krieg. Sie trugen Plakate mit Antikriegsparolen und Fahnen des Irak und riefen „Solidarität mit dem Irak“, „Mörder, Mörder“, „Amis raus aus dem Irak“ und „Solidarität mit Palästina“. Der von der Polizei überwachte Demonstrationszug machte an einer amerikanischen Kaserne einen Zwischenhalt. Angemeldet hatte die Veranstaltung, die vom Verwaltungsgerichtshof Kassel in zweiter Instanz unter Auflagen genehmigt worden war, die **JN** (Bund). Deutschlandweit hatten **NPD**-Landesverbände und **Neonazis** zu der Demonstration mobilisiert. Das **Aktionsbüro Norddeutschland** wertete die Aktion auf seiner Internet-Seite als Erfolg. Der „Marsch in Hanau“ sei ein „notwendiges Zeichen“ gewesen, „gesetzt am richtigen Ort und zur richtigen Zeit“ und habe ein „weitgehend geschlossenes Bild von der Haltung nationaler Menschen gegenüber der Oneworld-Politik der amerikanischen Kriegstreiber“ gezeigt. Gegendemonstranten mit einer Israel-Fahne bezeichnete das **Aktionsbüro Norddeutschland** als „israelhörig“ und als „Antifa-Helfer von Amerika“.

Hass auf USA und Israel

Die Betreiber der neonazistischen Homepage **Die Kommenden** forderten unter der Überschrift „Das Verbrechen hat begonnen“ als „Antwort auf die Kriegserklärung der USA, Großbritanniens und Israels, sowie deren schändlicher Lakaien in Europa“ einen Krieg gegen diese auf militärischer, diplomatischer, wirtschaftlicher, propagandistischer, spiritueller und ziviler Ebene. Die am Irak-Krieg beteiligten „Völkerrechtsverbrecher“ müssten in geeigneter Weise isoliert werden: „Der Anfang des Endes des US-Imperiums ist gekommen! [...] Machen wir den Sieg des Satans über den Irak zu seinem letzten! Nieder mit den USA! Nieder mit Israel! Krieg auf allen Ebenen!“

In dem Artikel „USA demaskieren sich“ schrieb der **Nation & Europa**-Redakteur Karl Richter in der März-Ausgabe: „Was heute dem Irak widerfährt, haben zuvor hundert andere Länder erfahren, die US-Interessen im Weg standen, sich nicht fügten, auf die Wahrung ihrer Souveränität pochten. Sie wurden weggebombt, entlaubt, domestiziert zu Satrapen und Speichelleckern“. Die amerikanische Geschichte der letzten hundert Jahre sei eine „Blutspur der Dehumanisierung“, die sich über den Globus ziehe. Durch ihre „Helotentreue“ gegenüber den USA hätten deutsche Politiker in den letzten Jahrzehnten Unsägliches angerichtet. Mit Blick auf die Bombardierung Deutschlands im Zweiten Weltkrieg durch die US-Streitkräfte erklärte Richter:

„Amerikanische Bombenteppiche“

„Wer im Bomben-Holocaust an Deutschland allen Ernstes einen Akt der ‚Befreiung‘ sehen will, nötig um der Installation der Demokratie willen, der wird natürlich auch die nächsten amerikanischen Bombenteppiche gutheißen. Nur so lassen sich die ferngesteuerten

Auftritte der Schäuble, Pflüger und Co. in diesen Wochen erklären, während das Washingtoner Regime dem Irak unverhohlen die vernichtendsten Luftangriffe aller Zeiten angekündigt hat“.

Parallelen zum zweiten Weltkrieg

Auf dem Landesparteitag der REP im März in Bad Homburg v. d. H. (Hochtaunuskreis) machte der Landesvorsitzende Haymo Hoch die Delegierten darauf aufmerksam, dass noch nie ein Parteitag während eines Krieges stattgefunden habe. Den USA warf er vor, einen Angriffskrieg nach dem anderen zu führen. „Kosovo, Afghanistan, Irak, und welches Land kommt danach?“, fragte Hoch. Er kritisierte das „schändliche Verhalten und den Schlingerkurs von Regierung und Opposition, die sich als verlängerter Arm der Besatzungsmächte betätigten und [sich] zu Vasallen der USA gemacht hätten“ (Presseerklärung vom 25. März).

In dem Beitrag „Irak 2003/Polen 1939 - (k)ein Vergleich?“ verharmloste die NZ (Nr. 14), das Sprachrohr der DVU, die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg. „Was Bush darf, dürfen andere noch lange nicht ...“, erklärte die NZ und fragte rhetorisch: „Wenn nun aber vorangegangenes schweres Unrecht zwei oder am Ende eine Vielzahl von Kriegen rechtfertigen sollte, erscheine dann nicht der Einmarsch der Wehrmacht am 1. September 1939 in Polen in einem anderen Licht als üblicherweise?“ In der gleichen Ausgabe hieß es unter der Überschrift „Wie Bush lügt, heuchelt, mordet“: „Seit 200 Jahren bringen die USA Tod und Leid über diese Welt. Wie eine Blutspur ziehen sich Verbrechen und Massaker durch die Geschichte der selbsternannten Weltmacht“. Immer mehr Deutsche ahnten, was sich während des Zweiten Weltkrieges „in deutschen Luftschutzkellern abgespielt haben muss“:

„Wurde uns bislang erzählt, deutsche Zivilisten hätten die amerikanischen ‚Befreier‘ mit Konfetti empfangen, so setzt sich nun Stück für Stück die Einsicht durch, dass Deutsche einst ebenso Opfer der gnadenlosen und blutigen Bomben-Willkür nach amerikanischer Art waren wie in diesen Stunden die armen, armen Iraker“.

Auf ihrer Internet-Seite rief die DVU dazu auf, sich an überparteilichen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg zu beteiligen.

Die NPD-Fraktion im Wetterauer Kreistag bezeichnete den Angriff auf den Irak als einen „weiteren Schritt zur Weltherrschaft der USA und damit der Wallstreet“. Alle Bürger sollten ihren Widerstand gegen die „US-Kriegspolitik in allen legalen Formen zum Ausdruck“ bringen und keine deutschen Politiker wählen, „die diese Aggressionspolitik weiterhin unterstützen“ (Deutsche Stimme Nr. 2). Der NPD-Parteivorsitzende Voigt warf den „anglo-amerikanischen Aggressoren“ vor, sie wollten aus dem Irak eine neue Kolonie machen: „Mit Bomben und Raketen soll wieder einmal einem Volk eine Staats- und Werteordnung aufgezwungen werden, die es nicht will“. Er forderte dazu auf, Aktionen zu organisieren und Waren aus den USA und Großbritannien zu boykottieren (Pressemitteilung vom 25. März).

„Welt- herrschaft der Wallstreet“



Solidarität mit dem geschlagenen Regime des Diktators Saddam Hussein zeigte der neonazistische **KDS**. In Bezug auf die Rolle der USA erklärte er im Internet:

„Dieser menschenverachtende Akt der Aggression bildet nicht nur den vorläufigen Höhepunkt plutokratischer Machtpolitik, sondern muß für alle freien Völker und alle freien Menschen der Welt ein unübersehbares Alarmzeichen dafür sein, daß nicht irgendwelche Terroristen oder arme Drittländer uns wirklich bedrohen, sondern US-Amerika selbst die zentrale Gefahr für den Weltfrieden ist“.

In einem Interview in der **KDS**-Zeitschrift **Der Gegenangriff** (Nr. 6) bezeichnete der amerikanische **Neonazi** Gary Lauck den Irak als Opfer des Imperialismus des Weltkapitalismus. Der **KDS**-Funktionär Brehl nannte die USA einen Kriegsverbrecher und eine zentrale Gefahr für den Weltfrieden. In einer weiteren Veröffentlichung des **KDS**, **Die Wahrheit** (Nr. 5), war zu lesen, nicht Selbstzerfleischung, sondern Analyse, wie es zu dieser Niederlage habe kommen können, sei jetzt an der Tagesordnung. Dazu gehöre die praktische Solidarität mit den Vertretern der irakischen Gemeinde in Deutschland. Funktionäre des **KDS** hatten in der Vergangenheit Kontakte zur irakischen Botschaft.

Andere rechtsextremistische Organisationen und Publikationen

Die von dem früheren „Chefideologen“ der **NPD**, Dr. Rolf Kosiak, geleitete **Gesellschaft für Freie Publizistik e. V. (GFP)** ist mit mehreren hundert Mitgliedern die größte rechtsextremistische „Kulturvereinigung“. Ihr gehören eine Reihe von Verlegern, Schriftstellern und Buchhändlern an. In einem Flugblatt kritisierte die **GFP** die „Einseitigkeit von Zeitungen und Fernsehsendungen“ und behauptete, dass in der Bundesrepublik nicht nur „geschmiert und korrumpiert“, sondern auch „diffamiert, denunziert, totgeschwiegen, gelogen [werde], daß sich die Balken biegen“. Die **GFP** gab vor, sich für die „Freiheit und Wahrheit des Wortes“ einzusetzen und über angebliche Geschichtsfälschungen – insbesondere hinsichtlich des Nationalsozialismus und des Holocaust – aufzuklären.

In Bad Wildungen (Landkreis Waldeck-Frankenberg) und Borken (Schwalm-Eder-Kreis) führte der hessische **GFP**-Arbeitskreis Vorträge durch. Der Jahreskongress der **GFP**, der im April in Bayreuth (Bayern) stattfand, stand unter dem Motto „Freiheit bewahren - Das Volk erhalten“. Im Einladungsschreiben hieß es, dass die vorbeugende Terrorismusbekämpfung seitens des Staates als Vorwand benutzt werde, um in der Verfassung garantierte Grundrechte des Einzelnen drastisch zu beschneiden:

„Für uns Deutsche kommt erschwerend hinzu, daß wir in einer solchen Zeit großer politischer Herausforderungen wegen des Fehlens jeder volkserhaltenden Bevölkerungspolitik seit Jahrzehnten ein vergeisendes und zahlenmäßig abnehmendes Volk sind, das zudem in den letzten Jahrzehnten auf unverantwortliche Weise mit Millionen Ausländern belastet worden ist“.

Gesellschaft
für Freie
Publizistik e.V.
(GFP)

Jahreskongress
der GFP

Jetzt wäre die Zeit für eine wirkliche Opposition, eine wirkungsträchtige parteipolitische Alternative zeichne sich aber noch nicht ab: „Die Zersplitterung der ‚Rechten‘ hat allen geschadet“. In verschiedenen Vorträgen, die in Bayreuth gehalten wurden, behaupteten die Referenten, dass das „Auschwitz-Syndrom“ jeden Freiheitsversuch verhindere und eine Selbstbefreiung nicht möglich sei, weil den Deutschen das Geschichtsbewusstsein genommen worden sei. Deutschland habe ein fremdes kulturelles Gedächtnis, das von den USA gemacht sei.

„Zersplitterung der Rechten“

Im Zusammenhang mit dem Krieg im Irak wurden im rechtsextremistischen Lager – wie oben dargestellt – antiamerikanische und in deren Gefolge israelfeindliche und antisemitische Äußerungen öfter und deutlicher artikuliert als in der Vergangenheit. In der Schrift „Wählen ohne Wahl – Die Bundestagswahl 2002 und die Zukunft Deutschlands“ behauptete Dr. Alfred Mechtersheimer, Sprecher des **Friedenskomitees 2000**: „Anti-Amerikanismus und Antisemitismus sind zwei Seiten derselben Medaille. [...] Der allseits beklagte ‚wachsende Antisemitismus‘ in Deutschland ist im Grunde ein Schritt zur Normalität“. In allen politischen Lagern und Schichten wachse der „Unmut über die jüdische Lobby“.

Anti-semitismus als Teil der Normalität?

Bundesweit verbreitete Wolfgang Juchem Flugblätter und Kleinbroschüren der **Aktion Freies Deutschland**. Verlags- und Druckort ist Hessisch-Lichtenau (Werra-Meißner-Kreis). Ebenso hielt er Vorträge, wie z. B. im November in Dresden (Sachsen), wo er auf einer Veranstaltung des **Nationalen Bündnisses Dresden** vor 120 Besuchern u. a. über die „psychologische Kriegsführung gegen das deutsche Volk“ sprach (Deutsche Stimme Nr. 11). In einem Flugblatt klagte Juchem über finanzielle Engpässe, da aufgrund von Todesfällen in der „Kriegsgeneration“ der „Kreis opferbereiter Unterstützer immer kleiner wurde“. Zur Fortführung seiner Aktivitäten bat er um Spenden, damit er weiterhin „aufklärend“ wirken könne. In der Flugschriftenreihe **Volkstreue Stimme** benannte er die angeblichen Gründe für Deutschlands „tiefste und gefährlichste Existenzkrise“:

„Nach der Katastrophe von 1945 wurden alle preußisch-deutschen Tugenden, die unser Volk in der Vergangenheit zu weltweit bewunderten Höchstleistungen befähigten, als ‚überholt‘, als ‚ewig gestrig‘ oder gar als ‚nationalistisch‘ geächtet und diffamiert. Wie ein endloser Krankheitserreger wirkend, haben die Erziehungsprogramme der ‚Frankfurter Schule‘ über Bildungseinrichtungen und Massenmedien die Mentalität der Menschen und den Charakter unseres Volkes so nachhaltig verändert, daß wir hilflos und wehrlos den räuberischen Begierden internationaler Finanzstrategen ausgeliefert sind“.

Seinen Lesern empfahl Juchem, den „pflichtvergessenen Politikern in Berlin“ unverzüglich ihr Mandat zu entziehen, bevor sie das „deutsche Volk endgültig im multikulturell-chaotischen Schuldensumpf versinken“ ließen. Eine größere Leserschaft erreichte Juchem, als er sich auf der Titelseite der **Deutschen Stimme** (Nr. 6), dem Parteiorgan der **NPD**, im Zusammenhang mit dem Krieg im Irak gegen die „Globalisierungs-Imperialisten“ wandte: „In den beiden Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts hatte sich fast die ge-

„Anglophoner Raubtier-Kapitalismus“



samte Menschheit hinter das Licht führen lassen, als es um die Vernichtung Deutschlands ging, obwohl die eigentlich Verantwortlichen und Schuldigen an dieser Katastrophe schon damals in den gleichen Kommandozentralen des anglophonen Raubtier-Kapitalismus saßen wie später bei zahllosen Kriegen und Bürgerkriegen rund um den Erdball“.

Rechtsextremisten und Kommunikationsmittel

Zahl der
Homepages
konstant

Die Zahl der deutschsprachigen Homepages im Internet mit rechtsextremistischen Inhalten blieb mit etwa 950 konstant. Die Bemühungen der Provider, rechtsextremistische Inhalte aus dem Internet zu entfernen oder den Zugriff zu erschweren, versuchten Rechtsextremisten zu umgehen, indem sie Speicherplätze vor allem auf Provider im Ausland verlagerten, die eine Selbstkontrolle verweigerten. Durch den Einsatz von Weiterleitungs-Adressen und Anleitungen zum Umgehen der Filter der Zugangs-Provider stellten diese Betreiber sicher, dass ihre Propaganda im Internet weiterhin abrufbar blieb.

Internet als
bedeutendste
Kommunikations-
plattform

Für die Rechtsextremisten ist das Internet zum bedeutendsten Kommunikationsmittel geworden. Sie nutzen es nicht nur zur Selbstdarstellung nach außen, sondern auch als eine Kommunikationsplattform und Informationsquelle zum Zweck der sceneinternen Verständigung. Steigender Beliebtheit erfreuten sich interaktive Internet-Dienste wie der „Relay Chat“, in dem die Nutzer „live“ miteinander diskutieren und auf eigene Webseiten hinweisen konnten. Eine Registrierung der Teilnehmer erfolgt problemlos unter fiktiven Namen (Nicknames). Die Vielzahl der eingestellten Diskussionsbeiträge und das darin demonstrierte Zusammengehörigkeitsgefühl zeigen, wie wichtig dieser Internet-Bereich für Rechtsextremisten geworden ist. Außerdem gingen die Nutzer derartiger Foren zunehmend dazu über, persönliche Treffen zu organisieren. Diese Foren sehen sich als Plattform für überregionale Veranstaltungen. Bundesweit planten und organisierten drei rechtsextremistische Diskussionsforen (etwa 1.400 Benutzer) mehrere Mitgliedertreffen, u. a. ein so genanntes „Südwest-Treffen“ im Mai, oder die gemeinsame Teilnahme an überregionalen **Skinhead**-Konzerten.

Zielgruppe Kinder
und Jugendliche

Die Gefahr, die von rechtsextremistischen Internet-Seiten ausgeht, ist vor allem in ihrer potenziellen Wirkung auf Jugendliche und in dem unkontrollierten Zugang von Kindern zu sehen. Viele rechtsextremistische Homepages sind für diese Zielgruppen „ansprechend“ programmiert. Der Reiz des Verbotenen, die Möglichkeiten, sich anonym im Internet zu bewegen, die Angebote, rechtsextremistische Musik, verbotene NS-Symbolik und volksverhetzende Texte von den Homepages herunterzuladen, begünstigen die Verbreitung strafbarer rechtsextremistischer Propaganda.

Ein Betreiber aus Vellmar (Landkreis Kassel) machte sich die - gerade bei Kindern und Jugendlichen - beliebten Comicfiguren „Tom“ und „Jerry“ zu Nutze. Unter deren Namen ließ er seine Homepage firmieren. Mit Verweis auf die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ versuchte der Betreiber gerade Schülern eine jüdische Weltverschwörung zu suggerieren: „Das habt ihr sicher noch nie in euren Schulbüchern gefunden, das ist aber die Wahrheit“. Die Zionisten kontrollierten die Medien, ähnliches gelte für die Rothschild- und Rockefeller-Familien:

„Die[se] Illuminati, deren schmutzige Handlanger, der CIA in den USA und der Mossad in Israel[,] sind die Puppenspieler und die kontrollieren in Deutschland unsere Politiker, die Medien, die Gerichte, die Gewerkschaften, die Verbände, die Lobbyisten, also die hörigen, mit Geld gefügig gemachten Marionetten des teuflischen Systems der Vergewaltigung“.

Auch empfahl der Betreiber die antisemitische Hetzschrift „Der Sklavenhandel - Eine Spezialität der Juden“ zur Lektüre. Links auf der Homepage verwiesen darüber hinaus auf andere Seiten mit antisemitischen Inhalten.

In Hessen boten hauptsächlich Parteien Internet-Seiten an. Über ihre Homepages konnten u. a. Links zu Informationen über Veranstaltungstermine und zu einzelnen Kreisverbänden aufgerufen werden. Seitens der **NPD** wurde regelmäßig für größere Kundgebungen und Demonstrationen, wie für den 1. Mai in Berlin oder die jährliche Rudolf Heß-„Gedenkveranstaltung“ in Wunsiedel (Bayern), geworben. Lediglich die **NPD**-Kreisverbände Frankfurt am Main und Wetterau waren mit eigenen Homepages im Internet vertreten. Der Kreisverband Frankfurt am Main gab dabei zu erkennen, dass er Verbindung zu der neonazistischen Gruppierung **Freie Nationalisten Rhein-Main** unterhält. Die Gesamtzahl der **NPD**- und **JN**-Homepages war rückläufig. Die meisten beschäftigten sich mit dem Ausgang des Verbotsverfahrens, dem Irak-Krieg und kommunalpolitischen Ereignissen.

Anzahl der
NPD-Homepages
rückläufig

Der Betreiber der Internet-Seite des neu gegründeten **Aktionsbüros Mittelhessen** definiert sich als einen Zusammenschluss von freien Kameradschaften in Mittelhessen, der etabliert wurde, um auf Veranstaltungen und bei Demonstrationen als Verband aufzutreten und zu agieren. Das Aktionsbündnis sieht sich als „Mobilisierungs- und Informationsquelle“ (Pressemitteilung des Aktionsbüros Mittelhessen) für **Freie Nationalisten** und Aktionsgruppen. Auf der Homepage sind Termine zu rechtsextremistischen Veranstaltungen eingestellt. Downloads ermöglichen u. a. das Herunterladen und Drucken von Flugblättern und Anmeldeformularen zu Demonstrationen. Auch die Internet-Seite des neu ins Leben gerufenen **Aktionsbüros Rhein-Neckar** sollte als einheitliche Informationsplattform für mehrere rechtsextremistische Gruppierungen und andere Nutzer dienen. Auf der Homepage sind darüber hinaus Rubriken wie „Selbstdarstellung“, „Termine“, „Meldungen“ und „Kontakte“ enthalten. Neben dem **Aktionsbüro Rhein-Neckar** existieren bundesweit fünf ähnliche Zusammenschlüsse (darunter das **Aktionsbüro Norddeutschland**, das als einziges „erfolgreich“ arbeitet), mit denen **Neonazis** ihre Kommunikations- und Aktionsfähigkeit verbessern wollen. Die Internet-Seiten dieser Zusammenschlüsse sind untereinander verlinkt.

Aktionsbüros

Die **REP** bauten in Hessen ihre Internet-Präsenz weiter aus, es waren elf Homepages von Landes-, Kreis- und Ortsverbänden, von Vertretern in Kommunal- und Kreisparlamenten sowie von Funktionsträgern der Partei feststellbar. Die Seiten enthielten aktuelle Nachrichten, Pressemitteilungen sowie Beiträge zu Themen der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik. Im Mai richtete die **REP**-Bundespartei ein internes Internet-Forum ein, worin

**REP bauen
Internet-
Präsenz aus**

Mitglieder oder Freunde der Partei miteinander diskutieren konnten. Themenschwerpunkte waren u. a. die Zuwanderung und der Islam. Die DVU in Hessen war im Internet nur über die Adresse der Bundespartei aufrufbar.

Die Bedeutung der rechtsextremistischen **Nationalen Infotelefone (NIT)** war weiter rückläufig. Bundesweit waren noch drei **NIT** aktiv (2002: acht), in Hessen gründete das **Aktionsbüro Mittelhessen** (siehe Kapitel „Neonazis“) das **NIT Nationale Infotelefon Mittelhessen**. Nur für Szeneangehörige, die nicht über einen Internet-Zugang verfügen, stellen die **NIT** noch ein Informationsmittel dar, das sie im Hinblick auf geplante Veranstaltungen nutzen.

Straf- und Gewalttaten

Zahl der Straftaten gestiegen

Insgesamt wurden in Hessen 693 (2002: 599) extremistische Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität erfasst, von denen die Polizei 563 (2002: 514) als rechtsextremistisch bewertete. Davon entfielen 126 (2002: 121) auf den Bereich **Fremdenfeindlichkeit**, 99 (2002: 107) auf den Bereich **Antisemitismus** und 338 (2002: 310) auf den Bereich **Propagandadelikte** (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen). Außerdem stellte die Polizei 162 (2002: 144) Fälle von Volksverhetzung fest. Die Zahl der politisch motivierten rechtsextremistischen Gewaltdelikte erhöhte sich von 24 im Jahre 2002 auf 30 (darunter 25 Körperverletzungen).

Der Schwerpunkt der rechtsextremistischen Straftaten in Hessen lag, wie bereits in den Vorjahren, bei den **Propagandadelikten**. Sie werden in der Regel mit der Absicht begangen, den Nationalsozialismus zu verherrlichen. Meistens werden hierbei Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (z. B. SS-Runen, Hakenkreuze) geschmiert bzw. entsprechende (neo)nationalsozialistische Symbole und Inhalte (z. B. Hitler-Gruß, Lieder, Hitler-Bilder) in Wort und Schrift verbreitet.



Fremdenfeindliche Straftaten

Beispiele:

- Im August beschmierten in Rodgau-Jügesheim (Landkreis Offenbach) unbekannte Täter ein Feldkreuz mit einer SS-Rune und einem Hakenkreuz. Sie brachen der Jesusfigur einen Arm ab und verbogen den Kopf.
- Im Juli ritzte mutmaßlich ein **Skinhead** zusammen mit einem anderen Täter in Frankfurt am Main ein Hakenkreuz in die Motorhaube eines Autos. Bei der Durchsuchung der Verdächtigen stellte die Polizei fest, dass seine Geldbörse mit Hakenkreuzen, SS-Runen und dem Wort „Gestapo“ versehen war.

Fremdenfeindliche Straftaten, meist aus einer intoleranten Haltung heraus begangen, richten sich gegen Nationalität, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung und äußeres Erscheinungsbild des Opfers.

Beispiele:

- Im Februar beschimpfte ein Fahrgast einen Taxifahrer während eines Streits um den Fahrpreis mit folgenden Äußerungen: „Scheiss-Kanaken, Kanaken sollen raus aus Deutschland“, „wenn Adolf, mein Herr, hier wäre, hätten Kanaken hier in Deutschland nichts zu suchen“. Dann rief er „Deutschland den Deutschen, Kanaken raus!“ und schlug auf den Taxifahrer ein.
- Im März machte ein Teilnehmer in einem Internet-Chat-Raum fremdenfeindliche Äußerungen: „Beginnt irakische Kinder zu töten, das wird lustig und mit den Köpfen können wir ja Fußball spielen, wenn es vorerst nichts weiteres zu töten gibt“.
- Im Oktober beschmierten unbekannte Täter in Niedervellmar (Landkreis Kassel) ein Bahnhofswartehäuschen mit einem Hakenkreuz und fremdenfeindlichen Parolen: „Zerstückelt alle Nigger, tötet alle Asylanten, schlachtet alle Penner ab, ermordet alle Krüppel, köpft alle Behinderten, Sieg Heil!“



Bei **antisemitisch** motivierten Straftaten handelt es sich um Delikte gegen jüdische oder israelische Personen, gegen entsprechende Institutionen, Objekte und Sachen. Motiv der Täter ist grundlegende Feindschaft oder Hass gegen alles Jüdische. Wie bereits in den vergangenen Jahren waren der „Zentralrat der Juden“ bzw. seine Repräsentanten Ziele antisemitischer Äußerungen und Drohungen. Die öffentliche Diskussion über den ehemaligen Vizepräsidenten des „Zentralrates der Juden“ in Deutschland, Michel Friedman, spielte hierbei auch eine Rolle.

Beispiele:

- In einem anonymen Drohschreiben wurde Friedman als „einer der übelsten Strolche, die frei herum laufen“ bezeichnet. Er sei „rauschgiftsüchtig und ein Freund der gewerblichen Unzucht, eben der typische Zigeunerjude ohne Moral“.
- Im Oktober wurden in Bad Endbach-Hartenrod (Landkreis Marburg-Biedenkopf) mehrere Hauswände und andere Objekte mit Parolen beschmiert: „Deutsche macht euch frei von der Juden Türeinei“, „Juden raus“ und „Judas veräcke“.

**Antisemitische
Straftaten**

RECHTS EXTREMISMUS

Rechtsextremistische Straftaten *

Straf- und Gewalttaten	2003	2002**	2001**
Gewalttaten			
Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	0	0
Versuchte Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	7	8	9
Körperverletzungen			
Hessen	25	21	30
Bund	637	646	626
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte			
Hessen	1	0	1
Bund	24	27	17
Landfriedensbruch			
Hessen	0	1	1
Bund	28	32	34
Widerstandsdelikte			
Hessen	3	2	1
Bund	45	36	10
Sonstige Straftaten Sachbeschädigungen, Verbreitung von Propaganda- mitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen			
Hessen	347	318	517
Bund	7.776	7.472	6.587
Nötigung/Bedrohung			
Hessen	2	6	8
Bund	93	115	190
Andere Straftaten (bes. Volksverhetzung)			
Hessen	185	166	191
Bund	93	2.567	2.581
Summe			
Hessen	563	514	749
Bund	10.792	10.902	10.054

* Alle Angaben entstammen der Statistik Politisch motivierte Kriminalität (PMK) des Hessischen Landeskriminalamtes bzw. des Bundeskriminalamtes. Anzumerken ist, dass dort nicht jede politisch motivierte Straftat als extremistisch bewertet wird.

** Auf Grund von Nachmeldungen oder später erfolgter Zuordnungen kann es Abweichungen gegenüber früheren Angaben geben.

LINKSEXTREMISMUS

Was wollen Linksextremisten?

Ziel linksextremistischer Bestrebungen ist die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, um sie entweder durch ein totalitäres, sozialistisch-kommunistisches System oder durch die Anarchie zu ersetzen. Verbunden mit dem Ziel ist die utopische Vorstellung, eine angeblich herrschaftsfreie Gesellschaft zu schaffen.

Aus einer ökonomisch begründeten Klassentheorie heraus streben orthodoxe Linksextremisten die Macht der Arbeiterklasse durch den Klassenkampf mittels revolutionärem Handeln an.

Unter Revolution verstehen diese Sozialisten eine stufenweise vollständige Umwandlung des gesellschaftlichen und politischen Systems: Zunächst übernehme die Arbeiterklasse die Macht in einem Staat, in der Regel durch einen bewaffneten Aufstand, im Ausnahmefall friedlich, z.B. durch parlamentarische Arbeit. Nach einem solchen „Umsturz“ werde das politische und wirtschaftliche System eines Landes so umgewandelt, dass der Kapitalismus liquidiert und der Sozialismus realisiert würden. Daran schließe sich die „Weltrevolution“ an, das heißt die weltweite Umsetzung des Sozialismus.

Revolution

Basis und Anleitung für solche Ziele bieten insbesondere die Lehren von Marx, Engels und Lenin. Orthodoxe Linksextremisten wie die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** und bisher die **Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)** geben der Partei bzw. der Parteiführung die führende Rolle auf dem Weg zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft. Gemäß ihren marxistisch-leninistischen Vorstellungen müsse die Partei die Macht im Staat erringen. Die sozialistische Gesellschaft wird als notwendige Vorstufe für den Kommunismus angesehen, in dem Klassengegensätze überwunden und jede Unterdrückung und Ausbeutung abgeschafft sein sollen. Erst nach der weltweiten Übernahme dieses Systems könne auf jede regulierende Staatsmacht verzichtet werden.

„Notwendig ist es heute, Bewusstsein über die herrschende gesellschaftliche Situation zu vermitteln, die veränderbar ist. Der gegenwärtigen Entwicklung muss Widerstand entgegen gesetzt werden. Gegenkräfte müssen mobilisiert werden, breite Bündnisse entstehen.“

Die Kommunistinnen und Kommunisten haben der kapitalistischen Gesellschaft entschieden den Kampf angesagt. Ihre Partei ist unentbehrlich bei der Entwicklung und Organisation von Gegenwehr.

Marxisten-Leninisten

[...] Wir leben in der Epoche, in der im Interesse der Erhaltung und des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus erforderlich geworden ist. Eine solche Gesellschaft, der Sozialismus als erste Stufe des Weges zum Kommunismus, ist keine Utopie.“ (Erste Grundlagen zur Diskussion und Erarbeitung eines Programmentwurfs, Unsere Zeit, Nr. 9 vom 1. März 2002)

Auch Maoisten wie die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)** oder Trotzisten wie **Linksruck** sehen in der Partei das

Instrument, um eine kommunistische Gesellschaft zu errichten. Ihr Handeln wird jedoch durch die Idee der permanenten Revolution bestimmt. Bei Maoisten gibt die Partei immer neue Ziele vor, um ein dauerhaftes revolutionäres Handeln sicherzustellen; Trotzlisten wollen das ihnen verhasste System unterwandern und dann der Partei die Verwaltung des Staates übertragen.

Anarchisten

In Abgrenzung zu diesen kommunistischen Organisationen lehnen Personen, die anarchistische Ziele verfolgen, jede institutionalisierte Form der Macht ab. Zugleich wollen sie eine Ordnung „auf natürlicher Basis“ erzeugen, die „auf freier Selbstentscheidung“ beruhen und in der Regel ohne Anwendung von Gewalt propagiert und realisiert werden soll.

Autonome wollen demgegenüber keine wie auch immer vereinbarten Reglementierungen, sondern wirklich „herrschaftsfreie Räume“, die dem Einzelnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen sollen. Sie legen Wert darauf, sich diese „Freiräume“ (schrittweise) zu erkämpfen. Dazu wenden sie auch Gewalt an.

Überblick

Linksextremistischen Gruppen und Organisationen ist es erneut nicht gelungen, ihre politischen Ziele konstant einer breiteren Öffentlichkeit näher zu bringen oder gar zu vermitteln. Dies lag u.a. daran, dass sie uneinheitlich agieren oder intern sogar zerstritten sind. Ein anderer Grund ist darin zu sehen, dass Linksextremisten in Bezug auf aktuelle gesellschaftspolitische Themen ihre Lösungsvorschläge nur begrenzt in die öffentliche Diskussion einbrachten bzw. wenig eigene Demonstrationen durchführten.

Handlungs- krise

Abgesehen von ihren Anhängern konnten Linksextremisten daher nur sehr geringes Interesse für sich und ihre Aktivitäten wecken. Allerdings beteiligten sich Anfang des Jahres bei den auch von Linksextremisten organisierten Demonstrationen gegen den Krieg im Irak – auch aus Sicht der Veranstalter – unerwartet viele Menschen. Wie bei anderen Themen mussten Linksextremisten jedoch feststellen, dass sie selbst ihre führende Rolle verloren und eher als Mitläufer denn als Organisatoren erkennbar waren.

Ähnlich erging es **Autonomen**. Selbst in Bezug auf ihr traditionelles Schwerpunktthema, den „Antifaschismus“, überließen sie Planung, Durchführung und Darstellung antifaschistischer Veranstaltungen häufig anderen Personenzusammenschlüssen. Lediglich autonome Gruppen im Rhein-Main-Gebiet und in Südhessen engagierten sich so, dass sie eigene Veranstaltungen durchführen konnten. Für die jeweiligen Regionen müssen die Demonstrationen und Aktionen mit einer Beteiligung von bis zu 300 Personen daher als Erfolg **Autonomer** gewertet werden.

Die Gewaltbereitschaft autonomer Gruppen darf nicht unterschätzt werden. In ganz Hessen kam es zu teilweise schweren Sachbeschädigungen und Brandanschlägen, die häufig in einen antifaschistischen Zusammenhang gestellt wurden. Andere Tatbekennungen oder Hinweise am Tatort weisen auf antirassistische oder gegen den Irak-Krieg gerichtete Motive hin. Insgesamt entstand ein Sachschaden von etwa 300.000 Euro.

Linksextremistische Parteien lähmten sich insbesondere durch interne Diskussionen selbst. Die **PDS** versuchte mit einer Neuwahl des Bundesvorstandes bzw. der Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms aus dieser Lethargie herauszukommen. Allerdings leisteten Ortsgruppen der **PDS** oder der **DKP**, von denen Mitglieder in Kommunalparlamenten vertreten sind, kontinuierliche Arbeit.

Parteien

Die trotzkistischen Gruppen **Linksruck** und **Sozialistische Alternative VORAN (SAV)** griffen erfolgreich aktuelle Themen wie „Sozialabbau“ auf und engagierten sich besonders bei Aktionen, die sich gegen Globalisierungstendenzen und deren mögliche Auswirkungen richteten.

Teilweise nahmen an Veranstaltungen, die von linksextremistischen Gruppen und Organisationen durchgeführt wurden, sehr viele Personen teil; diese „Erfolge“ veränderten die Zahl von Linksextremisten allerdings nicht. Die Zahl gewaltbereiter **Autonomer** hat sich auf Grund der anhaltenden Handlungskrise noch einmal leicht reduziert. Weiterhin problematisch ist, dass es bei autonomen Aktionen ein Potenzial junger Menschen gibt, die sich an den verschiedenen Demonstrationen und Veranstaltungen beteiligen, ohne in linksextremistischen Gruppen aktiv zu sein. Besonders gravierend ist, dass darunter auch Personen sind, die nicht vor der Anwendung von Gewalt zurückschrecken.

Personen- potenzial

EXTREM

Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen:

Parteien und ihre Nebenorganisationen

- **Partei des Demokratischen Sozialismus**, [‘solid] – die Sozialistische Jugend Hessen
- **Deutsche Kommunistische Partei**, Assoziation Marxistischer StudentInnen, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
- **Kommunistische Partei Deutschlands - Marxisten-Leninisten**
- **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands**, Solidarität International e.V.

Trotzkisten

- **Linksruck**
- **Partei für Soziale Gleichheit**
- **Sozialistische Alternative VORAN**, – Widerstand international –

Sonstige Gruppierungen

- **Bundesausschuss Friedensratschlag**
- **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten**

Autonome

- **Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main**
- **Antifa Bad Homburg**
- **autonome.antifa [f]**
- **Bunte Hilfe**

Linksextremistisches Personenpotenzial *

	2003	2002	2001
Gewaltbereite Linksextremisten**			
Autonome			
Hessen	400	420	500
Bund	5.400	5.500	7.000
Anarchisten			
Hessen	40	40	40
Bund	500	400	400
Marxisten-Leninisten, Trotskisten u.a. Kern- u. Nebenorganisationen***			
Hessen	2.400	2.420	2.280
Bund	26.300	26.000	26.300
beeinflusste Organisationen****			
Hessen	550	550	550
Bund	19.000	15.200	12.000
Summe nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften			
Hessen	3.300	3.350	3.300
Bund	45.800	42.800	42.900

* Die Zahlen sind zum Teil gerundet und geschätzt.

** Berücksichtigt sind nicht nur Personen, die als Täter oder Tatverdächtige festgestellt wurden, sondern auch Personenzusammenschlüsse, bei denen Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft vorhanden sind.

*** Das Bundesamt für Verfassungsschutz weist die PDS wegen ihres ambivalenten Erscheinungsbildes gesondert aus. Die Mitgliederzahlen lagen bundesweit 2003 bei 71.000, im Jahre 2002 bei 78.000 und 2001 bei 84.000 Personen.

**** Hier handelt es sich um Gruppen und Organisationen, die nach außen meist unabhängig erscheinen, aber erheblich von dogmatischen Gruppen beeinflusst werden. Deren Angehörige besetzen z.B. Schlüssel-funktionen in Leitungsgremien und bestimmen Ziele und Aktivitäten beeinflusster Gruppen maßgeblich mit. Die Erhöhung der Bundeszahlen ist u.a. auf die Fusion der westdeutschen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik e.V. (VVN-BdA) mit dem ostdeutschen Verband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebenen – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VvVN-BdA) zurückzuführen.

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Gründung:	1989/90 (Hessen 1990)
Hess. Landesvorsitzender:	Dr. Ulrich Wilken
Bundvorsitzender:	Lothar Bisky
Mitglieder:	In Hessen 470, bundesweit 71.000
Publikationen (Auswahl):	Neues Deutschland (Erscheinungsweise täglich), Hessen links (Erscheinungsweise unregelmäßig), Politische Berichte (Erscheinungsweise 14-tägig) FRANKFURTER KURIER (Erscheinungsweise vierteljährlich)

Der Sonderparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im Dezember 1989 war die Geburtsstunde der PDS, als sich die SED in SED/PDS umbenannte. Seit ihrem 1. Parteitag im Februar 1990 heißt sie nur noch PDS.

Innerhalb der Partei bestehen eine Vielzahl verschiedener Gruppen, Arbeitsgemeinschaften und Plattformen mit sehr unterschiedlichen Zielen und Themen. Von Bedeutung sind die Kommunistische Plattform der PDS (KPF), die an der revolutionären Tradition der Arbeiterbewegung festhält, das Marxistische Forum der PDS, ein orthodox-kommunistisch geprägter Zusammenschluss zur marxistischen Analyse der politischen Situation, und [solid], ein PDS-naher sozialistischer Jugendverband. Auf internationaler Ebene pflegt die PDS die Zusammenarbeit mit sozialistischen und kommunistischen Parteien.

„Sozialismus
als Bewegung
und Wertesystem“

Auch nach der Verabschiedung ihres neuen Parteiprogramms im Oktober versteht sich die PDS weiterhin als „konsequent antikapitalistische“ Partei, die die Vorherrschaft kapitalistischer Interessen abschwächen und schließlich überwinden will. Sie strebt eine sozialistische Gesellschaft an, in der wirtschaftliches und politisches Handeln dem Ziel dienen, „allen die Bedingungen eines selbstbestimmten und solidarischen Lebens zur Verfügung zu stellen“. Sozialismus ist für die Partei keine alternative Gesellschaftsordnung, sondern eine Bewegung und ein Wertesystem, in dem im Ringen um demokratische Mehrheiten die Profitdominanz schrittweise überwunden werden soll. „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“, jedoch nur insoweit sie nicht „auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind“.

Ergänzend zu der parlamentarischen Tätigkeit in Bund, Ländern und Gemeinden will die **PDS** als „außerparlamentarische Opposition“ ihre Ziele durchsetzen. Dabei legt sie besonderen Wert auf die „Arbeit vor Ort“, d.h. in den Kommunen. Die **PDS** arbeitet mit anderen linksextremistischen Organisationen und Parteien zusammen und beteiligt sich auch an von ihnen initiierten bzw. gesteuerten Aktionen, um ihre politischen Vorstellungen durchzusetzen. Die grundsätzliche Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen hindert die **PDS** nicht daran, auch die bereits derzeit möglichen konkreten Schritte der notwendigen Umgestaltung hin zu „einem demokratischen Sozialismus“ in Angriff zu nehmen. Daher bekennt sich die Partei zu Regierungsbeteiligungen, wie in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

„Außer-
parlamentarische
Opposition“

Nachdem 2002 die Vorbereitung und die Teilnahme an der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag im Blickpunkt gestanden hatten, legte die **PDS** im abgelaufenen Jahr ihren Schwerpunkt auf die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms. Ein Sonderparteitag zum Thema Irak-Krieg und die Wahl des neuen **PDS**-Bundesvorstandes waren darüber hinaus von Bedeutung. Im Herbst beteiligte sich die Partei bundesweit an Aktionen verschiedener Parteien, Organisationen und Gruppierungen gegen den „Sozialabbau“.

Am 5. April veranstaltete die **PDS** in Berlin einen Sonderparteitag zum Thema Irak-Krieg. Die Delegierten debattierten über den Krieg sowie mögliche Konsequenzen für die Politik der **PDS**. Die damalige Parteivorsitzende Gabriele Zimmer richtete in ihrer Rede schärfste Angriffe gegen die Vereinigten Staaten und die CDU-Vorsitzende Merkel. Der amerikanischen Regierung warf Zimmer vor, sie sei „dabei, zum größten Feind der Zivilisation zu werden“; Frau Merkel stelle sich auf deren Seite. Der Parteitag verabschiedete zwei Anträge, in denen ein sofortiges Ende des Krieges gefordert sowie zur Teilnahme an Antikriegsaktionen aufgerufen wurde. Unter dem Titel „Frieden – Demokratie – Abrüstung“ forderte die **PDS** unter anderem die Einberufung einer Sondertagung der UN-Vollversammlung, die den „Überfall“ auf den Irak verurteilen und die USA und Großbritannien zum sofortigen Rückzug verpflichten sollte. Von der Bundesregierung verlangte die Partei den Stopp deutscher „Unterstützungsleistungen für den Angriffskrieg der USA“.

Irak-Krieg

Auf einem weiteren **PDS**-Sonderparteitag am 28. und 29. Juni in Berlin wählten die Delegierten für die Dauer von einem Jahr einen neuen, 20 Personen umfassenden Bundesvorstand. Nach dem Parteitag im Herbst 2002 in Gera (Thüringen) führte die Stärkung des dogmatischen Flügels zu einer schweren innerparteilichen Zerreißprobe, die die politische Handlungsfähigkeit des Parteivorstandes fast zum Erliegen brachte. Auf Grund der Führungskrise der Partei war die Wahl vorgezogen worden. Lothar Bisky wurde mit 78,2% der Delegiertenstimmen zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Der Brandenburger **PDS**-Fraktionsvorsitzende hatte die Funktion des Bundesvorsitzenden bereits von 1993 bis 2000 inne und war seinerzeit wegen des parteiinternen ideologischen Dauerstreits zwischen Realpolitikern und orthodoxen Linken aus der Parteispitze ausgeschieden.

Der Wunsch des neuen Parteichefs, nur Reformer und Realpolitiker in den neuen Parteivorstand zu berufen, wurde größtenteils erfüllt. Der bisherige stellvertretende Partei-



Neuer Bundesvorstand

vorsitzende Diether Dehm aus Frankfurt am Main, der als Urheber der **PDS**-Führungskrise galt, fiel bei der Wahl zum Parteivorstand durch; auch der den orthodoxen Linken zuzurechnende vormalige Bundesgeschäftsführer Uwe Hixsch gehört nicht mehr dem neuen Parteivorstand an. Dagegen ist die Sprecherin der **KPF**, Sahra Wagenknecht, erneut in den Vorstand gewählt worden. Parteiintern rief Bisky zur Geschlossenheit auf und forderte von der **PDS**, ihre ideologischen Grabenkämpfe zu überwinden. Strategisch setzte der Parteivorsitzende erneut auf die Verbindung rhetorischer Kritik an den sozialen Verhältnissen einerseits und Realpolitik in Landesregierungen oder andererseits auf kommunaler Ebene.

Auf der 2. Tagung des 8. Bundesparteitages wurde am 25. und 26. Oktober in Chemnitz mit 77,8% Zustimmung der Delegierten ein neues Parteiprogramm der **PDS** verabschiedet. Es löste das bisher gültige Programm aus dem Jahr 1993 ab.

Die individuelle Freiheit erfährt einen neuen, höheren Stellenwert. Wörtlich heißt es dazu:

„Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: Was brauchen die Menschen, um selbstbestimmt leben zu können?“

[...] Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik. Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ist für uns die Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft – selbst und gemeinsam mit anderen – zu gestalten.“

Den Sozialismus als Gesellschaftsordnung, die historisch notwendig auf den Kapitalismus folgt, fordert die **PDS** nicht mehr. Vielmehr wird Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem verstanden. Dazu wird ausgeführt:

Neues Parteiprogramm

„Sozialismus entsteht in unserem Verständnis nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsplans, sondern geht von den gesellschaftlichen Realitäten, den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen aus. [...] Sozialismus entsteht in demokratischen Kämpfen, die geführt werden, um die strukturellen Bedingungen für Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung sowie jene Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden.“

Die **PDS** tritt für eine Vielzahl von Eigentumsformen ein. Gesellschaftlicher Fortschritt ist gemäß dem neuen Programm nicht mehr ausschließlich durch eine Vergesellschaftung des Privateigentums zu erreichen:

Eigentumsfrage

„Die Eigentumsfrage als eine Grundfrage sozialistischer Bewegung ist für uns vor allem eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regelung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielen. Entscheidend sind realer Inhalt und soziale Wirkung konkreter Eigentumsordnungen. [...]“

Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum besteht deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche

Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen.“

Die **PDS** versteht sich weiter als eine konsequente „Antikriegspartei“. In dem Parteiprogramm wird das nur dem UN-Sicherheitsrat vorbehaltene Recht, den Einsatz militärischer Mittel zur Erhaltung des Weltfriedens zu beschließen, gebilligt. Der Einsatz der Bundeswehr bei friedens erzwingenden Maßnahmen wird abgelehnt. Dazu heißt es:

„Der Weltsicherheitsrat darf das allein ihm durch die Charta übertragene Recht, auch militärische Mittel, wenn alle zivilen ausgeschöpft sind, zur Abwendung der Gefährdung des Weltfriedens einzusetzen, nicht unter dem Druck und im Interesse der Großmächte missbrauchen. [...] Die PDS lehnt in konsequenter Anerkennung des Artikels 26 Grundgesetz weiterhin eine Beteiligung der Bundeswehr an UN-mandatierten Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab, unabhängig von der jeweiligen Haltung der im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten.“

„Antikriegs-
partei“

Im Rahmen der parteiinternen Vergangenheitsbewältigung wird zur Geschichte der DDR bemerkt:

„Die SED war als herrschende Partei aufgrund der konkreten historischen Bedingungen von Anfang an auf das in der Sowjetunion entstandene Sozialismusmodell und auf Linientreue zur Politik der Sowjetunion fixiert. Sie war weder fähig noch bereit, Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu verknüpfen. Ihren Weg kennzeichneten daher auch schmerzliche Fehler, zivilisatorische Versäumnisse und Verbrechen. Es bleibt für uns eine bittere Erkenntnis, dass nicht wenige Mitglieder der SED Strukturen der Unterdrückung mitgetragen und Verfolgung Andersdenkender zugelassen oder sogar unterstützt haben. [...]“

DDR-
Geschichte

Es gibt keinen noch so ehrenwerten Zweck, der die Verletzung grundlegender Menschenrechte und universeller demokratischer Grundsätze rechtfertigen könnte.“

Die **PDS** sieht sich als eine pluralistische Partei demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten, in der unterschiedliche, linke demokratische Kräfte zusammenwirken.

Neben dem Bekenntnis zur Möglichkeit von Regierungsbeteiligungen der **PDS** wird im Parteiprogramm ausdrücklich die verstärkte außerparlamentarische Mitwirkung in verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen betont:

„Wir Mitglieder der PDS wollen intensiver als bisher in demokratischen, sozialen und politischen Bewegungen mitwirken: in der Frauenbewegung, in der Friedensbewegung, in antifaschistischen und antimilitaristischen Organisationen und Initiativen, in Jugend- und Studierendengruppen, in schwulen und lesbischen, transgenden und queeren Bewegungen, in Dritte-Welt-Gruppen, in Behindertenvereinen, in Mieter- und Verbraucherverbänden, in sozialen, kulturellen und sportbezogenen Interessengruppen.“

„Gegenkraft“
PDS

„Wir sehen in einer Vielzahl internationaler und weltweit wirkender sozialer, insbesondere auch globalisierungskritischer Bewegungen entscheidende Gegenkräfte zur

entfesselten kapitalistischen Modernisierung. Die PDS will ihren Beitrag dazu leisten, dass in Europa eine gemeinsame Linkspartei entsteht.“

PDS Hessen

Obwohl die **PDS** mit ihrem Programm sich in Ansätzen von marxistisch-leninistischen Positionen zu distanzieren begann, zeigen z.B. die anhaltende Anerkennung revolutionärer Gruppen in der Partei oder die regelmäßige Zusammenarbeit mit anderen linksextremistischen Gruppen und Organisationen, dass es weiterhin Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen gibt. Gute Beziehungen bestehen z.B. auch zu marxistisch-leninistischen Parteien im Ausland.

Der **PDS**-Landesverband mit Sitz in Frankfurt am Main ist in elf Kreisverbände, zwei Basisgruppen und zwei Ortsgruppen untergliedert. Der 50 Mitglieder starke **PDS**-nahe Jugendverband **tsolid** - die Sozialistische Jugend Hessen identifiziert sich größtenteils mit den Zielen und Inhalten der **PDS**, ohne jedoch von ihr als Parteijugend integriert zu sein.

Zur Wahl zum Hessischen Landtag im Februar trat die Partei gemäß einem Beschluss des Landesparteitages vom 9. November 2002 nicht an.

„Die bittere Schlappe bei der Bundestagswahl mit dem Verlust der Bundestagsfraktion, die Tatsache, dass die PDS in Hessen ihren Stimmenanteil zwar halten, aber nicht wie erhofft ausbauen konnte, entsprechend das Fehlen ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen, haben diese Entscheidung unausweichlich gemacht.“
(FRANKFURTER KURIER, Nr. 16, Januar)

Im abgelaufenen Jahr legte die **PDS** Hessen ihre Schwerpunkte auf Aktionen gegen den Irak-Krieg, die Wahl des neuen Landesvorstandes sowie auf Aktionen gegen den „Sozialabbau“. Sie unterstützte den Aufruf zahlreicher Organisationen und Gruppierungen am 15. Februar 2004 – ein Jahr nach der großen Anti-Kriegs-Demonstration in Berlin – die verschiedenen lokalen Proteste erneut in einer zentralen Demonstration gegen Arbeitslosigkeit, „Rentenklaue“ und „Zerstörung des Gesundheitssystems“ zu bündeln.

Schwerpunkte



Im Frühjahr führte die **PDS** mit anderen Parteien, Organisationen und Gruppen zahlreiche Kundgebungen gegen den Irak-Krieg in verschiedenen hessischen Städten durch. So wurde in Frankfurt am Main eine von ihr initiierte Resolution gegen den Krieg im Irak verabschiedet, die sich gegen den Einsatz militärischer Mittel zum Sturz des Regimes im Irak richtete. Stattdessen sollten alle politischen Mittel eingesetzt werden, um das Regime zu entwaffnen und die Zivilbevölkerung vor Tod und Verderben zu bewahren.

Auf der 1. Tagung des 6. Landesparteitages der **PDS** Hessen am 27. und 28. September in Wiesbaden wurde Dr. Ulrich Wilken aus Frankfurt am Main mit 95% der Delegiertenstimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er ist Nachfolger von Heike Berg und Rolf Gensert, die 13 Jahre lang den Landesverband gemeinsam geführt hatten. Zu den stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Astrid Nord aus Friedberg (Wetteraukreis) und Dr. Monika Brockmann aus Eschborn (Main-Taunus-Kreis) gewählt. In ihrer Funktion bestätigt wurden Olaf Weichler (Frankfurt am Main) als Geschäftsführer und Wolfgang Bubori (Offenbach) als Schatzmeister der **PDS** Hessen.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Gründung:	1968
Hess. Landesvorsitzender:	Michael Beltz
Bundvorsitzender:	Heinz Stehr
Mitglieder:	In Hessen 450, bundesweit 4.700
Publikationen (Auswahl):	Unsere Zeit (UZ) (Aufl. 8.500, Erscheinungsweise wöchentlich)



Die **DKP** steht nach eigenen Erklärungen in der Tradition und Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen **Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)**. Auch in ihren seit Jahren verbindlichen Grundlagenpapieren wird deutlich, dass die **DKP** an ihren verfassungsfeindlichen Zielen festhält. Sie propagiert die Notwendigkeit eines „revolutionären Bruchs“ mit der bestehenden Gesellschaftsordnung:

Ziele der DKP

„Der Kapitalismus kann unserer Meinung nach nicht auf dem Weg von Reformen, ohne tiefgreifende Umgestaltungen und ohne revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnissen in eine Gesellschaftsordnung umgewandelt werden, in der alle Menschen sich in gleicher Weise frei entfalten können. Dieser revolutionäre Bruch hin zu einer neuen Gesellschaft führt zum Sozialismus. Auf diesem Weg kommt der Arbeiterklasse aufgrund ihrer Stellung in den Produktionsverhältnissen eine entscheidende Bedeutung zu.“ (Aktionsprogramm der DKP, verabschiedet auf dem 13. Parteitag am 3. und 4. Februar 1996 in Dortmund)

Ohne darauf zu verzichten, auch parlamentarischen Einfluss zu gewinnen, hatten für die **DKP** die Entwicklung außerparlamentarischer Aktivitäten, die Sammlung und Bündelung linker Kräfte sowie die Bemühung, das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung, der „kleinen Leute“, zu gewinnen, stets Vorrang. Sie versteht sich als „Aktivposten“ im Kampf gegen Neofaschismus und gegen das „kapitalistische Ausbeutungssystem“; dieser Kampf ist auf deren Überwindung ausgerichtet. Mit vielfältigen Aktionen und Kampagnen „DKP kontra Großkapital“, „Arbeitsplätze statt Raketen“, „Für Arbeitsplätze – gegen Kriegseinsätze“ und der Aktion „Widerstand gegen Sozialabbau“ versuchte die **DKP** immer wieder Impulse für aktives Handeln gegen „friedensgefährdende“ und „sozialreaktionäre“ Politik zu geben.

Die Partei wirbt konsequent für eine völlig andere Politik sowie für politische und gesellschaftliche Veränderung, die dieses größer gewordene „kapitalistische Deutschland“ dringend brauche.

Auf der 4. Tagung des **DKP**-Parteivorstandes am 27. und 28. September in Essen standen Diskussionen um die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms im Vordergrund.



Tagung des Partei- vorstandes

Das aktuelle Parteiprogramm stammt aus dem Jahr 1978; der Beschluss, ein neues Programm zu erarbeiten, wurde auf dem 15. Parteitag im Juni 2000 gefasst. Im Ergebnis soll dem 17. Parteitag eine politische Grundsatzerklärung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt und die Arbeit an einem Programm fortgeführt werden. Der Entwurf der Erklärung soll im Frühjahr 2004 im Parteivorstand beraten, danach veröffentlicht und in der **DKP** diskutiert werden.

Im Verlauf der Parteivorstandstagung verwies der Parteivorsitzende auf neue Chancen für die Entwicklung außerparlamentarischer Kämpfe. Die **DKP** rief zur Teilnahme an der bundesweiten Demonstration am 1. November in Berlin sowie zur Teilnahme am 2. Europäischen Sozialforum Mitte November in Paris (Frankreich) auf. Die negative finanzielle Entwicklung der Partei, Probleme bei Beitragsabrechnungen sowie Mindereinnahmen durch die rückläufige Abonnentenzahl des Partei-Organs **UZ**- und die **DKP**-Jugendpolitik waren weitere Tagungsthemen.

Die **DKP** gliedert sich in Hessen in 13 Kreisorganisationen mit Wohngebiets-, Stadtteil- und Ortsgruppen. An den Hochschulen arbeitet sie eng mit der **Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS)** zusammen.

DKP Hessen

Im abgelaufenen Jahr legte der Landesverband seine Schwerpunkte im Frühjahr im Rahmen der „Friedensarbeit“ auf Aktionen gegen den Irak-Krieg, im Herbst verstärkt auf Aktivitäten gegen den „Sozialabbau“. Dabei agierte er gemeinsam mit anderen Parteien, Organisationen und außerparlamentarischen Bewegungen.

Im Großraum Frankfurt am Main führte die Partei ihre Betriebsgruppen- und Gewerkschaftsarbeit weiter, die öffentlich aber eine kaum wahrnehmbare Rolle spielte. Die verschiedenen **DKP**-Gruppen geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus.

Bereits im Oktober 2002 hatte die Partei beschlossen, nur dann bei der Wahl zum Hessischen Landtag im Februar anzutreten, wenn die **PDS** nicht kandidieren würde. Da dies der Fall war, trat die **DKP** mit einer 24-köpfigen Landesliste sowie in fünf Wahlkreisen, wo bekannte Funktionäre zur Kandidatur bereit waren, mit Direktkandidaten an. Der Landesvorsitzende erklärte, dass die Partei mit ihrer Kandidatur allen Bürgern die Möglichkeit gebe, eine Partei links von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und von Bündnis 90/Die Grünen zu wählen, die konsequent gegen jeden Krieg und jeden Sozialabbau eintrete. Daneben griff die **DKP** landespolitische Themen auf, insbesondere aus dem Bereich der Sozial- und Innenpolitik.

Die fünf Direktkandidaten erhielten in ihren Wahlkreisen deutlich mehr Stimmen als die Landesliste der Partei. Sie erreichten bis zu 1,4% der Erststimmen und konnten in den drei Wahlkreisen, wo sie bereits bei der Landtagswahl 1999 kandidiert hatten, ihr Erststimmenergebnis sogar verdoppeln bzw. verdreifachen (Gießen I, Stadt Darmstadt I, Kreis Darmstadt-Dieburg II). Auf Landesebene gewann die **DKP** 5.907 Stimmen (0,2% der abgegebenen Zweitstimmen, 1999 3.881 Stimmen = 0,1%).

Teilnahme an der Landtagswahl



Ihr Ergebnis konnte sie im Vergleich zu 1999 vor allem dort verbessern, wo sie mit Direktkandidaten antrat oder wo sie bzw. die **PDS** kommunalpolitisch oder mit Blick auf die „Friedensarbeit“ anlässlich eines drohenden Krieges gegen den Irak besonders engagiert waren (Frankfurt am Main, Kassel und Darmstadt). Dennoch konnte die **DKP** auch hier nicht das Wählerpotenzial der **PDS** ausschöpfen: Diese hatte bei der Kommunalwahl 2001 über 2% der Zweitstimmen und bei der Bundestagswahl im Landesdurchschnitt 1,3%, in den großen Städten zwischen 1,4% und 2,6% der Stimmen gewonnen.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Gründung:	1968
Bundesvorsitzende:	Tina Sanders
Mitglieder:	In Hessen 50, bundesweit 350
Publikationen (Auswahl):	Position (Aufl. 1.500, Erscheinungsweise unregelmäßig)

Die **SDAJ** sieht ihre vorrangige Aufgabe darin, sozialistisches Klassenbewusstsein unter Jugendlichen zu entwickeln und zu verbreiten. Sie ist mit der **DKP** eng verbunden, die sie nicht einfach als einen Bündnispartner von vielen sieht:

„Aufgrund der gemeinsamen Weltanschauung, die auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin aufbaut, und unseres gemeinsamen sozialistischen Zieles, aufgrund unserer gemeinsamen Geschichte und vieler Erfahrungen nimmt sie [DKP] einen besonderen Platz ein.“ (Redebeitrag der Bundesvorsitzenden der SDAJ auf dem 16. Parteitag der DKP am 30. November und 1. Dezember, Unsere Zeit Nr. 50 vom 13. Dezember 2002)

Die **SDAJ** agiert vorrangig gegen die aus ihrer Sicht Herrschenden in der Gesellschaft, die Kapitalisten:

„Wir beziehen aber klar Stellung gegen den Kapitalismus der für uns die Wurzel allen Übels darstellt, wir zeigen die Notwendigkeit der radikalen Umstrukturierung aller Kapitalistischen Systeme und die Notwendigkeit nicht nur für wenige Vergünstigungen und Verbesserungen des existierenden Übels zu kämpfen, sondern für eine Grundlegende Veränderung des Systems dieser Welt.“ (Homepage des SDAJ-Landesverbandes Hessen im Internet) (Fehler im Original)

„Notwendigkeit für eine grundlegende Veränderung des Systems“

Die **SDAJ** startete im Januar in Berlin ihre bundesweite, gemeinsam mit kommunistischen Jugendverbänden betriebene Kampagne gegen den Aufbau einer EU-Interventionsarmee „Keinen Menschen & keinen Cent für die EU-Armee“. Ihrer Ansicht nach be-

steht durch eine solche Armee eine neue Kriegsgefahr, da beabsichtigt sei, von ihr ausgehend Angriffskriege zu führen. Weiterhin stünden den viel zu hohen Kosten des Aufbaus der Armee Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit und Bildungsabbau an Schulen bzw. Hochschulen gegenüber.

*„Aufrüstung bedeutet Sozialabbau: bei Arbeitslosen und Armen werden Hilfen gestrichen, bei Arbeitern und Angestellten werden Lohn und soziale Sicherung gedrückt und bei Kindern und Rentnern geklaut; Bildung und Gesundheit gibt es nur gegen Bares.“
(Homepage des SDAJ-Landesverbandes Hessen im Internet) (Fehler im Original)*

Die **SDAJ** forderte u.a., die Aufrüstung zu stoppen und stattdessen Geld in Bildung und Soziales zu investieren. Ihr Ziel war es, mit einer Unterschriftenaktion den Aufbau einer solchen europäischen Armee zu verhindern. Zum Abschluss ihrer Kampagne nahm sie an den Protesten gegen den EU-Gipfel in der Nähe von Thessaloniki (Griechenland) im Juni teil.

Am 15. März veranstaltete der Parteivorstand der **DKP** in Düsseldorf ein „Jugendtribunal“ in Zusammenarbeit mit der **SDAJ** und der **Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS)** mit dem Thema „Uns reicht's! Wir fordern unsere Rechte! Jugendtribunal gegen den Krieg, Sozialabbau und Bildungsklausur“. An diesem Kongress nahmen etwa 200 Personen teil. Dabei wurden u.a. in einem fingierten Gerichtsprozess Vertreter der Bundesregierung, Großkonzerne, Militärs und Rüstungsproduzenten angeklagt. Im „Urteil“ wurde dargestellt, dass die Angeklagten der fortgesetzten Verletzung der Rechte der Jugendlichen auf ein Leben in Frieden, auf Arbeit, soziale Sicherung u.a. schuldig seien.

Vom 6. bis 9. Juni veranstaltete die **SDAJ** vier regionale Pfingstcamps mit Workshops bzw. Diskussionen gegen Krieg, Sozialabbau und Lehrstellenkrise. In Hessen fand kein Camp statt.

Die Mitarbeit in der **SDAJ** scheint zu stagnieren bzw. sogar zurück zu gehen. Drei Gruppen waren in Hessen besonders aktiv: Bensheim (Kreis Bergstraße), Hochtaunuskreis und Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis).

„Jugend-
tribunal“



LINKS

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Gründung:	1982
Bundesvorsitzender:	Stefan Engel
Mitglieder:	In Hessen 100, bundesweit 2.000
Publikationen (Auswahl):	Rote Fahne (Erscheinungsweise wöchentlich), Lernen und Kämpfen (Aufl.: 1.000, Erscheinungsweise vierteljährlich) Rebell (Erscheinungsweise zweimonatlich)



Die 1982 gegründete **MLPD** zählt zu den traditionell revolutionär-marxistischen Organisationen und hält an den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung fest. Ihr Ziel ist es, durch einen revolutionären Bruch „den Imperialismus zu stürzen und den echten Sozialismus aufzubauen“ (regelmäßige Selbstdarstellung der **MLPD** in der Roten Fahne). Dazu will die Partei die Mehrheit der „Arbeiterklasse“ für sich gewinnen. Insbesondere wegen der Betonung maoistischer Positionen ist sie innerhalb des linksextremistischen Spektrums weitgehend isoliert. Sie hat einen ausgeprägten ideologischen Führungsanspruch. Dennoch versucht sie, Bündnispartner zu finden.

Das Zentralkomitee hat seinen Sitz in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen). Bundesweit ist die **MLPD** in sieben Bezirke gegliedert; die hessischen Mitglieder gehören dem Bezirk Mitte an. Kontaktadressen der Partei in Hessen existieren in Frankfurt am Main, Kassel und Rüsselsheim (Kreis Groß-Gerau). Die **MLPD** unterhält einen Frauenverband **Courage**, einen Jugendverband **Rebell** und eine Kinderorganisation **Rotfuchse**. Für ihre „Internationalismusarbeit“ bedient sie sich ihrer Vorfelddorganisation **Solidarität International e.V.**

**Isolierte
Revolutionäre**

Zur Profilierung als Anti-Kriegspartei mobilisierte die **MLPD** ihre Anhänger zur Teilnahme an Anti-Kriegs-Demonstrationen. Der Bundesvorsitzende äußerte sich:

„Die MLPD setzt sich dafür ein, dass der aktive Widerstand entwickelt, gestärkt und entfaltet wird. Der aktive Widerstand durch kämpferische Massenaktionen gegen den ‚New War‘ [der USA] muss verbunden werden mit dem Kampf gegen das reaktionäre Krisenmanagement der Bundesregierung und zum Übergang in eine Arbeiteroffensive führen“. (Rote Fahne Nr. 10 vom 7. März)

**„Kampf für
eine neue
Gesellschaft“**

Nach Abflauen der Anti-Kriegsproteste zur Jahresmitte richteten sich die Protestaktivitäten der Partei vorrangig gegen den „Sozialkahlschlag“. Auch hier bemühte sich die



MLPD, „ein breites Bündnis der kämpferischen Opposition aufzubauen. Die gesellschaftliche Alternative liegt nicht in einer anderen bürgerlichen Regierung, sondern im gemeinsamen Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung.“ (Rote Fahne Nr. 34 vom 22. August)

Trotzkistische Gruppen

In Hessen sind besonders **Linksruck** sowie die **Sozialistische Alternative VORAN (SAV)** aktiv. Beide arbeiten in Hessen mit **Autonomen** zusammen.

Linksruck wird der deutschen Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbands „International Socialist“ mit Sitz in London zugerechnet. Die Organisation teilt die typisch marxistisch-leninistische Vorstellung einer Klassengesellschaft und vertritt, im Gegensatz zur **DKP** oder **PDS**, die Auffassung, dass die Abschaffung des Kapitalismus und die damit verbundene Befreiung der Arbeiter durch die Einführung einer Räte-demokratie eingeleitet werden müsse.

Linksruck



Linksruck machte durch eine Vielzahl von Veranstaltungen und Kampagnen auf sich aufmerksam. Der Schwerpunkt der hessischen Aktivitäten lag in Frankfurt am Main. Thematisiert wurde in der ersten Jahreshälfte hauptsächlich der drohende Irak-Krieg. Im Rahmen von „Anti-Kriegs-Veranstaltungen“ beteiligte sich **Linksruck** oftmals in Zusammenarbeit mit Organisationen und Bündnissen, die nicht der Beobachtung durch den Verfassungsschutz unterliegen, an verschiedenen Protestkundgebungen.

Besondere Aktivitäten entwickelte die Organisation auch im Rahmen der Anti-Globalisierungsbewegung und hier insbesondere bei dem Netzwerk Attac, das selbst kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden ist. So rief auch **Linksruck** massiv zur Teilnahme an den Demonstrationen anlässlich des G8-Gipfeltreffens in Evian (Frankreich) vom 1. bis 3. Juni sowie zur Teilnahme am Europäischen Sozialforum in Paris (Frankreich) vom 12. bis 16. November, dem Großereignis der Anti-Globalisierungsbewegung, auf.

Linksruck mobilisierte seine Anhänger außerdem zur Teilnahme an der bundesweiten Demonstration gegen „Sozialabbau“ am 1. November in Berlin sowie für die Großdemonstration gegen „Sozialabbau“ am 18. November in Wiesbaden.

Auch die **SAV** bemühte sich insbesondere in den Bereichen der Anti-Kriegs- und der Anti-Globalisierungsbewegung sowie im Zusammenhang mit dem Abbau von Sozialleistungen Akzente zu setzen.

SAV

Die Organisation bezeichnet sich selbst als revolutionäre, sozialistische Partei und gehört der deutschen Sektion des in London ansässigen trotzkistischen Dachverbands „Committee for a Workers' International“ an. Die **SAV** ist bereits im Jahr 2001 kollektiv dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac beigetreten. Ihr Aktionsschwerpunkt in Hessen liegt in Kassel. Besonders im Rahmen der Anti-Kriegsaktivitäten wurden über die von der

SAV beeinflusste Jugendorganisation - **widerstand international - (wi)** Jugendliche angesprochen. So bildeten sich auf Betreiben von **-wi-** an verschiedenen Schulen „Anti-Kriegs-Komitees“. Am 20. März beteiligten sich in Kassel an einer von der **SAV** angemeldeten Anti-Kriegs-Demonstration etwa 6.000 Personen, überwiegend Schüler.



Nach Abflauen der Anti-Kriegsaktivitäten richtete sich das Hauptaugenmerk der Organisation wieder auf soziale Themen. Ebenfalls unter maßgeblicher Beteiligung der **SAV** sowie von **-wi-** bildete sich in Kassel das Bündnis „Jugend gegen den Sozialkahlschlag“, das am 17. Oktober in Kassel einen „Jugendstreiktag“ veranstaltete. An dieser Demonstration nahmen rund 1.500 Personen, ebenfalls überwiegend Schüler, teil.

Die **SAV** stellte in Kassel bei der Wahl zum hessischen Landtag einen Direktkandidaten auf. Er erreichte 357 Stimmen.

Die 1997 gegründete **Partei für soziale Gleichheit (PSG)** ist als trotzkistische Partei dem „Internationalen Komitee der Vierten Internationale“ angeschlossen. Sie strebt mehr soziale Gleichheit und die sozialistische Revolution an. Die **PSG** tritt für eine Arbeiterregierung ein, durch die das gesamte wirtschaftliche Leben so zu organisieren wäre, dass es die Bedürfnisse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung befriedigen könnte. Die **PSG** stellte zur Wahl des Hessischen Landtags eine Landesliste mit zwei Kandidaten auf. Die Partei konnte im Vergleich zur Bundestagswahl 1998, zu der sie in Hessen zuletzt angetreten war, ihren Stimmenanteil mit 1.331 Stimmen zwar verdoppeln, erzielte aber selbst in den Wahlkreisen, aus denen die Kandidaten stammen, nur höchstens 38 Stimmen.

PSG

Linksextremistische Einflussnahme auf die Friedensbewegung

Der bundesweit aktive, linksextremistisch beeinflusste **Bundesausschuss Friedensratschlag (BuFriRa)** mit Sitz in Kassel hatte sich seit dem Spätsommer 2002 für Aktionen im Zusammenhang mit einem möglichen Krieg gegen den Irak eingesetzt. Auf seine Initiative hin erfolgten u.a. Aufrufe an die Bevölkerung, als Zeichen des Friedenswillens weiße Tücher an ihren Häusern anzubringen. Dies wurde seit Ende 2002 auch in Hessen umgesetzt.

Der **BuFriRa** organisierte hauptsächlich für die 2001 begründete „Achse des Friedens“ für den 15. Februar eine Großdemonstration in Berlin. Dafür zeichnete nach außen ein neu geschaffenes „Aktionsbündnis 15. Februar“ verantwortlich. In beiden Bündnissen sind mehrere linksextremistische Gruppierungen engagiert. Der Termin war parallel zu weltweiten Protestaufrufen festgelegt worden. Die Organisatoren waren überrascht, dass sich rund 500.000 Personen an der Demonstration beteiligten. Der hohe Anteil nicht extremistisch eingestellter Teilnehmer aus allen Gruppen der Bevölkerung führte dazu, dass die auf Transparenten und Plakaten zum Ausdruck gebrachten Parolen linksextremistischer Gruppen optisch untergingen und insgesamt nur sehr wenig wahrgenommen wurden.



Schwerpunkt
Irak-Krieg

Bereits im Dezember 2002 war auf dem vom **BuFriRa** veranstalteten „Friedenspolitischen Ratschlag“ dazu aufgerufen worden, am Tag X (Beginn des Krieges gegen den Irak) „Spontandemonstrationen“ in größeren Städten und am Samstag nach diesem Tag X Demonstrationen durchzuführen. Im Frühjahr folgten Veranstaltungsaufrufe auch für den zweiten Samstag nach dem Tag X (d.h. den 29. März): An diesem Termin sollten die Friedensaktivisten bewusst nur wenige Veranstaltungen organisieren, um bei den Demonstrationen eine große Teilnehmerzahl sicherzustellen. Dafür sollten besonders symbolträchtige Orte gewählt werden. Dazu zählt die Rhein-Main-Airbase Frankfurt am Main. Bereits auf dem „Friedenspolitischen Ratschlag“ im Dezember 2002 waren Aktionen an solchen Orten gefordert worden, zu denen aus linksextremistischer Sicht gerade Objekte (militärische und politische Einrichtungen) der nach ihrer Meinung hauptverantwortlichen „Kriegstreiber“ (USA und Großbritannien) zählen.



Aktionen an der Rhein- Main Airbase

Bundesweit kam es nach Ausbruch des Krieges gegen den Irak zu über 200 Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen, die mehrheitlich von linksextremistischen Gruppen mitveranstaltet wurden. Schwerpunkte in Hessen waren Kassel und Frankfurt am Main. Hier fanden mehrere Wochen lang regelmäßig größere Demonstrationen statt. Bei den Aktionen, die maßgeblich unter Beteiligung von Linksextremisten durchgeführt wurden, nahmen in aller Regel Vertreter des **BuFriRa**, der **DKP**, der **PDS**, von **Linksruck**, der **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)**, der **SAV**, extremistischer Ausländerorganisationen und **Autonomer** teil.

Besondere Aufmerksamkeit erzielten Demonstrationen an der Rhein-Main-Airbase in Frankfurt am Main. Bereits am 17. Januar hatten rund 80 Personen die Zufahrt zur Airbase kurzfristig blockiert. An einer erneuten Blockade am 22. Februar nahmen etwa 2.200 Personen teil. Zu größeren Behinderungen war es in beiden Fällen nicht gekommen. Dies war bei einer vergleichbaren Aktion am 15. März anders. Die Demonstranten versuchten in kleinen Gruppen verschiedene Zufahrtswege zur Airbase zu blockieren. Nach einer Auftaktkundgebung an einem nahe gelegenen S-Bahnhof beteiligten sich rund 900 Personen an den Blockadeaktionen, die nur durch den Einsatz der Polizei aufgelöst werden konnten. Die Veranstaltung wurde von extremistischen Personen und Gruppen unterstützt, u.a. von der **DKP**, der **PDS** und der ihr nahestehenden Jugendorganisation **[solid]**, **Linksruck** und **Autonomen**.

Für den Samstag nach dem Tag X war bundesweit erneut zu Blockaden der Zufahrten zur Airbase mobilisiert worden. Nach der Auftaktkundgebung mit rund 1.200 Teilnehmern am S-Bahnhof kam es zu Blockadeaktionen am Haupttor. Durch die Polizei wurden die Störer abtransportiert. Kurzfristige Blockadeversuche fanden außerdem an einem zweiten wichtigen Zufahrtstor mit rund 60 Teilnehmern und auf einem Zufahrtsweg mit etwa 40 Personen statt. Alle Störer wurden vorübergehend fest- bzw. in polizeiliche Verwahrung genommen. Eine kurzfristige Blockade des Verkehrs auf einer Bundesautobahn am Frankfurter Kreuz hatte trotz bundesweiter Mobilisierung wegen des schnellen

polizeilichen Handelns nicht die von den Veranstaltern erwünschten Auswirkungen.

Etwa 50 Personen beteiligten sich am 29. März an einer Parallelveranstaltung vor dem Terminal des Flughafens Frankfurt/Main. Dazu hatten **Autonome** aus dem Bereich Antirassismus-Arbeit aufgerufen. Bei dem Versuch eines Teilnehmers, gewaltsam in das gesperrte Gebäude einzudringen, wurde ein Polizeibeamter leicht verletzt.



Im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Irak verübten unbekannte Täter in der Nacht zum 17. März Hakenkrallenanschläge auf Bahnstrecken in Hessen (Kreis Groß-Gerau), Niedersachsen und Berlin. Am 3. April ging dazu bei der „Frankfurter Rundschau“ eine Selbstbezeichnung einer **Militanten Gruppe gegen den Krieg** ein.

Unter der Überschrift „Kein Zug – kein Schiff – kein Flug für den Krieg gegen den Irak! Die Aufmarsch- und Nachschubwege sabotieren!“ agitierten die Verfasser u.a. gegen Militärtransporte von Kriegsgerät und Truppen in die Golfregion: „Militante Aktionen gegen Transport- und Nachschubwege der britischen und amerikanischen Armee in der BRD halten wir deshalb für einen guten Ansatzpunkt einer praktischen Antikriegsmobilisierung.“ Perspektivisch gelte es, auch die militärischen Projekte des „deutschen Imperialismus“ anzugreifen, wie sie im Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsatzfähigen „Interventionsarmee“ und „milliardenschweren Rüstungsobjekten“ zum Ausdruck kämen. „Auch auf deutsche Projekte der Verwaltung und Steuerung von Kriegs-Flüchtlingsbewegungen und ‚Wiederaufbau‘ vorhaben der deutschen Wirtschaft in Kriegsgebieten wäre das Augenmerk zu richten.“

Hakenkrallen- anschläge

Linksextremistische Aktivisten in der Friedensbewegung sahen die verschiedenen Veranstaltungen als Erfolg an, den sie stabilisieren und vorantreiben wollten. Allerdings gab es schon nach kürzester Zeit Rückschläge. An einer vom **BuFriRa** initiierten „Großdemonstration“ aus Anlass eines angekündigten „Internationalen Aktionstages gegen den Krieg“ am 12. April in Berlin nahmen nur noch rund 15.000 Personen teil. Die in demselben Zusammenhang stehenden geforderten „dezentralen Aktionen“ waren in Hessen zahlenmäßig gering und mobilisierten nur sehr wenige Menschen.

Ein ähnliches Bild zeigte sich bei den traditionell an Ostern von der Friedensbewegung durchgeführten Demonstrationen. Unter dem Motto „Stoppt den Krieg – Krieg ist ein Verbrechen“ fanden bundesweit in über 100 Städten „Ostermärsche“ statt, an denen sich mehrere zehntausend Personen beteiligten. Demonstrationsschwerpunkte lagen am 21. April in Berlin, Hamburg und Frankfurt am Main.

Ostermärsche

Die hessenweit bedeutsamste Veranstaltung in Frankfurt am Main stand unter dem Motto: „Stoppt den Krieg im Irak – Krieg ist ein Verbrechen – Gemeinsam gegen Krieg und Terror“. An den sechs Ostermärschen in der Innenstadt beteiligten sich rund 3.500 Personen; zu der Abschlusskundgebung fanden sich etwa 7.000 Teilnehmer ein. An dieser

LINKS EXTREMISMUS

Veranstaltung nahmen auch Angehörige der **DKP**, der **Kommunistischen Partei Deutschlands-Marxisten Leninisten (KPD-ML)** und der **PDS** teil, die im Vorfeld des Ostermarsches als „Speerspitze des deutschen Proletariats“ Stände in der Nähe des Kundgebungsortes aufgebaut hatten. Während der Demonstration wurden durch Teilnehmer Transparente gezeigt, z.B. mit den Aufschriften „Die Achse des Bösen läuft durch das Pentagon“, „Pressefreiheit für die USA“ oder „eine andere Welt ist möglich, Sozialismus statt Barbarei“.

Der von einer linksextremistisch beeinflussten Gruppe in Kassel durchgeführte Ostermarsch stand unter dem Motto „Kriegsprävention statt Präventivkrieg“. Rund 2.000 Personen waren dem Demonstrationsaufruf gefolgt und fanden sich zu einer Abschlusskundgebung vor dem Kasseler Rathaus ein. Zu dem beherrschenden Thema der Veranstaltung, dem Irak-Krieg, sprach u.a. der Vertreter des **BuFriRa**. Mit Info-Tischen waren bei der Veranstaltung die **PDS**, die **SAV**, die **MLPD** und die autonome **Bunte Hilfe** vertreten. Es wurden themenbezogene Unterlagen verteilt.

Mit dem Rückgang an Demonstrationsbereitschaft gab es seit April dennoch Bemühungen, neu entstandene oder gestärkte Friedensgruppen zu konsolidieren und diese Personen in die kontinuierliche Arbeit einzubeziehen. Dies konnte den linksextremistischen Gruppen in der Friedensbewegung nur begrenzt gelingen, weil sich Anfang des Jahres neben dem linksextremistisch beeinflussten **BuFriRa** und den von ihm gesteuerten Bündnissen ein neuer, nicht extremistischer „Dachverband“ von Friedensaktivisten gründete, die in Bonn ansässige „Kooperation für den Frieden“ (auch: „Friedenskooperative“ - kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden). Der **BuFriRa** hält sie für überflüssig und unterstellt ihr, im Gegensatz zur eigenen Position, weniger aktions- und basisorientiert zu sein. Eine intensive Mitarbeit kommt für den **BuFriRa** nicht in Frage. Allerdings ist er auf Grund gemeinsamer Aktionstermine teilweise gezwungen, mit der neuen Organisation zusammen zu arbeiten.

Nach dem Ende des Krieges gegen den Irak verschoben sich die inhaltlichen Schwerpunkte linksextremistisch beeinflusster Friedensaktivisten. Obwohl die Lage im Irak weiter ein Thema blieb, begann bereits im April die Agitation gegen eine „Militarisierung Europas“ und den „Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee“. Zugleich formulierten Personen aus dem **BuFriRa** ihre Forderung nach einer nachhaltigen politischen Lösung für den Nahen und Mittleren Osten, nach einer Vertiefung internationaler Kontakte und der Zusammenarbeit mit anderen themenorientierten Bündnissen sowie nach „Abrüstung statt Sozialabbau“. (Ergebnisbericht der „Aktionskonferenz am 13. April“ vom Friedenspolitischen Ratschlag, im Internet veröffentlicht). Diese Positionen wurden in den „Alternativen zur weltweiten Kriegspolitik“ vom **BuFriRa** thesenartig zusammengefasst (Politische Berichte 11/2003). Insbesondere der Widerstand gegen den „Aufbau einer europäischen Eingreiftruppe“ und entsprechende Formulierungen im Entwurf für eine Verfassung der Europäischen Union wurden seit dem Sommer kritisiert. Dieses Thema bildete einen Schwerpunkt beim 10. „Friedenspolitischen Ratschlag“ im Dezember in Kassel. Ein zweiter Schwerpunkt war

Gegen
„Militarisierung
Europas“

die Kampagne „Abrüstung statt Sozialabbau“, zu der der **BuFriRa** eine Unterschriften-Sammlung durchführte.

Den bereits im Sommer von Friedensinitiativen verschiedener Staaten vereinbarten „Aktionstag gegen die Besatzung im Irak“ werteten linksextremistische Friedensaktivisten als Misserfolg. Trotz breiter Mobilisierung und Unterstützung auch durch **MLPD**, **Links-ruck** und **PDS** beteiligten sich am 27. September bundesweit nur etwa 1.000 Personen an den verschiedenen Aktionen, bei denen auch „Freiheit für Palästina“ thematisiert wurde. In Hessen fanden lediglich zwei Veranstaltungen statt. In Kassel wurde von einer linksextremistisch beeinflussten Gruppe zu einer Unterschriftenaktion aufgerufen und themenbezogene Flugblätter verteilt. Eine Demonstration mit etwa 100 Teilnehmern in Frankfurt am Main wurde u.a. von **Linksruck**, der **PDS** und der **Föderation der demokratischen Arbeitervereine (DIDF)** unterstützt.

Autonome

Aktivisten:	In Hessen rund 400 , bundesweit rund 5.400 Personen
Regionale Schwerpunkte:	Bad Homburg, Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Hanau, Kassel, Marburg, Wiesbaden
Publikationen (Auswahl):	Swing (Erscheinungsweise alle ein bis zwei Monate) Interim (Erscheinungsweise alle zwei Wochen)

Autonome bekämpfen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Staat, um an deren Stelle eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu setzen, in der sie in absoluter Unabhängigkeit leben können. Das politische System in der Bundesrepublik Deutschland soll durch die „Selbstverwirklichung“ des Einzelnen im Kampf gegen das „Schweinesystem“ zerschlagen werden. Ihnen werden Gruppen und Personen zugerechnet, die weder über feste organisatorische Strukturen noch über ein gemeinsames ideologisches Konzept verfügen. Sie folgen verschwommenen anarchistischen und sozialrevolutionären Vorstellungen und vertreten teilweise ein marxistisches Weltbild.

Autonome fühlen sich als eine Basisbewegung. Sie wollen die „direkte Demokratie“ praktizieren. Ihre Aktivitäten, die aus ihrer Sicht „phantasievoll“ sein sollen, umfassen Beteiligung an Demonstrationen, Farbschmierereien, Steinwürfe, bis hin zu Brand- und Sprengstoffanschlägen. Bei der Wahl des Angriffsziels und der Aktionsform bemühen sich **Autonome** stets um Vermittelbarkeit.

Ziele von Autonomen





Gemeinsam ist allen **Autonomen** eine latente Gewaltbereitschaft, die anlassbezogen in Gewalt gegen Sachen umschlagen kann. Derzeit wird nur von Teilen der autonomen Szene auch Gewalt gegen Personen nicht ausgeschlossen.

Insgesamt nahm die Internetpräsenz auch von **Autonomen** deutlich zu. Eine wesentliche Unterstützung sehen alle Linksextremisten in Internetportalen wie Nadir, Indymedia Deutschland und Linke Seite. Daneben werben sie u.a. für ihre Ziele und Aktionen auf gruppeneigenen oder themenbezogenen Homepages. Auf Plattformen sind themenspezifische Foren eingerichtet, die zum regen Austausch untereinander genutzt werden. In diesem Jahr waren insbesondere die Geschehnisse in den Krisengebieten Irak und Afghanistan ein Schwerpunktthema. Seit Ende des Jahres befanden sich die Seiten über soziale Gerechtigkeit und gegen den „sozialen Kahlschlag“ in rasantem Aufschwung. Insgesamt wurde durch die Internetpräsenz versucht, die Vernetzung der Interessengruppen untereinander zu forcieren.

Kommunikations- wege

Autonome nutzen darüber hinaus bewährte Szenepublikationen zum Austausch von Informationen und Diskussionsbeiträgen, die aber mehrheitlich unter Finanzproblemen und rückläufiger Mitarbeit leiden. Daneben spielen weiterhin Infoläden und Szenetreffs eine wichtige Rolle: Hier werden gerade vor Demonstrationen letzte Absprachen in Bezug auf die Durchführung von Veranstaltungen getroffen; für die Dauer der Veranstaltung sind Kontaktstellen eingerichtet, wo Demonstranten Rechtsberatung, aber auch Informationen über den Ablauf von Demonstrationen erhalten können.

In diesem Zusammenhang war, wie bei anderen linksextremistischen Gruppen, verstärkt festzustellen, dass auch **Autonome** je nach Thema versuchen, gerade Personen und Gruppen einzubeziehen, die zwar politisch interessiert, aber noch nicht extremistisch aktiv sind. Im Gegensatz dazu planen **Autonome** Aktionen, in die solche Personen und Gruppen nicht eingebunden werden, in geheimen, auf einen kleinen Personenkreis begrenzten Treffen. Es ist wahrscheinlich, dass bei solchen Zusammenkünften auch Absprachen für die Durchführung von Straf- und Gewalttaten getroffen werden: Auch in Hessen gab es Brandanschläge und Sachbeschädigungen, bei denen eine Tatbeteiligung **Autonomer** anzunehmen ist. Dabei entstand rund 300.000 Euro Schaden.

Autonome haben ihre Schwerpunkte in den Hochschulstädten. Dabei waren Aktionen in Bezug auf das Thema „Antifaschismus“ zahlenmäßig am bedeutsamsten. Über dieses Thema gelang es **Autonomen** regelmäßig, anlassbezogen Personen verschiedener regionaler Gruppen zu mobilisieren. Demgegenüber spielt das Thema „Widerstand gegen den Ausbau des Flughafens Frankfurt/Main“ weiter nur eine sehr geringe Rolle. Besondere Beachtung fand in Hessen noch das Thema „Antirassismus“. So beteiligten sich hessische **Autonome** an dem antirassistischen Grenzcamp in Köln. Im gleichen Themenzusammenhang verübte eine Gruppierung **Schneewittchen und die sieben Feuerzeuge** am 28. Januar einen Brandanschlag auf ein Gebäude des Landratsamtes des Werra-Meißner-Kreises in Eschwege, bei dem ein Schaden von etwa 20.000 Euro verursacht wurde.

LINKSEXTREMISMUS

**Gewalt-
bereitschaft**

Auf Grund fehlender eigener Organisation und Aktionsfähigkeit beteiligten sich **Autonome** verstärkt an Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen, die von anderen Organisationen geplant und durchgeführt wurden. Im Schutz friedlicher, nicht extremistischer Demonstranten traten sie – teilweise einheitlich gekleidet – als Block auf: Meist überwog die Farbe schwarz, aber es gab auch schon weiß oder pink-silber gekleidete Gruppen. Entgegen ihres oft friedlichen Verhaltens bei einer Demonstration versuchten **Autonome**, ihren Forderungen auch durch Sachbeschädigungen Nachdruck zu verleihen. Dazu gab es im Gegensatz zu den letzten Jahren auch wieder Bekenntnisse, in denen in aller Regel ein thematischer Hintergrund für die Tat mitgeteilt wurde.

Autonome beteiligten sich an verschiedenen Demonstrationen gegen den im März ausgebrochenen Krieg gegen den Irak. Eine **feministisch-antiimperialistische Zelle** bekannte sich zu einem Brandanschlag auf das Kreiswehrrersatzamt in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis), bei dem ein Sachschaden von etwa 3.500 Euro entstand. Begründet wurde der Anschlag u.a. mit dem Krieg gegen den Irak.

Antifaschismus

Linksextremistischer „Antifaschismus“ zielt nicht nur auf die Agitation gegen rechts-extremistische Gruppierungen, sondern immer auch auf die Bekämpfung des Faschismus als einer aus Sicht von Linksextremisten primär kapitalistisch dominierten und dadurch zwingend imperialistisch orientierten Form bürgerlicher Herrschaft; dazu zählen Linksextremisten auch die Bundesrepublik Deutschland. „Antifaschismus“ in diesem Sinne beinhaltet daher immer auch Forderungen nach einer massiven Veränderung, ja Beseitigung des bestehenden Systems. Das Ziel bleibt „die Befreiung von den Freiheiten der ausbeuterischen Ordnung“ (antifaschistischer Kalender 2003). Wegen dieser grundsätzlichen Haltung hat das Thema „Antifaschismus“ auch bei **Autonomen** seit Jahren einen hohen Stellenwert.

**Bekämpfung
„bürgerlicher“
Herrschaft**

Im Gegensatz zu den letzten Jahren gelang es ihnen aber nicht, mit ihren Veranstaltungen mehr als regionale Aufmerksamkeit zu erzielen. Die breiteste Unterstützung gab es erneut anlässlich einer „antifaschistischen“ Demonstration am 1. Mai in Frankfurt am Main aus Anlass einer von Rechtsextremisten angemeldeten Demonstration. Dabei schlossen sich **Autonome**, wie 2002, Aufrufen anderer Gruppen an, die im Internet und über Plakate appellierten, sich an verschiedenen Aktionen zu beteiligen und auf jeden Fall den Aufzug der Rechtsextremisten zu blockieren.

Auf Grund der Erfahrungen vom Vorjahr hatten **Autonome** ursprünglich die Absicht, Blockadeaktionen gegen die **Neonazis** den anderen Gruppen zu überlassen und selbst nur „gezielte Störversuche“ durchzuführen. Ihr Ziel war es, bereits die Anreise, aber auch den Aufmarsch der **Neonazis**, zu verhindern. Sie hatten für den Fall, dass keine Rechtsextremisten nach Frank-



furt am Main kommen sollten, auch andere Aktionen geplant. So wurde über das Internet auf ein „unterhaltsames und attraktives Alternativprogramm“ hingewiesen.

Obwohl die Rechtsextremisten auf die Durchführung ihrer Veranstaltung verzichteten, beteiligten sich in dem für diesen Aufmarsch vorgesehenen Stadtteil rund 500 Personen an einer „antifaschistischen“ Demonstration mit Abschlusskundgebung an der **Autonome** in geringerer Zahl als erwartet teilnahmen (u.a. als Redner). In einer anschließenden Bewertung behaupteten **Autonome**, auf verschiedenen Wegen versucht zu haben, zu der Demonstration zu gelangen, was wegen polizeilicher Maßnahmen an ihren Trefforten nicht möglich gewesen sei.

Im Gegensatz zu den im Vorfeld des 1. Mai diskutierten Aktionen in und um Frankfurt am Main verzichteten **Autonome** größtenteils auf deren Umsetzung. Eine auch thematisierte Hausbesetzung fand allerdings statt: 22 Personen besetzten ein leerstehendes ehemaliges Hotel, das am gleichen Tag durch die Polizei geräumt wurde.

Hausbesetzung

Unter dem Motto „Nach der Räumung ist vor der Besetzung“ kam es am 3. Mai vor diesem Gebäude zu einer Spontandemonstration mit etwa 30 Teilnehmern gegen die polizeiliche Räumung am 1. Mai. Eine weitere Demonstration mit bis zu 100 Personen „Gegen die Räumung des Hotel Mühlberg am 1. Mai 2003 und für mehr Freiräume in Frankfurt“ fand am 9. Mai statt. Im Internet wurde zur Teilnahme an der angemeldeten Demonstration aufgerufen. Es wurde angeführt, dass beabsichtigt sei, im ehemaligen Hotel ein „soziales Zentrum“ mit „Flüchtlingsberatung, Umsonstladen, Werkstatt, Bandprobenräumen und Räumlichkeiten für Veranstaltungen, Konzerte, Partys und Ausstellungen“ einzurichten. Als Grund für die Forderung wurde u.a. aufgeführt, dass der zentrale Treffpunkt der autonomen Szene Frankfurt am Main, das **Café Exzess**, regelmäßig ausgebucht sei.

Parallel zu diesen Aktivitäten hatten **Autonome** aus verschiedenen Orten des Rhein-Main-Gebietes schon im Vorfeld des 1. Mai diskutiert, statt nach Frankfurt am Main nach Neu-Anspach (Hochtaunuskreis) in den Hessenpark zu fahren, um dort anlässlich des Besuches des Bundeskanzlers bei der zentralen 1. Mai-Veranstaltung der Gewerkschaften zu stören. Auf Grund der im Vorfeld erkennbaren starken Besucherströme zu der Hessenpark-Veranstaltung entschieden sich jedoch viele Linksextremisten, doch nicht nach Neu-Anspach zu fahren.

Neben den Aktionen am 1. Mai gab es regionale und lokale autonome Aktionen, die aber nur begrenzte Aufmerksamkeit fanden. Teilweise wurden sie öffentlich gar nicht als antifaschistische autonome Veranstaltung wahrgenommen. So z.B. Vortragsveranstaltungen im Rahmen der Reihe „Antifaschistische Kul-Tour“ im Odenwald oder Aktivitäten gegen Burschenschaften bzw. Studentenverbindungen oder gegen die **NPD**. Anzumerken ist, dass **Autonome** teilweise auch wegen von ihnen erwarteter Polizeipräsenz bzw. eines zu großen Anteils nicht gewaltbereiter Demonstranten von direkten Auseinandersetzungen mit Rechtsextremisten abgesehen haben dürften.

Extremisten
weichen
Demokraten aus



An einer Demonstration „Heimat vertreiben“ in Frankfurt am Main beteiligten sich im November rund 100 Personen. In direktem Zusammenhang damit kam es noch vor der Veranstaltung zu Sachbeschädigungen am „Haus der Heimat“ und einem Schaukasten des „Bundes der Vertriebenen“. Zu der Aktion war von der **autonomen.antifa [f]** auch im Internet mobilisiert worden.

Andere anti-faschistische Aktionen

Eine autonome Gruppe aus Bad Homburg (Hochtaunuskreis), die sich thematisch mit den Bereichen Antisemitismus, Antirassismus, Antikapitalismus sowie Antimperialismus beschäftigt, führte mehrere Aktionen durch. Dabei war insgesamt zu erkennen, dass die **Antifa Bad Homburg (Antifa hg)** bestrebt ist, in autonomen Gruppen „anti-imperialistische und antifaschistische Ziele“ wieder stärker ins Bewusstsein zu rücken und insbesondere die Handlungsfähigkeit von **Autonomen** wieder herzustellen.

Bereits im Januar hatte sie einen Aufruf zu einer Demonstration „gegen Rechtsextremismus und Polizeistaat“ am 25. Januar in Friedrichsdorf (Hochtaunuskreis) erstellt, in dem u.a. staatliche Organe diffamiert wurden: Die Polizei agiere gegenüber **Neonazis** „halbherzig“ und „schikanieren und überwachen“ gleichzeitig Antifaschisten. Im März widmete sich die **Antifa hg** dem in der Nähe von Bad Homburg geplanten Landesparteitag der **REP** und rief zu Gegenaktionen auf. Aus Kreisen der linksextremistischen Gegendemonstranten wurden die **REP**-Anhänger massiv behindert.

Aktivitäten gegen Rechtsextremisten

Auf Grund eines Ermittlungsverfahrens wegen des Aufrufs zu der Demonstration im Januar gab es bei zwei Aktivisten der Gruppe Durchsuchungsmaßnahmen. Als Reaktion darauf wurde u.a. in einem Flugblatt die Zunahme der „Repressionen“ durch Polizei bzw. Staat aufgegriffen und geäußert, dass man sich mit nichts abfinden dürfe und es deswegen weiterhin Widerstand geben müsse. Der Text endete mit den Worten: „Die Nazis müssen weg – die Polizei muss weg –. Das beschlagnahmte Material und die Revolution müssen her – aber hop!“

Während eines „Rock-gegen-Rechts“-Konzertes am 6. September in Friedrichsdorf beschädigten Unbekannte vier Autos von Konzertbesuchern. Die **Antifa hg** machte örtliche Rechtsextremisten dafür verantwortlich; an Wohnhäusern von zwei Personen kam es vermutlich als Reaktion darauf zu Sachbeschädigungen.

Für den 2. Oktober meldete die **Antifa hg** eine Demonstration zum Thema: „Just do it: gegen Antisemitismus und Arbeitswahn – Revolution statt Deutschland!“ an. Im Verlauf der Veranstaltung in Bad Homburg, an der etwa 180 Personen teilnahmen, kam es zu Sachbeschädigungen mittels Stein-, Flaschen- und Farbbeutelwürfen. Dazu veröffentlichte die **Antifa hg** einen zehneitigen Text, in dem sie zur Revolution aufrief und sich selbst als Teil der „radikalen Linken“ bezeichnete. Außerdem griff sie in diesem Text einen neuen Aspekt auf: Sie äußerte sich bezüglich der in der linksextremistischen autonomen Szene geführten Organisationsdebatte. Demnach erachtet die Gruppe einen Organisationsversuch als zentral not-





wendig, besonders angesichts des niederschmetternden Zustandes radikaler Gesellschaftskritik.

Die von der **Antifa hg** getroffenen Aussagen bezüglich der Überwindung des bestehenden Gesellschaftssystems sind regelmäßig in ihren schriftlichen Ausführungen zu finden. So plädierte sie in einem Text bezüglich der Aktionen am 1. Mai, dass für das „laufende Geschäftsjahr“ der Sturz der Regierung und mittelfristig die Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse sowie die Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft angestrebt werden sollen.

Politische Theoriepapiere wie von der **Antifa hg** oder der **autonomen-antifa[ff]**, aber auch zahlreiche Sachbeschädigungen und Farbschmierereien an öffentlichen Gebäuden oder Eigentum von tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten, zeigen, dass das Thema Antifaschismus weiter das zentrale Aktionsfeld autonomer Gruppen darstellte. Zugleich wurde bei einzelnen Aktivitäten deutlich, dass **Autonome** nicht nur die Adressen ihrer vermeintlichen politischen Gegner kennen, sondern auch bereit sind, sie bzw. deren Eigentum direkt anzugreifen.

Antirassismus

Antirassismus als „antifaschis- tischer Kampf“

Die Aktionsfelder Antirassismus und Antifaschismus stehen im ideologischen Verständnis **Autonomer** in einem unmittelbaren Zusammenhang. Die Notwendigkeit, sich in Bezug auf diese Aktionsfelder zu engagieren, begründen Linksextremisten mit „systemimmanenten“ Klassengegensätzen sowie der Ausbeutung und der Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft. Dem demokratischen Rechtsstaat wird von **Autonomen** vorgeworfen, durch seinen „staatlichen Faschismus“ autoritäre Herrschaft zu stärken, individuelle Rechte zu beschneiden und seine „repressive“ Machtausübung zu legitimieren. Gerade in der aus Sicht von Linksextremisten ausgrenzenden und entrechtenden Ausländer- und Asylpolitik zeige sich die rassistische Grundausrichtung faschistischer Strukturen. Daher gehört antirassistisches Handeln für Linksextremisten zum „antifaschistischen Kampf“.

Die Aktivitäten antirassistischer Gruppen konzentrierten sich wieder auf die Asylpolitik, insbesondere auf den Aspekt der Abschiebungen. Einen Schwerpunkt bildete das 6. antirassistische Grenzcamp in Köln, das vom 31. Juli bis 9. August stattfand. Es stand unter dem Motto „Out of Control - Für globale Bewegungsfreiheit. Verwertungslogik und rassistische Ausgrenzung angreifen“. Eine Hauptforderung der Campteilnehmer war, „Herrschaftsverhältnisse insgesamt“ anzuprangern und zu demontieren.

An der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung waren Personen aus Hessen beteiligt. Am Grenzcamp selbst nahmen während der gesamten Dauer etwa 500 Personen teil. Sie führten verschiedene Protestveranstaltungen durch, u.a. gegen das Bundesverwaltungsamt mit dem Ausländerzentralregister und gegen den Flughafen in Düsseldorf, wobei es in beiden Fällen zu militanten Ausschreitungen kam.

Am 9. August wurde das Grenzcamp von der Polizei vorzeitig aufgelöst. Campteilnehmer hatten gewaltsam versucht, Polizeisperren zu durchbrechen, um zu einer von Rechtsextremisten angemeldeten Demonstration zu gelangen, darunter etwa 60 Personen aus Hessen. Gegen die vorzeitige Auflösung des 6. antirassistischen Grenzcamps fanden bundesweit Solidaritätsbekundungen statt. In Hessen wurde am 16. August kurzfristig ein Protestcamp in der Innenstadt von Kassel mit etwa 30 Teilnehmern errichtet.



Weitere Aktionen autonomer Antirassisten konzentrierten sich auf den Flughafen Frankfurt/Main, der als „Abschiebelflughafen“ ein wichtiges Agitationsziel antirassistischer Gruppen in Hessen darstellt. Am 26. April sollte hier das „2. Open-Air-Port Konzert“ stattfinden, was vom autonomen **Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main** organisiert wurde. Die Veranstaltung stieß auf wenig Resonanz, vermutlich weil das geplante Konzert auf Grund der Absage der angekündigten Live-Band ausfiel. Die rund 25 angereisten Personen führten nur eine Kundgebung durch.

Etwa 15 Abschiebegegner versammelten sich am 28. April am Flughafen, um eine bevorstehende Abschiebung zu verhindern. Die Teilnehmer an dieser unangemeldeten Versammlung gehörten hauptsächlich dem **Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main** an. Diese Gruppe führte am 30. August am Flughafen eine Spontandemonstration durch. Rund 30 Demonstranten forderten, eine Gedenktafel für Flüchtlinge aufzustellen, die während des Abschiebeprozesses starben. Anlass für die Demonstration gegen Abschiebung und Abschiebehaft war der neunte Todestag des nigerianischen Flüchtlings Kola Bankole, der am 30. August 1994 an Bord einer in Frankfurt am Main gestarteten Lufthansa-Maschine ums Leben gekommen war.

Aktionen am Frankfurter Flughafen

Am 10. Dezember, dem internationalen Tag für Menschenrechte, fand an der Abschiebehafteneinrichtung in Offenbach eine Demonstration einschließlich Kundgebung statt, die vom **Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main** vorbereitet und durchgeführt wurde. Eine Forderung dabei war die Schließung aller „Abschiebeknäste“. Es nahmen etwa 200 Personen an der Demonstration teil.

Globalisierungsgegner und Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz beobachtet nicht die überwiegend friedlich eingestellten Globalisierungskritiker. Sein Augenmerk gilt extremistischen Kräften, die als Globalisierungsgegner andere Ziele verfolgen.

Globalisierungskritiker definieren Globalisierung als weltumspannende Ausdehnung einer auf Wettbewerb und Profitmaximierung gründenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung. In diesem System werde der Einfluss von Großkonzernen – auch über staatliche Strukturen hinweg – gefördert. Unterstützt werde dieser Prozess durch die Entscheidungen supra-

Linksextremistische Globalisierungsgegner fordern eine grundsätzliche Infragestellung der bestehenden Strukturen und Werte, die vollständige Befreiung des Individuums von den Zwängen des Systems. Angriffsziele dieser Aktivisten sind supranationale Organisationen, Konferenzen und internationale Konzerne, in ihren Augen die etablierten Strukturen, die zu überwinden sind. Die gewaltbereiten Globalisierungsgegner wollen an die Anti-imperialismusbewegung der 70er Jahre anknüpfen und „altrevolutionäre“ mit „modernen“ Vorstellungen autonomer Gruppen verbinden. Sie halten die Anwendung von Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele für notwendig und legitim.

128

Neben einem breiten Bündnis nicht extremistischer Gruppen und Organisationen mobilisierten in Deutschland insbesondere die **PDS**, **Linksruck** sowie die **DKP** ihre Mitglieder zur Teilnahme an den Gegenprotesten. Weiterhin gab es mehrere Mobilisierungsauffufe von **Autonomen**, u.a. auch aus Frankfurt am Main, Kassel, Hanau und Bad Homburg (Hochtaunuskreis).

Während des Gipfeltreffens kam es insbesondere in den – in der Nähe von Evian liegenden – schweizerischen Städten Genf und Lausanne mehrfach zu gewalttätigen Ausschreitungen mit teils erheblichen Sachbeschädigungen. Im Vergleich zu vorausgegangenen, gleichgelagerten Veranstaltungen im Jahr 2002 war trotz des erheblichen Aufgebots an Sicherheitskräften eine Steigerung der gewalttätigen Ausschreitungen zu verzeichnen. Bemerkenswert ist, dass sich friedliche Demonstrationsteilnehmer von gewalttätigen Aktionen distanzierten und auch mäßigend auf Störer einwirkten.

Gewalttätigkeiten

Insgesamt beteiligten sich an den Protestveranstaltungen rund 25.000 Personen. Dabei waren neben gewaltbereiten Personen aus dem linksextremistischen/autonomen Spektrum aus dem In- und Ausland auch eine erhebliche Anzahl von Jugendlichen an den Ausschreitungen beteiligt, die keiner politischen Gruppe zugeordnet werden konnten.

Linksextremisten in der Anti-Atom-Bewegung

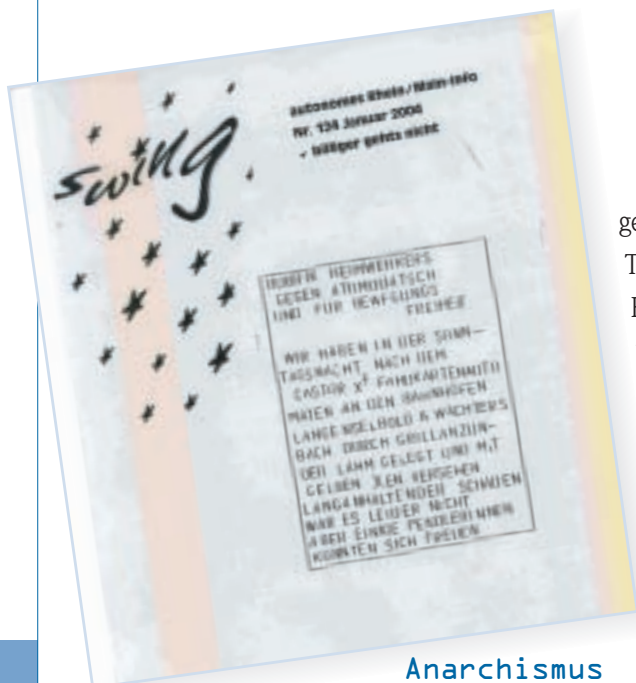
Das Interesse von Linksextremisten an diesem Aktionsfeld ist nach wie vor gering. In diesem Jahr stagnierte die Mobilisierung der Anti-Atom-Bewegung auf dem Niveau des Vorjahres. So wurden die Transporte abgebrannter Brennelemente von deutschen Kernkraftwerken zur Wiederaufbereitung nach La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien) nur von sehr wenigen Protesten begleitet.

Insgesamt waren nur wenige Aktivitäten linksextremistischer Personenzusammenhänge festzustellen. Hervorzuheben ist ein Anschlag auf das werkseigene Zufahrtsgleis des Atomkraftwerks Biblis. Unbekannte Täter lösten am 17. August auf einer Länge von etwa 2,5 Metern fünf Schwellen. Zwei dieser Schwellen wurden als „X“ auf dem Gleis hinterlassen und mit einem Aufkleber „Atom Müll Transporte Stoppen“ versehen. Zu ähnlichen Aktionen gab es in früheren Jahren Bekenntnisse von **Autonomen**.

Castor-Transport

Der Rückgang autonomer Aktivitäten ist auch darauf zurückzuführen, dass andere politische Themen wie der im März ausgebrochene Irak-Krieg sowie zuletzt der „Sozialabbau“ Priorität hatten.

Lediglich der vom 9. bis 12. November durchgeführte Castor-Transport aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague in das Brennelemente-Zwischenlager Gorleben (Niedersachsen) erlangte auf Grund seiner seit Jahren besonderen Bedeutung innerhalb der Anti-Atom-Bewegung noch Aufmerksamkeit. An der zentralen Auftaktkundgebung gegen diesen Transport am 8. November in Dannenberg (Niedersachsen) beteiligten sich etwa 3.500 Atomkraftgegner, darunter sehr wenige Linksextremisten.



Anarchismus

Anarchisten in Deutschland teilen sich im Wesentlichen auf in die **Graswurzelbewegung** und in die **Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union-Internationale Arbeiter Assoziation (FAU-IAA)**. Beide Strömungen verbindet das Ziel, eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu erreichen. Sie lehnen jegliche Staatsform ab. Dem anarchistischen Bereich werden bundesweit etwa 500 Anhänger, 40 in Hessen, zugerechnet. Schwerpunkte anarchistischer Aktivitäten in Hessen sind das Rhein-Main-Gebiet und der Raum Gießen.

Die **Graswurzelbewegung** besteht aus Aktionsgruppen, Trainingskollektiven und sonstigen Zirkeln. Sie will durch den Aufbau einer Gegenmacht von unten die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zerstören. In ihrem Konzept des zivilen Ungehorsams wird zwar Gewalt gegen Personen abgelehnt, Gewalt gegen Sachen allerdings als Aktionsform akzeptiert.

Das regelmäßig erscheinende Zentralorgan heißt **Graswurzelrevolution. Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft**, kurz **GWR**.



„Graswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen. [...] Wir streben an, daß Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden. [...] Unsere Ziele sollen – [...] in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden. Um Herrschafts- und Gewaltstrukturen zurückzudrängen und zu zerstören, setzen wir gewaltfreie Aktionsformen ein.“ (GWR 281, Sommer)

Die anarcho-syndikalistische **FAU-IAA**, die in fast allen Bundesländern mit Gruppen und Kontaktadressen vertreten ist, versteht sich als anarchistische Organisation mit gewerkschaftlichem Anspruch: Der „Widerstand“ soll von Beschäftigten ausgehen. Als sozialrevolutionäre Bewegung will sie mit Mitteln der „direkten Aktion“, wie z. B. Besetzungen, Boykotts, Streiks und Sabotage, eine „herrschaftsfreie und auf Selbstverwaltung“ begründete

Gesellschaft erreichen. Die zweimonatlich erscheinende **Direkte Aktion** ist die wichtigste Publikation dieser anarchistischen Strömung.

Angehörige beider Strömungen beteiligten sich an Bündnissen mit anderen Linksextremisten, um u.a. gegen die Globalisierung, gegen die Castor-Transporte, gegen militärische Aktionen (Irak-Konflikt), gegen Wahlen und gegen „Sozialabbau“ zu protestieren. In Hessen initiierten insbesondere im Raum Gießen **Anarchisten** eine Reihe von demonstrativen Aktionen im Zusammenhang mit der Wahl zum Hessischen Landtag im Februar und der Wahl für das Amt des Oberbürgermeisters in Gießen im September, wobei auch zum Wahlboykott aufgerufen wurde. Darüber hinaus dürfte dieser Personenkreis auch verantwortlich sein für mehrere politisch motivierte Straftaten, wie z. B. die Versendung von „Desinformationsschreiben“ mit amtlichem Charakter, Beschädigungen von Wahlplakaten sowie Farbschmieraktionen. Insbesondere auf diese Aktionen ist auch der Anstieg der linksextremistischen Straf- und Gewalttaten zurückzuführen.



LINKS- EXTRE- MIS- MUS

Linksextremistische Straftaten *

Straf- und Gewalttaten	2003	2002**	2001**
Gewalttaten			
Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	0	1
Versuchte Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	1	0	1
Körperverletzungen			
Hessen	8	13	3
Bund	192	152	194
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte			
Hessen	3	4	3
Bund	36	35	42
Landfriedensbruch			
Hessen	2	5	2
Bund	118	124	310
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr			
Hessen	4	5	4
Bund	29	16	52
Sonstige Straftaten Freiheitsberaubung, Raub Erpressung, Widerstandsdelikte			
Hessen	11	1	0
Bund	107	58	150
Andere Straftaten (Insbesondere Sachbeschädigung und Nötigung/Bedrohung)			
Hessen	73	9	36
Bund	976	752	1.145
Summe ***			
Hessen	101	37	48
Bund	1.459	1.137	1.895

* Alle Angaben entstammen der Statistik Politisch motivierte Kriminalität (PMK) des Hessischen Landeskriminalamtes bzw. des Bundeskriminalamtes. Anzumerken ist, dass dort nicht jede politisch motivierte Straftat als extremistisch bewertet wird.

** Auf Grund von Nachmeldungen oder später erfolgter Zuordnungen kann es Abweichungen gegenüber früheren Angaben geben.

*** Der Anstieg in Hessen ist insbesondere auf Aktionen in Mittelhessen zurückzuführen; als Täter werden Personen aus dem Bereich des Anarchismus vermutet.

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen ist seit dem 8. Mai 2002 gesetzlich mit der Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität (OK) im Geltungsbereich des Grundgesetzes beauftragt.

Seit 1994 beobachtet das LfV Bayern die Organisierte Kriminalität. Neben dem LfV Hessen sind das LfV Saarland, das LfV Thüringen und nunmehr auch das LfV Sachsen von den jeweiligen Länderparlamenten mit der Beobachtung dieses Phänomens beauftragt. Zu diesem Zweck sammelt und bewertet das LfV im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung sach- und personenbezogene Informationen, die insbesondere zur Aufdeckung krimineller und kriminell verfassungsfeindlicher Strukturen und deren Zusammensetzung führen sollen.

Breitere Basis
für
Zusammenarbeit

Die reibungslos funktionierende Zusammenarbeit der bereits für Organisierte Kriminalität zuständigen Verfassungsschutzämter muss auch einen gemeinsam zu schaffenden Datenverbund zum Ziel haben. Nur ein rascher Datenaustausch wird die enge Verknüpfung der Arbeitsschwerpunkte mit unterschiedlichem Ansatz für die autorisierten Verfassungsschutzämter ermöglichen. Mit einem solchen Datenverbund hat sich im März 2004 nun auch der Bundesbeauftragte für den Datenschutz einverstanden erklärt und das BMI hat mit Erlass vom 15. April 2004 an das BfV die Nutzung von NADIS für Organisierte Kriminalität genehmigt. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Bewältigung der vorgegebenen Aufgaben.

Die Bearbeitung des islamistischen Terrorismus mit absoluter Priorität wird auch zu einem Überschneidungspotenzial mit den langfristig angelegten Beobachtungsfeldern der Organisierten Kriminalität führen. Extremistische und Spionageabwehraspekte bedürfen zusammen mit Ansätzen Organisierter Kriminalität zunehmend einer ganzheitlichen Betrachtung.

Globaler
Schwerpunkt

Nach der in § 2 Absatz 3 Buchstabe d des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz aufgeführten Definition handelt es sich bei dem Beobachtungsfeld Organisierte Kriminalität um die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

Definition

- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
- unter Verwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
- unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

Für die Bearbeitung dieser Sachverhalte im Arbeitsbereich Organisierte Kriminalität wurde ein Dezernat fest in die Struktur des Landesamtes eingefügt. Derzeit wird die für die Aufgabenerledigung notwendige Logistik Zug um Zug aufgebaut.

Ergänzung und Kooperation mit der Polizei

Die langfristig angelegte Beobachtungstätigkeit des Verfassungsschutzes ergänzt die Aufgabenwahrnehmung von Polizei und Staatsanwaltschaft; enge Kooperation ist notwendige Voraussetzung hierfür, wobei sich der Verfassungsschutz ein Beobachtungsfeld zu suchen hat, das nicht von der Polizei abzudecken ist. Allerdings sieht der Verfassungsschutz seine Hauptaufgabe in der politischen Beratung der Landesregierung, um entsprechende Vorkehrungen zu treffen, ehe es zu massiven Straftaten gekommen ist.

Organisierte Kriminalität ist ein internationales Phänomen. Das Rhein-Main-Gebiet mit der Finanzmetropole Frankfurt am Main, seiner Infrastruktur und seiner internationalen Verkehrsanbindung ist in Deutschland eine der Drehscheiben für Aktivitäten und Bewegungen von solchen Zusammenschlüssen. Diese weisen im Bereich der Organisierten Kriminalität häufig eine internationale personelle Zusammensetzung auf und sind grenzüberschreitend aktiv.

In den Staaten des ehemaligen kommunistischen Machtbereichs bestehen eine Vielzahl von Strukturen der Organisierten Kriminalität. Sie konnten sich teilweise unter Mitwirkung der dortigen Nachrichtendienste entwickeln. Insbesondere deren ehemalige Mitarbeiter haben Wissen, Erfahrung und Methodik zur Verfügung gestellt. Eine erhebliche Anzahl der laufenden Ermittlungsansätze belegen diese Entwicklung.

Enge Zusammenarbeit mit EU-Ländern

Die EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004 verschiebt die Außengrenzen insbesondere in Richtung Osten und eröffnet damit grenzüberschreitend agierenden Kriminellen neue Aktions- und Machtfelder. Nur eine enge Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Sicherheitsbehörden trägt der Bedrohungslage durch Organisierte Kriminalität Rechnung.

Der Schwerpunkt der Verfassungsschutzarbeit hat dabei vorhandene Netzwerke, deren Führungspersonen und Finanzverflechtungen zum Ziel. Hier sind erkannte Verbindungen auch auf weltanschaulicher und religiöser Basis bemerkenswert.

Der Versuch politischer Einflussnahme durch die Muslimbruderschaft und finanzielle Verflechtungen mit saudischen Sozialdiensten konnten erkannt werden, ohne dass es bereits zu strafbaren Handlungen gekommen wäre.

Internationale Zusammenarbeit

In Europa haben nahezu alle Staaten ihre Nachrichtendienste mit der Beobachtung der OK betraut. Für das LfV besteht damit die Möglichkeit, mit diesen Behörden international zusammenzuarbeiten. Der Erkenntnisaustausch kann dadurch effektiver gegen die OK-Strukturen eingesetzt werden. Nur der intensive internationale Austausch von Erkenntnissen ermöglicht es, international agierende Gruppierungen der Organisierten Kriminalität zu erkennen und erfolgreich zu bekämpfen. Eine Intensivierung des Datenaustausches zwischen dem LfV und den Ermittlungsbehörden unterstützt deren Arbeit.

Die Beobachtung der Organisierten Kriminalität fügt sich nahtlos in das Frühwarnsystem ein, das Aufgabe des Verfassungsschutzes ist.

SPIONAGEABWEHR

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus bestimmt nach wie vor die Sicherheitslage. Auch Nachrichtendienste islamistischer Regime unterstützen terroristische Netzwerke.

**Terror-
bekämpfung
bleibt
Schwerpunkt**

Zur Durchsetzung nationaler Interessen werden weiterhin Nachrichtendienste genutzt und eingesetzt. Die Spionage, auch unter Partnerstaaten, wird fortgesetzt. Ungeklärt blieb im Frühjahr der Lauschangriff im Ministerratsgebäude der Europäischen Union in Brüssel (Belgien), bei dem hochmoderne Abhörgeräte, u.a. in den Delegationsräumen von Deutschland, Frankreich und Großbritannien, gefunden wurden.

Deutschland ist auf Grund seiner wirtschaftlichen und politischen Stellung weiter bevorzugtes Aufklärungsziel fremder Nachrichtendienste.

Schutz vor deren Handeln bietet neben Misstrauen und hoher Wachsamkeit der Bürger eine angemessene Geheimschutzarbeit sowie gerade auch die Aufklärungsarbeit der Spionageabwehr.

Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas

Dem Erhalt der eigenen Machtposition dient die anhaltende Überwachung und Unterdrückung der jeweiligen Regimegegner durch die Nachrichtendienste. Die Ausforschung der in Deutschland lebenden Oppositionellen wird fortgesetzt.

**Opposition im
Ausland bleibt
Ausforschungs-
objekt**

Wegen entsprechender Aktivitäten verurteilte das Berliner Kammergericht im März einen 65-jährigen Deutsch-Iraner rechtskräftig zu zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug. Er hatte im Auftrag des iranischen Nachrichtendienstes seit 1991 in Deutschland lebende Gegner ausspioniert und darüber der Regierung in Teheran berichtet.

Bereits im Vorfeld des Irak-Krieges standen die Angehörigen des irakischen Nachrichtendienstes in Deutschland unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

Die Ausweisung der als Diplomaten an der irakischen Botschaft in Berlin getarnten Geheimdienstmitarbeiter erfolgte noch vor Beginn der Kampfhandlungen. Gegen mehrere ihrer Kontaktpersonen wurden durch den Generalbundesanwalt Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für eine fremde Macht eingeleitet. Ihnen wird vorgeworfen, den irakischen Geheimdienstmitarbeitern über hier ansässige irakische Oppositionelle berichtet zu haben. Die in Deutschland lebenden Mitglieder der irakischen Baath-Partei und bekannte Anhänger des „Saddam-Regimes“ waren Ziel von „Gefährderansprachen“ durch Sicherheitsbehörden. Auch das LfV Hessen kontaktierte zahlreiche Angehörige dieses Personenkreises, warnte sie vor der Begehung strafbarer Handlungen und belehrte sie über mögliche Konsequenzen.

**Gefahrenabwehr
im Irak-Konflikt**

Gefährderansprachen, durch weitere Maßnahmen ergänzt, dienen der Gefahrenabwehr und Gefahrenanalyse.

Aufklärungsziel Nachrichtendienst- dienste und islamistische Netzwerke

Die Regierungen der autoritär geführten Staaten mit überwiegend islamischem Bevölkerungsanteil stehen im Spannungsfeld zwischen ihrer Einbindung in die Anti-Terrorallianz der USA und der zunehmend anti-westlichen Haltung der eigenen Bevölkerung und islamistischer Gruppierungen. Die Existenz und Aktivitäten islamistischer Netzwerke sind ohne organisatorische, finanzielle und ideologische Unterstützung nicht denkbar. Es gibt Anzeichen dafür, dass einzelne Regime hierfür ihre jeweiligen Nachrichtendienste einsetzen. Das LfV misst der Beobachtung solcher Dienste eine besondere Bedeutung bei und bemüht sich durch Schwerpunktbildung, das vorhandene Wissen zu verdichten.

Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Strukturveränderungen der Nachrichtendienste

Das Vertrauen der russischen Führung in die Nachrichten- und Sicherheitsdienste des Landes ist ungebrochen. Ihr Status als tragendes Element der staatlichen Sicherheitsstruktur wurde weiter gefestigt.

Eine von Präsident Putin verfügte Neuorganisation der Dienste stärkte insbesondere den Inlandsnachrichtendienst FSB.

Stärkung des FSB

Diesem obliegt nunmehr neben der Spionageabwehr, der Bekämpfung von Terrorismus und politischem Extremismus sowie der Organisierten Kriminalität auch die Sicherung der Außengrenzen.

Die Kompetenz des Auslandsnachrichtendienstes SWR wurde um Aufgaben der aufgelösten Agentur für Regierungsfernmeldewesen erweitert. Deren Zuständigkeit unterlag u.a. die planmäßige Überwachung, Aufzeichnung und Auswertung des internationalen Funkverkehrs und der drahtlosen Telekommunikation.

Unverändert in Struktur und Aufgabenstellung blieb der militärische Nachrichtendienst GRU.

Aufklärungsziele unverändert

Die russische Auslandsaufklärung agiert nach wie vor personell unverändert stark in allen klassischen Zielbereichen, d.h. Politik, Wirtschaft/Wissenschaft und Militär.

Der deutschen Politik, der Europäischen Union und der NATO gilt das besondere Interesse russischer Aufklärung in Europa.

Im Vordergrund der staatlichen Aufklärung steht zunehmend die offene Informationsbeschaffung durch Gespräche mit Kontaktpersonen und die Nutzung offener Quellen.

Ein Verzicht auf verdeckte Geheimdienstmethoden konnte jedoch nicht festgestellt werden, im Gegenteil, die Bedeutung geheimdienstlicher Arbeit nimmt wieder zu.

Proliferation

Die internationalen Bemühungen, eine Weiterverbreitung (Proliferation) von atomaren, biologischen und chemischen Waffen zu verhindern, werden fortgesetzt. Im Dezember erklärten der Iran und Libyen ihre Bereitschaft, hierbei mitzuarbeiten.

Der Iran unterzeichnete ein Zusatzabkommen zum Atomwaffensperrvertrag und ermöglicht, nach Ratifizierung durch die zuständigen iranischen Institutionen, der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) den uneingeschränkten Zugang zu seinen Atomanlagen.

Der libysche Revolutionsführer Muammar el Gaddafi erklärte die Bereitschaft, seine Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen einzustellen und seine Forschungslabors durch die IAEA kontrollieren zu lassen.

Demgegenüber halten einige Staaten nach wie vor den Besitz von Massenvernichtungswaffen für unverzichtbar, um außenpolitische Bedrohungen abzuwehren bzw. eigene politische Forderungen durchzusetzen. Beispiele hierfür sind Indien, Pakistan und Nordkorea.

Mögliche Lieferungen zu proliferationsrelevanten Rüstungsvorhaben führten u.a. in Stuttgart, Bielefeld und Pforzheim zu Anklagen und Ermittlungsverfahren gegen Firmen. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Handelsfirma in Karben (Wetteraukreis) durchsucht. Hintergrund soll eine unzulässige Lieferung von Maschinenteilen sein.

Zulieferungen zu Proliferationsprogrammen können bei Firmen zu Reputationsverlust, finanziellen Einbußen oder strafrechtlichen Konsequenzen führen. Geschäftsbeziehungen in Krisenländer erfordern daher hohe Sensibilität hiesiger Firmen.

Hintergrundinformationen zum Thema bietet die aktuelle Broschüre „Proliferation – das geht uns an!“

Wirkungsvolle Spionageabwehr ist nur durch die Aufmerksamkeit Betroffener und dem vertrauensvollen Kontakt zu den Abwehrbehörden möglich.

Das LfV Hessen bietet, auch bei bestehender nachrichtendienstlicher Verstrickung, seine Hilfe an.

Bedrohungs-
potenzial durch
Massenvernich-
tungswaffen

Hilfestellung
des LfV Hessen
bei nachrichten-
dienstlicher
Verstrickung

SPIONAGE-

WIRTSCHAFTS- UND GEHEIMSCHUTZ

Wirtschafts- spionage

Ein Thema, das in der Öffentlichkeit auf großes Interesse stößt und immer wieder diskutiert wird, ist die Wirtschaftsspionage. Dabei werden Schadenssummen in Milliardenhöhe genannt. Zu diesen Zahlen kommt es, da die Begriffe der Wirtschaftsspionage und der Konkurrenzspionage nicht deutlich genug getrennt werden. Unter **Wirtschaftsspionage** wird nur die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausspähung der Wirtschaft verstanden. Dagegen umfasst die nicht in die Zuständigkeit des LfV fallende **Industrie-Konkurrenzspionage** das Bemühen einzelner Wirtschaftsunternehmen, auf verstecktem Wege Informationen über Entwicklungen, Planungen und Produkte anderer Konkurrenten im In- oder Ausland zu erlangen. Beides jedoch sind Störfaktoren für eine gut funktionierende Wirtschaft.

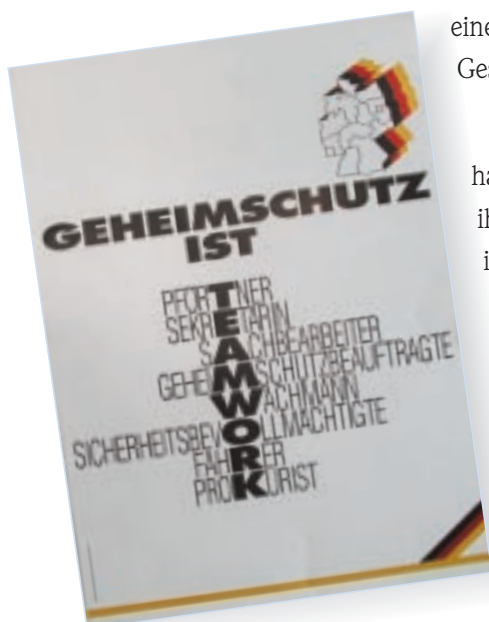
Nach wie vor muss davon ausgegangen werden, dass die hessische Wirtschaft für zahlreiche fremde Nachrichtendienste ein bevorzugtes Aufklärungsziel darstellt. Als wirtschaftlicher Mittelpunkt hat das Rhein-Main-Gebiet hier einen hohen Stellenwert. Ziele von besonderem Interesse sind die Industriezweige Rüstungstechnik, Computertechnologie, Luftfahrt, Biotechnologie und Chemie.

Geheimschutz

Um sich vor Ausspähung zu schützen, gibt es im Bereich der staatlichen Geheimnisse (Verschlussachen) den materiellen und personellen Geheimschutz.

Der personelle Geheimschutz soll gewährleisten, dass nur vertrauenswürdige Personen Kenntnis von geheimhaltungsbedürftigen Vorgängen erhalten. Hierzu werden sie einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen, an der das LfV gemäß § 2 Abs. 5 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz mitwirkt.

Der materielle Geheimschutz regelt den Umgang mit diesen geheimzuhaltenden Vorgängen von ihrer Herstellung über ihre Aufbewahrung bis zu ihrer Vernichtung in der Verschlussachenanweisung des Landes Hessen und in anderen Vorschriften. Behörden und Firmen, die mit diesen staatlichen Verschlussachen zu tun haben und damit dem personellen und materiellen Geheimschutz unterliegen, unterstützt das LfV bei diesen Sicherheitsaufgaben. So war das LfV an der Vorbereitung der 27. Arbeitstagung der Sicherheitsbevollmächtigten maßgeblich beteiligt. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Thema: „Die deutsche Wirtschaft und die Unternehmenssicherheit im Umbruch“.



Wirtschaftsschutz

Vor dem Hintergrund der Globalisierung von Wirtschaft und Technologie bei gleichzeitiger Verschärfung des internationalen Wettbewerbs kommt dem Wirtschaftsschutz besondere Bedeutung zu. Mit seiner Hilfe und den entsprechenden Maßnahmen sollen Wirtschaftsunternehmen vor Ausspähung geschützt werden.

Ideen, Know-how, Forschung, Entwicklung, Produkte, Infrastruktur, Management und Finanzierung sind die Substanz eines jeden Unternehmens. Aber solche „Schätze“ wecken Begehrlichkeiten. Dabei wird sich verschiedener Methoden bedient, die von professionellen Analysen über den Diebstahl von Daten, Plänen und Produkten bis hin zur kompletten Firmenübernahme reichen. Eine zunehmende Rolle spielt dabei der Einbruch in Daten-systeme auf den verschiedensten Wegen, z.B. das Einbringen von Software mit Schadenswirkung (Viren, Trojanische Pferde, Netzwürmer u.ä.) oder die Manipulation von Kommunikationsverbindungen (Telefonanlage).

Diesem Problem können Unternehmen nur gerecht werden, wenn sie über ein entsprechendes Sicherheitskonzept verfügen und ihre Mitarbeiter von der Notwendigkeit der Sicherheitsmaßnahmen überzeugen. Von wesentlicher Bedeutung ist es, dass dieser Informationsschutz zur Managementaufgabe gemacht wird. Nur wenn hier Kompetenz und Verantwortungsbereitschaft gezeigt werden können, können von den Mitarbeitern aller betrieblichen Ebenen auch die erforderliche Akzeptanz und das entsprechende Risikobewußtsein erwartet werden. Ein schwach ausgeprägtes Sicherheitsbewußtsein wirkt sich immer nachteilig aus. Hier sind insbesondere kleinere und mittelständische Unternehmen aufgerufen, eigenverantwortlich für den Schutz ihrer unternehmerischen Infrastruktur zu sorgen.

Vermutete oder gar erkannte Ausforschungsversuche sollten den zuständigen Behörden immer mitgeteilt werden. Nur wenn den Sicherheitsbehörden solche Sachverhalte bekannt werden, können diese entsprechende Sicherheitsanalysen vornehmen. Für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit steht das LfV jederzeit zur Verfügung. Die Interessen des Unternehmens bleiben in jedem Fall gewahrt, da das LfV der Verschwiegenheitspflicht unterliegt.



**Sicherheits-
bewusstsein**

**Beratung
durch LfV**

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Ziel der
Öffentlichkeits-
arbeit

Der
Verfassungsschutz
informiert

Nach § 9 Abs. 3 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz gehört die Unterrichtung und Aufklärung der Öffentlichkeit zu den gesetzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes. Dies geschieht u.a. durch den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht. In ihm sind neben den Informationen für Bürgerinnen und Bürger über gesetzliche Grundlagen, Arbeitsweise und Kontrolle des Verfassungsschutzes hauptsächlich die Darstellung der Erscheinungsformen und ideologischen Grundlagen verfassungsfeindlicher Bestrebungen sowie Informationen über sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Aktivitäten enthalten.

Neben dem Jahresbericht veröffentlicht das LfV weitere Kurzinformationen zu Themenbereichen des politischen Extremismus. Im März erschien das Faltblatt „Islamismus: Ideologie, Vordenker, Ziele“ in einer Auflage von 5.000 Exemplaren. Die Resonanz, die diese Publikation fand, zeigt, dass dieses Thema seit den Terroranschlägen durch islamistische Extremisten am 11. September 2001 in den USA einen hohen Informationswert für die Öffentlichkeit hat. Aber auch die Nachfrage nach Publikationen über rechtsextremistische Bestrebungen und Gruppierungen ist nach wie vor hoch.



Der Jahresbericht ebenso wie die weiteren Publikationen können von der Homepage des LfV (www.verfassungsschutz-hessen.de) heruntergeladen oder von Multiplikatoren auch in größerer Stückzahl angefordert werden.

Unverändert festzustellen ist eine große Zahl von Einladungen an das LfV zu Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. Die Darstellung der verschiedenen Formen verfassungsfeindlicher Bestrebungen sowie die Darlegung und Analyse ihrer Hintergründe, insbesondere zum Islamismus, standen ebenso im Mittelpunkt der Veranstaltungen wie die Möglichkeiten der Bekämpfung solcher Aktivitäten. Das LfV beteiligte sich im Berichtsjahr an 20 öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen von Banken, Wirtschaftseinrichtungen, Reservistenverband, Kirchen, Bildungseinrichtungen sowie an Foren des Interkulturellen Rates.

Zwei weitere Bausteine für den Dialog mit der Öffentlichkeit sind die Teilnahme des LfV am Hessentag sowie das jährlich stattfindende Herbstgespräch.

Auf dem Hessentag in Bad Arolsen im Juni war das LfV mit einem Informationsstand vertreten. Die Besucherresonanz und die Nachfrage nach Publikationen haben gezeigt, dass in der Öffentlichkeit ein unvermindert starkes Interesse an der Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des politischen Extremismus besteht. Dies belegen u.a. Diskussionen insbesondere mit Lehrern sowie Schülern zu diesen Themen.



Am 5. November fand im Hessischen Landtag das traditionelle Herbstgespräch statt. Hierzu hatten das Hessische Ministerium des Innern und für Sport und das LfV eingeladen. Es stand unter dem Motto: „Wissensgesellschaft und Globalisierung – Neue Feindbilder des Extremismus?“

Neben dem Hessischen Minister des Innern und für Sport analysierten weitere kompetente Gesprächspartner insbesondere aus der Wissenschaft die komplexe Thematik. Wie in den Jahren zuvor verfolgte eine große Anzahl von Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen die Diskussion. Beide Veranstaltungen – Hessentag sowie Herbstgespräch – werden auch in Zukunft feste Bestandteile der Öffentlichkeitsarbeit des LfV bleiben.

Schließlich wird auch der Internetauftritt als wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des LfV weiter ausgebaut. So können hier unter dem Link „Aktuell“ Hintergrundberichte u.a. zum Thema „Multikultureller Dialog oder Mission“ aufgerufen werden.



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

GESETZ ÜBER DAS LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

vom 19. Dezember 1990 (GVBl. I S. 753) geändert durch Art. 3 Nr. 4 DatenschutzG,
ÄndG vom 05.11.1998 (GVBl. I S. 421) und Art. 1, ÄndG vom 30.04.2002 (GVBl. I S. 82)

ERSTER TEIL

Aufgaben und Befugnisse

§ 1 Organisation

- (1) Das Landesamt für Verfassungsschutz untersteht als obere Landesbehörde dem Ministerium des Innern. Es darf mit Polizeidienststellen organisatorisch nicht verbunden werden.
- (2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen in Hessen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

§ 2 Aufgaben

- (1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist es, den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu treffen. Das Landesamt für Verfassungsschutz dient auch dem Schutz vor organisierter Kriminalität.
- (2) Zur Erfüllung dieser Aufgaben beobachtet das Landesamt für Verfassungsschutz
 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
 2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
 3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
 4. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), gerichtet sind,
 5. Bestrebungen und Tätigkeiten der organisierten Kriminalität im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Es sammelt zu diesem Zweck Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen, über solche Bestrebungen oder Tätigkeiten und wertet sie aus.

(3) Im Sinne dieses Gesetzes sind

- a) Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
- b) Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
- c) Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Abs. 4 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen,
- d) organisierte Kriminalität die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden
 - unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
 - unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
 - unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(4) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Gesetzes zählen:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- g) die im Grundgesetz und in der Verfassung des Landes Hessen konkretisierten Menschenrechte.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt auf Ersuchen der zuständigen öffentlichen Stellen mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,

3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind, gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(6) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig für Sicherheitsüberprüfungen nach §2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Artikel 10-Gesetz vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254).

(7) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist auch zuständig für die Zusammenarbeit Hessens mit dem Bund und den anderen Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3 Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 die erforderlichen Informationen erheben und weiterverarbeiten, soweit nicht der Zweite Teil dieses Gesetzes besondere Bestimmungen für personenbezogene Daten enthält. Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen unbeschadet des § 4 Abs. 1 personenbezogene Daten von Personen, bei denen keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie selbst Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 2 nachgehen (Unbeteiligte), nur erhoben, verarbeitet oder genutzt werden, wenn

1. dies für die Erforschung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorübergehend erforderlich ist,
2. die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre und
3. überwiegende schutzwürdige Belange der betroffenen Personen nicht entgegenstehen.

Daten Unbeteiligter dürfen auch erhoben werden, wenn sie mit zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen untrennbar verbunden sind. Daten, die für das Verständnis der zu speichernden Informationen nicht erforderlich sind, sind unverzüglich zu löschen. Dies gilt nicht, wenn die Löschung nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall dürfen die Daten nicht verwertet werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf mit nachrichtendienstlichen Mitteln, insbesondere durch den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen und die Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen Informationen verdeckt erheben. Die nachrichtendienstlichen Mittel sind in einer vom Ministerium des Innern zu erlassenden Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift ist der Parlamentarischen Kontrollkommission zu übersenden. Die Behörden des Landes sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz technische Hilfe für Tarnungsmaßnahmen zu leisten.

(3) Besteht die Sicherheitsüberprüfung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 5 Nr. 1 oder 2 lediglich in der Auswertung des bei Behörden oder der Beschäftigungsstelle bereits vorhandenen Wissens, ist es erforderlich und

ausreichend, dass die betroffene Person von der Einleitung der Überprüfung Kenntnis hat. Im übrigen ist die Zustimmung erforderlich, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. In die Sicherheitsüberprüfung dürfen mit ihrer Zustimmung der Ehegatte, Verlobte oder die Person, die mit der betroffenen Person in eheähnlicher Gemeinschaft lebt, mit einbezogen werden.

(4) Sind für die Erfüllung der Aufgaben verschiedene Maßnahmen geeignet, so hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige auszuwählen, die die davon betroffene Person voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme hat zu unterbleiben, wenn sie einen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

(5) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Polizeibehörden auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(6) Zur Erfüllung von Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz die Befugnisse zu, die es zur Erfüllung der entsprechenden Aufgaben nach diesem Landesgesetz hat.

ZWEITER TEIL

Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 4 Erhebung

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten aus allgemein zugänglichen Quellen erheben, um zu prüfen, ob tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen.

(2) Liegen bei der betroffenen Person tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vor oder wird das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 5 oder § 3 Abs. 1 Satz 2 tätig, darf es Auskünfte bei öffentlichen Stellen oder Dritten einholen, wenn die Daten nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. Würde durch die Erhebung nach Satz 1 der Zweck der Maßnahme gefährdet oder die betroffene Person unverhältnismäßig beeinträchtigt, darf das Landesamt für Verfassungsschutz Akten und Register öffentlicher Stellen einsehen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz muss Ersuchen auf Auskunft oder Einsicht nicht begründen, soweit dies dem Schutz der betroffenen Person dient oder eine Begründung den Zweck der Maßnahme gefährden würde. Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen. Über die Einsichtnahme nach Abs. 2 Satz 2 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen; der Nachweis ist gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr seiner Erstellung folgt, zu vernichten.

(4) Zur Beantwortung von Übermittlungsersuchen nach § 11 Abs. 1 Nr. 4 darf das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten nur erheben, soweit das zur Überprüfung dort bereits vorliegender Informationen erforderlich ist.

(5) Werden Daten bei der betroffenen Person oder bei Dritten außerhalb des öffentlichen Bereichs offen erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Die Befragten sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 5 Nr. 1 oder 2 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(6) Ein Ersuchen des Landesamts für Verfassungsschutz um Übermittlung personenbezogener Daten darf nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung der Auskunft unerlässlich sind. Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in vermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(7) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 2 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig, Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(8) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 2 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf die zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden.

Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind

1. Berechtigungskennungen, Karten-Nummern, Standortkennung sowie Rufnummer oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienste,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(9) Auskünfte nach den Abs. 7 und 8 dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. Der Antrag ist durch den Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz oder seinen Vertreter schriftlich zu stellen und zu begründen. Über den Antrag entscheidet das für den Verfassungsschutz zuständige Ministerium. Es unterrichtet unverzüglich die G-10-Kommission (§ 2 Abs. 1 des Hessischen Ausführungsgesetz zum Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz) über die beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug kann das Ministerium den Vollzug der Entscheidung auch bereits vor Unterrichtung der Kommission anordnen. Die G-10-Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Einholung von Auskünften. § 15 Abs. 5 des Artikel 10-Gesetzes ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach den Abs. 7 und 8 erlangten personenbezogenen Daten erstreckt. Entscheidungen über Auskünfte, die die G-10-Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat das Ministerium unverzüglich aufzuheben. Für die Verarbeitung der nach den Abs. 7 und 8 erhobenen Daten ist § 4 des Artikels 10-Gesetzes entsprechend anzuwenden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftgeber nicht mitgeteilt werden. § 12 Abs. 1 und 3 des Artikel 10-Gesetzes findet entsprechende Anwendung.

(10) Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe der Abs. 7 bis 9 eingeschränkt.

(11) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall

— bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen

— bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportdienstleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 2 erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die in § 2 Abs. 2 genannten Schutzgüter vorliegen. Abs. 9 gilt entsprechend.

(12) Das für den Verfassungsschutz zuständige Ministerium unterrichtet im Abstand von höchstens sechs Monaten die Parlamentarische Kontrollkommission (§ 20) und das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes über die Durchführung der Abs. 7, 8 und 11; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen nach den Abs. 7, 8 und 11 zu geben.

§ 5 Erhebung mit nachrichtendienstlichen Mitteln

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn

1. bei der betroffenen Person tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen und anzunehmen ist, dass auf diese Weise zusätzliche Erkenntnisse erlangt werden können, oder
2. tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass auf diese Weise die zur Erforschung von Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
3. dies dem Schutz der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände oder Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(2) Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung ist im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes nur zulässig, wenn

1. die Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 Artikel 10-Gesetz vorliegen oder
2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, dass jemand Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 oder 3 durch Planung oder Begehung von Straftaten nach §§ 129, 130 oder 131 des Strafgesetzbuches verfolgt oder
3. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach § 100a der Strafprozessordnung, §§ 261, 263 bis 265, 265b, 266, 267 bis 273, 331 bis 334 des Strafgesetzbuches verfolgt und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Die Maßnahme darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen aufgrund von Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder

von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige sich in ihrer Wohnung aufhält.

(3) Die Anordnung des Einsatzes besonderer technischer Mittel nach Abs. 2 Satz 1 trifft der Richter. Bei Gefahr im Verzug kann der Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz einen Einsatz nach Abs. 2 Satz 1 anordnen; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. Die Anordnungen sind auf längstens vier Wochen zu befristen; Verlängerungen um jeweils nicht mehr als vier weitere Wochen sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen.

(4) Die Anordnung wird unter der Aufsicht eines Beschäftigten des Landesamts für Verfassungsschutz vollzogen, der die Befähigung zum Richteramt hat. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor oder ist der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung nicht mehr erforderlich, ist die Maßnahme unverzüglich zu beenden.

(5) Erkenntnisse und Unterlagen, die durch Maßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 gewonnen wurden, dürfen zur Verfolgung und Erforschung der dort genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten sowie nach Maßgabe des § 4 Abs. 4 bis 6 Artikel 10-Gesetz verwendet werden. Für die Speicherung und Löschung der durch Maßnahmen nach den Abs. 2 und 6 erlangten personenbezogenen Daten sowie die Entscheidung über die nachträgliche Information der von Maßnahmen nach Abs. 2 Betroffenen gelten § 4 Abs. 1 und § 12 Artikel 10-Gesetz entsprechend.

(6) Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes ist auch dann zulässig, wenn es zum Schutz der dort für den Verfassungsschutz tätigen Personen erforderlich erscheint und vom Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz angeordnet ist. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Kenntnisse zum Zweck der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr ist nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(7) Zuständiges Gericht zur Entscheidung nach Abs. 2 und 6 ist das Amtsgericht am Sitz des Landesamts für Verfassungsschutz. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend.

(8) Die Erhebung nach Abs. 1 und 2 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, die betroffene Person weniger beeinträchtigende Weise möglich ist. Die Anwendung des nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich ergibt, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann. In den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 dürfen nachrichtendienstliche Mittel nicht gezielt gegen Unbeteiligte eingesetzt werden; im Übrigen gilt § 3 Abs. 1 Satz 3 bis 5.

(9) Die Landesregierung unterrichtet den Landtag jährlich über die nach Abs. 2 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Abs. 6 angeordneten Maßnahmen. Die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus.

§ 6 Speicherung

(1) Umfang und Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind auf das für die Aufgabenerfüllung des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderliche Maß zu beschränken.

- (2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Daten über Minderjährige, die das 14. Lebensjahr nicht vollendet haben, in zu ihrer Person geführten Akten nur speichern, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Minderjährige eine der in § 3 des Artikel 10-Gesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. In Dateien ist eine Speicherung von Daten Minderjähriger, die das 14. Lebensjahr nicht vollendet haben, nicht zulässig.
- (3) In Dateien oder zu ihrer Person geführten Akten gespeicherte Daten über Minderjährige sind nach zwei Jahren auf die Erforderlichkeit der Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, dass nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Erkenntnisse angefallen sind, die eine Fortdauer der Speicherung rechtfertigen.
- (4) Personenbezogene Daten, die erhoben worden sind, um zu prüfen, ob Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen, dürfen in Dateien erst gespeichert werden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte für derartige Bestrebungen oder Tätigkeiten ergeben haben. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen auch keine Akten angelegt werden, die zur Person geführt werden.
- (5) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 5 dürfen in automatisierten Dateien nur personenbezogene Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden.
- (6) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und im übrigen nach von ihm festgesetzten angemessenen Fristen, spätestens jedoch nach fünf Jahren, ob gespeicherte personenbezogene Daten zur Aufgabenerfüllung noch erforderlich sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 sind spätestens 10 Jahre, über Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 und 5 sind spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Behördenleiter oder sein Vertreter trifft im Einzelfall ausnahmsweise eine andere Entscheidung. Soweit Daten automatisiert verarbeitet oder Akten automatisiert erschlossen werden, ist auf den Ablauf der Fristen nach Satz 1 und 2 hinzuweisen.

§ 7 Zweckbindung

- (1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten nur zum Zwecke des Verfassungsschutzes im Sinne des § 2 übermitteln.
- (2) Zu anderen Zwecken dürfen personenbezogene Daten nach Maßgabe von § 11 Abs. 1 Nr. 2 oder 3 sowie § 13 Satz 1 Nr. 2 übermittelt werden.
- (3) Personenbezogene Daten dürfen auch zur Ausübung von Aufsichts- und Kontrollbefugnissen sowie zu Ausbildungs- und Prüfungszwecken übermittelt und in dem dafür erforderlichen Umfang verwendet werden.

§ 8 Übermittlung von Daten an das Landesamt für Verfassungsschutz

- (1) Die Behörden des Landes dürfen von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, die die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 oder entsprechender Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes erforderlich ist. Das gleiche gilt für die Gemeinden, Gemeindeverbände und die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

(2) Die in Abs. 1 genannten Stellen sind zur Übermittlung verpflichtet, wenn im Einzelfall ein Ersuchen des Landesamts für Verfassungsschutz nach § 4 Abs. 2 vorliegt. Es dürfen nur die Daten übermittelt werden, die bei der ersuchten Behörde bekannt sind oder aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können. Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 Satz 1 haben die Staatsanwaltschaften des Landes auch ohne Ersuchen Anklageschriften und Urteile an das Landesamt für Verfassungsschutz zu übermitteln, die Polizeibehörden vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis auch sonstige personenbezogene Daten. Vorschriften des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, nach denen personenbezogene Daten nicht für andere als die dort genannten Zwecke verwendet werden dürfen, stehen einer Übermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz nicht entgegen.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nach den Vorschriften der Abs. 1 und 2 nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 Artikel 10-Gesetz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt nach Satz 1 übermittelten Kenntnisse und Unterlagen finden § 4 Abs. 1 und 4 bis 6 Artikel 10-Gesetz entsprechende Anwendung.

(4) Hält die ersuchte Stelle das Verlangen nach Auskunft oder Einsichtnahme nach § 4 Abs. 2 nicht für rechtmäßig, so teilt sie dies dem Landesamt für Verfassungsschutz mit. Besteht dieses auf dem Verlangen nach Auskunft oder Einsichtnahme, so entscheidet die für die ersuchte Stelle zuständige oberste Aufsichtsbehörde, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, sind die Unterlagen unverzüglich zu vernichten. Die Vernichtung unterbleibt, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand erfolgen kann; in diesem Fall unterliegen die personenbezogenen Daten einem Verwertungsverbot.

§ 9 Übermittlung an übergeordnete Behörden, Veröffentlichung

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die Ministerien und die Staatskanzlei über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2, die für ihren Zuständigkeitsbereich von Bedeutung sind. Dabei dürfen auch personenbezogene Daten übermittelt werden.

(2) Das Ministerium des Innern darf die ihm übermittelten personenbezogenen Daten zum Zweck der Aufklärung der Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 öffentlich bekanntgeben, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis des Zusammenhangs oder der Darstellung von Organisationen erforderlich ist und die Interessen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person überwiegen.

(3) Die Unterrichtung nach Abs. 1 dient auch der Aufklärung der Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2, die mindestens einmal jährlich in einem zusammenfassenden Bericht erfolgt.

§ 10 Übermittlung an die Strafverfolgungsbehörden in Staatsschutzangelegenheiten

Das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt den Staatsanwaltschaften und den Polizeibehörden des Landes die ihm bekanntgewordenen personenbezogenen Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung zur Verhütung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist. Delikte nach Satz 1 sind in den §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten sowie sonstige Straftaten, bei denen auf Grund

ihrer Zielsetzung, des Motivs des Tatverdächtigen oder dessen Verbindung zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind.

§ 11 Übermittlung innerhalb des öffentlichen Bereichs

(1) Die Übermittlung ist über die §§ 9 und 10 hinaus zulässig an

1. Behörden, die ein Ersuchen nach § 2 Abs. 5 Nr. 1 oder 2 an das Landesamt für Verfassungsschutz gerichtet haben;
2. Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden zur Verfolgung der in § 100a der Strafprozessordnung genannten oder sonstiger Straftaten im Rahmen der organisierten Kriminalität;
3. Polizei- und Ordnungsbehörden, wenn dies zu ihrer Aufgabenerfüllung erforderlich ist und die Übermittlung der Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr oder zur Verhütung der in Nr. 2 genannten Straftaten sowie von Verbrechen, für deren Vorbereitung konkrete Hinweise vorliegen, dient;
4. andere öffentliche Stellen, wenn diese die personenbezogenen Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung benötigen.

In den Fällen des Satz 1 Nr. 3 ist das Landesamt für Verfassungsschutz zur Übermittlung verpflichtet. In den Fällen des Satz 1 Nr. 2 ist das Landesamt für Verfassungsschutz unter Beachtung von § 15 zur Übermittlung verpflichtet, sobald sich nach den dort vorliegenden Erkenntnissen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer verfolgbaren Straftat des § 152 Abs. 2 der Strafprozessordnung ergeben.

- (2) Hält das Landesamt für Verfassungsschutz das Ersuchen des Empfängers nicht für rechtmäßig, so teilt es ihm dies mit. Besteht der Empfänger auf der Erfüllung des Ersuchens, so entscheidet das Ministerium des Innern.
- (3) Der Empfänger darf die ihm übermittelten personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dessen Erfüllung sie ihm übermittelt wurden.

§ 12 Übermittlung an Stationierungstreitkräfte

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Dienststellen der Stationierungstreitkräfte übermitteln, soweit die Bundesrepublik Deutschland dazu im Rahmen von Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikpaktes über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183) verpflichtet ist.

§ 13 Übermittlung an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- oder zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung

1. zur Erfüllung seiner Aufgaben oder
2. zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers

erforderlich ist. Die Übermittlung hat zu unterbleiben, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Belange der betroffenen Person entgegenstehen. Die Übermittlung ist nur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zulässig. Sie ist aktenkundig zu machen. Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass die übermittelten personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

§ 14 Übermittlung an Personen und Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs

Personenbezogene Daten dürfen an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nicht übermittelt werden, es sei denn, dass dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder zur Gewährleistung der Sicherheit von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen nach § 2 Abs. 5 Nr. 2 erforderlich ist und das Ministerium des Innern im Einzelfall seine Zustimmung erteilt hat. Das Landesamt für Verfassungsschutz führt über die Auskunft nach Satz 1 einen Nachweis, aus dem der Zweck der Übermittlung, die Aktenfundstelle und der Empfänger hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr seiner Erstellung folgt, zu vernichten. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für den Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. Der Empfänger ist auf die Verwendungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten. Die Sätze 1 bis 4 finden keine Anwendung, wenn personenbezogene Daten zum Zwecke von Datenerhebungen nach § 4 übermittelt werden.

§ 15 Übermittlungsverbote

Die Übermittlung nach den Vorschriften dieses Teils hat zu unterbleiben, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der personenbezogenen Daten und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern.

§ 16 Minderjährigenschutz

(1) Personenbezogene Daten über das Verhalten Minderjähriger dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelt werden, solange die Voraussetzungen der Speicherung nach § 6 Abs. 2 und 3 erfüllt sind. Liegen diese Voraussetzungen nicht mehr vor, bleibt eine Übermittlung nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer erheblichen Gefahr oder zur Verfolgung einer Straftat von erheblicher Bedeutung erforderlich ist.

(2) Personenbezogene Daten über das Verhalten Minderjähriger, die das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben,

dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 17 Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung nach den Vorschriften dieses Gesetzes als unvollständig oder unrichtig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, wenn dies zu einer anderen Bewertung der Daten führen könnte oder zur Wahrung schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person erforderlich ist.

§ 18 Auskunft

(1) Der betroffenen Person ist vom Landesamt für Verfassungsschutz auf Antrag gebührenfrei Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten sowie den Zweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung zu erteilen.

(2) Abs. 1 gilt nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das Auskunftsrecht der betroffenen Person gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Geheimhaltung der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz oder einem überwiegenden Geheimhaltungsinteresse Dritter zurücktreten muss. Ein Geheimhaltungsinteresse liegt dann vor, wenn

1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung Quellen gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten geheimgehalten werden müssen.

Die Entscheidung trifft der Behördenleiter oder ein von ihm besonders beauftragter Mitarbeiter.

(3) Die Auskunftspflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(4) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe der Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist die betroffene Person auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass sie sich an den Hessischen Datenschutzbeauftragten wenden kann. Mitteilungen des Hessischen Datenschutzbeauftragten dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern es nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

§ 19 Geltung des Hessischen Datenschutzgesetzes

(1) Das Hessische Datenschutzgesetz bleibt unberührt, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Vorschriften des Hessischen Datenschutzgesetzes über das Recht des Betroffenen auf Gegenvorstellung auf Grund eines schutz-

würdigen besonderen persönlichen Interesses und über die Beteiligung der datenverarbeitenden Stelle an gemeinsamen Verfahren finden keine Anwendung. Personenbezogene Daten sind nicht zu löschen, sondern nur zu sperren, wenn

1. Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange der betroffenen Person beeinträchtigt würden,
2. die Daten zur Behebung einer bestehenden Beweisnot unerlässlich sind oder
3. die Verwendung der Daten, die zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu anonymisieren sind, zu wissenschaftlichen Zwecken erforderlich ist.

(2) In dem Verfahrensverzeichnis über automatisierte personenbezogene Textdateien ist die Zugriffsberechtigung auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut sind, dem die Textdateien zugeordnet sind; Auszüge aus Textdateien dürfen nicht ohne die dazugehörenden erläuternden Unterlagen übermittelt werden.

DRITTER TEIL

Parlamentarische Kontrolle

§ 20 Parlamentarische Kontrolle

- (1) Die Landesregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der parlamentarischen Kontrolle. Sie wird von der Parlamentarischen Kontrollkommission ausgeübt.
- (2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Die Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (3) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es die Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Kontrollkommission ausscheidet.
- (4) Im übrigen bleiben die Rechte des Landtags unberührt.

§ 21 Geheimhaltung

Die Beratungen der Parlamentarische Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarische Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden.

§ 22 Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission

- (1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Landesregierung berichtet zu einem konkreten Thema aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz, sofern die Parlamentarische Kontrollkommission dies wünscht.

- (2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes der Quellen durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.
- (3) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen. Diese hat den Anspruch auf entsprechende Unterrichtung durch die Landesregierung.
- (4) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann im Einzelfall beschließen, dass ihr Akteneinsicht zu gewähren ist.

VIERTER TEIL

Schlussvorschrift

§ 23 Einschränkung von Grundrechten

Aufgrund dieses Gesetzes kann das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 des Grundgesetzes) eingeschränkt werden.

§ 24 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Der Dritte Teil tritt am 5. April 1991 in Kraft.

§ 25 Außer-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADHF	Föderation für demokratische Rechte in Deutschland	DP	Deutsche Partei
ADHK	Konföderation für demokratische Rechte in Europa	DS	Deutsche Stimme
AGIF	Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V.	DVU	Deutsche Volksunion
AKP	Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei	EMUG	Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V.
AMGT	Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.	EuGH MR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
AMS	Assoziation Marxistischer StudentInnen	FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
Antifa hg	Antifa Bad Homburg	FAU-IAA	Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union-Internationale Arbeiter Assoziation
API	Arbeiterkommunistische Partei Iran	FDVP	Freiheitliche Deutsche Volkspartei
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.	FIS	Islamische Heilsfront
ATIK	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa	FP	Tugendpartei
BK	Babbar Khalsa International	FSB	Föderaler Sicherheitsdienst, russischer Abwehr- und Sicherheitsdienst – „Federalnaya Sluzhba Bezopasnosti“
BuFriRa	Bundesausschuss Friedensratschlag	GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.
DABK	ehem. Ostanatolisches Gebietskomitee [jetzt: Maoistische Kommunistische Partei (MKP)]	GI	Al-Gama'a al-Islamiyya
DBI	Deutsche Bürgerinitiative	GIA	Bewaffnete Islamische Gruppe
DHKC	Revolutionäre Volksbefreiungsfront	GRU	Militärischer russischer Auslandsnachrichtendienst „Glawnoje raswedijwatelnoje uprawklenije“
DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front	GSPC	Salafitische Gruppe für die Mission und den Kampf
D.I.A.	Der Islam als Alternative	GWR	Graswurzelrevolution. Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
DIDF	Föderation der Demokratischen Arbeitervereine e.V.	HAMAS	Islamische Widerstandsbewegung
DJu	Deutsche Jugend	HKO	Volksbefreiungsarmee
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.

HuT	Hizb ut-Tahrir
IFIR	Internationale Föderation der iranischen Flüchtlings- und Immigrantenräte e.V.
IGD	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.
IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.
ISYF	International Sikh Youth Federation
IZ	Islamisches Zentrum
JN	Junge Nationaldemokraten
KADEK	Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan
KARSAZ	Kurdischer Arbeitgeberverband e.V.
KDS	Kampfbund Deutscher Sozialisten
KNK	Kurdischer Nationalkongress
KONGRA-GEL	Volkskongress Kurdistan
KON-KURD	Konföderation kurdischer Vereine in Europa
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD-ML	Kommunistische Partei Deutschlands – Marxisten-Leninisten
KPF	Kommunistische Plattform der PDS
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MB	Muslimbruderschaft
MEK	Volksmodjahedin Iran-Organisation
MKP	Maoistische Kommunistische Partei
MLKP	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
NIT	Nationales Infotelefon
NLA	Nationale Befreiungsarmee Iran
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NWRI	Nationaler Widerstandsrat Iran
NZ	National Zeitung – Deutsche Wochenzeitung
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PIJ	Palästinensischer Islamischer Jihad
PJA	Partei der freien Frauen
PKK	Arbeiterpartei Kurdistan
PMK	Politisch motivierte Kriminalität
PSG	Partei für Soziale Gleichheit
REP	Die Republikaner
RJ	Republikanische Jugend
RP	Wohlfahrtspartei
SAV	Sozialistische Alternative VORAN
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SI	Solidarität International
[‘solid]	die Sozialistische Jugend Hessen
SP	Glückseligkeitspartei
SWR	Zivile Auslandsaufklärung, „Sluschba Wjneschnej Raswedki“
TAYAD	Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei

TECAK	Bewegung der freien Jugend Kurdistan
THKP/-C- Devrimci Sol	Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke
TIKKO	Türkische Arbeiter- und Bauern- befreiungsarmee
TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten
UELAM	Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V.
UMSO	Union Muslimischer Studentenorga- nisationen in Europa e.V.
UZ	Unsere Zeit
VVdN-BdA	Verband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener – Bund der Antifa- schisten
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschis- tinnen und Antifaschisten
– wi –	widerstand international
YCK	ehem. Union der Jugendlichen aus Kurdistan [jetzt: Bewegung der freien Jugend Kurdistan (TECAK)]
YEK-KOM	Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
YXK	Union der StudentInnen aus Kurdistan
ZMD	Zentralrat der Muslime in Deutschland

REGISTER

A

Aktion Freies Deutschland 63, 95
 Aktionsbündnis gegen Abschiebung
 Rhein-Main 104, 127
 Aktionsbüro Mittelhessen 62, 79, 87, 97, 98
 Aktionsbüro Norddeutschland 87, 92, 97
 Aktionsbüro Rhein-Neckar 62, 83, 86, 87, 97
 Al-Qaida 12, 13, 14, 18, 19, 20,
 21, 22, 23, 24, 26
 Al-Aqsa e.V. 32
 Al-Aqsa Moschee 19, 34
 Al-Aqsa-Intifada 32
 Al-Djazira 20, 21
 Al-Gama'a al-Islamiyya (GI) 14, 29
 Al-Ouds-Tag 34
 Al-Tawhid 13, 14, 26, 27
 Altun, Riza 54
 Al-Zawahiri, Aiman 21, 22
 Anadoluda Vakıt 39, 40
 Anarchisten 102, 105, 130, 131
 Antifa Bad Homburg 104, 125, 126
 Apfel, Holger 84
 Arbeitergemeinschaft der Aktionsbüros
 der Freien Nationalisten 85
 Arbeiterkommunistische Partei Iran (API) . . . 15, 56
 Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) 14, 15, 48,
 49, 50, 52, 53
 Assoziation Marxistischer StudentInnen
 (AMS) 104, 112
 Ates, Mehmet 35, 39
 Atta, Mohamed 25, 26
 Autonome 102, 104, 105, 116,
 118, 119, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 129
 autonome.antifa [f] 104, 125, 126
 Aydar, Zübeyir 48, 54

B

Babbar Khalsa International (BK) 15, 56
 Bartz, Gertrud 73
 Beklenen Asr-i Saadet (Das erwartete
 Jahrhundert der Glückseligkeit) 41, 42
 Beltz, Michael 111
 Berg, Heike 110

Berserker Kirtorf 62, 79
 Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) . 14, 18, 29, 32
 Bewegung der freien Jugend Kurdistan (TECAK)
 [ehem. Union der Jugendlichen aus Kurdistan
 (YCK)] 15, 49
 Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft 78, 87
 Bisky, Lothar 106, 107, 108
 Bin Ladin, Usama 18, 19, 21, 22, 57
 Blauer Max 80
 Blood & Honour 82
 Bolurchi, Dr. Massoumeh 55
 Brehl, Thomas 88, 89, 90, 94
 Brockmann, Dr. Monika 110
 Bubori, Wolfgang 110
 Bundesausschuss Friedensratschlag (BuFriRA) . . 104,
 117, 118, 119, 120, 121
 Bündnis Rechts 65
 Bunte Hilfe 104, 120
 Burischek, Gottfried 76
 Busse, Friedhelm 86

C

Café Exzess 124
 Celtic Moon 82
 Committee for a Workers' International/London 116
 Confident of Victory 66
 Courage 115

D

Dehm, Diether 108
 Der Islam als Alternative (D.I.A.) 41, 42
 Deutsche Bürgerinitiative (DBI) 62, 83, 89
 Deutsche Jugend (DJu) 62, 75
 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 101,
 103, 104, 111, 112, 113, 116, 118, 120, 129
 Deutsche Partei – Die Freiheitlichen (DP) . . . 62, 67,
 75, 76
 Deutsche Stimme (DS) 64, 65, 70, 75, 76, 95
 Deutsche Stimme Verlag 66
 Deutsche Volksunion (DVU) 60, 61,
 62, 63, 67, 70, 71, 73, 74, 75, 76, 91, 93, 98
 Deutsches Kolleg 88
 Deutschland Post 75

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) 14, 43, 44
 Direkte Aktion 130
 Dihad . . . 17, 21, 22, 23, 24, 26, 27, 31, 34, 41
 Döring, Osman 35
 Druckschriften- und -Zeitungsverlag GmbH (DSZ) . . 73

E

Eigenfeld, Ulrich 64, 65, 68
 Ekmek ve Adalet (Brot und Gerechtigkeit) 44, 45, 58
 El Motassadeq, Mounir 25, 26
 El Zayat, Ibrahim 29
 Elyas, Dr. Nadeem 30
 Engel, Stefan 115
 En Nahda 14, 29, 36
 Erbakan, Prof. Necmettin 35
 Erdogan, Recep Tayyip 35
 Europäische Moscheebau- und Unterstützungs-
 gemeinschaft e.V. (EMUG) 14, 29, 35, 36
 Explizit 28

F

feministisch-antiimperialistische Zelle 123
 FEYKA-Kurdistan 49
 Föderation der Arbeiter aus der Türkei in
 Deutschland e.V. (ATIF) 15, 46
 Föderation der Arbeiterimmigranten aus der
 Türkei in Deutschland e.V. (AGIF) 47
 Föderation der Demokratischen Arbeitervereine
 (DIDF) 14
 Föderation für demokratische Rechte
 in Deutschland (ADHF) 15, 46, 47
 Föderation kurdischer Vereine in
 Deutschland e.V. (YEK-KOM) . . 15, 49, 50, 51, 53
 FRANKFURTER KURIER 106, 110
 Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union-
 Internationale Arbeiter Assoziation (FAU-IAA) . . 130
 Freie Kräfte 87
 Freie Nationalisten 86, 87, 97
 Freie Nationalisten Rhein-Main . . . 62, 83, 86, 97
 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) . . 86, 88
 Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) 76
 Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans
 (KADEK) . . . 14, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 58

Frey, Dr. Gerhard 67, 73
 Friedenskomitee 2000 95

G

Der Gegenangriff 88, 94
 Gegenschlag 62, 77, 79, 80, 81
 Gensert, Rolf 110
 Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) . . . 35
 Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) 63, 94
 Glückseligkeitspartei (SP) 35
 Graswurzelbewegung 130
 Graswurzelrevolution. Für eine Gewaltfreie,
 herrschaftslose Gesellschaft (GWR) 130
 Groß-Gerauer Kreisreport 69
 Großoffensive Südhessen 62, 77, 78
 Gümüsoglu, Ibrahim 39

H

HAKK-TV 42
 Hauptkampflinie (HKL) 62, 77, 79
 Heise, Thorsten 82
 Heß, Rudolf 61, 83, 84, 85, 87, 89, 97
 Hessen links 106
 Hessen Stimme 64
 Hiks, Uwe 108
 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene
 und deren Angehörige e.V. (HNG) . . . 63, 83, 87, 88
 Hitler, Adolf 82, 83, 84, 99
 Hizb Allah (Partei Gottes) 14, 33, 34, 57
 Hizb ut-Tahrir (HuT) (Partei der
 Befreiung) 13, 14, 27, 28, 29
 Hoch, Haymo 69, 71, 93
 Hupka, Steffen 83, 84
 Hürriyet 52
 Hussein, Saddam 57, 94

I

Interim – Wöchentliche Berlin-Info 121
 International Sikh Youth Federation (ISYF) . . 15, 56
 International Socialist/London 116
 Internationale Föderation der iranischen
 Flüchtlings- und Immigrantenräte e.V. (IFIR) . 15, 56
 Internationale Islamische Kampffront gegen
 Juden und Kreuzritter 19

Internationales Komitee der Vierten Internationale. **117**
 Islamische Avantgarden **14, 30**
 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) ..
 **13, 14, 29, 30, 36**
 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) **13**,
 **14, 29, 35, 36, 37, 38, 39, 57**
 Islamische Heilsfront (FIS) **14, 29, 32, 33**
 Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS) **14, 24**,
 **29, 30, 31, 32, 57**
 Islamischer Widerstand **34**
 Islamisches Zentrum (IZ) Aachen **30**
 Islamisches Zentrum (IZ) München **29**
 Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V. **36**
 Ittner, Gerd **84**

J

Juchem, Wolfgang **95**
 Junge Nationaldemokraten (JN) ... **61, 62, 64, 67**,
 **68, 70, 86, 92, 97**

K

Die Kommenden **92**
 Kafi, Dr. Omar Abdel **30**
 Kalifatsstaat **13, 14, 41, 42, 43, 58**
 Kameradschaft Bergstraße **62, 83, 86**
 Kameradschaft Süd **90**
 Kameradschaft Westerwald **87**
 Kampfbund Deutscher Sozialisten(KDS) ... **63, 83**,
 **88, 90, 94**
 Kaplan, Cemaleddin **42**
 Kaplan, Metin **41, 42, 43**
 Kappel, Dr. Heiner **67, 75, 76**
 Karahan, Yavuz Celik **35**
 Kaypakkaya, Ibrahim **47**
 Khaled Amr **30**
 Khomeini, Ayatollah **34**
 Kirchner, Helmut **75, 76**
 Klartext **64**
 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) **104, 111**
 Kommunistische Partei Deutschlands-
 Marxisten Leninisten (KPD-ML) **120**
 Kommunistische Plattform der PDS (KPF) **106, 108**

Konföderation der Arbeiter aus der Türkei
 in Europa (ATIK) **15, 46, 58**
 Konföderation der kurdischen Vereine in Europa
 (KON-KURD) **15, 49**
 Konföderation für demokratische Rechte in
 Europa (ADHK) **15, 46**
 Kosiek, Dr. Rolf **94**
 Kühnen, Michael **88**
 Kurdischer Arbeitgeberverband e.V. (KARSAZ) .. **15, 50**
 Kurdischer Nationalkongress (KNK) ... **15, 50, 54**
 Kurdistan-Report **48**

L

Landser **82**
 Lauck, Gary **94**
 Lernen und Kämpfen **115**
 Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) ... **15, 56**
 Linksextremistische Einflussnahme auf die Friedens-
 bewegung **117, 118, 119, 120, 121**
 Linksruck .. **101, 104, 116, 118, 121, 128, 129**

M

Mahler, Horst **61, 65, 67, 88**
 Maoisten **101, 102**
 Maoistische Kommunistische Partei (MKP) [ehem.
 Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)] **15, 46, 47**
 Marx, Peter **67**
 Marxistisches Forum der PDS **106**
 Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei
 (MLKP) **15, 47, 58**
 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
 (MLPD) **101, 104, 115, 116, 120, 121**
 Mechtersheimer, Dr. Alfred **95**
 MEDYA-TV **50, 51, 53**
 Sultan Mehmet II **38**
 Militante Gruppe gegen den Krieg **119**
 Milli Gazete **36, 37, 38, 39, 58**
 Milli Görüs & Perspektive **35**
 Mohammed, Scheich Khaled **24**
 Mudjahedin **13, 14, 18, 22, 26**
 Müller, Ursula **87**
 Muslimbruderschaft (MB) **14, 29, 30, 33, 57, 134**
 Mzoudi, Abdelghani **26**

N

- Nachrichten der HNG 87
- Nasrallah, Scheich Hasan 33, 34
- Nation & Europa 70, 76, 88, 92
- National Zeitung – Deutsche Wochenzeitung (NZ) 73,
..... 74, 91, 93
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ...
60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 70, 71, 73,
. 75, 76, 83, 84, 86, 87, 91, 92, 93, 94, 95,
..... 97, 125
- Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 62, 64
- Nationale Befreiungsarmee Iran (NLA) 15, 55
- Nationale Infotelefone (NIT) 98
- Nationale Kameradschaft Frankfurt 62, 77,
..... 78, 79, 83, 87
- Nationaler Widerstand 86, 89, 90
- Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) .. 15, 54, 55
- Nationales Bündnis Dresden 70, 95
- Nationales Infotelefon Mittelhessen 98
- Naumann, Peter 66
- Neonazis 60,
61, 62, 63, 65, 66, 67, 77, 78, 82, 83, 84, 85,
86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 94, 97, 123, 125
- Neues Deutschland 106
- non-aligned Mudjahedin 18
- Nord, Astrid 110
- Nordfront 66

O

- Öcalan, Abdullah 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54
- Öcalan, Osman 49, 50, 52, 54
- Oidoxie 80
- Organisierte Kriminalität (OK) 133, 134
- Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK) [jetzt: Maois-
tische Kommunistische Partei (MKP)] 15, 47
- Özgür Politika 48, 50, 51, 52

P

- Palästinensischer Islamischer Jihad (PIJ) 14, 29
- Partei der freien Frauen (PJA) 15, 49, 50
- Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) ... 76,
101, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110,
..... 116, 118, 120, 121, 129

- Partei für Soziale Gleichheit (PSG) 104, 117
- Partizan 15, 46
- Politische Berichte 106, 120
- Position 113
- Propaganda 80

R

- Rachezug 62, 77, 79, 80
- Radjavi, Maryam 54, 55
- Radjavi, Massoud 54
- Rassenhass 80, 81, 82
- Rebell 115
- Der Republikaner 69, 70
- Die Republikaner (REP) 60, 61, 62, 63, 67,
... 69, 70, 71, 72, 73, 76, 88, 91, 93, 97, 125
- Republikanische Jugend (RJ) 62, 69
- Revolte 64, 68
- Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC) . 44, 58
- Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) .
..... 13, 14, 43, 44, 45, 46, 58
- Richter, Karl 92
- Rieger, Jürgen 84, 85
- Rochow, Stefan 68
- Roeder, Manfred 88, 89
- Rote Armee Fraktion (RAF) 61, 90
- Rote Fahne 115, 116
- Rotfuchse 115

S

- Saga 66
- Salafitische Gruppe für die Mission und den Kampf
(GSPC) 14, 29, 32, 33
- Sanders, Tina 113
- Schlierer, Dr. Rolf 67, 69, 70, 71
- Schmidt, Hans 64
- Schneewittchen und die sieben Feuerzeuge ... 122
- Schönhuber, Franz 88
- Schwarze Division Germania .. 62, 78, 79, 83, 87
- Serxwebun 48
- Sincer, Engin 52
- Sinif, Teorisi 47
- Skinheads .. 60, 61, 62, 63, 65, 66, 77, 78, 79
80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 91, 96, 98

Sleipnir 84
 [‘solid] – die Sozialistische Jugend Hessen 104,
 106, 110, 118
 Solidarität International (SI) 104, 115
 Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und
 deren Familien in der Türkei (TAYAD) ... 14, 45, 46
 Sozialistische Alternative VORAN (SAV) 103,
 104, 116, 117, 118, 120, 128
 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) .. 104,
 113, 114
 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) .. 106,
 109
 Spionageabwehr 135, 136, 137
 Stehr, Heinz 111
 Störtebeker-Netz 67, 90
 Sturm & Drang 66
 swing – autonomes Rhein-Main-Info 121

T

Taliban 14, 18
 Trotzlisten 101, 102, 103, 104,
 105, 116, 117, 128
 Tugendpartei (FP) 35
 Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee
 (TIKKO) 15, 46
 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-
 Leninisten (TKP/ML) 15, 46, 47, 58
 Türkische Volksbefreiungspartei/-Front –Revolutionäre
 Linke (THKP/-C-Devrimci Sol) 14, 43, 44

U

Ümmet-i Muhammed 42
 Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)
 [jetzt: Bewegung der freien Jugend Kurdistans
 (TECAK)] 15, 49, 53
 Union der StudentInnen aus Kurdistan (YXK) .. 15, 49
 Union für die in europäischen Ländern
 arbeitenden Muslime e.V. (UELAM) 14, 30
 Union Muslimischer Studentenorganisationen
 in Europa e.V. (UMSO) 14, 30
 Unsere Zeit (UZ) 101, 111, 112, 113

V

Verband ehemaliger Teilnehmer am anti-
 faschistischen Widerstandskampf, Verfolgter des
 Naziregimes und Hinterbliebener – Bund der
 Antifaschisten (VVdN-BdA) 105
 Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e.V.
 (AMGT) 35
 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
 Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) . 104, 105, 118
 Voigt, Udo 64, 66, 67, 93
 Volksbefreiungsarmee (HKO) 15, 46
 Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL) .. 14, 15,
 48, 54
 Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK) ... 15, 54,
 55, 56
 Volkstreue Stimme 95
 Volkstreues Komitee für gute Ratschläge 62, 87

W

Wagenknecht, Sahra 108
 Die Wahrheit 88, 94
 Weichler, Olaf 110
 Wetterleuchten 88
 widerstand international 104, 117
 Wiese, Martin 90, 91
 Wilken, Dr. Ulrich 106, 110
 Wohlfahrtspartei (RP) 35
 Worch, Christian 84, 86
 Wostupatsch, Hartmut 83, 86
 Wulff, Thomas 86

Y

Scheich, Yassin, Ahmad 31, 32

Z

Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) 30
 Zimmer, Gabriele 107
 Zutt, Doris 67

IMPRESSUM

Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern
und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

Internet-Abruf: www.verfassungsschutz-hessen.de

Gestaltung: Studio Zerzawy AGD
65329 Hohenstein

Druck: Central-Druck
Trost GmbH & Co. KG
63150 Heusenstamm

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier

HESSEN



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden